

# Die Anti-Internationale





### Besser verteidigen

Das neue Weißbuch ist ein wichtiger Meilenstein, kann aber kein Endpunkt sein

## Ruhig bleiben

Eine Abkehr Europas von der Türkei wäre kontraproduktiv: das Land ist mehr als Erdogan

#### Vor Gericht stellen

Baschar al-Assad hat schwerste Menschheitsverbrechen begangen; sie werden dokumentiert

### Die Anti-Internationale

Er ist ja nicht zu übersehen, der Politiktypus des starken Mannes (so Robin Niblett) oder auch "Politgrobians" (Thomas Schmid). In den USA verspricht er, "Amerika wieder groß zu machen"; in Großbritannien haben gleich mehrere, zu Verantwortungslosigkeit neigende Politgrobiane für den Brexit gesorgt; in Frankreich, wo eine Frau den starken Mann gibt, soll wieder eine "préférence nationale" eingeführt werden, die ein wesentliches Prinzip der EU untergräbt; in Ungarn spielt der Regierungschef mit dem Prinzip der "illiberalen Demokratie" – ganz als ob Demokratie ohne Freiheit auskommen könnte; und in Russland versucht ein Staatschef, unter eklatantem Bruch des Völkerrechts seinem an imperialem Phantomschmerz leidenden Land einen neuen politischen Lebenssinn zu geben.

Die Liste könnte um einige Länder – auch Deutschland – ergänzt werden. So unterschiedlich die Gesellschaften sind, aus denen die Riege populistischer Politiker erwächst, so ist ihnen allen doch Eines gemein: Sie glauben, und ihre Anhänger glauben es inbrünstig mit ihnen, dass eine globalisierte Welt eine schwierige, komplexe, eine (über)-fordernde Welt ist und dass, allem besseren Wissen zum Trotz, die Abriegelung, der Rückzug auf das so eng, so nationalistisch definierte "Eigene" die einzige Antwort sein könne.

Sie sind die neuen Anti-Internationalisten, die Freihandel als Schwächung der nationalen Größe sehen, Zuwanderung als Zumutung und repräsentative Demokratie als Verschwörung des "Establishments", die "das Volk" um echte politische Teilhabe betrügt. Sie und ihre Anhängerschaft sind nicht unbedingt Treiber, sondern eher Ausdruck der neuen ideologischen Frontlinien, die längst nicht mehr zwischen rechts und links verlaufen. Sondern zwischen Globalisierung und Lokalisierung, Internationalismus und Nationalismus, Urbania und Provinzia, der Einsicht, dass die Moderne uns immer wieder Veränderungswillen abverlangt, und dem brennenden Wunsch nach einer weniger komplexen Welt und tieferer Verwurzelung. Es sind Brüche, die innerhalb der Gesellschaften und zwischen Staaten zu sehen sind – Brüche, die eine nach 1945 geschaffene globale Architektur zum Bröckeln bringen könnten.

Es wird, unter der erschwerten Bedingung rasanter technologischer Entwicklungen, nicht einfach werden, die offene Gesellschaft gegen die starken Männer zu verteidigen.

DR. SYLKE TEMPEL Chefredakteurin

# IP

# Inhalt

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

20 Was Stimmen bringt

In ihrer Haltung zur EU und anderen Themen sind Europas Populisten ausgesprochen flexibel

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

56 Die Stimmung sinkt

Erdogans aggressiver Rhetorik zum Trotz sollte der Westen den Streit mit Ankara nicht weiter eskalieren lassen 5 IP-Forsa-Frage: Kritik an der Türkei?

SCHWERPUNKT

#### Die Anti-Internationale

8 Robin Niblett

#### Geister der Vergangenheit

Die drohende Rückkehr des Nationalismus ist abwendbar

14 Dominik Mutter und Peter Wittig

#### Heißer Herbst

Hillary Clinton, Donald Trump und die Polarisierung der amerikanischen Politik

20 Schmid/Demesmay/Kirchner/Bomsdorf Verseck/Fraunberger/Affaticati

#### **Protest ohne Prinzipien**

Was Europas Populisten wollen und wie wir damit umgehen sollten

38 Stefan Heumann

#### Staat gegen Netz

Wer kontrolliert die Zukunftstechnologien des 21. Jahrhunderts?

44 Katharina Lotter

#### Zurück in die Zukunft

Die Moderne ist der Abschied von allen Gewissheiten. Nur nicht von der Freiheit

#### Belastungsprobe

56 Sinan Ülgen

#### "Die Türkei ist viel mehr als Erdogan"

Fragen an den Experten Sinan Ülgen über die Lage nach dem Putschversuch

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

## 114 Spurensuche

Sollte sich Syriens Präsident Assad je vor Gericht für seine Taten verantworten müssen, werden Beweise benötigt. Doch wie findet man die, solange die Täter an den Schalthebeln der Macht sitzen?

60 Magdalena Kirchner

#### Farce, Faustpfand, Fernziel?

Eine turbulente türkische Innenpolitik stellt den Westen vor die Gretchenfrage

67 Oliver Rolofs

#### Nicht aufgeben

Ein Abbruch des EU-Dialogs mit der Türkei wäre kontraproduktiv

#### Gegen den Strich

72 Erik Gujer

#### Wertepolitik

Vier Thesen auf dem Prüfstand

#### Europa

78 Andreas Rinke

#### Von wegen "gute Europäer"

Auch deutsche Politiker unterminieren das Vertrauen in die EU

#### Weißbuch

83 Carsten Breuer und Christoph Schwarz

#### Meilenstein, kein Endpunkt

Strategische Weichenstellung für die deutsche Sicherheitspolitik

#### Deutsche Außenpolitik

88 Annkatrin Kaiser und Verena Ringler

#### Hin zu offenen Formaten

Wie viel Mitbestimmung verträgt die deutsche Außenpolitik?

92 Roderich Kiesewetter, Julian Ostendorf

#### Nachbarn in Not

Wie wir dem Maghreb helfen können – und müssen

#### Australien

98 Joachim Weber

#### **Auf Tauchstation**

Deutschlands Scheitern im australischen U-Boot-Poker wirft Grundsatzfragen auf

104 Heribert Dieter

#### Stürmische Zeiten

Ein schwacher Premier steht vor schwierigen Aufgaben

#### Südamerika

109 Marko Martin

#### Das peruanische Wunder

Fortschritt im Schneckentempo und ohne ideologisches Tremolo

#### Reportage

114 Ben Taub

#### Die Akte Assad

Auf der Suche nach Beweisen für die Verbrechen des syrischen Regimes

126 Brief aus ... Neu-Delhi | Britta Petersen

#### Denken Sie nicht an Elefanten

128 Internationale Presse | Christine Longin

#### Frankreich: Nach Nizza

132 Buchkritik | Stefan Meister, Lenz Jacobsen

#### Putin als Wille und Vorstellung

144 Schlusspunkt | Henning Hoff

#### Der erste Arbeitstag

142 Impressum

IP | 09/10 | 16

## Sollte die Bundesregierung die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei deutlicher kritisieren?



	Ja	Nein
CDU/CSU	72%	23%
SPD	78%	18%
Linke	65%	30%
Grüne	74%	22%
AfD	46%	54%
FDP	80%	20%

Datenbasis: 1002 Befragte in Deutschland. Erhebungszeitraum: 9. und 10. August 2016. Statistische Fehlertoleranz: +/-3 Prozentpunkte. Quelle: Forsa.

Geht Berlin zu zurückhaltend mit der Regierung von Präsident Recep Tayyip Erdogan um, der nach dem gescheiterten Militärputsch massiv gegen tatsächliche und vermeintliche Gegner, insbesondere aus den Reihen der Gülen-Bewegung und der Medien, vorgeht? Ja, meinen über zwei Drittel der befragten Bundesbürger (70 Prozent) und vertreten die Auffassung, dass die Bundesregierung Ankara viel deutlicher kritisieren sollte als bisher – selbst auf die Gefahr hin, dass Erdogan im Gegenzug das EU-Türkei-Flüchtlingsabkommen aufkündigen könnte. Ein knappes Viertel (24 Prozent) ist dagegen der Meinung, die Bundesrepublik sollte sich mit Kritik zurückhalten.

Die Ergebnisse in den jeweiligen Altersgruppen weichen nur wenig vom Gesamtergebnis ab – bei den 18- bis 29-Jährigen befürworten 73 Prozent deutlichere Kritik an Erdogans Vorgehen, bei den Über-60-Jährigen sind es 69 Prozent. Auffällig ist dagegen, dass Befragte in Ostdeutschland stärker zur Auffassung tendieren, Berlin solle sich mit Ermahnungen an die Adresse Ankaras zurückhalten. 36 Prozent (21 Prozent im Westen) sind für Zurückhaltung, was das Anprangern von Missständen in der Türkei angeht, 58 Prozent (im Westen: 72 Prozent) sind für klarere Worte.

Noch stärker weichen Anhänger der rechtspopulistischen Alternative für Deutschland ab: Nur 46 Prozent sind für stärkere Kritik, 54 Prozent dagegen. Anhänger der FDP (80 Prozent), der SPD (78 Prozent), der Grünen (74 Prozent) und der Unions-Parteien (72 Prozent) plädieren überdurchschnittlich stark für einen kritischeren Umgang mit Erdogan, bei Parteigängern der Linken sind es 65 Prozent, gegenüber 30 Prozent, die für Zurückhaltung eintreten.

# Bild r Printausgab

# nur in e verfügbar

# Die Anti-Internationale

Der Aufstieg von Donald Trump, die Höhenflüge europäischer Populisten, das Brexit-Votum: Sie sind Symptome einer neuen globalen Frontstellung – zwischen Verfechtern einer offenen, integrierten Welt und denjenigen, die das Heil wieder im Nationalismus suchen.

## Geister der Vergangenheit

Die drohende Rückkehr des nationalstaatlichen Egoismus ist abwendbar

Robin Niblett | Das Wirtschaftswachstum stockt, der Nationalismus blüht, Populisten versprechen, die Globalisierung zurückzudrehen: Stehen wir vor einer Wiederkehr des anarchischen Systems von Nationalstaaten und einem Rückfall in die identitätsbasierten Konflikte der Vergangenheit? Fast scheint es so. Doch noch kann die Politik gegensteuern – wenn sie das Richtige tut.

Das Jahr 2016 könnte als Schlüsseljahr in die Geschichte eingehen. Es scheint, als sei die Welt von einem Kurs immer tieferer Integration abgekommen und steuere in Richtung Desintegration und Konfrontation. Werden wir Zeugen einer Wiederkehr des anarchischen Systems von Nationalstaaten, wie es nach dem Erstarken der Staaten Europas im 18. und 19. Jahrhundert entstand? Wenn es so käme, dann hätten sich die internationalen Institutionen, die nach dem Zweiten Weltkrieg ein globales Gefüge zum Wohle aller garantierten, als nicht wesentlich beständiger erwiesen als ihre Vorgänger, die an den Herausforderungen der dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts zerbrochen waren.

Neue, aggressive Formen des Nationalismus sind auf dem Vormarsch, getragen von autoritären politischen Bewegungen in einer ganzen Reihe von Ländern. In welchem Zusammenhang stehen die tiefgreifenden Veränderungen des vergangenen halben Jahrhunderts – neue Technologien, Kommunikationsrevolution, steigendes globales Lohnniveau oder flächendeckende Urbanisierung – mit dem Wiedererstarken nationalistischer Tendenzen? Neigt sich die Epoche, in der die Globalisierung Nutzen für alle versprach, ihrem Ende zu, und wenn ja, warum? Was sind die treibenden Kräfte der populistischen "Identitätspolitik?" Welche geopolitischen Auswirkungen können diese Entwicklungen zeitigen? Und schließlich: Sind unsere Institutionen stark genug, eine Rückkehr in eine Vergangenheit gewalttätiger nationalistischer Auseinandersetzungen zu verhindern? Was wären die Konsequenzen, wenn dies nicht gelänge?

#### Eine offene Weltwirtschaft am Ende ihrer Kräfte?

Während des halben Jahrhunderts nach 1945 gewöhnte man sich im Westen an ein langsames, aber kontinuierliches Wachstum von Wohlstand und Sozialleistungen. Möglich war dies, weil die USA als Siegermacht eine Sicherheits-

architektur errichteten, die ihren Alliierten in Europa, Japan oder Südkorea den notwendigen Schutz dafür bot, eine Wirtschaft in einem sicheren und regelbasierten Umfeld wieder aufzubauen. Unter solchen Umständen konnte ein wesentliches Prinzip zur Geltung kommen: Offene Märkte und ausländische Investitionen funktionieren wesentlich besser als geschlossene Märkte unter staatlicher Kontrolle. Der Prozess einer wirtschaftlichen Öffnung wurde seither stetig fortgeführt. Multilaterale Handelsabkommen wurden durch tiefgreifende regionale Initiativen flankiert, allen voran der 1992 geschaffene europäische Binnenmarkt. Zwar gibt es einige Ausnahmen: Agrarmärkte bleiben weitgehend geschützt, und alle Staaten verfügen über Möglichkeiten, Auslandsinvestitionen zu beschränken. Dennoch wurde das Prinzip der freien Marktwirtschaft zur Norm. Das Ende des Kalten Krieges 1991 verlieh diesem Prozess einen weiteren Schub – und beförderte gleichzeitig einige Probleme, die erst jetzt offenbar werden.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion führte nicht wirklich zu einer Integration Russlands in eine globale Ökonomie; allerdings bildeten Russland, der Nahe Osten und Afrika in dieser Hinsicht eher Ausnahmen. Nach 1992 begann

die Europäische Union ihren Erweiterungsprozess gen Osten und brachte damit Arbeitskräfte in die EU, deren Pro-Kopf-Einkommen deutlich unter dem ihrer westeuropäischen Nachbarn lag. So flossen Investitionen in der Regel in Richtung Osten und Arbeitskräfte aus Mitteleuropa zogen gen Westen. In Lateinamerika überwanden einige Regierungen ihre Skepsis und starteten eine vertiefte wirt-

Der Westen verlor seine Dominanz im Wettbewerb

schaftliche Integration mit den USA; 1994 trat Mexiko dem Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA) bei. Vor allem aber öffnete sich China für ausländischen Handel und Investitionen. Der Beitritt des Landes zur Welthandelsorganisation ebnete Millionen gut ausgebildeter, aber billiger chinesischer Arbeitskräfte den Weg in den globalen Arbeitsmarkt.

Die Auswirkungen waren beträchtlich. Die globale Wirtschaft wuchs, weltweit entstand eine neue Mittelklasse; günstige Importe aus China und anderen Schwellenländern milderten die Folgen eines inflationären Preisanstiegs und trugen zu einem wachsenden Lebensstandard im Westen bei. Doch gleichzeitig verloren einige westliche Länder ihre bisherige Wettbewerbsdominanz. Die hohen Kosten der westlichen Sozialstaaten beschleunigten diesen Prozess. Solange die Industrieländer an der Spitze der globalen Wertschöpfungskette standen, ließen sich die Kosten des Sozialstaats tragen. Nur wurde der Altersdurchschnitt dieser Gesellschaften immer höher, die Produkte der Konkurrenz immer besser und günstiger – und der Sozialstaat immer weniger finanzierbar.

Heute erkennen wir, dass Lohnniveaus und Lebensstandards in den USA und vielen Industrieregionen Europas seit Mitte der neunziger Jahre kontinuierlich gesunken sind – was durch eine wachsende Abhängigkeit von Krediten verborgen blieb. Nicht nur Privatpersonen nahmen wegen steigender Immobilienpreise immer mehr Schulden auf. Auch Regierungen vergrößerten ihre Schuldenberge, anstatt ihre Sozialsysteme zu reformieren oder Steuern zu erhöhen. Diese Politik kollabierte mit der globalen Finanzkrise von 2008. Glücklicherweise hatten westliche Regierungen aus den Erfahrungen

der dreißiger Jahre gelernt und reagierten mit Konjunkturprogrammen statt mit Protektionismus. Seither haben sich die Märkte stabilisiert. Der Schaden für das westliche politische und ökonomische Modell, das als Anker internationaler Prosperität galt, ist jedoch irreversibel.

#### Verklärung der Vergangenheit, Angst vor der Zukunft

Die wenig erfolgreichen Interventionen in Afghanistan, im Irak und Libyen und die Tatsache, dass man nicht auf die darauffolgenden Migrations- und Fluchtwellen vorbereitet war, führten im gesamten Westen zu einer rasanten Erosion des Vertrauens der Bevölkerung in ihre Regierungen und politischen Eliten. Dem Druck der Globalisierung geschuldet, entfernten sich die etablierten Parteien von ihren traditionell rechten oder linken Parteilinien und rückten in eine "technokratische Mitte". Seither ist es ihnen nicht mehr gelungen, Zuversicht zu vermitteln oder auch nur zu erklären, wie sie Probleme bewältigen würden, mit denen ein nicht geringer Teil ihrer Gesellschaften zu kämpfen hat.

Wie häufig in Zeiten größerer sozioökonomischer Brüche, entwickelte sich Identitätspolitik auch jetzt in einem Vakuum. Und dieses Phänomen ist fast überall sichtbar: Populisten und Nationalisten verzeichnen sowohl im relativ reichen Norden als auch im angeschlagenen Süden Europas Zuwächse. In den USA hat ein besonders virulenter Populismus Donald J. Trump dazu verhol-

Populisten verzeichnen auch im reichen Norden Zuwächse fen, innerhalb kürzester Zeit alle republikanischen Mitbewerber aus dem Rennen zu schlagen. Alle populistischen Anführer rekurrieren auf eine nostalgisch verklärte, angeblich stabile Vergangenheit und zielen damit auf eine weit verbreitete Angst vor einer ungewissen Zukunft ab. Das Ergebnis des Brexit-Referendums ist im Wesentlichen zwei Faktoren geschuldet: der Sehnsucht vieler, wieder "die

Kontrolle zurückzubekommen" über die Angelegenheiten ihres Landes; und dem Protest jener, die die negativen Auswirkungen der Globalisierung spüren. Dazu gehört die Furcht, dass Migranten Löhne drücken und die Sozialleistungen ihres Landes über Gebühr in Anspruch nehmen würden. Nun durchlebt der Westen nicht zum ersten Mal tiefe sozioökonomische Einschnitte. Vielleicht ist man derzeit schlicht pessimistischer. Oder wir erleben nur einen temporären Einbruch einer ansonsten positiven Entwicklungskurve.

Einige Faktoren sprechen jedoch gegen einen allzu großen Optimismus: Die digitale Revolution steht vor einer neuen, noch dynamischeren Entwicklungsphase. Millionen stabiler Arbeitsverhältnisse gerade im Sektor lokale Dienstleistung könnten in der Folge dieses Entwicklungssprungs verloren gehen und damit Jobs, die bislang noch nicht automatisiert wurden und nicht von der Entstehung weltweiter Produktionsketten betroffen waren. Industrie 4.0 wird die schon vorhandene Zukunftsangst gewiss nicht lindern.

Zudem haben die Schwellenländer mit dem Übergang von exportorientierten Ökonomien zu innovativen Dienstleistungsgesellschaften mittlerer Einkommen zu kämpfen. Schrumpfende Wachstumsraten in China, Brasilien, Indonesien oder der Türkei könnten Vorboten politischer Unruhen sein. Die Ungleichheit in diesen Gesellschaften wächst rasant. Und da Schwellenlän-

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

der noch keine wirklich tragfähigen sozialen Netze entwickelt haben, dürften sie auch nicht über die politische Widerstandsfähigkeit traditioneller Industrienationen verfügen.

Immer mehr Menschen leben in den stetig wachsenden urbanen Ballungszentren. Einige gehören zu einer neuen Mittelklasse mit entsprechend höheren Erwartungen. Viele andere verbleiben in bitterer Armut. Beide Gruppen verfügen über einen breiten Zugang zu Informationen. Die Regierungen haben es sehr viel schwerer, ihren Erwartungen zu entsprechen. Zudem gelingt es den Ländern Subsahara- und Nordafrikas immer weniger, mit der demografischen Entwicklung zurecht zu kommen. Massen junger Menschen könnten sich zur Migration gezwungen sehen. Es besteht durchaus das Risiko, dass Politiker in den aufstrebenden Wirtschaftsmächten ihre eigenen Varianten von Identitätspolitik entwickelten – wie dies Narendra Modi in Indien oder Recep Tayyip Erdogan in der Türkei schon getan haben.

#### Ökonomischer Wandel, geopolitische Kontinuität

Trotz des tiefgreifenden Wandels, den die Weltwirtschaft in den vergangenen 70 Jahren erfahren hat, sind die Fundamente der Geopolitik bemerkenswert stabil geblieben. Staaten bleiben die dominanten Akteure im internationalen System und dieselben drei Länder – USA, Russland und China – befinden sich auch heute noch an der Spitze der globalen geopolitischen Ordnung. Frankreich und Großbritannien sind aufgrund ihres Sitzes im UN-Sicherheitsrat und ihrer Fähigkeiten immer noch die wichtigsten militärischen "Reservemächte". Brasilien, Deutschland, Italien und Japan entwickelten sich zwar zu Schlüsselakteuren in ihren Regionen; auf internationaler Ebene bleibt ihr Einfluss jedoch vergleichsweise gering.

Die wichtigsten globalen Institutionen spiegeln diese Kontinuität wider. So wurde es versäumt, die Zusammensetzung und die Strukturen des UN-Sicherheitsrats dem Wandel der Zeiten anzupassen. Alternative Institutionen zu den häufig kritisierten Bretton-Woods-Schwestern IWF und Weltbank gibt es bis heute nicht. NATO und EU repräsentieren auch weiter die Interessen des Westens; Russland versucht, seine traditionelle Einflusssphäre in seiner Nachbarschaft wieder zu errichten. Andere regionale Organisationen, von ASEAN bis hin zum Golf-Kooperationsrat, operieren weiter auf einer intergouvernementalen Basis und fungieren eher als Foren für Diskussion und Koordination als für konkretes Handeln. Ist diese Kontinuität trügerisch? Oder markieren die derzeitigen politischen und geoökonomischen Brüche eine geopolitisch turbulentere Periode?

Vieles scheint eher auf eine stärkere Entkopplung der Dynamiken zwischen der ökonomischen Integration des 21. Jahrhunderts und der Beständigkeit der Geopolitik des 20. Jahrhunderts zu deuten. Je stärker die disruptiven Aspekte der globalen ökonomischen Integration in den Vordergrund treten, desto stärker wird nationale Identitätspolitik zu internationaler Identitätspolitik. Können Erwartungen zu Hause nicht erfüllt werden, bleibt die altbewährte Praxis, Störfaktoren und Feinde im Ausland zu finden. Identitätspolitik kann im Positiven motivieren und Einheit herstellen. Im Negativen lebt sie von der Abgrenzung zu einem jeweils Anderen.

#### Das "Starke-Mann-Syndrom"

Das sichtbarste Zeichen dieses Phänomens ist die Wiederkehr des Politiker-Typus des vermeintlich "starken Mannes" wie Donald Trump, der verspricht, sein Land "wieder groß" zu machen. "Wieder groß machen" bleibt aber ohne Vergleichsnation völlig inhaltslos. Trump kritisiert China, weil es angeblich eine

Identitätspolitik lebt von der Abgrenzung zum "Anderen" Politik betreibe, die den amerikanischen Arbeitern schade. Und er lobt Putin, der eine ähnliche Nullsummenpolitik wie er selbst verfolgt. Für Putin dagegen sind es die USA, die Russland an der Rückkehr zu seiner wahren Größe hindern und gleichzeitig der Grund, warum Russland überhaupt "wieder groß werden" muss. Eine Einflusssphäre an Russlands Grenzen zu schaffen, bringt Putin doppel-

ten Vorteil: Er schützt seine politische Macht zu Hause vor äußeren Einflüssen. Und er untermauert sie mit dem Patriotismus seiner Bürger, der sogar von Russlands wirtschaftlichem Abschwung unbeeinträchtigt bleibt. In China zentralisiert Präsident Xi Jinping seine politische Macht in einem Ausmaß, das es seit der Mao-Ära nicht mehr gab. (Nicht zuletzt, weil die kommunistischen Kader fürchten, dass die derzeitigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Partei anfällig für Druck von innen wie von außen machen.) Legitimiert wird dieser Prozess mit der Notwendigkeit, "westliche Einflüsse" zu unterbinden und Korruption zu bekämpfen. Die Spannungen mit den USA im Südchinesischen Meer stärken ebenfalls einen für die Partei förderlichen Patriotismus.

Auch in Europa überlappt nationale mit internationaler Identitätspolitik. Der Wunsch, Großbritannien aus der EU zu lösen und wieder groß zu machen, war implizit Teil der Brexit-Kampagne. Und die "starken Männer" wie

Ungarns Viktor Orbán und Polens Jaroslaw Kaczynski insinuieren, dass sich ihre ehemals großen Länder gegen die deutsche Vorherrschaft in der EU wehren müssten.

Regierungen in der ganzen Welt haben Probleme, mit der schwindelerregenden Geschwindigkeit des ökonomischen, sozialen und technologischen Wandels zurechtzukommen. Während der vergangenen Jahrzehnte halfen die nach 1945 entstandenen Institutionen – von den UN zum IWF bis hin zu EU, WTO und der G20 –, ökonomische Disruptionen zu verarbeiten und eine Situation zu schaffen, aus der sich Vorteile für alle ergaben.

Heute aber scheinen multilaterale Institutionen nicht mehr in der Lage zu sein, das Ende einer historisch beispiellosen Phase des Wachstums zu bewäl-

tigen. Das Problem ist: Die globale wirtschaftliche Integration der vergangenen Jahrzehnte hat zu Veränderungen in der Verteilung von politischer Macht geführt – und dazu gehört es, eine amerikanische Führungsrolle zwar nicht mehr zu akzeptieren, aber auch selbst keine Verantwortung zu übernehmen. Doch diese Veränderung wird nicht in bereits existierenden oder neuen multilateralen

Das beispiellose Wirtschaftswachstum ist am Ende

Institutionen reflektiert. Ohne eine Krise vom Ausmaß des Zweiten Weltkriegs, die ja erst zur Schaffung dieser globalen Architektur führte, scheint eine umfassende Reform dieser Institutionen unmöglich zu sein.

Es gäbe zwei Wege, ein Abrutschen in immer größere Instabilität zu vermeiden. Die bestehenden Institutionen, die größere Konflikte in den kommenden zehn Jahren unterbinden könnten, müssten gestärkt werden. In Europa spielt die Abschreckungsfunktion der NATO wieder eine zentrale Rolle. Bilaterale US-amerikanische Sicherheitsallianzen in Asien sowie im Nahen und Mittleren Osten könnten ebenfalls wichtiger werden. Globale Regelwerke wie der Atomwaffensperrvertrag müssten ebenfalls gefestigt werden, denn er bietet zumindest einen Rahmen zur Kontrolle einer Proliferation von Nuklearwaffen.

Der zweite, schwierigere Weg besteht in dem, was ich eine globale "Good Governance zu Hause" nennen würde. Dazu gehören funktionierende Verwaltungen, effiziente Steuerregime, die Einführung von E-Government und Anti-Korruptionsmaßnahmen; die Modernisierung und Diversifizierung von Energieinfrastrukturen; die Vermeidung wachsender Divergenzen in städtischer und ländlicher Entwicklung; Investitionen in Bildung und Fortbildung am Arbeitsplatz; universeller Zugang zu Gesundheitsvorsorge; bessere Kooperation zwischen privaten und öffentlichen Organisationen.

Wenn die politischen Führungskräfte die zerstörerische Geschwindig-

keit des Wandels im 21. Jahrhundert meistern und einen Rückfall in die identitätsbasierten Konflikte der jüngeren Vergangenheit verhindern wollen, dann müssen sie – in Industrienationen genauso wie in Schwellenund Entwicklungsländern – in erster Line eines liefern: gute Regierungsführung.



Dr. Robin Niblett ist Direktor des Royal Institute of International Affairs (Chatham House) in London.

### Heißer Herbst

Hillary Clinton, Donald Trump und die Polarisierung der amerikanischen Politik

Dominik Mutter und Peter Wittig | Die Konfrontation zwischen der "Establishment"-Kandidatin Hillary Clinton und "Außenseiter" Donald Trump ist ein Novum in der US-Geschichte. Getragen von denjenigen, die sich als Verlierer sehen, setzt der Immobilienmogul auf Abschottung und verabschiedet sich zugleich vom Ideal einer regelbasierten Welt. Ein Traditionsbruch.

Amerika steht vor einer Wahl wie noch keiner anderen: Die Republikaner haben einen Kandidaten für das Präsidentenamt nominiert, der seine Bewerbungskampagne als Angriff auf die etablierte Politik und auf die Traditionen der eigenen Partei geführt hat. Er stützt sich dabei auf wenig mehr als das Versprechen, Amerika wieder "groß" zu machen.

Die Demokraten stellen dem erstmals eine weibliche Kandidatin entgegen. Nach einem Vorwahlkampf, in dem der Ruf nach einer "politischen Revolution" vor allem die Parteijugend begeisterte, haben sie sich für eine Frau entschieden, die wie kaum eine andere für die etablierte Politik steht. Für die konservativen Republikaner ein Populist mit unklarer Agenda, für die progressiven Demokraten eine Pragmatikerin der Macht – wie kam es zu einem so krassen Gegensatz? Und wie wird es nach der Entscheidung am 8. November weitergehen?

Als Hillary Clinton im April 2015 ihre Kandidatur erklärte, waren sich alle Analysten einig, dass ihr die Nominierung ihrer Partei so gut wie sicher sei. Ein halbes Jahr später hatte Senator Bernie Sanders, der selbsterklärte "demokratische Sozialist", vollkommen unerwartet große Zustimmung gewonnen; er wurde zu einem echten Konkurrenten für Clinton.

Die Analysten – unparteiische Beobachter mit oft jahrzehntelanger Erfahrung – waren sich ebenso einig, als Donald Trump seine Kandidatur erklärte: Diese würde allenfalls eine kuriose Fußnote des republikanischen Vorwahlkampfs werden. Nur sechs Wochen später hatte sich Trump an die Spitze der republikanischen Umfragen gesetzt; er verließ diese Position nicht mehr.

Bis Anfang Mai 2016 hatte Clinton in teils mühevollen Vorwahlkämpfen Sanders jedoch niedergerungen; etwa zeitgleich warfen auch Trumps letzte republikanische Konkurrenten das Handtuch. Bei den demokratischen Vorwahlen stimmte am Ende eine klare Mehrheit für die erfahrene Politikerin; bei den

Republikanern verweigerte sich von Anfang bis Ende eine klare Mehrheit den erfahrenen Politikern und gab ihre Stimme einem Kandidaten, der ihre Wut und Unzufriedenheit aufnahm.

Auf den Parteitagen im Juli zeigte sich der Unterschied in den Stimmungslagen erneut: Bei den Demokraten gab der pragmatische Optimismus der Kandidatin den Ton an, bei den Republikanern dagegen bestimmte die Unzufriedenheit alles: die Stimmung in der Halle, die Beschreibung der Gegenwart, die Erwartungen an die Zukunft.

#### Zwei Sichtweisen auf Amerika

Zwischen August und Oktober 2015 fragte Pew Research die Amerikaner: Sehen Sie sich langfristig auf der politischen Gewinner- oder Verliererseite? Während sich bei den Demokraten 52 Prozent auf der Verliererseite sahen, waren es bei den Republikanern 79 Prozent. Ältere Amerikaner waren negativer ein-

gestellt als jüngere, Amerikaner mit niedrigerem Bildungsabschluss negativer als die mit höherem.¹ Dort, wo die Unzufriedenheit besonders stark überwog, fand sich die Basis für Trumps Aufstieg. Clinton dagegen konnte die geringere Frustration in ihrer Partei eindämmen, auch indem sie manche Sanders-Forderung übernahm, etwa die nach einer deutlichen Erhöhung des Mindestlohns, einer

Trump verspricht den Frustrierten: "We will win again!"

Krankenversicherung für alle, einem kostenlosen Fachhochschul- und einem staatlich unterstützten Bachelor-Studium – alles Positionen, die sich Clinton noch vor einem Jahr nicht zu eigen gemacht hätte.

Trump aber setzte sich an die Spitze eines Zuges der Verärgerten und Frustrierten und versprach: "We will win again!" Drei Elemente bestimmen dieses Versprechen, und allen ist der Gedanke der Abschottung gemeinsam: die Beendigung der illegalen Immigration durch den berühmten Mauerbau, eventuell auch durch Deportationen; die Zurückdrängung der Globalisierung durch Strafzölle, die Überprüfung von Freihandelsabkommen, vielleicht auch durch einen Rückzug aus der WTO; sowie die Bekämpfung des Terrorismus durch den massiveren, aber kurzfristigeren Einsatz von militärischer Gewalt sowie durch einen Einreisestopp für Muslime.

Trump verabschiedet sich damit auch von dem Ideal, dem Amerika sich mit seinen Alliierten verpflichtet hat: einer regelbasierten Welt multilateraler Abkommen und internationaler Organisationen, die von der politischen und militärischen Kraft der USA garantiert wird, in der Bündnisse ein Kernstück sind und in der die internationale Ordnung ihren Sinn durch die Verwirklichung der Menschenrechte erhält. Bei allen Schwächen und Verirrungen war und ist dies der Grundkonsens amerikanischer Außenpolitik seit 1945. Trump dagegen beruft sich mit seinem Leitspruch "America first" auf den Isolationismus der 1930er Jahre. Amerika ist bei ihm nicht mehr die "shining city upon a hill", auf die sich noch Reagan bezog, nicht Roosevelts "arsenal of democracy", nicht die moralische Führungsnation Kennedys, nicht die "indispensable nation" der

Pew Research Center: In politics, most Americans feel they're on the losing side; http://www.pewresearch.org/fact-tank/2015/11/25/winners-and-losers-in-politics/.

Bill-Clinton-Ära; Trump hat keine "freedom agenda" wie George W. Bush, und er fühlt sich nicht wie Obama dem "American exceptionalism" und einer Verantwortung für die Welt verpflichtet. International agieren die USA bei Trump nur noch im engen eigenen Interesse; ansonsten gilt sein Motto "Make America Great Again" nur nach innen und soll all jene ansprechen, die sich von dieser Größe ausgeschlossen und auf der Verliererseite fühlen.

#### Krise der weißen Mittelschicht

Woher kommt diese Unzufriedenheit, woher dieses Verlierergefühl im Land des eigentlich doch unbegrenzten Selbstvertrauens?

Wirtschaftlich verlief die Entwicklung der vergangenen Jahre eher ungleich. Die Anteile der Wohlhabenderen an Einkommen und Vermögen wuchsen, während das Median-Einkommen stagnierte und das durchschnittlich zur Verfügung stehende Einkommen zurückging, unabhängig davon, wer im Weißen Haus oder im Kongress das Sagen hatte.<sup>2</sup> Zugleich ließ der Glaube an die Aufstiegschancen für jeden nach – ausgerechnet in den USA, wo doch die soziale

Bei weißen Amerikanern sinkt die Lebenserwartung Mobilität nach oben Wesenskern des "American Dream" ist. Die Unzufriedenheit vieler richtet sich nicht nur auf die Gegenwart, sondern auch auf die Zukunft.<sup>3</sup> Dies gilt besonders für die europäischstämmigen ("weißen") Amerikaner, auch weil deren Ausgangslage und somit ihr Vergleichsmaßstab besser waren.<sup>4</sup> Für weiße Amerikaner mittleren Alters hat zudem – einzigartig in der west-

lichen Welt und im Gegensatz zur übrigen amerikanischen Bevölkerung – die Lebenserwartung in den vergangenen Jahren abgenommen. Dies betrifft besonders jene mit niedrigem Bildungsabschluss; die Gründe dafür sind Alkohol- und Drogenmissbrauch sowie eine hohe Selbstmordrate.<sup>5</sup> Nichts könnte die innere Krise dieser Bevölkerungsgruppe deutlicher machen.

Zugleich verändert der demografische Wandel die ethnische Zusammensetzung des Landes tiefgreifend: 1980 lag der Anteil der weißen Amerikaner noch bei 80 Prozent, afrikanischstämmige ("schwarze") kamen auf 12 Prozent, hispanischstämmige auf 6 Prozent und asiatischstämmige Amerikaner auf 2 Prozent. Heute liegt der Anteil der Weißen bei 62 Prozent, der der Schwarzen weiterhin bei 12 Prozent, während Hispanics auf 18 Prozent und Asian-Americans auf 8 Prozent zulegten. Den Prognosen nach wird der Anteil der Weißen in 30 Jahren bei unter 50 Prozent liegen, während Hispanics ein Viertel der Bevölkerung und Schwarze sowie Asian-Americans jeweils etwas über ein Achtel ausmachen werden.

Was für viele Amerikaner eine normale oder sogar wünschenswerte Folge einer weiter dynamischen Einwandererkultur ist, wird von anderen als

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> George Packer: The Unwinding. An Inner History of the New America, New York 2013; OECD: In It Together. Why Less Inequality Benefits All, 21.5.2015; Federal Reserve Board: Changes in U.S. Family Finances from 2010 to 2013, September 2014.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Heartland Monitor Poll No. 25: Key Findings, 11.1.2016; Robert Putnam: Our Kids. The American Dream in Crisis, New York 2015.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Charles Murray: Coming Apart. The State of White America, 1960-2010, Crown Forum 2012.

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Olga Kazan: Middle-Aged White Americans Are Dying of Despair", The Atlantic, 4.11.2015.

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

"Überfremdung" und Bedrohung ihrer Identität empfunden. Letztere wandten sich in den Vorwahlen ganz überwiegend Trump zu. Dessen Berufung auf die "schweigende Mehrheit", die hinter ihm stehe, ist die Übernahme eines Slogans von Richard Nixon. Trump kopiert damit in den Augen vieler Nixons "Southern strategy", mit der dieser 1972 an weiße Wähler und deren ethnische Identität appellierte.

#### Die Politik schafft sich selbst ab

Seit der Herausbildung des modernen Zwei-Parteien-Systems im späten 19. Jahrhundert gab es nur einen nominierten Kandidaten der beiden großen Parteien, der von außerhalb des politischen oder militärischen Establishments kam – Wendell Willkie, der 1940 antrat. Trumps Nominierung ist auch insofern ein Traditionsbruch. Neben der großen Unzufriedenheit unter Republikanern waren es vor allem zwei Faktoren, die zu seiner Nominierung führten.

Gegen "Washington" und die dortige Politik zu kandidieren, gehört schon seit Langem zum guten Ton für jeden Politiker, der es zu etwas bringen will. Doch in den vergangenen 20 Jahren hat die Ablehnung der etablierten Politik durch Politiker neue Formen und neue Vehemenz angenommen. Gleichzeitig schnitten durch das "gerrymandering" die Parteien viele Wahlkreise so zu, dass sie möglichst "sicher" wurden. Dies führte dazu, dass für viele Abgeordnete die Gefahr für ihre Wiederwahl nicht mehr von der Gegenseite, sondern von der eigenen Partei ausging, durch einen internen Herausforderer, der die Parteilinie noch vehementer vertrat. Kompromissbereitschaft in Washington wurde so zu einem Problem.

Einseitig parteiische Medien – die ihren Erfolg aus dieser Einseitigkeit bezogen – beförderten diese Polarisierung weiter. Die Bereitschaft zur parteiüber-

greifenden Zusammenarbeit schwand; ohne diese aber ist im amerikanischen System der Machtteilung kaum etwas zu erreichen. Das Ergebnis war vorhersehbar: Der Kongress verlor die Kraft zu gestaltender Gesetzgebung und damit an Bedeutung und Zustimmung. Seit Jahren zeigen sich in den Umfragen weniger als 20 Prozent der Bevölkerung mit der Arbeit des Parlaments zufrieden. Besonders auf republikanischer Seite wuchs zudem der Ärger über die eigenen Vertreter, die weitreichende Veränderungen versprachen und dann doch wenig mehr als inneren Zwist und obstruktive Opposition liefern konnten. In Trump sahen große Teile der rebellierenden republikanischen Basis den Außenseiter, der endlich alles ganz anders machen würde.

Mit Trump trat außerdem eine Persönlichkeit an, die zur Stimmungslage der unzufriedenen weißen Klientel passte. Er verbindet einen hohen Bekannt-

Wer könnte besser geeignet sein, die Politiker zu feuern? heitsgrad mit einem (erst in den vergangenen Monaten infrage gestellten) Ruf wirtschaftlichen Erfolgs und einem effektvollen Umgang mit den Medien. All dies verdankt er nicht zuletzt seinem Erfolg im Reality-TV. Mit der Game-Show "The Apprentice" steigerte er seit 2004 seine Bekanntheit weiter und festigte zudem das Bild eines erfolgreichen und entscheidungsstarken Geschäftsmanns, in-

klusive des charakteristischen Spruchs der Sendung: "You're fired!" Wer könnte besser geeignet sein, fragten sich während der Vorwahlen viele Republikaner, um endlich die Politiker in Washington zu feuern?

#### Was es für einen Wahlsieg braucht - und was dieser bedeutet

Anders als es scheint, gibt es in den USA keine nationale Wahl des Präsidenten: Es gibt vielmehr 51 gleichzeitige Wahlen in den Bundesstaaten und in Washington, DC. Dort wird die Zusammensetzung des Electoral College bestimmt, wobei bevölkerungsreiche Bundesstaaten mehr "electoral votes" haben als kleinere. Das Electoral College wählt dann – mit einer Mehrheit von 270 Stimmen – die Präsidentin oder den Präsidenten.

Die demokratische Kandidatin beginnt hier mit einem Startvorteil: Seit 1992 haben 18 Bundesstaaten und Washington, DC kontinuierlich für die Demokraten votiert; diese erneut zu gewinnen, würde 242 "electoral votes" bedeuten. Schon ein Sieg in Florida – dem bevölkerungsreichsten der Swing States, die mal demokratisch, mal republikanisch wählen – würde dann für den Einzug ins Weiße Haus ausreichen. Umgekehrt hatten seit 2000 die Republikaner 22 Bundesstaaten verlässlich hinter sich, die zusammen auf 180 Stimmen im Electoral College kommen. Der republikanische Kandidat muss somit möglichst all diese halten und zudem die meisten Swing States gewinnen (neben Florida vor allem Ohio, North Carolina und Virginia) oder genügend Staaten aus dem demokratischen Lager herauslösen (etwa Pennsylvania, Michigan, Wisconsin oder Oregon).

Am 8. November finden außerdem Kongresswahlen statt: Im Repräsentantenhaus haben die Republikaner eine breite Mehrheit, und es käme einem Erdbeben gleich, wenn diese verloren ginge. Anders im Senat: Hier ist die republikanische Mehrheit knapp, die Mehrheitsverhältnisse könnten sich umkehren. Im Senat kann aber über einen Gesetzesvorschlag erst abgestimmt

werden, wenn sich 60 Stimmen dafür finden, die Debatte zu beenden. Was als Voraussetzung einer möglichst breiten Übereinstimmung intendiert war, ist inzwischen zu einem Blockademittel der Minderheitsfraktion geworden, egal wer diese gerade stellt. Da aber eine 60-Stimmen-Mehrheit im Senat für eine der Parteien unwahrscheinlich ist, dürfte, wer auch immer Präsident Obama nachfolgt, im Kongress eine blockadefähige Opposition vorfinden.

#### Das Fieber der Polarisierung

Die Polarisierung der Politik setzt sich in der Gesellschaft fort: Beide Seiten betrachten einander so negativ wie schon lange nicht mehr. Dies geht so weit, dass auf beiden Seiten die Bekämpfung der Gegenseite zur stärksten Motivation geworden ist, stärker noch als das Eintreten für die eigene Politik. Parteigänger beider Seiten haben zudem eine extrem schlechte Meinung von den Nominierten der Gegenseite: Republikaner bringen Clinton dieselbe intensive Ablehnung entgegen, die Demokraten gegenüber Trump hegen. Zudem weisen beide Seiten darauf hin, dass bei dieser Wahl mehr denn je auf dem Spiel steht. Oft wird dabei auf den Obersten Gerichtshof verwiesen: Derzeit ist hier ein Sitz unbesetzt; Clinton oder Trump werden mindestens für diesen, möglicherweise für weitere oberste Richterstellen Neubesetzungen vorschlagen können. Beide warnen eindringlich davor, dass die Gegenseite so die oberste gerichtliche Instanz formen könnte: Die obersten Richter werden auf Lebenszeit ernannt, eine Mehrheit in die eine oder andere Richtung kann so eine Generation lang bestimmend sein.

Auch sonst werben beide Parteien nicht nur mit ihrem eigenen Programm, sondern mindestens so sehr, wenn nicht mehr, indem sie einen Wahlsieg der

anderen als Katastrophe für die USA beschreiben. Es spricht wenig dafür, dass diese negative Mobilisierung nachlassen wird und sich die Emotionen abkühlen werden. Die Republikaner werden sich zudem nach der Wahl, unabhängig von deren Ausgang, programmatisch und personell neu sortieren müssen. Es ist nicht abzusehen, wo die Partei dabei landen wird.

Den Vereinigten Staaten steht ein heißer Herbst bevor. Die Hoffnung bleibt, dass danach das Fieber der Polarisierung, wie Präsident Obama es nannte, nachlässt und sich ein Weg zurück findet zur Tradition der parteiübergreifenden Zusammenarbeit.



Dominik Mutter ist innenpolitischer Referent der Deutschen Botschaft in Washington, DC. Die hier geäußerten Einschätzungen geben seine persönliche Meinung wieder.



Dr. Peter Wittig ist deutscher Botschafter in Washington, DC. Die hier geäußerten Einschätzungen geben seine persönliche Meinung wieder.

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Pew Research Center: Partisanship and Political Animosity in 2016; A Wider Ideological Gap Between More and Less Educated Adults.

# Protest ohne Prinzipien

Was Europas Populisten wollen und wie wir damit umgehen sollten

Früher kamen und gingen sie, heute kommen sie und bleiben. Ignorieren lassen sich Europas Politgrobiane nicht mehr. Doch ihre Reaktionen auf das Brexit-Referendum zeigen: Wenn "das Volk" etwas mag, geben sie die Opposition schnell auf. Höchste Zeit für die EU, ihren Kritikern den Wind aus den Segeln zu nehmen: indem sie flexibler, liberaler, experimenteller wird.

Dass im öffentlichen Umgang mit ihnen etwas nicht stimmt, macht schon das Wort deutlich, das sie bezeichnen und charakterisieren soll: Populisten. Es ist eine Hilfsbezeichnung, eine Verlegenheitslösung. Sie ist bekanntlich vom lateinischen populus (Volk) hergeleitet. Zwar ist "das" Volk wahrlich kein Garant für politische Umsicht: Das Land, in dem es unumschränkt herrschte, wäre ein furchtbarer Ort. Was aber – so hat es etwa der ehemalige AfD-Politiker Konrad Adam oft gesagt – soll falsch daran sein, wenn Politiker und Parteien aufs Volk und seine Meinungen achten und versuchen, ihnen, wenn auch vermittelt, gerecht zu werden?

Natürlich nichts. Und deswegen sind Populisten nicht hinreichend gekennzeichnet, wenn man sie nur Populisten nennt. Was an ihnen stört und erschrecken lässt, ist ja nicht der Umstand, dass sie den gemeinen Bürgern zuhören (was sie im Übrigen oft gar nicht tun). Das Problem, das wir mit ihnen haben, liegt darin, dass sie keine tragfähigen Ideen zur Lösung politischer Probleme bieten können.

Eine andere, eine bessere Bezeichnung wäre dringend nötig – ist aber schwer zu finden. Sie sind die Angstmacher, die Einfachen, die Hassbürger, in Deutschland die Dunkeldeutschen: Aber alle diese Worte treffen nur Teilaspekte. Am ehesten noch könnte man sie politische Grobiane nennen – klänge das nicht zu harmlos und zu positiv. Denn das Wort erinnert vor allem an die lange Tradition der grobianischen Literatur, an Johann Fischarts "Narrenschiff" oder François Rabelais' "Gargantua und Pantagruel", also an Werke der Lebensfülle, nicht der wutbürgerlichen Enge und Verdrießlichkeit. Also bleiben wir, wenig überzeugt, bei der noch gängigen Münze: bei den Populisten.

Man kann sie nicht mehr einfach abtun. Wie die folgenden Länderartikel belegen – die sich leicht um weitere über Österreich, Deutschland, Polen, die Slowakei, Belgien und etliche weitere Staaten ergänzen ließen –, sind die politischen Populisten längst ein allgemeineuropäisches Phänomen, und zwar ein ziemlich fest etabliertes. Es gibt rechts- und linksradikale Populisten; ob sie der Nation oder dem Internationalismus huldigen, allesamt sind sie ethnische oder soziale Nationalisten (Letzteres beweist zurzeit nachdrücklich ein bestimmter Teil der deutschen Linkspartei). Auf eine schwer nachvollziehbare Weise glauben sie ernsthaft, dass alle Probleme besser lösbar wären, wenn nur die Grenzen der herkömmlichen Nationalstaaten wieder in ihr altes Recht eingesetzt würden.

Dennoch wäre es ein beträchtliches Missverständnis, in ihnen generell Wiedergänger des völkischen, das parlamentarische System rundweg ablehnenden Radikalismus der dreißiger Jahre des vergangenen Jahrhunderts zu sehen. Was nicht heißt, dass die heutigen Populisten – siehe AfD oder die Goldene Morgenröte in Griechenland, um nur zwei Beispiele zu nennen – nicht auch rabiat und völkisch sein könnten. Der Quell, aus dem sie schöpfen, kann sehr wohl der alte sein, und es gibt unter ihnen Einzelne, die "das System" aus den Angeln heben möchten.

Dennoch fällt, verglichen mit damals, ein kapitaler Unterschied auf: Die Populisten betreten heute eine politische Landschaft, die trotz aller Verwerfungen und strukturellen Krisen ungleich gefestigter ist als die politische Landschaft Europas vor 80 oder 90 Jahren. Die Demokratien Europas wanken und bröckeln nicht; sie verfügen über ein im Durchschnitt durchaus fähiges politisches Personal; und die Bürger halten in ihrer großen Mehrheit – und zwar weit in die Reihen dieser Politgrobiane hinein – sowohl die Demokratie wie die Europäische Union für nützliche Erfindungen.

Weil das schon länger so ist, sind die Populisten regelmäßig gescheitert, nachdem es ihnen gelungen war, genügend Stimmen auf sich zu versammeln, um in Volksvertretungen einzuziehen. Über kurz oder lang wurde deutlich, dass das, was sie zu sagen haben, und das, was in Parlamenten erforderlich ist, nicht zusammenpasst. Diese Politgrobiane wurden abgestoßen: durch Implosion oder Abwahl. Diese Spur ist lang – sie reicht vom postfaschistischen Movimento Sociale Italiano (1946 gegründet) über die 1972 gegründete Fortschrittspartei des dänischen Anti-Steuer-Rebellen Mogens Glistrup bis zu den deutschen Republikanern (1983 gegründet), die immerhin zwei Legislaturperioden lang im Stuttgarter Landtag vertreten waren. Staat und Gesellschaft sind fast überall in Europa zu stark, als dass die Totalvereinfacher die Kraft hätten und die Chance bekämen, die Gemeinwesen in ihren Grundfesten zu erschüttern.

Und doch ist heute – verglichen mit den vielen inzwischen golden erscheinenden Zeiten des Kalten Krieges – etwas anders. Dessen Ende bedeutete auch die "Rückkehr der Geschichte". Und dies hat es den Populisten im Verlauf von zwei Jahrzehnten ermöglicht, ihre Bewegungen und Parteien halbwegs zu verstetigen. Früher kamen und gingen sie. Das tun sie heute zum Teil noch immer. In wachsendem Maße aber kommen sie und bleiben. Verschwindet die eine Formation, bildet sich bald eine neue. Die eine gibt sich links, die andere national, die dritte antiautoritär, die vierte sozialstaatlich und die fünfte ausländerfeindlich – meist kommt dies alles in jeder von ihnen in unterschiedlichen Mischungsverhältnissen zusammen.

Es scheint inzwischen überall in Europa einen hinreichend großen Teil der Bevölkerung zu geben, dem irgendetwas grundsätzlich nicht behagt und der einen politischen Gemeinschaftsraum sucht, in dem er mit diesem Unbehagen nicht mehr allein ist. Zuweilen ist dieses Segment der Bevölkerung sogar so groß, dass es gleich für zwei parlamentarisch repräsentierte Gruppierungen reicht: etwa in Italien mit seiner bierernsten und bösartigen Lega Nord und dem Movimento Cinque Stelle des Komikers Beppe Grillo, das zwischen rabiatem Nihilismus und Graswurzelgemeinsinn oszilliert.

Das Unbehagen, das der Sprit der grobianischen Bewegungen und Parteien ist, hat viele Gründe: zu viele Ausländer, zu viel Veränderung; zu wenig soziale und sonstige Sicherheit; tatsächliche oder eingebildete Unterprivilegierung; das bohrende Gefühl, nicht gehört, nicht ernst genommen zu werden; der als Gewissheit auftretende Verdacht, in einer medial dominierten Welt nicht vorzukommen und von den Meinungsmachern verhöhnt zu werden.

Das alles kumuliert in dem heftigen Eindruck, "fremd im eigenen Land" zu sein. Obwohl viele derer, die so empfinden, ihren festen und unbestrittenen Platz im Gemeinwesen haben, lassen sie sich kaum ihre Überzeugung ausreden, als schweigende Mehrheit konstant ausgegrenzt zu werden. Es schwingt da Verzweiflung ebenso mit wie eine wutgetriebene Verliebtheit in die Selbstmarginalisierung. Wer einmal einer solchen Verzerrungsversammlung beigewohnt hat, weiß, dass hier mit Argumenten wenig auszurichten ist.

Das macht den Umgang mit diesen Strömungen so schwierig. Es hat sich längst die Überzeugung eingebürgert, dass man den Populisten nicht nachgeben, dass man ihnen nicht entgegenkommen darf. Denn das würde sie adeln, wür-

de ihre ungenauen Gefühle und ihre Ressentiments zu Argumenten "aufwerten", sie also stärken. Ihnen nur Verachtung und Kampfbereitschaft entgegenzubringen, hilft aber offenkundig auch nicht. Denn beides beeindruckt sie nicht, ruft sie nicht zur Räson, schüchtert sie nicht ein – sondern macht sie ebenfalls stärker.

Um aus diesem Dilemma herauszufinden,

hat man eine Formel, eine Faustregel erfunden. Man müsse, heißt es, das subjektive Gefühl der Heimatlosigkeit, das diese Populisten haben, ernst nehmen – dürfe aber keinesfalls ihren Forderungen nachgeben. Dieser scheinpädagogische Umgang mit den Grobianen hat einen großen Haken: Er kann zu nichts führen. Zwar wird hin- und zugehört; aber gewissermaßen unter Umgehung

nimmt die Populisten ernst, ohne sie ernst zu nehmen. Damit kann man präsidiale Reden bestreiten, nicht aber die Wirklichkeit.

all dessen, was diese Grobiane meinen. Man

Bild nur in Printausgabe verfügbar Dabei ist längst leicht zu erkennen, wie ein kluger Umgang mit dem politischen Populismus aussehen könnte. Er selbst weist vielerorts in Europa den Weg – und zwar mit seiner Lernfähigkeit. Es geht ihm heute zumeist nicht ums Prinzip, sondern um den Erfolg. Sieht man von der Minderheit der ganz Verbohrten in den Reihen der Populisten ab, lassen sie zumeist von allem schnell die Finger, was ihnen schaden könnte: Wenn "das Volk" etwas mag, geben sie die Opposition dazu schnell auf.

Man kann das gut an ihren Reaktionen auf die Entscheidung der Briten erkennen, die Europäische Union zu verlassen. In etlichen Staaten der EU reagierten die Populisten keineswegs – wie viele erwarteten – begeistert auf das britische Votum, sie bekamen es vielmehr mit der Angst zu tun. Denn es ist eine Sache, sein Mütchen im großen Resonanzraum des Nein zu kühlen; eine andere Sache aber, das Nein in die Tat umzusetzen und dann mit deren wirklichen Folgen leben zu müssen. Da schreckt mancher dann zurück.

Etwa der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán, wohl der begabteste unter Europas Populisten und ihr geheimer Bandleader. Seit Jahren lässt er keine Gelegenheit aus, die EU herabzusetzen, zum Monstrum zu erklären und als eine Art neue Sowjetunion zu verunglimpfen. Doch er wollte nie, dass die Briten die EU verlassen, und er beklagt deren Nein seit dem Referendum immer wieder, um zugleich zu versichern, er wolle seine Ungarn keinesfalls über einen Auszug aus der EU abstimmen lassen. So viel "Populismus" ist selbst ihm zu viel.

Warum? Ganz einfach: Ungarn, der fünftgrößte Nettoempfänger, braucht die EU dringend. Ähnlich sieht es in skandinavischen Staaten aus, in denen es zwar relativ starke Formationen der Populisten gibt, die große Mehrheit der Bevölkerung, einschließlich eines beträchtlichen Teiles ihrer Wähler, die EU aber nach wie vor mag: kein Ruf nach einem Referendum. Und Italiens Grillo-Bewegung zeigt gerade, dass reale Machterfahrungen das grobianische Potenzial schwächen: Plötzlich entdeckt sogar ein Beppe Grillo die Vorzüge der EU.

Käme nun die EU den Populisten einen kleinen, aber entscheidenden Schritt entgegen, wäre viel gewonnen. Sie müsste ihren Regulierungs- und Vereinheitlichungszwang aufgeben, müsste dem vielfach erschallenden Ruf nach Subsidiarität endlich Taten folgen lassen, müsste nicht zwei, sondern mehrere Geschwindigkeiten zulassen – was alles im Rahmen der bestehenden Verträge möglich ist. Kurz, sie müsste flexibler, liberaler, experimenteller werden und sich mehr fürs wirkliche Leben als für das eigene Regelwerk interessieren.

Der Charme dieser Entscheidung wäre ein doppelter. Sie würde erstens die dringend nötige Reform der EU auf den Weg bringen, zu der bisher aus Bequemlichkeit die Kräfte und die Truppen fehlten. Und sie würde zweitens den Populisten den Stoff ausgehen lassen, indem für alle Bürger Europas erkennbar der Beweis erbracht würde, dass die EU kein Monstrum und ihre Methode, Staaten frei aneinanderzubinden, eine ziemlich gute und nützliche Sache ist.

Und, auf der gegenüberliegenden Seite des Teichs, Donald Trump? Auch er scheint in die Rede-versus-Tat-Falle zu tappen. Je näher er der Macht kommt, desto mehr verheddert er sich in seiner eigenen Maßlosigkeit. Er wird wohl scheitern, weil er im Gegensatz zu Orbán nicht fähig ist, sich von der Wirklichkeit belehren zu lassen. Siegte er dennoch, müssten wir allerdings über die seltsam

altmodischen und grobianischen Vereinigten Staaten von Nordamerika noch einmal neu nachdenken.

Thomas Schmid ist Publizist und war Chefredakteur und Herausgeber der Welt-Gruppe. Sein Buch "Europa ist tot, es lebe Europa!" erscheint am 12. September im Verlag C. Bertelsmann.

FRANKREICH

# Die Fäuste fliegen

Die Freude war groß bei Frankreichs Links- wie Rechtspopulisten, als das Ergebnis des Brexit-Referendums bekannt wurde. Doch während man beim Front de Gauche auf einen Umbau der EU hofft, bereitet der Front National den Austritt vor.

Zwei Fäuste, von europäischen Sternen umringt, befreien sich von ihren Ketten. Ein einfach zu verstehendes Bild, dazu eine eindeutige Nachricht: "Brexit, und jetzt Frankreich!" Das Ergebnis des britischen Referendums war gerade bekannt, schon präsentierte der Front National sein neues Plakat, um die alte Forderung nach einem Austrittsreferendum im eigenen Land zu wiederholen.

Keine Frage: In der rechtsradikalen Partei ist das "No" der Briten zur EU Grund zum Jubeln. Parteichefin Marine Le Pen sprach in triumphierendem Ton von einem "Sieg der Freiheit". In einem regelrechten Pressemarathon – sie veröffentlichte sogar einen Gastbeitrag in der *New York Times* – feierte sie in der folgenden Woche die britische Entscheidung, die den Weg für ein "freies und souveränes" Frankreich öffnen solle. Auch ihre Nichte Marion Maréchal-Le Pen, eine der beiden FN-Abgeordneten der französischen Nationalversammlung, sieht den Brexit als Ermutigung für das französische Volk, sich vom Joch Brüssels und Berlins zu befreien: "Jetzt ist es an der Zeit, die Demokratie in unser Land zu importieren. Die Franzosen haben ein Recht auf freie Wahl."

Keine andere Partei verfolgte die Brexit-Kampagne mit größerer Aufmerksamkeit als der Front National; doch auch der Front de Gauche am linken Rand des politischen Spektrums freut sich über das Ergebnis. Die Linksradikalen warnen zwar vor dem Aufleben des Nationalismus in Europa und hüten sich davor, das – erzkonservativ dominierte – Leave-Lager zu unterstützen. Aber auch sie argumentieren mit der Souveränität der Völker Europas und begrüßen es, wenn sich das Kräfteverhältnis gegenüber der EU und gegenüber Deutschland verändert. Im Unterschied zum FN erhoffen sie sich keinen Austritt Frankreichs aus der EU, sondern einen Bruch mit dem "Europa der Privilegierten", so Parteichef Jean-Luc Mélenchon.

Die Rhetorik der Populisten von links und rechts mag ähnlich klingen, doch verbergen sich dahinter unterschiedliche Europa-Vorstellungen. Für den Front de Gauche ist ein Austritt aus der EU wie aus der Euro-Zone keine Wunschvorstellung. Gegründet 2008 als Reaktion auf den Lissabonner Vertrag, setzt die Wahlplattform vielmehr auf einen tiefgreifenden Umbau der EU und auf die Schaffung eines sozialen Europas.

Dazu gehören die Abschaffung aller EU-Verträge und die Neugründung der Währungsunion. Die Forderungen unterscheiden sich nicht grundsätzlich von denjenigen der deutschen Partei Die Linke.

Viel radikaler zeigt sich der Front National. Sollte Marine Le Pen Staatspräsidentin werden, will sie innerhalb von sechs Monaten ein Referendum über den EU-Austritt Frankreichs organisieren. Die Zwischenzeit will sie dazu nutzen, um mit Brüssel die Rückkehr zur vollen Souveränität des Landes auszuhandeln. In der rechtsradikalen Idealwelt soll Frankreich die Kontrolle über seine Grenzen und seine Währung zurückbekommen, also sowohl den Schengen-Raum als auch die Euro-Zone verlassen. Außerdem soll es seinen EU-Nettobeitrag auf Null reduzieren und freie Hand in der Wirtschaftspolitik haben, um einen "klugen Protektionismus" betreiben zu können. Nationales Recht soll Vorrang vor dem Gemeinschaftsrecht haben. Für die Koordinierung solcher Verhandlungen soll ein neugegründetes "Ministerium der Souveränitäten" zuständig sein.

Ob der Front National im Falle eines Wahlsiegs diese harte Linie durchziehen würde, ist schwer zu beurteilen. Die innerparteiliche Diskussion ist zwar ausdifferenzierter als öffentlich dargestellt, aber die Vertreter einer anderen Politik – wie die Befürworter eines Verbleibs in der Euro-Zone – sind völlig marginalisiert. Im Europaparlament, wo der Front National 24 der 74 Abgeordneten aus Frankreich stellt, ist die Partei jedenfalls nicht dafür bekannt, sich für ein anderes Europa zu engagieren.

In manchen Entschließungsanträgen, die ihre Vertreter einreichen, geht es zwar um die Auflösung der Euro-Zone oder um den Abbruch der Beitrittsverhandlungen mit Mazedonien und der Türkei. Aber die meiste Zeit machen sich die FN-Abgeordneten vor allem durch einen Sündenbock-Diskurs bemerkbar, indem sie die EU für alles Übel in dieser Welt verantwortlich machen, ohne aber Lösungen vorzuschlagen.

Der Europa-Diskurs des FN ist heute nicht mehrheitsfähig. Laut einer Umfrage, die kurz nach dem britischen Referendum geführt wurde, sprechen sich 45 Prozent der Franzosen für einen Verbleib Frankreichs in der EU aus und 33 Prozent dagegen. Doch auch wenn die "Frexit"-Anhänger in der Minderheit bleiben, bilden sie eine nicht unerhebliche Größe, die die Diskussion der kommenden Monate beeinflussen wird. Die Parteien werden umso stärker diese Zweifel und Ängste aufgreifen, da zurzeit ganz allgemein keine Begeisterung für das Europa-Projekt herrscht. Auf die Frage nach der besten Reaktion auf den Brexit appelliert eine klare Mehrheit der Franzosen für mehr Selbstständigkeit der Nationen gegenüber der EU; nur ein Viertel der Befragten wünscht sich einen neuen Integrationsschritt.

Dr. Claire Demesmay leitet das Programm Frankreich/ deutsch-französische Beziehungen im Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP).



NIEDERLANDE

## Wilders Westen

Die Brexit-Entscheidung war Wasser auf die Mühlen der niederländischen Rechtspopulisten. Droht der "Nexit"? Noch fehlt die Rechtsgrundlage für ein Referendum. Doch die Dynamik, die es auslösen könnte, wäre kaum zu kontrollieren.

Geert Wilders hatte seinen Spaß am 24. Juni. "Jetzt sind wir an der Reihe", twitterte der niederländische Rechtspopulist sofort nach Bekanntwerden des britischen Ergebnisses. Auch in seinem Land müsse jetzt das EU-Austrittsreferendum kommen, das er schon lange fordert. "Großbritannien weist Europa den Weg in Richtung Zukunft und Befreiung. Es ist Zeit für einen Neustart, im Vertrauen auf die eigene Kraft und Souveränität."

Einen solch triumphierenden Ton schlägt Wilders zwar immer an, doch inzwischen hat er einigen Grund dafür. Seine Partei für die Freiheit (PVV) liegt seit fast einem Jahr konstant und deutlich auf Platz eins der Umfragen. Eine Mehrheit der immer europakritischer werdenden Niederländer möchte gerne über einen EU-Austritt abstimmen. Derzeit würden sich laut einer Umfrage 48 Prozent für einen Nexit aussprechen, 43 Prozent dagegen. Beim Referendum über das Assoziierungsabkommen der EU mit der Ukraine haben die EU-Kritiker im April diesen Jahres mit einem haushohen Sieg bewiesen, was sie können. Ihr eigentliches Ziel, der EU eins auszuwischen, erreichten sie so auf spektakuläre Weise. Ihre Argumente mögen schwach sein, ihre Suggestivkraft ist umso stärker.

So leicht wird es indes nicht zu einem Nexit kommen; es fehlt die rechtliche Grundlage. Mithilfe der Regelung, die die Ukraine-Abstimmung möglich gemacht hatte, lassen sich nur Referenden zu neuen Gesetzen und Verträgen abhalten. Es gibt aber Überlegungen, den irgendwann vollzogenen Ausstieg der Briten als Änderung der EU-Verträge anzusehen, die dann einem Referendum unterworfen werden könnten.

Auf eine solche Schlaumeierei wird sich Wilders aber vermutlich nicht stützen wollen. Aussichtsreicher ist das Projekt eines korrigierenden Referendums, mit dem sich die Mitgliedschaft in der EU direkt angreifen ließe. Es hängt im Parlament fest, für die nötige Verfassungsänderung fehlt in der Ersten Kammer die Zweidrittelmehrheit. Auch ein zeitlich befristetes Gesetz, wie es 2005 zur Volksabstimmung über den EU-Verfassungsvertrag führte, käme derzeit nicht zustande; ein entsprechender Antrag Wilders' wurde in der Zweiten Kammer kurz nach dem Brexit-Votum mit 124 zu 14 Stimmen abgewiesen.

Doch Mehrheiten können sich ändern, im März wird ein neues Parlament gewählt. Im Wahlkampf wird das Verhältnis zu Europa sicher eine dominierende Rolle spielen, und je besser es der britischen Regierung gelingt, den wirtschaftlichen Schaden des Brexit zu minimieren, umso stärker wird Wilders' Position bei den Wählern. Die Mitte-Parteien werden nicht nur von rechts unter Feuer geraten. In der ähnlich europakritischen und oft auch populistischen Sozialistischen Partei hat die PVV in dieser Frage einen eifrigen Mitstreiter. Die Linken

fordern zwar keinen vollständigen Austritt, aber eine stark abgespeckte EU-Mitgliedschaft; sie haben schon beim Ukraine-Referendum für ein Nein gekämpft.

Weder SP noch PVV haben es bisher in die Regierungsverantwortung geschafft, national wie lokal. Die PVV ist überhaupt erst in zwei Städten angetreten. In Almere hat sie zwar zweimal die meisten Stimmen geholt, wurde aber von der Konkurrenz blockiert.

Können die Niederländer dieser Partei, die immer wieder skandalträchtige Kandidaten in ihren Reihen hatte, überhaupt trauen? Von 2010 an schnupperte Wilders ein wenig an der Macht, als er eine Minderheitsregierung von Rechtsliberalen und Christdemokraten unter dem heutigen Ministerpräsidenten Mark Rutte duldete. Er verhalf ihr punktuell zu Mehrheiten, doch das Konstrukt platzte 2012, als ein Abgeordneter, der Wilders' "diktatorischen Führungsstil" nicht mehr ertrug, die PVV verließ. Wilders brach das Experiment ab, in der richtigen Erkenntnis, dass er Opposition besser kann. Seither ist er noch radikaler in seinen Aussagen. Ein extrem provokanter Auftritt 2014, bei dem er seine Anhänger fragte, ob sie "mehr oder weniger Marokkaner" im Land wollten, hat ihn politisch isoliert und als Bündnispartner unmöglich gemacht.

Politisch brächte ein Nexit-Votum die Niederlande in eine schwierige Lage. Ein proeuropäisches Kabinett, wie es derzeit regiert, könnte den Austritt nicht herbeiführen, es würde unweigerlich stürzen. Ein Ministerpräsident Wilders aber müsste, wenn er größere wirtschaftliche Schäden vermeiden wollte, eine halbwegs konstruktive Lösung für sein Land suchen.

Er werde sich jedenfalls nicht vor der Verantwortung drücken, sagt er, vielmehr habe er einen "Plan". Der beruht nach seinen Angaben im Wesentlichen auf den Untersuchungen zweier britischer Institute, die er selbst in Auftrag gegeben hatte. Kurzfristig bestünden demnach Risiken, langfristig aber wäre der Austritt ein Gewinn und brächte jedem Niederländer ein Plus von 9800 Euro pro Jahr.

Allerdings gehen die Institute von der Annahme aus, dass es den Niederlanden problemlos gelingt, mit dem Rest der Welt vorteilhafte Handelsabkommen zu schließen – natürlich auch mit der EU. Hauptsache, man habe weiterhin Zugang zum Binnenmarkt, sagt Wilders, der offenbar auf das norwegische Modell abzielt.

Danach behielten Polen und Rumänen ihre Freizügigkeit, es bliebe bei relativ hohen Beiträgen, Den Haag müsste die EU-Gesetze fast vollständig übernehmen, ohne in Brüssel mitreden zu können. Würde der Gulden als unabhängige Währung wieder eingeführt, würde das laut Wilders zwei Jahre lang Kosten verursachen, anschließend würde sich die Sache einpendeln. Möglich wäre aber auch, "dem Euro zu folgen", womit der Gulden zum Pseudo-Euro würde. Sicher, es könnte zu einer Kreditkrise kommen, aber die Aussicht sei gering. Sicherheitspolitisch lautet Wilders' Devise: "Raus aus Schengen, Grenzen dicht". Muslime sollen draußen bleiben. Polizei- und Strafverfolgungsbehörden könnten außerhalb der EU kooperieren, nach dem Vorbild des Vertrags von Prüm.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Sieht so eine gedeihliche Zukunft für die Niederlande aus? Die anderen Parteien werden sich zusammenschließen, um einen Ministerpräsidenten Geert Wilders zu verhindern. Die Frage ist, ob das reicht. Die Dynamik, die ein verlorenes EU-Referendum auslösen würde, wäre kaum zu kontrollieren.

Thomas Kirchner ist seit 2015 EU-Korrespondent der Süddeutschen Zeitung.

NORDFUROPA

# Spiel mit Feuer auf kleiner Flamme

Vorsichtiger Brexit-Tourismus bei Den Finnen, Uneinigkeit bei der Dänischen Volkspartei, klarer Anti-Europa-Kurs nur bei den Schwedendemokraten: Sobald Nordeuropas Populisten an der Macht sind, geraten sie beim Thema EU ins Lavieren.

So schnell kann es gehen mit der normativen Kraft des Faktischen. Der Widerstand gegen den EU-Rettungsschirm, die Kritik an der Gemeinschaftswährung und an Brüssel generell haben die Partei Perussuomalaiset (Die Finnen, früher bekannt als Die wahren Finnen oder Basisfinnen) groß gemacht. Mit fast 18 Prozent der Stimmen gelang es ihnen nach der Wahl im April 2015 erstmals, an der Regierung beteiligt zu werden. Doch es vergingen nur wenige Monate, da ließ die Partei eine ihrer Hauptforderungen fallen und stimmte um des Koalitionsfriedens willen im Sommer 2015 für ein neues Hilfspaket für Griechenland.

Wie in Finnland, so zeigen sich in Nordeuropa auch andernorts die Rechtspopulisten kompromissbereit, sobald sie an die Macht kommen. Nach der Brexit-Abstimmung ertönt der Ruf nach EU-Austrittsreferenden dementsprechend

> gedämpft - schließlich ist es ein Unterschied, ob man solche Forderungen aus der Opposition heraus stellt oder sie als Teilhaber an der Macht dann womöglich umsetzen muss.

> In Finnland haben Die Finnen erfahren müssen, was es für die Wählergunst heißen kann, wenn es nicht mehr darum geht, als Opposition einen reinen Ablehnungskurs zu fahren, sondern darum, als Teil der Regierung Politik mitzugestalten. Mittlerweile sind die Zustimmungswerte für die Partei drastisch gefallen; derzeit sagen nur rund 8 Prozent der Wähler, dass sie ihr die Stimme geben würden.

Womöglich auch deshalb nutzte Parteichef und Außenminister Timo Soini das Ergebnis des Brexit-Referendums für ein Spiel mit dem Feuer auf kleiner Flamme - mehr konnte er sich als Außenminister kaum heme – mehr konnte er sich als Außenminister kaum herausnehmen. Er reiste bald nach der Abstimmung nach Großbritannien. Und auch wenn er betonte, diese Rei-



se als Parteichef, nicht als Regierungsmitglied unternommen zu haben, musste er sich harsche Kritik anhören. Schließlich hatte Ministerpräsident Juha Sipilä entschieden, es werde kein EU-Referendum geben. Soinis Reise nun konnte als Interesse an einer solchen Abstimmung gewertet werden – aller Dementis zum Trotz.

"Wäre er noch in der Opposition, würde das ganz anders aussehen. So aber ist er an die generell positive EU-Haltung der Regierung gebunden", sagt der Politikprofessor Tapio Raunio von der Universität Tampere. Als kleinster Koalitionspartner muss Soinis Partei in der EU-Politik der Regierungslinie folgen. Der Parteichef hat sich aber eine Hintertür offengelassen und gesagt, dass das Thema bei der Parlamentswahl 2019 eine Rolle spielen könnte. "Womöglich hilft ihm das dann, um wieder auf mehr Stimmen zu kommen", meint Raunio. Die Jugendorganisation von Soinis Partei will nicht so lange warten und hat eine entsprechende Unterschriftenaktion begonnen. Auch andere Abgeordnete der Partei haben sich weniger abwartend geäußert als Soini.

Lange galt die Gleichung Skandinavien = sozialdemokratisch. In Nordeuropa wurden im vergangenen Jahrhundert wesentliche Konzepte des Wohlfahrtsstaats entwickelt und erprobt. Denker wie die Myrdals und Politiker wie Per Albin Hansson legten die Grundlagen dafür, dass über Jahrzehnte die Herrschaft sozialdemokratischer Parteien im Norden Europas der Normalfall zu sein schien. Allenfalls zwischenzeitlich gelang es den Konservativen, an die Macht zu kommen – und die hatten ihrerseits einige Elemente der sozialdemokratischen Denkschule in ihr Programm übernommen.

Diese Zeiten sind passé. Nunmehr gehören die nordeuropäischen Länder mit Ausnahme Islands zu jenen, in denen die Rechtspopulisten früher als andernorts Erfolge feierten und an die Macht gekommen sind. Derzeit wird nicht nur Finnland, sondern seit Oktober 2013 auch Norwegen von einer Koalition unter Beteiligung einer rechtspopulistischen Partei regiert.

In Dänemark toleriert die Dänische Volkspartei (Dansk Folkeparti) eine liberal-konservative Minderheitsregierung. Auch beim Nicht-EU-Mitglied Norwegen zeigt sich, dass die Rechten in Kernfragen verhandlungsbereit sind. So hat die Fortschrittspartei (Fremskrittspartiet, FrP), nachdem sie an die Macht gekommen war, eine wesentliche Forderung aufgegeben und vertritt nun – wie die anderen großen Parteien schon lange – die Haltung, dass das dicke Finanzpolster des norwegischen Staates nur sparsam angezapft werden solle, um die Wirtschaft nicht aus dem Gleichgewicht zu bringen. Doch räumt FrP-Finanzstaatssekretär Paal Bjørnestad ein, dass man womöglich mehr ausgeben würde, wenn die Partei alleine regieren würde.

In Dänemark war die Dänische Volkspartei (DF), obwohl seit Juni 2015 zweitstärkste Fraktion im Parlament, bisher nicht bereit, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Stattdessen treibt sie die konservative Minderheitsregierung unter Lars Løkke Rasmussen vor sich her.

In EU-Fragen gehört Morten Messerschmidt zu den wichtigsten Vertretern der DF. Seit mittlerweile sieben Jahren gelingt ihm der Spagat, als EU-Parlamentarier Teil des Systems und gleichzeitig einer von dessen größten – und dabei beliebtesten – Kritikern zu sein. Bei der Europawahl vor zwei Jahren

erhielt er über 465 000 Stimmen und damit so viele wie nie zuvor ein dänischer Kandidat. So ist es denn auch Messerschmidts Stimme, die besonderes Gewicht hat, wenn es darum geht, ob die DF ein Referendum nach britischem Vorbild fordern soll. Ursprünglich hatte Messerschmidt sich sogar gewünscht, dass die Briten mehrheitlich gegen den Austritt stimmen würden, nunmehr empfiehlt er, die "Ruhe zu bewahren". Der EU-politische Sprecher der Partei dagegen, der weitaus weniger einflussreiche Kenneth Kristensen Berth, hat bereits erklärt, dass er ein Referendum in Dänemark wünsche, wenn es Großbritannien gelänge, einen guten Deal mit der EU auszuhandeln.

Ähnliche Forderungen kommen von der radikalen Linken. So fordert die Einheitsliste (Enhedslisten) ein dänisches Referendum, und anders als bei der DF ist das auch offizielle Parteilinie. Während die DF bei der Wahl im Juni vergangenen Jahres auf 21 Prozent der Stimmen gekommen war, erreichte die Einheitsliste nicht einmal 8 Prozent. Allerdings ergeben die Umfragen derzeit eine ganz klare Mehrheit für den Verbleib in der EU – auch bei den DF-Anhängern. "Letztlich würde die DF gerne eine EU light haben", sagt Tobias Etzold, Nordeuropa-Experte der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.

In Schweden fordert die Linkspartei (Vänsterpartiet), die bei der Wahl 2014 knapp 6 Prozent der Stimmen erreichte, dass die schwedische EU-Mitgliedschaft neu verhandelt wird, und die rechten Schwedendemokraten (Sverigedemokraterna, 13 Prozent) wollen ein Austrittsreferendum. Beide sitzen in der Opposition, an der Macht ist eine rot-grüne Minderheitsregierung.

Die Schwedendemokraten lehnen die EU-Mitgliedschaft ab, haben aber europäische Fragen nie zu einem großen Thema gemacht, sondern sich stärker auf Ausländerpolitik und innere Sicherheit konzentriert. Auch in Schweden gibt es in der Bevölkerung eine klare Mehrheit für den Verbleib in der EU. Anders als in Finnland, Norwegen und Dänemark ist eine Zusammenarbeit mit den Rechtspopulisten auf nationaler Ebene aber derzeit undenkbar. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Schwedendemokraten vom Anti-Europakurs abrücken müssen, um an die Macht zu kommen, ist also denkbar gering.

Clemens Bomsdorf ist Mitglied bei Weltreporter und Nordeuropa-Korrespondent u.a. für den Focus.

UNGARN

## **Geld statt Werte**

Wenn Ungarns Regierungschef Viktor Orbán es fertig bringt, gleichzeitig die EU als "Monster" zu beschimpfen und den Brexit zu bedauern, können nur handfeste Interessen dahinter stehen – in diesem Fall: die EU-Nettozahlungen an Budapest.

Die Europäische Union sieht er als administratives Monster und hässliche, imperiale Macht, EU-Beamte als "Reichsbürokraten", die Brüsseler EU-Zentrale als "neues Moskau", das Europa in eine "Epoche des liberalen Blablas" geführt habe. Europa sei verloren, wenn es weiter an so nebensächliche Din-

ge wie Menschenrechte, Offenheit, neuartige Familienmodelle und Toleranz glaube, sagt er. Es müsse endlich wieder zum Christentum, zum nüchternen Verstand, zu militärischer Tugend und zum Nationalstolz zurückfinden.

So hört es sich an, wenn Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán über die EU und Europa spricht. Schon seit vielen Jahren tritt er als polemischer, mitunter demagogischer Euroskeptiker auf. Doch vor dem Brexit-Referendum in Großbritannien appellierte er inständig an die Briten, in der EU zu bleiben. Kurz vor der Abstimmung hatte er sogar eine ganzseitige persönliche Anzeige in der britischen Tageszeitung Daily Mail schalten lassen: "Sie entscheiden, aber ich möchte Sie wissen lassen, dass Ungarn stolz ist, neben Ihnen als Mitglied der Europäischen Union zu stehen." Das Abstimmungsergebnis kommentierte Orbán mit nüchternem Bedauern, nutzte es aber zugleich auch für neue Breitseiten gegen die EU: Die EU-Flüchtlingspolitik habe den Ausschlag für das Brexit-Votum gegeben.

Diese Reaktion auf den Brexit ist nur scheinbar widersprüchlich. Dass der Euroskeptiker Orbán hinter der EU-Mitgliedschaft steht, hat handfeste Gründe. Ungarn ist Nettoempfänger von EU-Fördermitteln und auf dieses Geld dringend angewiesen. Ohne die EU-Milliarden wäre man wirtschaftlich längst abgestürzt. Zugleich befürwortet eine klare Mehrheit der Ungarn die EU-Mitgliedschaft ihres Landes. Zwar lehnen die allermeisten von ihnen die Flüchtlingspolitik der EU ab und stehen in dieser Frage hinter ihrem Regierungschef. Doch diese Frage einmal ausgeklammert, würden laut neuesten Umfragen zwei Drittel der Ungarn für einen Verbleib in der EU stimmen. Mehr noch: Innerhalb der vergangenen zwölf Monate wuchs die Zustimmung zur EU deutlich. Trotz der EU-feindlichen Rhetorik Orbáns und seiner Partei Fidesz ist die europäische Idee in Ungarn noch immer sehr populär – zu lebendig ist vielen die Erinnerung an die Abschottung unter der

Zudem profitieren immer mehr Ungarn von der Arbeitnehmerfreizügigkeit und den Bildungsmöglichkeiten in der EU: Hunderttausende Ungarn wanderten in den vergangenen Jahren aus dem Land aus, viele unterstützen ihre daheimgebliebenen Verwandten. Unter den Abgewanderten sind auch geschätzte 80 000 Ungarn, die in Großbritannien arbeiten. Ihr Status und ihre Existenz sind nun gefährdet.

Orbán ist sich dieser Stimmung bewusst. Wohl auch deshalb hat er eine Volksabstimmung über den EU-Verbleib Ungarns ausgeschlossen. Allerdings lässt er enge Mitarbeiter öffentlich über einen ungarischen EU-Austritt nachdenken, etwa Kanzleichef János Lázár, der Ende Juni auf einer Pressekonferenz einen EU-Austritt Ungarns "persönlich" befürwortete. Gedacht war diese Aussage wohl zum einen als Test für die Reaktionen der Öffentlichkeit, zum anderen als Zugeständnis an die vielen Rechtsaußenwähler des Fidesz.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

kommunistischen Diktatur.

Viel bedeutender ist in diesem Zusammenhang jedoch das für den 2. Oktober angesetzte Referendum über die EU-Flüchtlingspolitik. Darin geht es um die geplanten Flüchtlingsquoten, die die ungarische Regierung ablehnt. Die Frage lautet: "Wollen Sie, dass die Europäische Union Ungarn auch ohne die Zustimmung des ungarischen Parlaments die verpflichtende Ansiedlung nichtungarischer Staatsbürger vorschreiben kann?" Die ungarische Regierung will mit einem Mehrheits-Nein in dieser Frage laut eigener Aussage ein starkes Signal an Brüssel senden, Europas Grenzen abzuschotten und einen Zuwanderungsstopp zu deklarieren.

Doch es geht um mehr. Das Thema Migration und Flüchtlinge rettete Orbán Anfang 2015 aus einer innenpolitischen Krise, in der bereits über seinen Machtverlust diskutiert wurde. Seither hält er das Thema ganz oben auf der politischen Agenda – mit Erfolg. Auch seine Grundsatzkritik an der EU transportiert Orbán inzwischen fast ausschließlich über dieses Thema.

Diese Kritik besagt im Wesentlichen, dass die EU als "Europa der Nationen" neu gestaltet werden müsse. Ein konkretes Programm dazu haben Orbán und seine Partei bisher ebensowenig vorgelegt wie andere mittelosteuropäische Politiker, die sich auch euroskeptisch positionieren. Im Wesentlichen wünscht sich Orbán eine EU, die Geld verteilt und Binnenmarktfragen regelt, die politischen Angelegenheiten dagegen weitgehend den einzelnen Mitgliedsländern überlässt. Und natürlich eine EU, die keinem Mitglied die Einhaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Werte vorschreibt. Zwar waren die EU-Rechtsstaatsmechanismen in den vergangenen Jahren nicht besonders effizient darin, Orbáns illiberal-antidemokratischen Staatsumbau Ungarns zu verhindern; aber der Wertekanon der EU hat verhindert, dass Orbán noch schrankenloser vorgehen konnte.

In jedem Fall schwächt der Brexit die Position Orbáns bei diesem Vorhaben – und nicht nur seine, wie der linke ungarische Philosoph G.M. Tamás in einem Essay schrieb: "Orbán, Kaczynski, Zeman und Fico wie auch der kroatischen und slowenischen Rechten kommt es gelegener, wenn die britischen Regierenden Europa aktiv von innen zersetzen statt "uns Mittelosteuropäer" allein zu lassen mit der deutschen Dominanz."

Keno Verseck arbeitet als freier Journalist zu den Entwicklungen in Mittel- und Südeuropa.

GRIECHENLAND

# Geier, Zinswucherer, Heuchler

Populismus ist in Griechenland nicht auf einzelne Parteien beschränkt, er ist fester Bestandteil der Politik. Und so hütet sich die Regierung bei aller Wut auf Brüssel auch, den Grexit zu fordern, denn: Die Bevölkerung möchte in der EU bleiben.

"Griechen hoffen, ohne zu denken. Bei Wahlen werfen sie ihren Verstand über Bord. Politik ist für sie Zauberei", behauptet der griechische Philosoph Stelios Ramfos. Griechenlands Parteienlandschaft ist durchdrungen von Zauberern, Heilsversprechern und polternden Marktschreiern. Populismus ist ein fester Bestandteil griechischer Politik. Nahezu alle Politiker und Parteien versprechen das Blaue vom Himmel. "Die Ohren streicheln", nennen es die Griechen. Großmeister im Streicheln waren die großen Volksparteien Pasok und Nea Dimokratia, deren beispielloser Populismus zum Kollaps des Landes beigetragen hat.

Doch der unselige Politikstil lebt fort, vor allem in der Krise. Er ist das Katapult an die Macht. Wer nicht schnell genug nach oben gelangt, gründet kurzerhand seine eigene Partei. Jeder will Chef sein, denn der Chef ist unumschränkter Herrscher der Partei und zugleich ihr Programm. Die Populisten verstehen sich als das Fleisch und Blut des Volkes. Ihre vom Hellenozentrismus geprägte Weltanschauung ist manichäisch, ihre Wirklichkeit ein grobes Holzschnitzwerk. Sie nennen sich Volkseinheit, Anel, Goldene Morgenröte und Freiheitskurs.

Die beliebtesten Populisten sitzen auf der Regierungsbank, und ihr Chef heißt Alexis Tsipras. Er steht dem Populismus des großen Andreas Papandreou, Pasok-Gründer und dreimaliger Premierminister, in nichts nach. Tsipras, Chef des linken Wahlbündnisses Syriza, hatte ein sofortiges Ende des "Spardiktats" versprochen. Am Ende führte er das Diktat fort, um das Land im Euro zu halten.

Nach dem Brexit-Votum sieht sich Tsipras bestätigt. Es sei die Quittung für den Umgang der Geldgeber mit der Finanzkrise und zeige die Unfähigkeit Europas, die Wirtschaftskrise zu bewältigen. Jetzt müsse die EU ihre Austeritätspolitik überwinden. Der Brexit sei die Chance zur Reformierung der EU. Tsipras fordert mehr Europa, ein Europa "der Solidarität und des aufrichtigen Zusammenspiels von Völkern und Staaten".

Schwammig in ihren Vorstellungen ist auch die Volkseinheit, eine 2015 gegründete linke Abspaltung Syrizas. Sie ist die Zufluchtsstätte jener, die das Nein im griechischen Referendum als ein Ja zum Bruch mit den Gläubigern interpretieren. Für sie ist Alexis Tsipras ein am Euro klebender Verräter.

Panagiotis Lafazanis, Energieminister in der ersten Regierung von Alexis Tsipras und Chef der Volkseinheit, ist ein Mann hochtrabender Worte. Der Brexit sei die größte politische Bombe für Europa und die Welt seit dem Ende des Kalten Krieges, verkündet er. Er sei die Annullierung der neoliberalen Politik. Die Wiederherstellung der nationalen Souveränität sei ein Schritt im Kampf gegen ein deutsches, autoritäres und imperialistisches Europa, das sich im Prozess der Auflösung befinde. Lafazanis fordert den Ausstieg aus dem Euro, das Ende des Spardiktats und der Austeritätspolitik. Man müsse Großbritanniens Beispiel folgen und auf Kollisionskurs zur EU gehen, um ihre neoliberalen Fesseln abzuwerfen. "Sowohl Euro-Zone als auch EU können weder verbessert noch reformiert, sondern nur radikal beseitigt werden", erklärte Lafazanis nach dem Brexit-Referendum.

Das ist Musik in den Ohren vieler von Regierung und EU zutiefst enttäuschter Griechen. Wer die Rebellion in die Hand nehmen soll, ließ Lafazanis im Ungefähren. Ebenso unklar bleiben die ökonomischen, monetären, sozialen und geopolitischen Alternativen, über die Griechenland angeblich zuhauf verfügt. Lafazanis hatte sich als Energieminister schon einmal auf die Suche nach den viel beschworenen Alternativen zur EU gemacht. In Peking und Moskau suchte

er Sponsoren, von Venezuela wollte er Erdöl, auch Erdgas aus dem Iran war im Gespräch. Alles scheiterte. Sollte der ersehnte "große demokratische Aufstand" gegen die EU nicht bald losbrechen, bleiben der Volkseinheit nur die regulären Parlamentswahlen 2019, um an die Macht zu kommen. Wie steinig der Weg dorthin ist, zeigten die Wahlen im September 2015. Mit einem Stimmenanteil von 2,8 Prozent mussten die Revolutionäre der Volkseinheit zu Hause bleiben.

Weniger revolutionär, aber nie um einen unqualifizierten Kommentar verlegen, äußerte sich Panos Kammenos, Verteidigungsminister und Chef der Anel, der rechtspopulistischen Unabhängigen Griechen, zum Brexit. Die Partei ist der Koalitionspartner in der Regierung unter Alexis Tsipras. Der Ausstieg Großbritanniens aus der EU zeige, dass die Menschen es nicht hinnähmen, bedroht zu werden, erklärte Kammenos. Ein vereintes Europa sei nur möglich, wenn aus Verbündeten nicht erpresserische Geldgeber würden.

Damit verwies Kammenos, Nationalist, Fremdenfeind und Verschwörungstheoretiker, auf Deutschland. Er ist der Überzeugung, Deutschland sei eine Okkupationsmacht, die ganz Europa und insbesondere das an Erdöl- und Erdgasvorkommen vermeintlich reiche Griechenland in eine Schuldenkolonie verwandeln wolle. Der Brexit sei die Quittung dafür.

Populär waren Kammenos' Forderungen nach dem sofortigen Ende des "Spardiktats" sowie nach Reparationen für die NS-Besatzung, die auf 162 Milliarden Euro plus Zinsen beziffert wurden. Nun, nach dem Brexit-Votum, freut er sich ganz besonders. Aus dem Abstimmungsergebnis leitet Kammenos, unausgesprochen und indirekt, die Forderung nach Neuverhandlungen mit den Geldgebern ab. Dass im britischen Referendum der Zuzug von Migranten eine zentrale Rolle gespielt hat, bestätigt ihn und andere Rechtspopulisten in ihrer

Auffassung, härter gegen die Einwanderung vorzugehen.

Ein Referendum über einen Grexit fordert der Parteichef der Anel allerdings nicht, denn die Mehrheit der Bevölkerung ist weder für den Ausstieg aus dem Euro noch für den Ausstieg aus der EU. Hinzu kommt, dass Anel in der Regierungskoalition mit Syriza kein Partner auf Augenhöhe ist. Mit lediglich zehn Sitzen im Parlament ist sie der Zwerg neben dem Riesen - ein rüpelhafter, aber pflegeleichter Koalitionspartner ohne Visionen und Ideen, der außer populistischem Lärm nichts zur Reformierung des Staates beiträgt. Und das ist auch nicht weiter wichtig, denn Chef Panos Kammenos hat den Posten, den er sich schon immer gewünscht hat. Endlich darf er im militärischen Tarnanzug durch das Land reisen und über Panzer und Kampfjets befehlen. Wie er sich die Schaffung von Arbeitsplätzen oder eine reformierte EU ohne Großbritannien vorstellt, bleibt, wie immer in Griechenland, das Geheimnis des Parteichefs.

Auch Nikos Michaloliakos, Chefideologe und unumschränkter Führer der drittstärksten Partei im Parlament, der neonazistischen Goldenen Morgenröte, hat außer Phra-

Bild nur in Printausgabe verfügbar sen nichts zu bieten. Die Goldene Morgenröte begrüße den Sieg der patriotischen Kräfte Großbritanniens, Griechenland müsse gleichfalls eine Volksabstimmung abhalten und Europa zum Prinzip der Nationalstaaten zurückkehren. Die Goldene Morgenröte sei bereit, die vom Brexit beflügelten nationalistischen Kräfte Europas anzuführen, erklärte der Parteichef.

Anschließend wetterten er und sein Pressesprecher gegen die EU: Geier, Zinswucherer, Heuchler, die den Zustrom illegaler Migranten förderten und Griechenland versklavt hätten. Ginge es nach Michaloliakos, er würde noch heute Griechenland zu Europas neuen Supermacht ausbauen. Doch der Parteiführer ist derzeit an anderer Front beschäftigt. Seit 2015 stehen er und ranghohe Parteimitglieder wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung vor Gericht. Bei dem Tempo der griechischen Justiz werden bis zu einem rechtskräftigen Urteil vermutlich noch Jahrzehnte vergehen.

Bliebe Zoe Konstantopoulou. Ihre politischen Gegner nennen sie Robespierre und Diktatorin. Unter Syriza war sie Parlamentsabgeordnete, Parlamentspräsidentin und enge Vertraute von Tsipras. Sie versteht sich als Apologetin der Wahrheit und der Gerechtigkeit. Ihre Rhetorik ist geprägt vom orwellschen Neusprech. In kürzester Zeit hatte sie es mit ihren herablassenden Kommentaren geschafft, die gesamte Opposition gegen sich aufzubringen.

Aus Protest gegen die Unterzeichnung des dritten Sparpakets verließ Konstantopoulou Syriza und gründete im April 2016 die Partei Freiheitskurs. Sie fordert die Streichung der Schulden Griechenlands, die Rückkehr zur Drachme und die Wiederherstellung der Demokratie in der EU. Den Brexit verglich sie mit dem griechischen Referendum. Er sei das zweite Nein zur totalitären EU. Der Brexit habe bewiesen, dass es möglich sei, sich gegen das koloniale Brüssel zu erheben. Bei den Bürgern, in deren Namen Konstantopoulou unermüdlich spricht und um deren Würde sie zu kämpfen vorgibt, gilt sie längst als bloße Karikatur. Weder ihre Partei noch die der meisten Populisten haben gute Chancen, ins Parlament einzuziehen. Seit Syrizas gebrochenen Wahlversprechen herrschen Resignation und Verbitterung im Land. Stünden heute Wahlen an, würden viele Griechen eher zu Hause bleiben, als ihr Wahlrecht zu nutzen.

Richard Fraunberger berichtet u.a. für ZEIT, Süddeutsche, GEO und Mare aus Griechenland.

ITALIEN

## Im Inneren der Institutionen

Dass Brüssels "undemokratische Allmacht" ein Skandal sei, war für Beppe Grillo noch vor Kurzem ausgemachte Sache. Heute sieht der Chef der 5 Sterne das anders. Die Partei hat Spaß an der Macht gefunden – und damit an der EU.

Beppe Grillos Kehrtwende war abrupt. Am Tag des britischen Referendums, noch vor Bekanntgabe des Ergebnisses, ließ der Gründer der 5 Sterne-Bewegung über seinen Blog wissen: "Die 5 Sterne sind in der EU und werden sie

auch nicht verlassen. Warum sonst hätten wir unsere Leute dort hinschicken sollen? Natürlich, einiges funktioniert nicht in Brüssel. Aber um es zu ändern, muss man aus dem Inneren der Institutionen agieren."

Es ist noch nicht lange her, da wetterte Beppe Grillo, ebenso wie die Lega Nord, gegen die "undemokratische Allmacht" Brüssels. Außerdem stellen die 5 Sterne zusammen mit Nigel Farages Ukip die Fraktion der EU-Skeptiker "Europa der Freiheit und der direkten Demokratie" in Straßburg. Und so war auch die linksliberale Tageszeitung *Repubblica* nicht wenig über Grillos Sinneswandel verblüfft – zumal der 5 Sterne-Chef das eigentlich versprochene Referendum über den Verbleib Italiens in der Euro-Zone mittlerweile mit keinem Wort mehr erwähne.

In den Medien wurde anschließend eifrig darüber spekuliert, ob Grillos neue Einstellung gegenüber der EU mit dem Erfolg bei den jüngsten Kommunalwahlen zu tun haben könnte. Immerhin gewann die Bewegung Anfang Juni in 19 Klein- und Großstädten und stellt jetzt 38 Bürgermeister landesweit. Vor allem die Wahlerfolge in der ehemaligen Automobilmetropole Turin und in Rom gelten als strategisch bedeutsam, hofft man doch, nach der Übernahme der Regierungsverantwortung in der Hauptstadt über kurz oder lang auch Palazzo Chigi, den Sitz der Regierung, zu erobern.

#### Staatsmännische Weitsicht

Hinzu kommt, dass die Bewegung in steigendem Maße Gefallen am Regieren zu finden scheint. Noch vor einem Jahr schrieb der Politologe Ilvo Diamanti in der *Repubblica*: "Nur ein knappes Drittel der 5 Sterne-Anhänger würde eine Regierungsbeteiligung begrüßen." Heute wäre eine Mehrheit dafür. Das mag auch mit der Anfang Juli in Kraft getretenen Reform des Wahlgesetzes zu tun haben, derzufolge eine Partei, die beim ersten Wahlgang 40 Prozent der Stimmen bekommt oder die Stichwahl gewinnt, eine Prämie erhält, die ihr die Stimmenmehrheit im Parlament garantiert. Und Anfang Mai lag die 5 Sterne-Bewegung mit 28,4 Prozent sogar vor Matteo Renzis Partito Democratico (28 Prozent).

So übt man sich auch in Sachen EU schon einmal in staatsmännischer Weitsicht – auch weil laut einer Meinungsumfrage des Ixo-Instituts 68 Prozent der Italiener für den Verbleib in der EU sind. Unstimmigkeit gibt es jedoch beim Thema NATO. Grillo wäre für einen Austritt, Luigi Di Maio, stellvertretender Vorsitzender des Abgeordnetenhauses und möglicher Spitzenkandidat bei den kommenden Parlamentswahlen, plädiert für einen schrittweisen Abbau der italienischen Truppen in den NATO-Missionen.

"Tatsache ist: Sollte es den 5 Sternen gelingen, Rom zu verwalten, dann wären sie auch in der Lage, das Land zu regieren", meint Paolo Becchi, der frühere Chefideologe der Bewegung. Doch ob das klappt? Da hat Becchi so seine Zweifel. Bis kurz vor der Wahlkampagne war die neue Bürgermeisterin Roms, die 37-jährige Virginia Raggi, eine eher unbekannte Rechtsanwältin. Gewonnen hat sie, meinen viele, nicht so sehr wegen ihrer eigenen Verdienste, sondern aufgrund der desaströsen Performance ihrer Vorgänger: dem in Vetternwirtschaft tief verstrickten rechtskonservativen Gianni Aleman-

no und dem sozialdemokratischen Wirrkopf Ignazio Marino, dessen eigentlicher Fachbereich die Chirurgie ist.

Noch dazu wäre Rom auch für einen gestandenen Politiker eine ziemliche Herausforderung. Die Ewige Stadt sitzt auf einem Schuldenberg von zwölf Milliarden Euro; sie war in den vergangenen Jahren Schauplatz zahlreicher Korruptionsskandale, bei denen auch Politiker, Stadträte, Beamte und Mafia die Hände mit im Spiel hatten; der öffentliche Verkehr ist dem Zusammenbruch nahe, und auf die dritte U-Bahnlinie warten die Römer schon seit 20 Jahren. Nicht minder katastrophal ist die Müllversorgung; erst kürzlich titelte der *Corriere della Sera*: "Das neue Kinderspiel in Roms Vorstadtvierteln: Ratten zählen."

Nun ist die Ehrlichkeit, "onestå", auf die sich die 5 Sterne immer wieder beziehen, in der Tat eine lobenswerte Tugend, auch wenn man mit ihr allein keine Stadt verwalten kann. Doch haben die Fälle Federico Pizzarotti, seit 2012 Bürgermeister von Parma, und Filippo Nogarin, seit 2014 Bürgermeister von Livorno, bewiesen, dass es auch mit der "onestå" bei den 5 Sternen nicht immer

so weit her ist: Gegen beide und einige ihrer Mitarbeiter laufen mittlerweile Ermittlungen wegen mutmaßlichem Amtsmissbrauch, Geldunterschlagung und Vetternwirtschaft. Allerdings verlangt die Chronistenpflicht, nachzutragen, dass gerade Pizzarotti durchaus so einiges auf die Beine gestellt hat: So ist der Schuldenberg Parmas unter seiner Ägide von 860 auf 500 Millionen Euro gesunken. Zwar konnte er, anders als im Wahlkampf versprochen, den Bau einer großen Müllverbrennungsanlage nicht verhindern - aber dafür funktioniert die unter ihm eingeführte Mülltrennung so gut, dass die Anlage nur zu 50 Prozent genutzt wird.

Andrea Affaticati arbeitet als freie Journalistin u.a. für II Foglio in Mailand.

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

### Staat gegen Netz

Wer kontrolliert die zentralen Zukunftstechnologien des 21. Jahrhunderts?

Stefan Heumann | Nationalstaat und Globalisierung befinden sich von Natur aus in einem Spannungsverhältnis. Und das Internet steht im Zentrum dieser Spannungen. Drei Konfliktlinien sind dabei besonders interessant: Wer kontrolliert die Informationen, wer behindert den freien Fluss von Daten, und wohin führt die Militarisierung des Cyberraums?

1996 veröffentlichte John Perry Barlow seine berühmte "Unabhängigkeitserklärung des Cyberspace"; 20 Jahre später teilen nur noch wenige seine utopischen Ideen. Die Vorstellung, dass globale Vernetzung eine freie, bessere Welt schafft, ist einem neuen Realismus gewichen. Der aus der globalen Vernetzung von Computern entstandene Cyberraum hat nicht das Ende der Nationalstaaten eingeläutet. Genauso wenig ist zu bestreiten, dass die globale Vernetzung Staatlichkeit auf vielen Ebenen immer wieder neu herausfordert. Deshalb sind im Spannungsverhältnis zwischen globalem Netzwerk und nationalstaatlichem Machtanspruch Konflikte absehbar, die die internationale Politik in den nächsten Jahren prägen werden. Zugang zu Information, ihre Kontrolle und die Technologien für ihre Auswertung und Verarbeitung sind die zentralen geostrategischen Ressourcen des 21. Jahrhunderts.

#### Staatliche Informationshoheit in einem globalen Netzwerk

Viel ist über die Rolle sozialer Medien im Arabischen Frühling geschrieben worden. Aber eigentlich begann alles schon zwei Jahre zuvor im Iran. Im Juni 2009 gingen Tausende, vor allem junge Iraner auf die Straße. Sie protestierten gegen die Fälschung der Präsidentschaftswahlen. Die großen Medien des Landes berichteten kaum über die Proteste, aber die Studenten fanden Wege, die staatliche Zensur zu umgehen. Sie tauschten Informationen über soziale Medien und Blogs aus und nutzten das Internet, um ihre Demonstrationen zu organisieren. Über diese Kanäle trug die Protestbewegung ihre Botschaften auch über die Landesgrenzen hinaus und bestimmte für einige Wochen die internationale Berichterstattung, bis es dem Regime gelang, führende Köpfe festzunehmen und die Bewegung zu zerschlagen.

Die Rolle des Internets und sozialer Medien in der Grünen Revolution im Iran 2009 sorgte bereits für internationale Aufmerksamkeit. Mit dem Arabischen Frühling schien dann wirklich eine neue Ära angebrochen zu sein. Facebook, Twitter & Co waren zwar nicht die Auslöser der Proteste in Tunesien, Ägypten und anderen Staaten, aber sie schienen die Machtverhältnisse auf den Kopf zu stellen. Zeitungen und Verlage wurden von dem jeweiligen Regime kontrolliert, doch da die Regierungskritiker auch per Internet kommunizierten, fehlte den Machthabern jegliche Handhabe. Auf dem Höhepunkt der Proteste im Januar 2011 fiel der ägyptischen Regierung nicht viel mehr ein, als die Verbindung des gesamten Landes zum Internet zu kappen. Diese drastische Maßnahme zeigt, wie bedroht sich die Regierung von der neuen globalen Kommunikationsinfrastruktur fühlte. Man war bereit, Ägypten vom Rest der Welt abzukapseln, um Demonstranten auf dem Tahir-Platz die Möglichkeit zur freien Kommunikation zu nehmen.

Der Enthusiasmus über den Arabischen Frühling währte jedoch nicht lange. Zum einen, weil die politischen Versprechungen – die Hoffnung auf Liberalisierung und Demokratisierung – in den meisten Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens nicht eingelöst wurden. Zum anderen, weil sich der Sieg über

repressive Regime mithilfe von sozialen Medien als sehr kurzlebig erwies. Gerade über amerikanische Internetdienste wie Facebook, Twitter und Google ließen sich an Zensurbehörden vorbei Informationen austauschen und Proteste organisieren. Aber die Nutzung digitaler Technologien erzeugt auch ganz neue Verwundbarkeiten. Mit entsprechenden Überwachungsinstrumenten lassen sich sehr

Heute schalten Autokratien das Internet nicht mehr einfach ab

schnell Netzwerke und Meinungsführer in der Opposition identifizieren. Repressive Regime haben gelernt, soziale Medien für ihre eigenen Strategien, zur Verbreitung von Propaganda oder zur Desinformation zu nutzen. Der Iran und China zeigen, dass man das Internet nicht gleich "abschalten" muss, um den meisten Bürgern den Zugang zu unliebsamen ausländischen Internetdiensten zu verwehren.

In den vergangenen Jahren verlief die Konfliktlinie hinsichtlich des Schutzes von Menschenrechten im Internet zwischen westlich geprägten Demokratien und autokratischen Regimen. Vor allem die USA, die EU und weitere demokratische Länder setzen sich für die Position ein, dass Menschenrechte wie freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit auch im Internet zu gelten haben. Staaten wie China, Russland oder der Iran sehen dagegen ihre Sicherheit von freier Meinungsäußerung im Internet bedroht und wollen auch dort die Kontrolle über Medien und Informationsaustausch behalten.

Die einfache Aufteilung zwischen Autokratien und Demokratien in Bezug auf den Umgang mit Meinungsäußerung und politischer Mobilisierung bricht allerdings auf, seit der so genannte Islamische Staat (IS) begonnen hat, das Internet zur Verbreitung seiner Botschaften und zur Mobilisierung seiner Anhänger im Westen zu nutzen. Auch in Europa und den USA wird nun diskutiert, wie man Anhänger und Sympathisanten des IS im Netz besser überwachen und ihre Rekrutierungsbemühungen unterbinden kann. Die EU hat ein Forum unter Beteiligung der großen Internetunternehmen initiiert, in dem diskutiert werden soll, wie terroristische Inhalte auf Internetplattformen schnell identifiziert und entfernt werden können und welche Möglich-

keiten es gibt, terroristische Propaganda mit Gegenstimmen aus der Zivilgesellschaft zu bekämpfen.

In den vergangenen Jahren haben vor allem autokratische Staaten versucht, Antworten auf den Verlust der Informationshoheit und die neuen Möglichkeiten für Oppositionelle, sich über das Internet auszutauschen und zu organisieren, zu finden. Aktivisten reagieren darauf mit dem verstärkten Einsatz von

### Terrorismus führt zu verstärkter Kontrolle im Internet

Verschlüsselungs- und Anonymisierungstechnologien, um staatlicher Überwachung zu entgehen. Es lässt sich pauschal nicht sagen, wer hier die Oberhand behält. Bei diesem technologischen Wettrüsten sind aber staatliche Akteure allein aufgrund ihrer Ressourcen im Vorteil. Wie dieser Wettlauf ausgeht, lässt sich nicht vorhersagen. Die Bedeutung des Internets und digitaler Technologien wird

in diesen Konflikten weiter steigen. Die Bedrohung des islamistischen Terrorismus trägt diese Problematik nun auch in die USA und nach Europa. Angesichts der jüngsten Anschläge wird auch im Westen über Verschlüsselung und Mobilisierung im Internet heftig diskutiert. Politiker in Deutschland fordern leichteren Zugang zu Daten von US-Internetunternehmen wie Facebook. Die Spannungen zwischen Informationsfreiheit und Informationskontrolle werden sich damit ausweiten, und zwar global – in westlichen Demokratien genauso wie in autoritär regierten Staaten.

### Technologische Souveränität versus Freihandel

Die Internetwirtschaft war jahrelang Inbegriff wirtschaftlicher Verflechtungen über Ländergrenzen hinweg. Als in den neunziger Jahren die ersten Webseiten kommerzielle Dienste anboten, hatten diese, zumindest potenziell, einen globalen Markt. Natürlich gab es auch große Hürden wie Sprachbarrieren oder die Entwicklung und der Einsatz internationaler Bezahlsysteme. Aber die internetbasierte Technologie selbst kannte keinen Unterschied zwischen Landesgrenzen. E-Mail-Anbieter, soziale Medien oder Suchmaschinen wuchsen schnell; schließlich war die potenzielle Nutzerbasis grenzenlos. Die USA verfügten bereits in den neunziger Jahren über eine starke IT-Industrie, und hier gab es auch den ersten großen Markt an Internetnutzern. Es verwundert daher nicht, dass bahnbrechende Innovationen vor allem von amerikanischen Unternehmen entwickelt und auf den Markt gebracht wurden. So erfreuten sich die von Yahoo, eBay, Amazon und Google angebotenen Dienste schnell einer großen internationalen Nutzergemeinde.

Nach der Jahrtausendwende kamen weitere US-Unternehmen wie Facebook und Twitter dazu. Andere, wie IBM, Microsoft, Cisco und Apple, nutzten die neuen Entwicklungspotenziale der rasch wachsenden Internetökonomie. Die meisten Märkte standen diesen Unternehmen offen. Wenn man von Hardware wie PCs oder Netzinfrastruktur absieht, braucht die Digitalwirtschaft, wenn überhaupt, nur eine sehr geringe physische Präsenz in ihren Märkten. Allein der kontinuierliche Ausbau des Internets vergrößerte den Kundenkreis für neue Softwareangebote und digitale Dienstleistungen.

Nur wenige Länder widersetzten sich dem Expansionsdrang amerikanischer Internetkonzerne; China ist sicherlich das prominenteste Beispiel. Auch

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

aus den genannten politischen Gründen war man in Peking von Anfang an darauf eingestellt, das Vordringen amerikanischer Internetdienstleister abzuwehren. Die Kommunistische Partei war sich bewusst, dass sie US-Firmen schwerlich dazu bringen konnte, sich chinesischen Zensur- und Überwachungsmaßnahmen zu unterwerfen. Aber auch aus wirtschaftlichem Interesse setzte man auf die Förderung einer eigenen Internetindustrie; schließlich verfolgt China schon lange das Ziel, bei Zukunftstechnologien international wettbewerbsfähig zu werden – Alibaba, Tencent und Baidu belegen den Erfolg dieser Strategie. Das rasante Wachstum der chinesischen Internetökonomie wurde durch eine Kombination von politischer Abschottung und wirtschaftlichem Protektionismus ermöglicht.

Angesichts des Bekenntnisses zum freien Welthandel war für Europa eine Politik der Abschottung und des Protektionismus im Bereich der Internetwirtschaft lange Zeit nicht denkbar. Die Snowden-Enthüllungen haben diesen Konsens allerdings aufgebrochen, denn sie zeigten europäischen Ländern, wie abhängig sie von ausländischen IT- und Internetunternehmen sind. Angesichts der rasant wachsenden Bedeutung der Digitalwirtschaft sorgt man sich um den Verlust von technologischer Souveränität. Und man fragt sich, ob die von US-Unternehmen gesetzten Standards auch die eigenen Interessen und Werte widerspiegeln. Das Ringen um die europäische Datenschutzgrundverordnung zeigt die neuen Konfliktlinien auf. Aber es geht nicht nur um Datenschutz; auch die Datensicherheit und der mögliche Zugriff staatlicher Akteure auf die globalen Datenströme werden intensiv diskutiert.

Als der Europäische Gerichtshof im vergangenen Oktober die Safe-Harbor-Regelung zum Transfer persönlicher Daten aus der EU in die USA kippte, drohte zum ersten Mal etwas, das vor wenigen Jahren noch unvorstellbar gewesen war. Denn die Gerichtsentscheidung stellte den freien Datenaustausch, das Fundament des Internets, grundsätzlich infrage. Große US-Firmen wie Facebook und Google empfanden das Urteil als direkten Angriff auf ihre Geschäftsinteressen; in den USA wurde das Urteil daher auch als protektionistisch kritisiert, während man in der EU von der Notwendigkeit sprach, sei-

Wer kontrolliert die Zukunftstechnologien des 21. Jahrhunderts?

ne eigene Rechtsordnung durchzusetzen. Mit dem Privacy Shield hat man sich zwar auf ein Nachfolgeabkommen geeinigt, doch damit wird das Problem nicht erledigt sein – die Dominanz des Silicon Valley im Technologiesektor ist größer denn je. Aber nicht nur Russen oder Chinesen bereitet dies Kopfzerbrechen, auch in Europa denkt man mittlerweile immer lauter darüber nach, wie man den

US-Firmen die Stirn bieten kann. Für die einen geht es um zentrale Grundrechte wie Datenschutz; andere sehen eine neue Tendenz zum Protektionismus. Wo auch immer man in dieser Debatte steht, die Konflikte um den freien Fluss von Daten werden sich international ausweiten. Aber eigentlich geht es um noch viel mehr. Es geht um die Frage, wer die zentralen Zukunftstechnologien des 21. Jahrhunderts kontrolliert.

### Militarisierung des Cyberraums

Das Internet wuchs in den neunziger Jahren rasant, immer mehr Computer verbanden sich mit dem Netzwerk. Auch Regierungsnetzwerke wurden immer größer. So war es nur eine Frage der Zeit, bis das Eindringen in fremde IT-Systeme nicht nur für junge Computerexperten, so genannte Hacker, sondern auch für staatliche Akteure interessant wurde. Militärs und Geheimdienste, die zentralen Akteure nationalstaatlicher Sicherheitspolitik, entdeckten bereits in den neunziger Jahren den Cyberraum als neues Operationsfeld; 1998 bemerkten IT-Experten des Pentagons erstmals Eindringlinge in ihrem System. Unter dem Codenamen "Moonlight Maze" verfolgten Pentagon und NSA über mehrere Jahre Angriffe auf ihre Informationsnetzwerke. Die Angreifer schienen sich besonders für streng geheime Rüstungsprojekte zu interessieren. Da in einem globalen Netzwerk viele Zugriffswege möglich sind, ist die Zuordnung von Cyberangriffen äußerst komplex und heikel. Amerikanische Regierungsvertreter sahen die Indizien allerdings als so stark an, dass sie Russland öffentlich für die Angriffe verantwortlich machten. "Moonlight Maze" bot einen Vorgeschmack auf das neue, internationale Konfliktfeld. Heute sind Geheimdienste und Militärs im Internet präsenter als je zuvor.

Sicherheit war schon immer die Kerndomäne des Nationalstaats. Daher mag es nicht verwundern, dass das Internet mittlerweile auch ins Visier nationalstaatlich organisierter "Cyberkrieger" geraten ist. In den Jahren seit der Jahrtausendwende haben sich staatliche Aktivitäten im Cyberraum und damit auch das Eskalationspotenzial massiv ausgeweitet. Im April 2007 legten in Estland so genannte Denial-of-Service-Attacken die Server von Banken, Regierungseinrichtungen und Medien mit gravierenden Auswirkungen auf das öffentliche Leben lahm. Die Ursprünge des Angriffs wurden in Russland vermutet, auch wenn die russische Regierung jegliche Verantwortung bestritt. 2010 sabotierte der Computerwurm Stuxnet das iranische Atomprogramm, indem er Fehlfunk-

tionen in Uran-Zentrifugen auslöste und diese durch den dadurch provozierten fehlerhaften Betrieb dauerhaft beschädigte. Die Komplexität des Angriffs ließ auf einen staatlichen Ursprung des Computerwurms schließen; weitere Analysen legten eine Beteiligung der USA und Israels nahe. 2016 führte eine Cyberattacke zu Ausfällen im ukrainischen Stromnetz. Und zuletzt machten der Bundestagshack und die Veröffentlichungen der E-Mail-Korrespondenz der Führung der Demokratischen Partei in den USA Schlagzeilen.

Die Entwicklungen der vergangenen Jahre zeigen, dass der Cyberraum sich zu einem immer bedeutenderen Konfliktfeld zwischen Staaten entwickelt.

Durch die voranschreitende Vernetzung, die Ausweitung und Weiterentwicklung digitaler Steuersysteme werden wir verwundbarer. Gleichzeitig investieren Staaten immer mehr Ressourcen, um solche Verwundbarkeiten auszunutzen. Die Möglichkeit, Cyberangriffe in einem globalen Netzwerk zu verschleiern, verringert die Hemmschwelle, solche Angriffe auch wirklich auszuführen. Zusätzlich

Auch die Bundeswehr will mehr offensive Cyberkapazitäten

ist die Grenze zwischen Spionage und Cyberangriffen sehr schwammig. So ist für den Verteidiger nur schwer erkennbar, ob ein Eindringling Informationen stehlen oder einen möglichen Angriff vorbereiten will.

Fragen von Zuordnung und die unklare Grenze zwischen Spionage und Cyberangriffen erschweren die Entwicklung internationaler Normen. Selbst die Frage, ob Cyberoperationen eher defensiv (zum Schutz der eigenen Infrastruktur) oder offensiv (zum Angriff auf die Infrastruktur Dritter) ausgelegt sind, lässt sich oft nicht klar beantworten. Wenn nun auch ein Land wie Deutschland, das traditionell eher auf Deeskalation und zivile Konfliktlösung setzt, offensive Cyberkapazitäten für die eigenen Streitkräfte anstrebt, wird klar, dass mit der Militarisierung des Cyberraums weitere Konflikte vorprogrammiert sind.

### Die Ära des Nationalstaats ist noch lange nicht vorbei

Nationalstaat und Globalisierung befinden sich von Natur aus in einem Spannungsverhältnis. Als Infrastruktur, die globaler Kommunikation und Vernetzung zugrundeliegt, steht das Internet auf ganz besondere Weise im Zentrum dieser Spannungen. Drei zentrale Konfliktlinien sind hier identifiziert worden, sie verdienen mehr Aufmerksamkeit in der internationalen Politik. Denn sie werden mit darüber entscheiden, wohin wir uns in Zukunft entwickeln. Als globale Kommunikationsinfrastruktur steht das Internet für Globalisie-

rung. Aber die hier diskutierten Konflikte in den Bereichen Informationskontrolle, digitale Wirtschaft und Cyberkonflikt zeigen: Die Ära des Nationalstaats ist noch lange nicht vorbei. Vielmehr zeigt die Entwicklung dieser Konfliktfelder, wie Staaten sich in einer global vernetzten Welt geostrategisch in Stellung bringen.



Dr. Stefan Heumann ist Mitglied der Geschäftsleitung des Berliner Think Tanks Stiftung Neue Verantwortung und beschäftigt sich u.a. mit internationaler Daten- und Cyber-Außenpolitik.

### Zurück in die Zukunft

Die Moderne ist der Abschied von allen Gewissheiten. Nur nicht der Freiheit

Katharina Lotter | Europa rennt rückwärts – und bleibt selbst dabei mal wieder auf halbem Weg stehen. Dabei wäre es gut, noch ein bisschen weiter bis zu den Ursprüngen der Aufklärung und Moderne zu laufen. Denn dort liegen die wirklich richtigen Ideen für morgen. Ein Plädoyer für mehr Analyse und weniger Bauchgefühl, damit wir unsere Werte bewahren.

Es ist gar nicht so lange her, da feierte sich Europa noch. Nach dem Fall der Berliner Mauer, nach dem Ende des Kalten Krieges herrschten überall Aufbruchstimmung, Optimismus und eine nie dagewesene Offenheit für Neues. Plötzlich schien alles möglich. Dass die amerikanische National Science Foundation 1990 dann das Internet über die Universitäten hinaus für die Allgemeinheit öffnete, ab 1993 auch für eine kommerzielle Nutzung, trug zu diesem neuen Schwung übrigens ganz maßgeblich bei: Man hoffte, dass Menschen, die grenzenlos miteinander kommunizieren, sich informieren und Geschäfte abwickeln können, auch einen besseren, friedvolleren Umgang miteinander pflegen. Der Weltfrieden schien nur einen Klick entfernt. Das Internet brachte die Welt ins Wohnzimmer, und die EU-Erweiterungen 1995 und 2004 unsere Nachbarn noch näher zu uns. Für die Menschen in Estland, Lettland und Litauen, in Polen, Ungarn, Slowenien, Tschechien und der Slowakei bedeutete die EU-Erweiterung 2004 nicht weniger als die Möglichkeit, ihr Leben endlich nach ihren eigenen Vorstellungen zu gestalten. Statt einem von oben verordneten Wir war nun Selbstbestimmung angesagt. Statt von oben verordneter Fünfjahrespläne Freiheit.

Das sind wahrlich keine Kleinigkeiten. Die Welt war weit geworden, und wie durch ein offenes Fenster strömte frische Luft ins alte Europa. Voller Neugier und mit einer gewissen Unbefangenheit ausgestattet, machten sich die Menschen auf, um miteinander ein besseres Morgen zu schaffen, ein friedliches und freundliches, ein offenes, ja liberales Europa sollte entstehen. Das waren die guten alten Zeiten. Die zweite Moderne hatte begonnen, endlich sollten die Verheißungen der Aufklärung eingelöst werden.

Und heute? Heute rennt Europa rückwärts, zurück zu altem Protektionismus und längst überwunden geglaubter Lagerrhetorik. Heute gilt in Polen Kritik an der Regierung wieder als Verrat – für den ehemaligen Ministerprä-

sidenten Jaroslaw Kaczynski steckt er den Kritikern gar "in den Genen". Heute werden im Ungarn Viktor Orbáns unliebsame Journalisten an ihrer Arbeit gehindert oder sogar entlassen. Heute kratzt in Frankreich der Front National ganz ungeniert an einer der wichtigsten Errungenschaften der Europäischen Union: Mit dem Konzept der "préférence nationale", der Bevorzugung von Franzosen bei der Arbeitsplatzsuche, stellt sich die Partei ganz klar gegen eines der wichtigsten Fundamente der Europäischen Union, nämlich das Recht aller EU-Bürger, sich in der gesamten EU frei niederzulassen und zu arbeiten. Was nützt sie noch, die theoretische Idee einer EU-Freizügigkeit, wenn die gelebte Praxis eine sein soll, in der französische Arbeitgeber Ausländern nur noch unter erschwerten Bedingungen einen Job anbieten dürfen?

### Erinnerungslücken

Im Sommer 2016 attestierte der konservative Historiker Paul Nolte Deutschland in einem Gespräch mit dem Züricher *Tages-Anzeiger* eine "quasi-revolutionäre" Unruhe, die ihn in ihrer Dramatik an die Weimarer Republik der zwanziger und frühen dreißiger Jahre erinnere. Dieser Vergleich war in der Debatte über die Asylpolitik der Bundesrepublik und die Wahlerfolge der "Alternative

für Deutschland" von vielen und immer wieder gezogen worden – nun kam er auch aus berufenem Munde. Nolte betonte in diesem Gespräch, dass sich die Parallelen zu den zwanziger Jahren nicht nur auf Deutschland beschränken, sondern dass die Demokratien in ganz Europa an Stabilität verlieren – und dass es dennoch einen entscheidenden Unterschied zur Weimarer Zeit gibt: "Diese Insta-

Das schöne, friedfertige Europa gab es in Wirklichkeit gar nicht

bilität mündet (...) bisher nicht in den offenen Kollaps, nicht einmal in Ländern wie Ungarn oder Polen, sondern höhlt vielmehr die Systeme von innen aus. Doch wie in der 'Großen Krise der Demokratie', wie ich die europäischen zwanziger Jahre gerne nenne, sind demokratische Selbstverständlichkeiten gefährdet oder werden infrage gestellt."

Wer also zurückblickt und dabei bedauert, dass wir im Vergleich zu den 1990er und 2000er Jahren ganz gehörig an Optimismus, Gestaltungsfreiheit und Liberalität eingebüßt haben, der scheint Recht zu behalten. Das weltoffene und zukunftsfreundliche Europa der Jahrtausendwende ist scheinbar verschwunden, wieder zu einer Utopie geworden.

Aber das ist falsch. Denn dieses eine schöne und friedfertige Europa, dessen Verlust heute so wortreich beklagt wird, gab es in Wirklichkeit gar nicht. Wer die guten alten Zeiten vermisst, hat vergessen, dass allein auf dem Balkan bis 2001 rund 200 000 Menschen getötet und etwa drei Millionen vertrieben wurden. Dass in der frisch wiedervereinigten Bundesrepublik Deutschland unter dem Gejohle und Applaus von Anwohnern Ausländer verfolgt, verprügelt und getötet wurden. Und dass sich rechtskonservative Parteien aus der Schmuddelecke heraus zu relevanten politischen Größen mausern können, ist gewiss keine Spezialität unserer Zeit. Ganz ehrlich: In Europa ging es auch in den so genannten besseren Zeiten vielerorts überhaupt nicht friedlich und weltoffen zu. Was wir derzeit vor uns sehen, sind deshalb keine Trümmer, sondern eher die Reste geplatzter Seifenblasen, in denen sich einst der europäische Traum

spiegelte. Es wird Zeit, sich mit der Realität zu beschäftigen – und die besteht in der andauernden Veränderung, einem fließenden Zustand, an den sich unsere Kultur immer noch nicht gewöhnt hat – trotz zahlloser Gelegenheiten.

#### Alles bleibt anders

Wer hierzulande heute Ende Dreißig ist, der hat bewusst das Ende des Kalten Krieges erlebt, die Verbreitung der digitalen Netzwerke, den Aufbruch der Entwicklungs- und Schwellenländer, die Vor- und Nachteile der Globalisierung, den 11. September als wichtigste Wegmarke des internationalen islamistischen Terrors, und der steht gerade fassungslos vor einem völlig überforderten Europa. Kurzum: Unsere Welt hat sich fundamental verändert, und sie verändert sich weiterhin.

Das ist anstrengend, furchteinflößend und unerfreulich, vor allen Dingen aber ganz normal. Das wusste man schon in der Antike – panta rhei, alles fließt – und auch in der aufstrebenden, wohlständigen Konsumgesellschaft, die nach dem Zweiten Weltkrieg im Westen entstand, erkannten die klügeren Köpfe: The times they are a-changin'. Bob Dylans Hymne an die Veränderung stand für den Aufbruch, das Neue, das Bessere. Die zweite Moderne, das Zeitalter der vollständigen Emanzipation und der Selbstbestimmung, pochte mit der Studenten- und Hippiebewegung der sechziger Jahre schon ziemlich laut an

Für den Umgang mit Veränderung gibt es keine DIN-Norm die Tür. Die allerklügsten Köpfe aber, allen voran der im Juni 2016 verstorbene amerikanische Zukunftsforscher Alvin Toffler, wussten es noch besser. In seinem in den späten sechziger Jahren geschriebenen Buch "Future Shock" beschrieb er die Angst und den Schrecken des modernen Menschen vor der Veränderung. "Dieses Buch", so schrieb er, "zeigt, wie es Menschen ergeht, die von Veränderun-

gen überrumpelt werden. Es handelt davon, wie wir uns an die Zukunft anpassen – oder dies versäumen." Echte Gewissheiten gab und gibt es nie. Veränderung ist immer. Besser wäre es also, so Tofflers Rat, wenn wir lernten, mit ihr umzugehen. Das war, nochmals, vor fast 50 Jahren.

Heute weiß das zwar fast jeder, aber weil es an einem Patentrezept fehlt, wird diese Erkenntnis auch weiterhin nicht umgesetzt. Leider gibt es für den richtigen Umgang mit Veränderung keine DIN-Norm. Denn Menschen sind verschieden, und deshalb reagieren sie auch unterschiedlich auf Veränderung. Was dem einen bedrohlich erscheint, findet der andere vielleicht erfrischend, interessant und motivierend. Fest steht: Niemand will zu den Verlierern gehören – und deshalb ist der Blick zurück, die "Besinnung" aufs "Bewährte" und der "Schutz" von "Traditionen", eine ganz normale Reaktion für jeden, der bereits so viel hat, dass ihm das Risiko, etwas davon verlieren zu können, höher scheint als ein möglicher weiterer Zugewinn. Vernünftig ist, wer lieber den Spatz in der Hand füttert, statt nach der Taube auf dem Dach zu schielen. Das Dach ist nur das Risiko wert, wenn man beide Hände frei zum Klettern hat.

Das Gezerre um das geplante Freihandelsabkommen der EU mit den USA ist hierfür übrigens ein recht anschauliches Beispiel: Nur in Österreich und in Deutschland scheint die Mehrheit der Bevölkerung reich und zufrieden genug zu sein, um die Idee von TTIP (Transatlantic Trade and Investment

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

Partnership) an sich schon abzulehnen, bevor das Abkommen überhaupt fertig verhandelt wurde. In allen anderen EU-Ländern hoffen die Menschen mehrheitlich auf günstigere Preise und bessere Zugänge zum amerikanischen Markt, auf mehr Wachstum und Wohlstand für sich und ihre Kinder. Es ist ironisch, dass ausgerechnet jene, die – zu Recht – ihre liebgewonnenen europäischen Standards schützen wollen, gegen ein Abkommen demonstrieren, mit dem genau diese guten Standards als weltweit gültige Normen etabliert werden könnten. Doch bevor man sich auf das Unbekannte einlässt, bleibt man lieber bei dem, was man hat – selbst, wenn man dadurch den geliebten Ist-Zustand gefährdet. Denn das Bekannte schafft Überblick und suggeriert Sicherheit – eine vermeintliche Zauberformel gegen den drohenden Kontrollverlust in Veränderungszeiten. Das gilt sowohl für die materielle als auch für die physische Sicherheit. Beide scheinen bedroht zu sein.

Das Allensbach-Institut hat in einer Umfrage zu den Ängsten der Deutschen festgestellt, dass die Sorge, ganz persönlich durch Kriminalität gefährdet zu sein, seit Jahren auffallend wächst, obwohl die tatsächliche, reale Gefahr statistisch gesehen kaum steigt. Vor fünf Jahren befürchteten nur 26 Prozent der Bevölkerung, einmal Opfer eines Verbrechens werden zu können; heute sind es 51 Prozent. Wer Angst hat und sich bedroht fühlt, zieht sich entweder zurück oder schlägt um sich. Angesichts dieser insgesamt eher diffusen Gefühls- und Sicherheitslage ist es also kein Wunder, wenn für viele Menschen das Leben wieder mehr in den eigenen vier Wänden stattfindet, im idyllischen Garten, mit selbstgekochter Marmelade und überhaupt ganz viel Do-it-yourself – für das gute Gefühl, sich damit ein bisschen unabhängiger zu machen vom großen Weltengeschehen. Man kann dieses Phänomen des Cocoonings, des Einpuppens, wie die Sozialforscher es nennen, auch positiv sehen, als Aus-

druck selbstbewusster Bürger werten, die weniger arbeiten müssen, die ihre Individualität leben und ihr Leben freier und ich-bezogener gestalten können als alle Generationen vor ihnen.

Aber diese Konzentration auf das Ich und den engsten Kreis bedeutet heute fast immer auch einen Rückzug aus dem öffentlichen Raum, und dieser Rückzug geschieht nicht in allen Fällen so ganz freiwillig. Denn angesichts der jüngsten Terroranschläge und Amokläufe in Europa ist auf den seither geltenden gesellschaftlichen Konsens, dass man im öffentlichen Raum eben nicht

Die Freiheit will verteidigt werden – aber nicht vom Sofa aus beschimpft, bedroht, betatscht, verprügelt, mit Waffen verletzt oder gar getötet wird, ganz offensichtlich kein Verlass mehr. Das Vertrauen ist weg. Wir gehen nicht mehr arglos davon aus, dass sich all unsere Mitmenschen in unserer Anwesenheit ganz bestimmt und in jeder Situation zivilisiert verhalten werden; völlig egal, was Statistiker dazu sagen. Im Zusammenhang mit Menschenleben er-

scheinen uns nackte Zahlen ohnehin zynisch – denn jedes Opfer ist eines zu viel. Und so denken viele Menschen zumindest ein- bis zweimal über die Notwendigkeit von Wochenendtrips in europäische Hauptstädte nach und stellen den Wert einer Teilnahme an Massenveranstaltungen durchaus kritisch infrage, bevor sie sich – wir lassen uns doch nicht einschüchtern! – auf den Weg machen ... obwohl: Zuhause ist es doch eigentlich auch ganz schön. Wir zünden einfach ein paar Kerzen an und machen es uns gemütlich, und das Biedermeier zwinkert uns versöhnlich im Halbdunkel zu. Die Freiheit will aber verteidigt werden, und das lässt sich vom heimischen Wohnzimmer aus nur schwer bewerkstelligen.

### Bauchgefühl statt Vernunft

Immer öfter schließen wir die Türen und Fenster und bleiben daheim, in unserem Zuhause, in unseren Kreisen, in unserer virtuellen Filterbubble. Was zunächst gemütlich beginnt, endet aber nicht selten in abgestandenem Muff und Dunkelheit. Und wer es sich allzu lange bequem macht, kommt irgendwann auch nicht mehr von seinem Sofa hoch. Diese Bequemlichkeit wirkt sich langfristig auf unser Denken und unser Handeln aus, sie führt zu falschen Ergebnissen, Aberglauben und zum Verlust der eigenen Souveränität. Wer lieber die anderen machen lässt, nur noch tut, was man ihm sagt und alles glaubt, was ihm serviert wird, gibt die Deutungshoheit über sein Leben auf.

Tagtäglich unterliegt die Vernunft dem Bauchgefühl. Vorurteile, Klischees, Plattitüden blühen auf wie Unkraut nach einem warmen Sommerregen und halten sich genauso hartnäckig. Naturwissenschaften sind den meisten viel zu kompliziert – egal, ob es um Impfungen oder Kondensstreifen alias "Chemtrails" am Himmel geht. Und obwohl es hervorragende Suchmaschinen im Internet gibt, obwohl es nie leichter war, eine Quelle zu überprüfen, ist es offenbar zu viel verlangt, Aussagen zunächst zu verifizieren und erst dann öffentlich weiterzutragen. Diese Gesellschaft plappert munter vor sich hin, aber zu sagen hat sie nur wenig.

Statt besonnener Analyse grassiert die Hysterie. Esoterische Erklärungsmuster und Verschwörungsmythen haben Hochkonjunktur, die Wirtschaft ist

böse, Menschenrechte und Gesetze gelten als völlig überbewertet und Toleranz gibt es auch nur noch für die, mit denen man ohnehin einer Meinung ist. Alle anderen sind selbstverständlich Lügner, korrupt oder dumm. Dabei kommt es mitunter zu erstaunlichen Allianzen und Parallelitäten. Auf Anhieb weiß der interessierte Beobachter oft nicht mehr, welches Lager da eigentlich gerade zu ihm spricht. Und genau genommen ist es auch völlig egal.

Fast möchte man glauben, wir wären nicht nur auf dem Weg zurück in die dreißiger Jahre, wie es Paul Nolte befürchtet, sondern geradewegs ins Mittelalter. Und wenn im Zusammenhang mit Big Data immer wieder enthusiastisch darauf hingewiesen wird, dass sich die Datenmengen im Internet explosionsartig vermehren und das eine ganz großartige Sache sei, weil es zu noch mehr Wissen führe, so muss schon auch die Frage gestellt werden, worüber man da eigentlich redet.

Der Journalist Lenz Jacobsen beschreibt in einem Artikel auf ZEIT Online sehr eindrücklich, wie einfach heute falsche Informationen in die Welt gesetzt werden können: "Im Netz verbreiten sich die lautesten, emotionalsten Beiträ-

ge am schnellsten, und zwar unabhängig davon, ob ihre Aussage stimmt. Dabei steht jeder Post für sich allein, und ob seine Aussage anderswo widerlegt wurde, ist egal, weil es das Publikum nicht erreicht." Er stellt fest, dass das Zeitalter der Fakten vorbei sei – dies ist auch der Titel seines Essays – und schließt sich den Feststellungen der Publizisten Jill Lepore und Will Davies an, die in ihren Bei-

Die Trennung von virtueller und echter Welt ist gefährlich

trägen das "Zeitalter der Daten" ausrufen. Daten, so schreibt Jacobsen, "unterscheiden sich von Fakten dadurch, dass sie sowohl richtig als auch falsch sein können. Diese Daten schwirren durchs Netz. Sie werden nicht mehr nach einheitlichen Standards überprüft, sondern von Computern gesammelt und verfügbar gemacht. Den Computern ist egal, was ihre Daten über die Realität aussagen – und ihren Benutzern, also uns, mittlerweile auch." Daten können alles sein: Bilder von niedlichen Tierkindern, Schummeltipps für Pokémon-Go, Online-Dating-Profile, Mordaufrufe und wirre Pamphlete über die Weisen von Zion. Mit Wissen hat all das aber nichts zu tun.

### Kann bitte mal jemand das Licht anmachen?

So segensreich die Erfindung des Internets also auch ist – es verbindet die Menschen nicht nur im Konstruktiven, sondern bietet ihnen auch einen Platz für jede Menge dummes Zeug, für Frust und Aggression. Nicht, dass wir uns falsch verstehen: Ein Werkzeug ist niemals schuld daran, wenn es nicht umsichtig benutzt wird. Aber die Blogs, Twitter- und Facebook-Profile vieler Menschen, ihre Postings und Kommentare lassen sehr tiefe Einblicke in die Köpfe und Seelenleben ihrer Verfasser zu. Natürlich finden die dazugehörigen Konflikte vor allem virtuell statt, aber sie haben oft genug auch in der echten Welt Konsequenzen; weshalb die gedankliche Trennung von virtueller und echter Realität nicht nur nicht sinnvoll, sondern sogar gefährlich ist, weil sie zu einer Unterschätzung der tatsächlichen Verhältnisse führt.

Wer sich in dieser völlig verrückten, hochkomplexen, unübersichtlichen Welt wieder ein bisschen besser auskennen will, wem also der Sinn nach einer

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

Rolle rückwärts in die gute alte Zeit steht, der sollte kräftig Anlauf nehmen und aufs 18. Jahrhundert zusteuern. Das ist jene Zeit, die dem finsteren Mittelalter folgte, in der sich einige Menschen auf die Suche nach etwas mehr Licht im Dunkel machten. Ihre Idee, alles, was uns davon abhält, ein besseres Leben zu führen, durch Nachdenken und die Bewertung von Fakten, durch Rationalität und schlüssige Argumente aus dem Weg zu räumen, scheint rückblickend nichts Besonderes zu sein. Tatsächlich aber bedeutete sie einen radikalen Bruch mit der bis dahin vorherrschenden Herangehensweise, die Probleme eher durch Brutalität, Willkür und Körperlichkeit beiseite schaffte. Mit der Hinwendung zur Vernunft schaffte die Aufklärung, das Enlightenment, wie sie im Englischen so treffend genannt wird, genau jene Werte, die wir heute als westlich und demokratisch bezeichnen, und die heute in Gefahr sind – nicht nur durch Angriffe von außen, sondern auch durch Nachlässigkeiten im Inneren.

Der kühle, analytische und vorurteilsfreie Blick auf die Welt ist die Voraussetzung für alles Gute, was uns seither widerfahren ist: Naturwissenschaften und Freude am Erkenntnisgewinn. Wissenwollen statt Glauben und trotzdem religiöse Toleranz. Naturrecht statt Willkür und Unterdrückung. Bürgerrechte, Menschenrechte, mehr persönliche Handlungsfreiheiten. All das sind wichtige zivilisatorische Errungenschaften, die uns heute so selbstverständlich geworden sind, dass wir sie nicht mehr verteidigen. Außerdem nerven sie uns ja im Alltag auch. Sie stören unsere Bequemlichkeit gewaltig. Denn sie verlangen von uns, unseren Gefühlen und Instinkten ja gerade nicht zu folgen, sondern beherrscht innezuhalten, zu analysieren und nachzudenken. Es waren Karl Marx und Friedrich Engels, die in ihrem Bestseller "Das Kommunistische Manifest" ein Loblied auf Moderne, Bürgertum und kühle Aufklärung sangen: "Die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Le-

bensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen." Ein Fortschritt zweifellos in einer Welt, die bis dahin von Glaube, Gefühl und Schicksal bestimmt war.

Kühle Nüchternheit erfordert weitaus mehr Bemühen, als einfach mal loszuschreien und draufzuhauen oder davonzurennen. Im Grunde ist das rationale, vernünftige Verhalten wider die menschliche Natur. Es kostet deshalb Überwindung und gelingt auch nicht immer. Vor allem in Schock- und Angstsituationen schaltet der menschliche Körper auf Autopilot. Dieser Autopilot ist überlebenswichtig, ohne die so genannten Urteilsheuristiken kämen wir im Alltag nicht vom Fleck. Automatische, unbewusste Denkprozesse erlauben uns, tagtäglich eine Vielzahl von Entscheidungen zu treffen, ohne vorher mühsam Alternativen zu suchen und abzuwägen. Wir verlassen uns auf unsere Erfahrungen und fahren damit meistens ja auch ganz gut. Aber auch die vielgepriesene Intuition hat ihre Schattenseiten.

So schlug etwa im Fall des Münchner Amoklaufs vom Juli 2016 bei vielen, die von diesem schrecklichen Ereignis erfuhren, zunächst ein automatisches Denkmuster zu, das in der Kognitionspsychologie als Verfügbarkeitsheuristik bezeichnet wird. Weil in der akuten Situation ohne gesicherte Erkenntnisse

die Frage nach der Wahrscheinlichkeit eines islamistisch-terroristischen Hintergrunds nicht ohne Weiteres beantwortet werden konnte, wurde sie in den Köpfen dieser Beobachter durch die viel einfachere Frage ersetzt, wie leicht sie sich an ein vergleichbares Beispiel erinnern konnten. Die Nerven lagen blank, denn in den beiden Wochen zuvor hatte es sowohl in Würzburg als auch in Nizza

Erst denken, dann reden – das sollten wir dringend üben

Anschläge gegeben, die beide einen nachgewiesenen Bezug zur Terrorgruppe Islamischer Staat gehabt hatten. Die Wahrscheinlichkeit, dass München sich in diese Reihe von IS-Terroranschlägen einreihen würde, erschien deshalb gerade wegen der zeitlichen Nähe besonders hoch.

Nun macht es aber immer noch einen Unterschied, was man denkt und was man öffentlich behauptet. Aufgeklärte und verantwortungsvolle Menschen treten einen Schritt zurück, atmen tief durch und rufen sich selbst zur Räson: Schau hin, was weißt du, was weißt du nicht? Erst dann äußern sie sich.

Das ist schwer. Es ist schwer, nicht auszuflippen vor Angst – genauso, wie es schwerfällt, abweichende Ansichten auszuhalten, wenn man von der Richtigkeit seiner eigenen Haltung überzeugt ist. Aber anders geht es nicht, wenn wir nicht in einem Chaos aus Spekulationen, Hysterie und Willkür untergehen wollen. Wir alle sollten das daher dringend und bei jeder Gelegenheit üben.

### Reifeprüfung

Kann man aufgeklärtes Verhalten lernen? Ja, aber ganz sicher nicht, indem man einfach nur auf Erziehung, letztlich also paternalistische und fremdbestimmte Aufsicht, setzt, wie Jean-Jacques Rousseau das vorgesehen hatte. Denn die zentrale Idee der Aufklärung ist die Selbstbestimmung, die das Selbstdenken voraussetzt. Das ist der Kern der Moderne. Er beginnt mit den Zweifeln, die René Descartes als "der Weisheit Anfang" definiert, und der Kreis schließt sich mit der Definition Immanuel Kants, die bis heute kein bisschen

an Präzision und Lebenstauglichkeit verloren hat: "Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Selbst verschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschließung und des Mutes liegt, sich seiner ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Sapere aude! Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen! ist also der Wahlspruch der Aufklärung."

Diese Formel wendet sich gegen jede Fremdbestimmung, seien es alte oder neue Ideologien, aber auch gegen religiöse Dogmen. Wer selber denkt, mag sich zum einen wie zum anderen gelegentlich entscheiden; aber er kann sich jederzeit auch wieder davon verabschieden. Selber denken heißt, sich eigenverantwortlich in den Möglichkeiten der Welt zurechtzufinden. Die Moderne wollte nie etwas anderes als das: die Mittel und die Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen, unter denen die Menschen frei sind, zu tun und zu lassen, was sie wollen. Das ist ein ungeheures Projekt, und bis heute für die, die es stemmen wollen, ebenso eine Zumutung wie für jene, die das – zahlreich – zu verhindern suchen.

### Zumutungen der Freiheit

Dass sich das Gemeinwohl wirklich durch im Wortsinn vernünftige Beiträge einer kritischen Öffentlichkeit verhandeln und gestalten lässt, wird auch heute immer wieder in Zweifel gezogen. Das Ergebnis der Brexit-Abstimmung 2016 beispielsweise wurde hierzulande massiv kritisiert: Es schade den Briten, die Bevölkerung habe falsch gewählt, die Alten den Jungen die Zukunft auf ewig

Auch das knappe Brexit-Votum ist zu respektieren versaut und überhaupt habe doch ein viel zu großer Teil der Wähler gar nicht kapiert, worum es eigentlich ging. Wer nicht meiner Meinung ist, ist dumm. Das äußerst knappe Ergebnis von gerade einmal 51,9 Prozent für den Ausstieg aus der Europäischen Union kam jedenfalls allen Gegnern von Volksabstimmungen sehr gelegen. Da sieht man es doch wieder mal, hieß es, die Idee der direkten De-

mokratie ist ja ganz schön und gut, aber die Leute sind halt einfach noch nicht reif dafür. Die können das nicht. Und vielleicht stimmt das sogar.

Anlässlich der Zusammenkunft des Europäischen Forum Alpbach, das sich im Sommer 2016 dem Thema "Neue Aufklärung" verschrieben hatte, holte der Wiener Philosoph Konrad Paul Liessmann in einem Leitessay die Kant'sche Definition der Aufklärung aus gegebenem Anlass nochmals nach vorn: "Die neue selbstverschuldete Unmündigkeit angesichts eines paternalistisch fürsorglichen Staates, der durch sanften Druck seinen Bürgern das gute Leben beibringt, lässt das große Ziel der Moderne, die Entfaltung von Freiheit, in einem seltsam schrägen Licht erscheinen."

Darin findet sich auch der Geist der Achtundsechziger wieder, die als Kämpfer für die Selbstbestimmung begannen, um sehr bald – im berühmt-berüchtigten Marsch durch die Institutionen – Geschmack an der Repräsentation von Macht zu finden. Sie und ihre Erben bieten sich als Ersatz für die Kant'sche Befreiungsformel an. Liessmann schreibt: "Die Vormünder, von de-

nen Kant den mündigen Menschen befreit wissen wollte, heißen heute Berater, Coaches, Therapeuten und immer öfter ist es der paternalistische Staat selbst, der durch Regeln, Hinweise, Verbote für das richtige, gesunde und glückliche

Leben seiner unmündigen, aber bequemen Bürger sorgt. Andere denken für uns." An der Tatsache, dass sich die Briten, wenngleich knapp und warum auch immer, mehrheitlich so entschieden haben, wie das Wahlergebnis zeigt, ändert das alles aber nichts. Die Zumutungen der Moderne sind die Zumutungen der Freiheit – und das sind immer die Ergebnisse der anderen. Ob uns diese gefallen,

"Andere und anderes aushalten" – das ist die zentrale Arbeit

steht auf einem anderen Blatt. Die zentrale Arbeit, die wir heute leisten müssen, besteht, so der Münchener Soziologe Armin Nassehi, darin, "andere und anderes auszuhalten".

Ist das ein Endbefund? Nein, aber eine zutreffende Beschreibung des Status quo, die auch ohne Terrorattacken und digitale Transformation ihre Gültigkeit hätte. Die Moderne ist der Abschied von allen Gewissheiten, mit Ausnahme einer einzigen: der Freiheit – unserer Freiheit und der Freiheit aller anderen. Sie darf niemals zur Disposition stehen. Doch genau das passiert in diesen Zeiten, in denen das Bauchgefühl mehr zu sagen hat als die kühle Analyse.

Aber: Wer Ruhe will, muss zunächst selbst einmal ruhig bleiben. Und wer unsere westlichen Werte schützen will, der darf sie auch selbst nicht preisgeben. "Der Zweck der Freiheit", schrieb der Wirtschaftsnobelpreisträger Friedrich August von Hayek im Jahr 1961, "ist, die Möglichkeit von Entwicklungen zu schaffen, die wir nicht voraussagen können." Was wir durch eine Beschränkung der Freiheit verlieren würden, könnten wir deshalb niemals wissen – möglicherweise nur ein wenig, möglicherweise unser Leben. Und von Hayek stellte fest: Wenn "die Entscheidung zwischen Freiheit und Zwang als eine Zweckmäßigkeitsfrage behandelt wird, die in jedem Einzelfall besonders zu entscheiden ist, wird die Freiheit fast immer den kürzeren ziehen". Ihre Verteidigung müsse daher "notwendig unbeugsam, dogmatisch und doktrinär sein" und dürfe "keine Zugeständnisse an Zweckmäßigkeitserwägungen machen".

Von Hayek wusste, dass die notwendige Offenheit und Toleranz der Aufklärung zu ihrer eigenen Abschaffung beitragen können, wenn diese eine rote Linie nicht gezogen wird. Die Freiheit des Einzelnen darf nicht verhandel-

bar sein, und der vermeintlich gute Zweck niemals die Mittel heiligen. Halten wir uns also daran. Bewahren wir unsere Werte, indem wir sie selbst leben. Auch wenn es verdammt schwerfällt. Aber nur so kann die Zukunft bald wieder heller werden, und der Blick nach vorne wird attraktiver als der Blick zurück.



Katharina Lotter ist Wirtschaftsjuristin und arbeitet als freie Journalistin.

# Bild r Printausgab

Istanbuler Großkundgebung der regierenden AKP und der Oppositionsparteien CHP und MHP gegen den Putschversuch, 7. August 2016

# nur in e verfügbar

# Belastungsprobe

Nach dem gescheiterten Militärputsch ist die Türkei im Ausnahmezustand. Kritik an seinem unverhältnismäßigen Vorgehen begegnet Präsident Erdogan mit antiwestlicher Rhetorik. Wie soll Europa mit dem Nachbarland, NATO-Partner und Ewig-EU-Aspiranten umgehen?

## "Die Türkei ist viel mehr als Erdogan"

Fragen an den Experten Sinan Ülgen über die Lage nach dem Putschversuch

Angespannter könnte die Beziehung zwischen dem Westen und der Türkei nicht sein: Mangelnde Unterstützung gegen Putschisten wirft Präsident Erdogan dem Westen vor. Dort kritisiert man die Entlassungen mutmaßlicher Anhänger der Gülen-Bewegung. Die Lösung? Der Westen müsste der Türkei den Rücken stärken, damit er auch glaubwürdig Kritik üben kann.

IP: Präsident Recep Tayyip Erdogan ist nach der Niederschlagung des Militärputsches im Westen unpopulärer denn je. Mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin hat er sich dagegen gerade ausgesöhnt. Werden wir Zeugen eines strategischen Schwenks der Türkei?

Sinan Ülgen: Ich denke nein, sonst hätten wir es mit einer dramatisch neuen Situation zu tun. Trotz allem, was geschehen ist: Die Türkei ist weiter im Westen verankert – politisch, militärisch, wirtschaftlich. Eine Neuausrichtung in dem Sinne, dass die Türkei sich auf die Seite Russlands schlüge und mit dem Land eine strategische Partnerschaft einginge, ist unrealistisch und weit hergeholt.

Natürlich ist es für Ankara nützlich, wie beim kürzlichen Treffen von Erdogan und Putin in St. Petersburg, den Westen gelegentlich darauf hinzuweisen, dass man potenziell auch andere Optionen hat. Und es ist schon bezeichnend: Seit dem Putschversuch hat Erdogan bislang zwei Staatschefs

getroffen – der erste war der kasachische Präsident Nursultan Nasarbajew. Was das aber vor allem unterstreicht, ist die gewaltige Diskrepanz in der Wahrnehmung des Putschversuchs. Auf westlicher Seite hat es völlig an Mitgefühl und Sympathie gefehlt. Tatsächlich ging es beim Erdogan-Putin-Treffen auch um pragmatische Dinge: bilaterale Beziehungen, Aufhebung russischer Sanktionen, Wiederbelebung des Tourismus.

IP: Dass die türkisch-russischen Spannungen nach dem Abschuss eines russischen Kampfflugzeugs abgebaut werden, ist ja zu begrüßen – gerade der NATO hat die Konfrontation viele Sorgen bereitet. Aber Sie meinen, der Westen hätte sich nach dem vereitelten Putsch stärker um Erdogan bemühen sollen?

Ülgen: Es geht nicht nur um Erdogan. Der Westen muss mehr tun, um der Türkei zu versichern, dass sie Teil des Westens ist. Denn schließlich ist die Türkei ja viel mehr als Erdogan. Und diejenigen, die das Gefühl haben, der Westen habe viel zu wenig getan, um seine Solidarität mit der Türkei zu demonstrieren und das Land rückzuversichern, dass es wirklich zum Westen gehört, sind nicht unbedingt Regierungsanhänger.

**IP:** Hochkarätige ausländische Besucher waren bislang wirklich eher rar ... Ülaen: US-Außenminister John Kerry kommt Ende August; aber ansonsten war nur ein britischer Staatsminister da und kürzlich der deutsche Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Markus Ederer - keineswegs die Ebene, die man in Ankara erwartet hatte. Darüber hinaus wäre der Westen glaubwürdiger, wenn er nicht nur die Regierung, sondern auch das Parlament unterstützte, das ja bombardiert wurde und ein Ziel der Putschisten war. Wenn europäische Politiker denken, sie könnten sich aus innenpolitischen Gründen nicht mit Erdogan zeigen - könnten sie dann nicht zumindest als Zeichen der Unterstützung den Besuch einer Abgeordneten-Delegation beim türkischen Parlament organisieren? Damit ließe sich doch zumindest die parlamentarische Demokratie in der Türkei unterstützen.

**IP:** *Ist es dafür jetzt schon zu spät?* 

Ülgen: Keineswegs – und solche Parlamentsdelegationen wären ja auch recht einfach politisch zu bewerkstelligen für westliche Politiker. Hinzu kommt: Wenn der Westen glaubwürdig bleiben und die Maßnahmen kritisieren will, die die Regierung seit dem Putschversuch ergriffen hat, dann muss sie ebenso prinzipientreu sein und den Putsch selbst klar verurteilen. Wenn das nicht geschieht, wird die Kritik weiterhin auf taube Ohren

stoßen, denn dem Westen wird dann – zu Recht, finde ich – Scheinheiligkeit vorgeworfen werden. Wer einen Putsch gegen eine legitim gewählte Regierung nicht kritisiert, der kann auch nicht glaubhaft Erdogans Vorgehen kritisieren.

**IP:** Die NATO hat es ja in der Vergangenheit oft besser als die EU verstanden, die Türkei einzubeziehen, sie partnerschaftlich zu behandeln. Ist das auch diesmal der Fall?



SINAN ÜLGEN ist Gründungsmitglied von Istanbul Economics, Vorsitzender des Think Tanks "Center for Economics and Foreign Policy Studies" in Istanbul und Visiting Scholar bei Carnegie Europe in Brüssel.

Ülgen: Natürlich, die Türkei ist Mitglied der NATO, nicht aber der EU – es ist schlicht ein anderes Verhältnis. Was aber im Fall der NATO neuerdings eine große Belastung ist, ist die Abkühlung des Verhältnisses zwischen der Türkei und den Vereinigten Staaten. Und die Überzeugung, dass die USA hinter dem Putschversuch gesteckt oder zumindest davon gewusst haben und die Erdogan-Regierung nicht gewarnt haben, ist weit verbreitet. Das wirkt sich auch auf die

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

NATO aus. Und fast die Hälfte aller türkischen Generäle sind mittlerweile ihrer Positionen enthoben worden; auch das bleibt nicht folgenlos. Der Befehlshaber des 3. Armeekorps, das Teil der NATO-Eingreiftruppe ist, war in den versuchten Staatsstreich verwickelt. Kurz: Das NATO-Verhältnis ist dieser Tage eher instabil. Wie sich das langfristig entwickelt, ist vom heutigen Standpunkt aus schwer zu sagen.

IP: Die Zögerlichkeit des Westens hat natürlich auch mit der – wie viele meinen – überzogenen Härte zu tun, mit der Erdogan gegen die Putschisten vorgegangen ist. Auch glaubt man nicht, dass die Bewegung von Fethullah Gülen wirklich eine solche Rolle gespielt hat. Ülgen: Sie haben recht. Eines der größten Probleme derzeit ist der gewaltige Perzeptionsunterschied in der Türkei und außerhalb, was die Rolle,

Bedeutung und Macht der Gülen-Be-

wegung angeht. In der Türkei glauben heute die meisten, dass die Gülen-Bewegung hinter dem Putschversuch gesteckt hat, und Tag für Tag treten ehemalige Gülenisten im Fernsehen auf und gestehen, wie sie staatliche Institutionen und das Militär infiltriert haben ...

**IP:** ... was ein bisschen an die stalinistischen Schauprozesse erinnert, wo die Angeklagten auch immer bekennen mussten: Ja, wir waren Teil einer gigantischen Verschwörung.

Ülgen: Das stimmt, aber Tatsache ist, dass der türkischen Gesellschaft dies tagtäglich in den Medien präsentiert wird, was für eine gewisse Atmosphäre sorgt. Und offenkundig ist auch die Regierung und insbesondere Erdogan von der Schuld der Gülen-Bewegung überzeugt. Im Ausland dagegen wird das ganz anders gesehen. Diese Kluft ist sehr bedeutend und verkompliziert das Verhältnis zu den USA, wo

Gülen lebt; Ankara hat ja bereits seine Auslieferung beantragt. Aber das ist längst nicht alles. Die Bewegung ist in 160 Ländern aktiv, was bedeutet, dass Ankara auf die Regierungen all dieser Länder einwirken muss, um gegen die Infrastruktur der Bewegung vorzugehen, darunter Schulen, Frontorganisationen zur Sammlung von Spenden und so weiter – eine komplizierte, unerwünschte Belastung für die türkische Außenpolitik.

**IP:** Dabei waren Erdogan und Gülen ja einmal engste Verbündete ...

Ülgen: Völlig richtig. Vor drei Tagen hat sich Erdogan dafür entschuldigt, den wahren Charakter dieser Bewegung nicht erkannt zu haben. Aber in jedem normalen Staat kann es dabei nicht bleiben; eine solche Entschuldigung ist schlicht nicht ausreichend, um eine über ein Jahrzehnt lang bestehende politische Allianz zu erklären oder zu rechtfertigen. Ich habe allerdings meine Zweifel, ob wir solch weitergehende Schritte in der Türkei erleben werden. Immerhin ist die Entschuldigung schon einmal etwas.

**IP:** Wie wahrscheinlich ist es, dass der Putschversuch wirklich von der Gülen-Bewegung aus den USA ferngesteuert wurde?

Ülgen: Ich denke, dass das recht wahrscheinlich ist. Zumindest ist es die einzige Erklärung für das Timing des Putschversuchs. Die Gülenisten innerhalb der Militärführung wussten, dass sie beim nächsten Militärrat, der im August zusammentritt, entmachtet werden würden. Sie mussten handeln, um dem zuvorzukommen. Ich bin ziemlich überzeugt davon, dass der versuchte Staatsstreich von der Gülen-Bewegung orchestriert wurde.

**IP:** Welche Entwicklung erwarten Sie nun in der Türkei? Wird Erdogan die Lage nutzen, um sich endgültig zum autokratischen Herrscher aufzuschwingen?

Ülgen: Die Regierung hat den Ausnahmezustand verhängt, was die Gewaltenteilung und die üblichen Checks and Balances aufhebt. Dieser soll nach drei Monaten wieder aufgehoben werden, und das wird ein wichtiger Test sein, ob die Türkei bald wieder zur Normalität zurückfinden wird. Die pünktliche Aufhebung würde der weiteren Einschränkung fundamentaler Rechte entgegenstehen. Wir werden sehen.

**IP:** Wie lässt sich die Kluft zwischen der Türkei und gerade Europa verkleinern?

Ülgen: Die antiwestliche Rhetorik der Regierung ist ein echtes Hindernis, im Westen selbst Gehör zu finden. Die – ich meine: legitime – Kritik an der Gülen-Bewegung verhallt, gerade weil die Regierung so lange auf kämpferische, unversöhnliche Rhetorik gesetzt hat. Neuerdings versucht Ankara, einen Mittelweg zu gehen.

**IP**: *Und was sollte auf westlicher Seite passieren?* 

Ülgen: Der Westen sollte damit beginnen, der Türkei den Rücken zu stärken und sich auf dieser Grundlage die moralische Legitimation zu verschaffen, um bestimmte Entwicklungen innerhalb der Türkei zu kritisieren. Aber der erste Schritt ist die Rückversicherung der Türkei.

Die Fragen stellten Henning Hoff und Sylke Tempel

### Farce, Faustpfand, Fernziel?

Eine turbulente türkische Innenpolitik stellt den Westen vor die Gretchenfrage

Magdalena Kirchner | Mit seiner Politik der verbrannten Erde gegenüber der Gülen-Bewegung stellt Erdogan die EU vor existenzielle Fragen. Wann wird Einheit um der Einheit willen zur Farce? Auf alle Fälle sollte Brüssel die zarten Anzeichen gesellschaftsübergreifender Versöhnung als Chance nutzen, um sich wieder aktiver in den Transformationsprozess einzuschalten.

"Eilmeldung: Erdogan hat alle gefeuert." Was der libanesisch-irakische Blogger Karl Sharro wenige Tage nach dem gescheiterten Putschversuch vom 15. Juli scherzhaft umschrieb, ist für Tausende Staatsbedienstete bittere Realität geworden.

Als "direkte" und "indirekte" Putschisten wurden in den ersten Tagen nach dem Putschversuch fast 150 Generäle und Admiräle sowie fast 6000 weitere Soldaten festgenommen. Im direkten Nachgang wurden Tausende Richter und Staatsanwälte entlassen ebenso wie weit über 17 000 Polizisten und weitere Staatsbedienstete – darunter mindestens 80 Gouverneure und Inspekteure.

Auch Medien und Bildungseinrichtungen blieben nicht verschont: 24 Radio- und Fernsehstationen wurde die Sendelizenz entzogen, 21 000 Privatschullehrer und mehr als 1500 Universitätsdekane wurden mit sofortiger Wirkung suspendiert. Mehr noch als eine direkte Reaktion auf den Putsch stellt diese umfassende

Rochade im Staatsapparat den vorläufigen Höhepunkt einer seit Jahren auf Machtzentralisierung ausgelegten Politik von Recep Tayyip Erdogan und seiner AKP dar.

Es sieht so aus, als stehe die EU im Umgang mit der Türkei vor den gleichen Fragen wie gegenüber Ungarn, Polen, Russland oder Ägypten. Wie weit lassen sich Differenzen über eine einst gemeinsam, formell oder informell, vereinbarte Werteordnung akzeptieren, ohne eben diese Ordnung zu untergraben? Wann wird Einheit um der Einheit willen zur Farce und Sicherheitspolitik im Bündnis zu einem "schmutzigen Geschäft"?

#### Blankoscheck für die Regierung

Bereits am 16. Juli erklärte die Regierung von Premierminister Binali Yildirim den Putsch für gescheitert. Vier Tage später stimmte das türkische Parlament dennoch der Verhängung eines dreimonatigen Ausnahmezustands durch Präsident Erdogan zu, der diesem nicht nur das Regieren per Dekret erlaubt, sondern auch die Verfügung von Ausgangssperren, Demonstrationsverboten und massiven Einschränkungen der Pressefreiheit.

Besorgniserregend ist beispielsweise, dass die Dauer des maximalen Polizeigewahrsams von vier auf 30 Tage erhöht wurde. Das allein mag nicht das Ende der türkischen Rechtsstaatlichkeit sein - schließlich ist die Ausrufung des Ausnahmezustands klar in Artikel 120 der Verfassung geregelt. Der wahre Grund zur Sorge liegt in dem großen Interpretationsspielraum, den die Exekutive hier erhält. Anlass für den Ausnahmezustand sind laut Verfassung "weit verbreitete Gewaltakte zur Zerstörung der freiheitlich-demokratischen Ordnung" oder ein "gravierender Verfall der öffentlichen Ordnung". Wie genau das von Erdogan persönlich proklamierte Ziel, die als terroristische Organisation eingestufte Bewegung des islamischen Predigers Fethullah Gülen "vollständig und rasch zu eliminieren", erreicht werden soll, bestimmt offensichtlich Erdogan selbst - ein Freibrief für die Verfolgung Andersdenkender aller Couleur?

Der überaus vagen zeitlichen Begrenzung des Ausnahmezustands steht eine ebenso schwammige, der Ernsthaftigkeit des Eingriffs in die Gewaltenteilung kaum angemessene Begründung seiner Notwendigkeit gegenüber. Die Interpretation, wann die von Erdogan ausgemachte Bedrohung "der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und der Rechte und Freiheiten der Bevölkerung" beigelegt ist, liegt alleine in seinem Ermessen; bereits am Tag nach der Ausrufung kündigte der Präsident an, der Ausnahmezustand müsse möglicherweise verlängert werden.

Auf eine weitere Zentralisierung der politischen Macht im Präsidentenpalast weist auch die jüngst beschlossene Reform der Sicherheitskräfte hin, die nach der Entlassung von fast 1700 Offizieren per Dekret am 27. Juli einen zukünftigen Putsch verhindern soll. Zwar wird die zivi-

le Regierung mit der Unterstellung von Militärpolizei, Polizei und Küstenwache unter den Innenminister und von Land-, Luft- und Seestreitkräften

Reformprozess soll vor allem den Machterhalt sichern

unter den Verteidigungsminister zusätzliche Kontrollmöglichkeiten erhalten, die seit Langem in EU-Fortschrittsberichten gefordert werden. Der Generalstabschef aber wird künftig nicht mehr dem Premierminister, sondern dem Präsidenten direkt unterstellt sein, und von einer längst überfälligen Novellierung der parlamentarischen Kontrolle war bisher nicht die Rede.

Auch hinter dieser Reform steht offenbar nicht der Wille zur Demokratisierung politischer Institutionen durch eine effektive Gewaltenteilung, sondern ihre Unterwerfung und Zähmung durch ein "Teile und herrsche"-System. Der Verdacht liegt nahe, dass das eigentliche Ziel nicht die Wiederherstellung der inneren Sicherheit ist, sondern der persönliche Machterhalt Erdogans und letztlich auch eine dauerhafte Ausweitung seiner Macht durch eine entsprechende Verfassungsänderung.

### Fragiler Burgfrieden

Die Rhetorik gegenüber den Putschisten und ihren vermeintlichen Unterstützern im Ausland ist durchweg martialisch. Gleichzeitig üben sich Vertreter der AKP und der parlamentarischen Opposition derzeit immer wieder in versöhnlichen Gesten. Alle Oppositionsparteien hatten sich umgehend vom Putschversuch distanziert und ihn in einer gemeinsamen Erklärung verurteilt. Im Nachgang der vielen Terroranschläge in den vergangenen Monaten hatte man sich dazu nicht ein einziges Mal durchringen können. Am 28. Juli beschloss das Parlament einstimmig die Einrichtung einer eigenen Putsch-Untersuchungskommission.

Die ungewohnte Einigkeit in den Reihen der Opposition hat zweifellos damit zu tun, dass man sich bisher zwar nicht auf eine gemeinsame Strategie gegen die AKP, aber durchaus

Gülen-Bewegung: ein Feind, auf den man sich einigen kann auf die gemeinsame Gegnerschaft zur Gülen-Bewegung einigen konnte. Das gilt vor allem für die prokurdische HDP, deren Wortführer Gülen und

seine Anhänger in Justiz und Militär explizit der Unterwanderung des Friedensprozesses beschuldigt hatten. Nun liegt die kürzlich im Parlament beschlossene Aufhebung der Immunität von HDP-Abgeordneten auf Eis, die mit ihr befassten Justizbeamten wurden ihrer Posten enthoben und unter den festgenommenen Generälen sind, wie Adem Huduti, einige direkt mit den Operationen der Armee im Südosten betraut gewesen. Trotz dieser neuen, versöhnlichen Signale gegenüber der kurdischen Minderheit sind die Vertreter der HDP jedoch weiterhin von den überparteilichen Konsultationen über eine gemeinsame Post-Putschstrategie ausgeschlossen.

#### Konservativer Schulterschluss?

Es war ein Zeichen der Versöhnung, als jetzt erstmals Funktionäre der Oppositionsparteien CHP und MHP gemeinsam den Präsidentenpalast für Konsultationen aufsuchten. Im Gegenzug ließ Erdogan die Beleidigungsklagen gegen sie fallen, erlaubte zum ersten Mal seit 2013 Demonstrationen ihrer Anhänger auf dem Taksim-Platz und hielt sich auch in Sachen Verfassungsänderung auffällig zurück. Im Interview mit Al-Dschasira betonte er ausdrücklich, man werde "niemals von einem demokratisch-parlamentarischen System abweichen".

Die Reaktivierung pensionierter kemalistischer Generäle mag auch der schieren Notwendigkeit geschuldet gewesen sein, die durch die Verhaftungen bis zum Bersten gespannte Personaldecke zu stabilisieren. Doch nimmt man sie zusammen mit dem vergleichsweise sanften Vorgehen gegen kritische, aber zumindest nicht Gülen-nahe Medien, dann könnte das darauf hindeuten, dass die klare Priorisierung Gülens als Staatsfeind Nummer eins fast schon zu einem Schulterschluss mit konservativ-nationalistischen und säkularen Kräften geführt hat.

Doch hat nicht erst die Regierung selbst Gülen und seinen Anhängern zu der Machtfülle verholfen, die sie nun bekämpft? Man sei bewusst von Anhängern der Bewegung hinters Licht geführt worden, entgegnet die Regierung auf entsprechende Vorwürfe (und zwar in nahezu jedem politischen Skandal der jüngeren Vergangenheit, dessen Aufklärung von der Regierung verschleppt oder gar verhindert worden war).

Der Gülen-Bewegung nahestehende Polizisten und Justizbeamte sollen nicht nur die Sexvideos geleakt haben, die mehrere CHP- und

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

MHP-Spitzenfunktionäre 2011 zum Rücktritt zwangen, sondern auch in die Ermordung des Schriftstellers Hrant Dink verwickelt gewesen sein.

Für besondere Aufmerksamkeit sorgte die Ankündigung der Regierung, die Hintergründe des Luftschlags von Uludere aufklären zu wollen, bei dem im Dezember 2011 nicht etwa PKK-Kämpfer, sondern 34 meist minderjährige kurdische Zivilisten getötet wurden. Erdogan hatte sich seinerzeit persönlich vor Generalstabschef Necdet Özel gestellt; mittlerweile befindet sich ein damals zuständiger Kommandeur der Gendarmerie als mutmaßlicher Putschist in Haft.

#### Tiefsitzendes Misstrauen

Die Hoffnung, dass der aktuelle Burgfrieden sich in eine dauerhafte politische und gesellschaftliche Versöhnung übertragen lassen werde, teilen nur wenige Beobachter; das gegenseitige Misstrauen sitzt weiterhin tief. Akte der Lynchjustiz und gewaltsame Übergriffe auf Angehörige der alevitischen Minderheit haben dazu ebenso beigetragen wie Berichte über Folter an Häftlingen. Unter der kurdischen Bevölkerung im Südosten wächst zudem die Sorge vor einer Rückkehr staatlicher Willkür unter dem Deckmantel des Ausnahmezustands, dem zwischen 1987 und 2002 Tausende unter ungeklärten Umständen zum Opfer fielen.

Auch wenn der Konflikt zwischen Gülen und Erdogan das antikemalistische Lager seit 2013 spaltet und die AKP nach dem Putsch die eigene Parteizentrale medienwirksam mit einem Riesenporträt des Republikgründers Mustafa Kemal Atatürk schmückte, sehen viele in der Schlüsselrolle der Moscheen und der staatlichen Religionsaufsicht Diyanet bei der Mobilisierung der Bevölkerung gegen die Putschisten ein klares Zeichen für die steigende Verflechtung von Religion und Politik.

Alle, die auch nur im Verdacht stehen, etwas mit der Gülen-Bewegung zu tun gehabt zu haben, sehen düsteren Zeiten entgegen. Seit einigen Jahren schon versucht die Regierung, den über Jahrzehnte gewachsenen Einfluss der Bewegung in Medien und Bildungseinrichtungen massiv zurückzudrängen – bis hin zu Schließungen und Enteignungen wie im Fall der Tageszeitung Zaman oder der Fatih-Universität in Istanbul.

Selbst das international renommierte Forschungsinstitut USAK wurde kürzlich mit Verweis auf seine vermeintlichen Verbindungen zu Gü-

Schon der Verdacht einer Verbindung zu Gülen hat Folgen len geschlossen – ein Vorwurf, den die Institutsleitung offiziell bestreitet. Für Absolventen und Mitarbeiter dieser Einrichtungen könnten, wie

schon nach dem Militärputsch 1997, weitere Karrierewege verschlossen bleiben. Eine Abwanderungsbewegung ins Ausland ist hier ebenso zu erwarten wie im Fall der säkularen-liberalen Gesellschaftsgruppen, für die der Schulterschluss der Konservativen – seien sie kemalistischer, religiöser oder nationalistischer Prägung – kaum eine Zukunftsperspektive verspricht.

### Gegen die Wand

Die Frage, ob und mit wem sich Präsident Erdogan in Zukunft die politische Macht in der Türkei teilen muss, lässt sich derzeit noch nicht beantworten. Fest steht jedoch, dass der Putschversuch und die Reaktionen darauf die Beziehungen zwischen der Türkei und ihren westlichen Verbündeten in ihre bisher schwerste Krise geführt haben. Und das in einer Zeit, in der die Türkei zu einem der stra-

tegisch wichtigsten NATO-Staaten und zu einem Partner der EU geworden ist, der sich Kanzleramtsminister Peter Altmaier zufolge zeitweise "europäischer als manches EU-Land" verhielt.

Die Lage zwischen Schwarzem Meer und Mittelmeer macht die Türkei gleich in zweifacher Hinsicht zum Frontstaat. Türkische Militärflugzeuge und -schiffe operieren nicht nur im Kampf gegen den IS, sondern auch gegen Piraterie sowie Waffenund Menschenhandel im Mittelmeer. Türkische Soldaten bilden irakische Sicherheitskräfte für den Einsatz gegen den IS aus und nehmen an allen NATO- und vielen UN-Missionen teil; derzeit sind es über 500 allein im Rahmen der Ausbildungs- und Unterstützungsmission "Resolute Support" in Afghanistan.

Hinzu kommt, dass die Türkei sich in Syrien und im Irak entlang der russisch-iranischen Linie vermutlich neu orientieren und ihre bisherige, auch von den westlichen Partnern oft kritisierte Blockadehaltung gegenüber Assad und der Zentralregierung in Bagdad aufgeben wird. Allein die enorme Geschwindigkeit der Wiederannäherung mit Moskau weist jedoch auf Bestrebungen Ankaras hin, Sicherheitspolitik in Zukunft unabhängiger zu gestalten – das Verhältnis zu Washington liegt derweil in Scherben.

Wiederholt hatten US-Vertreter die innenpolitische Entwicklung der Türkei scharf kritisiert, der scheidende Präsident Barack Obama hatte Erdogan zuletzt sogar ein persönliches Treffen beim Warschauer NATO-Gipfel verweigert. Umgekehrt hatte Erdogan die Zurückhaltung westlicher Staaten gegenüber dem ägyptischen Putsch 2013 wiederholt verurteilt. Auch die Tatsache, dass keine der vier vorangegangenen und teils ausgesprochen gewaltsamen Phasen von Militärherrschaft in der Türkei seit dem Beitritt zur Allianz 1952 von den NATO-Partnern öffentlich verurteilt wurde, schürt in der Bevölkerung seit Jahrzehnten das Misstrauen gegenüber der Standfestigkeit demokratischer Prinzipien auf westlicher Seite, wenn diese strategischen Interessen im Wege stehen

Aus dem Streit um die Aufarbeitung der Putschnacht, der bis hin zu Vorwürfen der Mittäterschaft der USA durch türkische Regierungsmitglieder reicht, geht bisher vor allem einer als lachender Dritter hervor: der russische Präsident Wladimir Putin. Er rief seinen türkischen Amtskollegen nicht nur in der Putschnacht an, sondern war auch der erste, der ihn danach zu einem persönlichen Treffen einlud. Eine Entfremdung der Türkei bis hin zu einem möglichen Austritt aus der NATO und eine vertiefte sicherheitspolitische Kooperation mit Russland und dem Iran könnten sich für den Westen zu einem regionalpolitischen Albtraum entwickeln, vergleichbar mit der iranischen Revolution 1979.

### Drohungen und Beschuldigungen

Auch zwischen EU und Türkei hat die Aufarbeitung des Putschversuchs nicht zu einem Schulterschluss gegen eine drohende Militärherrschaft geführt, sondern zu einem heftigen Austausch gegenseitiger Schuldzuweisungen und Sanktionsdrohungen. Das mag auch daran liegen, dass eine große Mehrheit der politischen Eliten in Westeuropa die Türkei nur noch als Formaldemokratie sieht, die sich

zwar oberflächlich zu den Kopenhagener Kriterien und damit dem europäischen Wertekanon bekennt, diese aber vor allem bei der Meinungsfreiheit sowie der Macht- und Gewaltenteilung quasi permanent unterwandert.

Wie soll man den Machterhalt eines demokratisch gewählten Präsidenten bejubeln, wenn dieser selbst

friedliche Demonstranten gewaltsam auseinandertreiben lässt und kritische Journalisten mit Strafanzeigen übersät? Für die EU kommt die Diskussi-

Abbruch der Beitrittsverhandlungen? Das kann niemand wollen

on um den Putschversuch zur Unzeit, auch weil es Ankara aus einer Position der moralischen Stärke heraus gelingen könnte, mit der Debatte um die Wiedereinführung der Todesstrafe – ohne formal das Beitrittsgesuch zurückzuziehen – die technischen Kriterien für den Beitritt zu politisieren.

Das Argument, die EU könne nicht der Türkei verbieten, die Todesstrafe einzuführen, gleichzeitig aber mit den USA, die an der Todesstrafe festhalten, über ein Freihandelsabkommen verhandeln, verfängt vielleicht nicht in Brüssel, wohl aber in weiten Teilen der türkischen Gesellschaft. Nicht der klar regelwidrige Rückbau des türkischen Rechtsstaats, sondern rassistische Vorbehalte der Europäer stünden einem Beitritt im Wege. Diese Annahmen haben nach dem gescheiterten Putschversuch und der zu zögerlichen, zu ambivalenten Reaktion der EU zusätzlich an Auftrieb gewonnen.

Niemand kann an einem formalen Abbruch der Beitrittsverhandlungen ein Interesse haben – mit Ausnahme einiger Drittstaaten, zu denen NATO und EU seit einiger Zeit problematische Beziehungen unterhalten, sowie antiwestlicher bzw. antiliberaler Bewegungen auf beiden Seiten.

### Fatale Folgewirkungen

Das gilt nicht nur vor dem Hintergrund der enormen politischen Kosten und der fatalen Außenwirkung, die ein solcher Schritt für die Integrationsfähigkeit und Anziehungs-

Nach 2005 gab die EU den Anspruch auf Transformation auf kraft der EU für künftige Mitglieder und aktuelle Partner hätte. Schon jetzt drohen innereuropäische Spannungen über die Lastenteilung in der Flücht-

lingskrise neu aufzuflammen. Nach dem Trauma des Brexit wäre dies erneut ein schwerer Schlag.

Das große Versagen der EU im Umgang mit der Türkei liegt wohl darin, nach 2005 den Anspruch an eine demokratische Transformation im Zuge des Beitrittsprozesses aufgegeben zu haben. In der aktuellen Debatte wird auch in der Türkei gerne vergessen, dass es die EU war, die Ende der neunziger Jahre Druck auf das Militär ausgeübt hatte, sich aus der Politik zurückzuziehen. Auch die Stärkung der zivilen Kontrolle des Militärs durch die AKP seit 2002 war in den EU-Fortschrittsberichten stets begrüßt worden. Noch im Herbst 2012 hatte der damalige Parlamentssprecher Bülent Arinc erklärt, die Aussicht, mit Hilfe der EU das Militär in die Schranken weisen zu können, sei für ihn und andere AKP-Politiker ein gewichtiger Faktor dafür gewesen, den Beitrittsprozess voranzutreiben.

Jetzt, wo dieses Ziel erreicht ist, fehlt es auf beiden Seiten nicht nur am politischen Willen für eine weitere Integration; es gibt gar keine Vision einer Partnerschaft mehr, die auf europäischer Seite über das Outsourcen von Grenzsicherung, Resettlement von Flüchtlingen und Terrorbekämpfung und auf türkischer Seite über die Sicherung ausländischer Investitionen, Touristenzahlen und Absatzmärkte für den Energietransport hinausginge.

Politiker beider Seiten betonen immer wieder, dass man sich gegenseitig brauche. Dass aber von einer Partnerschaft aus freiem Willen schon lange nicht mehr die Rede sein kann, zeigen Forderungen, die EU-Heranführungshilfe genau dann zu kürzen, wenn ein Ausnahmezustand droht, die Spielräume einer proeuropäischen Zivilgesellschaft dramatisch einzuschränken. Wesentlich erfolgversprechender als die zurzeit betriebene Vogel-Strauß-Methode wäre es, die Diskussion über derzeit drängende Themen wie die europäische Grenzsicherung oder Antiterrorbekämpfung von der Diskussion darüber zu entkoppeln, was der türkische Beitrittsprozess aus EU-Perspektive überhaupt noch sein kann - Farce, Faustpfand oder Fernziel?

Für diejenigen, die tatsächlich für Letzteres votieren, ist es vor allem geboten, die derzeitigen – wenn auch zarten – Anzeichen gesellschaftsübergreifender Versöhnung ernst und als Gelegenheit wahrzunehmen, sich wieder aktiver in den Transformationsprozess einzuschalten.



Dr. Magdalena Kirchner ist Transatlantic Post-Doc Fellow for International Relations and Security (TAPIR) bei der RAND Corporation in Arlington, VA, USA.

### Nicht aufgeben

Ein Abbruch des EU-Dialogs mit der Türkei wäre kontraproduktiv

Oliver Rolofs | Das selbstherrliche Vorgehen von Staatspräsident Erdogan nach dem Putschversuch hat Rufe laut werden lassen, sich von dem Land abzuwenden. Doch wer die Türkei aufgibt, hat die Auseinandersetzung mit Erdogan bereits verloren. Und es gibt gute Gründe, warum auch Ankara an einem Bruch mit Europa nicht gelegen sein kann.

Präsident Recep Tayyip Erdogans repressiver und unverhältnismäßiger Kurs nach dem gescheiterten Putsch in der Türkei ist schwer hinzunehmen. Er polarisiert damit nicht nur weiter die türkische Gesellschaft, sondern vergrößert auch den Graben zwischen der Türkei und der Europäischen Union. Von Meinungs-, Presseoder Religionsfreiheit und verlässlich garantierten Bürgerrechten insgesamt hat sich das Land weit entfernt. Mit dem Ausbau seiner nationalistischislamistisch geprägten Machtposition hat Erdogan zugleich das Ende des kemalistischen Systems, des Säkularismus am Bosporus eingeleitet.

Es steht außer Frage, dass seine Politik mit unseren demokratischen und rechtsstaatlichen Werten unvereinbar ist. Doch kann es angesichts eines gegenseitigen geopolitischen Abhängigkeitsverhältnisses hierauf eine klare europäische Antwort geben?

Zur sicherheitspolitischen Risikominimierung wird Europa kaum etwas anderes übrig bleiben, als auch weiterhin mit der Türkei zusammenzuarbeiten. Für das europäische Werteverständnis mag das genauso wenig eine gute Nachricht sein wie die Tatsache, dass sich an der momentanen innenpolitischen Dynamik in der Türkei kaum etwas ändern wird.

Allerdings: Die Richtung, die Erdogan einschlägt und dabei derzeit von großen Teilen der türkischen Bevölkerung und Opposition - unter Ausschluss der Kurden und kurdischen Parteien - mitgetragen wird, ist zwar ungewiss und besorgniserregend zugleich. Doch ist zum jetzigen Zeitpunkt das letzte Wort über die Zukunft des Landes noch nicht gesprochen. Auch wenn die von Militärputschen erschütterte Bevölkerung die politische Stabilität unter einem immer autokratischeren Herrscher (dessen Regierungspartei AKP erst bei den Parlamentswahlen im November 2015 mit einer absoluten Mehrheit von der Bevölkerung bestätigt wurde) als kleineres Übel gegenüber einer wackligen, möglicherweise militärisch geprägten Demokratie sehen mag, heißt das noch lange nicht, dass eine Diktatur nach nordkoreanischem Muster am Bosporus errichtet wird. Und ja, die innertürkische Debatte um eine mögliche Wiedereinführung der Todesstrafe ist aus europäischer Sicht – und das mit gutem Recht – kaum zu akzeptieren. Aber wie hält es Europa gleichzeitig mit

### Die EU hätte sich der Türkei viel aktiver zuwenden müssen

der in westlichen Industrienationen wie den USA und Japan geltenden Todesstrafe? Kann Europa bei aller berechtigten Kritik an Erdogans Versuch,

die Türkei in ein autokratisches Präsidialsystem zu verwandeln, Einwände dagegen haben, das türkische Militär und den Geheimdienst künftig einer zivilen Kontrolle zu unterstellen?

### Im Ungewissen

Vergessen wir nicht: Europa hat zu spät reagiert. Nachdem das Land zunächst tiefgreifende Reformen umgesetzt hatte, hat die EU die Beitrittsfrage der Türkei lange im Ungewissen gelassen. Das hat nicht nur zu Kränkungen und Enttäuschungen bei der türkischen Führung und Bevölkerung geführt, sondern Ankara auch weitere Anreize zur Demokratisierung und EU-Harmonisierung genommen.

So findet der autokratische Staatsumbau auch nicht erst seit gestern statt. Nur wollte das in Europas Hauptstädten lange niemand wahrhaben. Lieber hat man zu Einschränkungen der Pressefreiheit, Prozessen gegen kritische Journalisten und zur Kurdenfrage geschwiegen. Genau das Gegenteil wäre aber angebracht gewesen: Die EU hätte ihre Anstrengungen verdoppeln und sich der Türkei viel aktiver zuwenden müssen. Und zwar sowohl mit deutlicher Kritik an den demokratischen Rückschritten des Landes als auch mit Blick auf die Glaubwürdigkeit ihres Beitrittsprozesses. Zuletzt wäre es nach dem gescheiterten Putschversuch vom 15. Juli, bei dem immerhin rund 270 Tote und über 1400 Verletzte zu beklagen waren, seitens der EU klug gewesen, in diesen schweren Stunden mehr Empathie gegenüber der Türkei und ihrer Bevölkerung zu zeigen.

Wenn erst Wochen nach dem Putschversuch mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Joe Biden ein westlicher, aber bis dato kein europäischer Spitzenpolitiker in die Türkei reist, führt das auf türkischer Seite kaum zu mehr Verständnis und Dialogbereitschaft, sondern lässt die tiefe Enttäuschung der Türken gegenüber der EU nur noch weiter wachsen.

Europa ist nun möglicherweise mit einer neuen strategischen Partnerschaft zwischen Russland und der Türkei konfrontiert. Sie droht, das angespannte europäisch-türkische Verhältnis noch weiter zu belasten. Ankaras Schwenk Richtung Moskau dürfte auch der NATO und den USA vor allem mit Blick auf den von westlichen Verbänden genutzten türkischen Luftwaffenstützpunkt Incirlik und die durch die Säuberungswelle geschwächte türkische Armeeführung Sorgen bereiten. Der Stützpunkt fungiert nicht nur als strategisch wichtige Drehscheibe im Kampf gegen den so genannten Islamischen Staat. Die USA lagern dort auch Nuklearwaffen. Angesichts der allgemeinen Sicherheitslage in der Türkei und der Nähe zum syrischen Bürgerkrieg trägt das russisch-türkische Tauwetter nicht gerade zur Beruhigung bei

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

und kann sogar Risiken für die weitere Syrien-Politik des Westens bergen.

Für die EU und die Türkei geht es nun um Schadensbegrenzung – und um strategischen Weitblick, zu beiderseitigem geopolitischen Nutzen. Eine Güterabwägung zwischen den Interessen Europas und der berechtigten Kritik an den Zuständen in der Türkei ist deshalb unerlässlich.

Als östlicher Nachbar Griechenlands und Bulgariens sowie nordwestlicher Anrainer Syriens, des Iran und des Irak bildet die Türkei die Brücke zwischen der EU-Außengrenze, den Ländern Asiens und den Konfliktgebieten des Nahen und Mittleren Ostens. Die Türkei gehört mit ihren 78 Millionen Einwohnern zu den führenden 20 Wirtschaftsmächten der Welt. Sie stellt mit etwa 640 000 Soldaten und zivilen Mitarbeitern nach den USA die zweitstärkste NA-TO-Armee. Damit ist und bleibt Ankara ein strategischer Sicherheitspartner für Europa an seiner Südflanke.

Seit Beginn des Syrien-Konflikts ist die Türkei direkt involviert. Rund 2,7 Millionen syrische Flüchtlinge hat das Land nach eigenen Angaben bislang aufgenommen und im Rahmen des EU-Türkei-Flüchtlingsabkommens einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, den Flüchtlingsstrom nach Europa zu stoppen. Trotz vorherrschender Dissonanzen erfüllt Ankara weiterhin die vertraglichen Verpflichtungen. Gleichzeitig ist die Türkei neben dem Iran und Saudi-Arabien eine der letzten verbliebenen Gestaltungsmächte in der Region, die noch dazu einen vergleichsweise gemäßigten politischen Islam vertritt.

Nicht zu vernachlässigen ist zudem die energiestrategische und handelspolitische Rolle der Türkei: Für Europa kann sie als Transitland für Öl und Gas aus dem Kaspischen Meer und möglicherweise bald auch aus dem Iran und dem Irak weiter an Bedeutung gewinnen. Europa braucht die Türkei als alternativen Energie-

zulieferer, um sich aus der Abhängigkeit von Russland lösen zu können, während die Transitgebühren für Ankara wichtige zusätzliche Einnahmen bedeuten. Auch ist die Türkei immerhin der sechstgrößte Handelspartner der EU, für die Türkei ist Europa sogar der größte Absatzmarkt für ihre Waren.

### Kühlen Kopf bewahren

Es gibt also viele Gründe, warum die Europäer gut beraten sind, einen kühlen Kopf zu bewahren und weder die Tür zuzuschlagen noch sich von Erdogan provozieren oder unter Druck setzen zu lassen. Klüger ist es, den Dialog, so schwierig er auch mo-

### Der Handel mit Europa bleibt ein entscheidender Faktor

mentan sein mag, aufrechtzuerhalten und dabei eine klare, sachliche und vor allem gemeinsame Linie zu vertreten. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude

Juncker betonte jüngst zu Recht, dass jetzt nicht der Moment sei, "aus der Hüfte zu schießen und die Beitrittsverhandlungen zu beenden". Damit erteilte er der österreichischen Forderung eine klare Absage, die Gespräche mit Ankara abzubrechen.

Europa muss mit der Türkei im Gespräch bleiben, auch um Kritik wirkungsvoll anbringen zu können, ganz im Sinne jener Menschen, die in der Türkei Repressionen ausgesetzt sind. Alles andere würde Europas Position gegenüber dem türkischen Präsidenten weiter schwächen. Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn hat zu Recht die Frage aufgeworfen, welcher Einfluss der EU noch bliebe, wenn sie der Türkei jetzt endgültig eine europäische Perspektive verwehrte.

Eine künftige Türkei-Politik bedarf einer realistischen Einschätzung

der eigenen Möglichkeiten und Ziele. Die Türkei ist nicht so unangreifbar, wie Erdogan gerne behauptet. Seine Macht stützt sich größtenteils auf die bislang gute Wirtschaftslage, die vielen Investitionen aus der EU und den Zugang zum europäischen Binnenmarkt. Indes setzt der Präsident gerade sein eigenes Wirtschaftswunder und die enge Handelspartnerschaft mit der EU aufs Spiel. Bei einem Land, das ohnehin schon ein großes Handelsbilanzdefizit aufweist (gut 10 Prozent aller Exporte gehen zum Beispiel allein nach Deutschland), wird das schnell in eine wirtschaftliche Schieflage führen. Allen Avancen gegenüber Moskau zum Trotz wird der eurasische Wirtschaftsraum noch nicht einmal ansatzweise den europäischen Absatzmarkt kompensieren können. Und ausländische Investoren fragen schon jetzt, ob der türkische Staat nach den exzessiven Säuberungen noch Rechtssicherheit garantieren kann. Genauso stellt sich die Frage, inwieweit die grassierende Korruption, die Massensuspendierung im Bildungsbereich und ein drohender Braindrain die weitere Entwicklung des Landes zusätzlich abwürgen.

Bei sich fortsetzender Unsicherheit droht schon bald eine Kapitalflucht ins Ausland, während gleichzeitig internationale Kredite ausbleiben könnten, um das Land wirtschaftlich auf Kurs zu halten. Auch gibt es ein eigenes türkisches Interesse daran, den Zustrom weiterer Flüchtlinge zu drosseln, die Syrer im Land mit europäischer Finanzhilfe zu integrieren und die eigene Küste selbst zu kontrollieren. All diese Faktoren wird Erdogan nicht ausblenden können, da er seiner Bevölkerung

langfristig mehr als nur neo-osmanische Rhetorik bieten muss.

Europa braucht die Türkei – aber die Türkei braucht Europa ebenso, wenn nicht mehr. Die EU muss strategische Geduld beweisen und darf sich von Erdogans rhetorischen Angriffen nicht provozieren lassen. Sie muss bestimmt auftreten, wenn es um die Einhaltung von Vereinbarungen und Verträgen geht, insbesondere um die Achtung der Menschenrechte und Minderheiten im Land.

### Glaubwürdige Alternativen

Hierfür sollte Europa seinen Einfluss auf allen Ebenen, einschließlich der NATO und des Europarats, stärker nutzen und dabei auch diplomatische und handelspolitische Härte nicht ausschließen.

Europa muss deutlich machen, dass angesichts der türkischen Konfrontationspolitik ein EU-Beitritt in absehbarer Zeit nicht zur Debatte steht. Stattdessen sollte die EU glaubwürdige und pragmatische Alternativen zur bisherigen Erweiterungspolitik entwickeln: Eine assoziierte Mitgliedschaft etwa böte der Türkei mittelfristig eine wirtschaftliche und rechtsstaatliche Perspektive, die Ankara wieder zur Einhaltung demokratischer Prinzipien, zur Stärkung des parlamentarischen Systems und zur Rückkehr zu einer versöhnlichen Kurdenpolitik bewegen dürfte. Angebote zu einer Einbindung in die Verhandlungen für das geplan-EU-USA-Freihandelsabkommen TTIP, eine Vertiefung der europäisch-türkischen Zollunion und die Visafreiheit (die man zunächst auf Akademiker, Studenten und Verwandtschaftsbesuche beschränken könnte) wird die türkische Führung auf Dauer weder ausschlagen noch über aggressive Polemik erreichen können.

Zugleich muss man die Sicherheitsbedürfnisse des NATO-Mitglieds Türkei und letztlich der gesamten Allianz berücksichtigen. Diese Frage

ließe sich innerhalb der NATO und ihrer Gremien diskutieren. Die Türkei profitiert vom Sicherheitsschirm der Allianz. Beim Kampf gegen Terrorismus,

Die EU muss sich in strategischer Geduld üben

beim Grenzschutz, bei geheimdienstlicher Kooperation sowie Rüstungsprojekten ist das Land vor allem auf das Verteidigungsbündnis (und wohl kaum auf Moskau) angewiesen.

Auch hier geht es langfristig um Glaubwürdigkeit und Vertragstreue: Die türkische Führung muss gegenüber ihren Bündnispartnern Antworten finden, wie sie die Moral der nach dem gescheiterten Putschversuch geschwächten Armee wieder herstellen will, um weiterhin einen ausreichenden Sicherheitsbeitrag an der Südostflanke der NATO leisten zu können. Ebenso liegt es einmal mehr im Interesse Europas, dort einen starken Verbündeten zu haben, der ein Bollwerk gegenüber den Brandherden des Nahen und Mittleren Ostens bildet.

An geopolitischen Fakten ist nun einmal nicht zu rütteln. Und wer im Endeffekt die Türkei aufgibt, hat die Auseinandersetzung mit Erdogan schon verloren.



Oliver Rolofs ist Südosteuropa-Experte und Kommunikationschef der Münchner Sicherheitskonferenz. Der Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder.

## Wertepolitik

Eric Gujer | "Rechtsstaatsdialog", "Modernisierungspartnerschaft": Diese Worte können nur in Europa ersonnen worden sein. Doch es ist das Vermögen, schönen Worten auch Taten folgen zu lassen, das Verantwortungsethik von Gesinnungsethik unterscheidet. Das gilt für die Außenpolitik der gesamten EU, besonders aber für die des moralischen Weltmeisters.

### Die Außenpolitik der Europäer ist nicht so zynisch wie die amerikanische

Dafür erreicht sie meist auch weniger. Wenigstens bis zum Brexit, nach dem auch den größten Europa-Enthusiasten eine Prise Bescheidenheit angeraten erscheint, demonstrierte Europa immer wieder ein erstaunliches Sendungsbewusstsein. Die eigene Außenpolitik war nach Ansicht vieler Akteure mindestens in Kontinentaleuropa moralischer als die Politik der USA, die in den Irak-Krieg und andere neoimperiale Abenteuer zogen. Die Deutschen glauben ohnehin an ihre moralische Mission; die Franzosen auch, wenngleich mit einem Schuss Realismus; und die Schweizer fühlen sich wie üblich nicht zugehörig, halten ihre Neutralität aber allem anderen gleichsam automatisch für überlegen.

Worte wie Rechtsstaatsdialog (mit China) und Modernisierungspartnerschaft (mit Russland) können nur in Europa ersonnen worden sein. Aus ihnen spricht die Überzeugung, universell gültige Werte zu besitzen, die einen erstrebenswerten Endpunkt auch für jene Länder darstellen, die sie heute noch nicht teilen. Die ist ja auch richtig, wer wollte dies ernsthaft bestreiten. (Dass der französische Front National, die Alternative für Deutschland und andere vergleichbare Parteien den Universalismus in Zweifel ziehen und ihm "Werte" à la Putin entgegensetzen, ist ein anderes, trauriges Kapitel.) Der in Europa – noch – vorherrschende Glaube an die Überlegenheit der Aufklärung steht allerdings in scharfem Kontrast zum Unvermögen und zum Unwillen, diese Werte jenseits der eigenen Grenzen zu verbreiten. Europa will sehr viel und erreicht meist sehr wenig.

Es fällt leicht, die Irrtümer der amerikanischen Nahost-Politik anzuprangern. Dem Irak-Krieg hätte mindestens eine entschiedene Anstrengung zum

## Bild nur in Printausgabe verfügbar

Aufbau des Landes folgen müssen und nicht jene Gleichgültigkeit, welche Milizen und Terrorgruppen erst den Freiraum gab, der sich bis heute in der Hydra des so genannten Islamischen Staates manifestiert.

In Syrien handelte Präsident Barack Obama widersprüchlich, indem er rote Linien zog, zu keinem Zeitpunkt aber deren Einhaltung erzwang. Die Unterstützung Saudi-Arabiens ist angesichts der Menschenrechtsbilanz des Landes eine fragwürdige Politik. Fehler und Unzulänglichkeiten also, wohin man blickt. Doch die Europäer haben zu keinem Zeitpunkt eine plausible Alternative präsentiert und, vor allem: umgesetzt. Der Irak war ja bereits vor der US-Invasion zum Failing State geworden, der die ganze Region zu kontaminieren drohte. In Syrien vermochten sich Deutschland, Frankreich und Großbritannien nie auf ein gemeinsames Vorgehen zu einigen. Man gab sich damit zufrieden, die Probleme zu ignorieren, bis diese dann Beine bekamen und an österreichischen und deutschen Grenzübergängen auftauchten.

## Die EU ist der erfolgreichste Werte-Exporteur der Welt

Werte sind wichtig, aber nicht das einzige Fundament der Außenpolitik. Die EU hält sich zugute, dass sie durch die unzähligen von ihr abgeschlossenen Abkommen die Normensetzung in großen Teilen der Welt beeinflusst. Alle diese Verträge sind in dieser Lesart eine Form von Werte-Export. Natürlich ist es fraglich, ob Handelsabkommen wirklich andere Kulturen verändern und etwa Korruption und Nepotismus wirksam bekämpfen. Aber selbst, wenn

man diesen Einwand außer Acht lässt, schrumpfen derzeit die europäischen Möglichkeiten eines solchen Exporthandels. Ohne Großbritannien, ohne dessen militärische Fähigkeiten und ohne dessen strategische Ambition, ist die europäische Außen- und Sicherheitspolitik nur noch die Hälfte wert. Der Kontinent gibt derzeit ein jämmerliches Bild ab, er ist dank Euro-Krise und Brexit ausschließlich mit sich selbst beschäftigt. Dies beeinträchtigt die Fähigkeit, die Macht der eigenen Werte zu projizieren, ganz erheblich.

Der Bezug auf die eigenen Werte ist nicht naiv und er ist schon gar nicht, um ein schreckliches Wort zu gebrauchen, "Gutmenschentum". Er ist ein Kompass und ein notwendiges Korrektiv, damit die eigene Politik nicht zum Opportunismus degeneriert. Im Detail muss jede Politik flexibel sein, aber sie braucht zugleich Leitplanken und eine langfristige Strategie. Und zu dieser findet man nicht, wenn man kein Wertegerüst besitzt. Aber in der Türkei-Politik sind die Werte Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Minderheitenschutz ja gerade kein Fundament und kein Kompass, sonst hätte man kaum einen Deal mit Erdogan geschlossen und sich stattdessen gesagt, dass sich eine Lösung der Flüchtlingskrise auch ohne Antichambrieren am Hofe des Sultans erreichen lässt. Tatsächlich werden die eigenen Werte je nach tagespolitischer Opportunität bemüht oder eben ignoriert. Sie sind damit nicht mehr wert als jedes andere Argument, das benutzt wird, um die Irrungen und Wirrungen des eigenen Handelns zu rechtfertigen. Vermutlich gehört es jedoch zum Erbe des deutschen Idealismus, dass Moral als Argument mehr zählt als strategische oder wirtschaftliche Interessen.

Der instrumentelle Charakter des Moraldiskurses trat während der gesamten Flüchtlingskrise deutlich hervor. Die Bundesregierung und die Öffentlichkeit reklamierten für sich stets eine moralisch überlegene Position. Man kritisierte die EU-Partner, als sich bei ihnen nicht dieselbe Begeisterung für die "Willkommenskultur" regte wie in Deutschland selbst. Dabei ging die abrupte Grenzöffnung auf einen einsamen Entschluss Berlins zurück und war zuvor nie durch die Europäische Union und insbesondere durch die Schengen-Staaten gutgeheißen worden. Warum also sollten sich die Nachbarn an der Verteilung der Flüchtlinge beteiligen, zumal die von Deutschland so lange verteidigte Asylpolitik der EU solche Quoten explizit ausschließt? Die Anrufung der Moral diente ausschließlich dazu, einen juristisch und politisch unhaltbaren Anspruch Berlins zu kaschieren.

Nicht viel anders verhielt es sich im weiteren Verlauf der Krise, als die südöstlichen Nachbarn ihre Verantwortung wahrnahmen und durch den Schutz ihrer Grenzen den Menschenstrom einzudämmen versuchten. In Deutschland wurde dies als herzlos und unmenschlich verurteilt. Da sie fürchten musste, von dem sich allmählich anstauenden Volkszorn irgendwann hinweggefegt zu werden, sah sich allerdings auch Bundeskanzlerin Angela Merkel schließlich genötigt, den Zustrom zu regulieren. Weil sie glaubte, hierzu in eigener Verantwortung keinen Beitrag leisten zu können, musste sie die Türkei dazu bewegen. Wer jemand anderem die Aufgabe der Grenzschließung aufbürdet, die er für sich als unmenschlich ablehnt, handelt nicht sehr moralisch. Die Emphase, mit der sich Berlin über Grenzzäune und die inhumane Unterbringung von

Flüchtlingen und Migranten empörte, diente also auch hier dem Zweck, von der überaus angreifbaren Position der Bundesregierung abzulenken.

Jede Wertepolitik erfordert den Willen zur Durchsetzung, und das heißt, dass man über die entsprechenden Mittel verfügen muss. Diese können militärischer und wirtschaftlicher Natur sein, dazu gehört aber eben auch die Bereitschaft, selbst politische Verantwortung zu übernehmen. Das Vermögen, schönen Worten auch Taten folgen zu lassen, unterscheidet Verantwortungsethik von Gesinnungsethik. Das gilt für die Außenpolitik der gesamten EU, besonders aber für den moralischen Weltmeister.

## Gerade nach dem Putsch muss man die Türkei an Rechtsstaatlichkeit und Demokratie erinnern

Das ist richtig. Aber es geht nicht nur um Normen, sondern auch um Resultate. Jeder politische Anspruch, dem die Perspektive der Realisierung fehlt, ist letztlich apolitisch. Ein besonders eindrückliches Beispiel hierfür ist die Türkei-Politik der EU. Seit Jahrzehnten wird diese von der Grundannahme durchzogen, man müsse dafür sorgen, dass sich das Land, immerhin ein NATO-Partner, politisch und wirtschaftlich entwickeln kann. Die einfachste Möglichkeit hierfür wäre eine realistische Beitrittsperspektive gewesen, welche "carrots and sticks", die Vorteile einer EU-Mitgliedschaft und die Auflagen der Kopenhagener Kriterien, kombiniert. Doch dazu mochten sich besonders Frankreich und Deutschland aus innenpolitischen Gründen nie durchringen. Die Widerstände gegen einen ungehinderten Zuzug von Türken waren stets so gravierend, dass keine Regierung sich getraute, sie zu ignorieren.

Man möchte selbstverständlich, dass sich die Türkei zur Gleichberechtigung der Frauen oder zu den Rechten der kurdischen Minderheit bekennt. Und doch hat man nach einer längeren Phase der Unentschlossenheit das einzige Mittel aus der Hand gegeben, um Ankara zu deren Beachtung zu motivieren: die Beitrittsperspektive. So schwanken die Beziehungen seit 20 Jahren zwischen Anziehung und Abstoßung, zwischen der Forderung nach einer Anerkennung von Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit einerseits und Anfällen von Realpolitik andererseits.

Präsident Erdogan hat daraus die einzige rationale Schlussfolgerung gezogen: Ist der Ruf erst ruiniert, lebt es sich ganz ungeniert. Die Probe aufs Exempel konnte er in der Flüchtlingskrise machen, als er trotz seines Abgleitens in einen Neo-Osmanismus plötzlich wieder zum gefragten Partner avancierte. All die Kritik an seinem Gebaren (und der ganz unabhängig von Erdogan seit jeher bescheidenen Menschenrechtsbilanz) war wie weggewischt, als die Türkei tun sollte, was für deutsche Bundespolizisten offenbar ein Ding der Unmöglichkeit darstellt – die eigenen Grenzen zu schützen und den Strom der Migranten und Flüchtlinge einzudämmen.

Der Preis, den Erdogan in diesem Tauschgeschäft ganz selbstverständlich verlangt, ist neben Geld die Visumsfreiheit für seine Landsleute. Diese wäre weit mehr als eine bürokratische Erleichterung auf dem Weg westwärts, sie wäre die Anerkennung einer Partnerschaft auf Augenhöhe. Doch genau diese Anerkennung wird Erdogan unter Hinweis auf die wenig rechtsstaatlichen Bestimmungen der türkischen Antiterror-Gesetzgebung wieder verwehrt. Statt in einer offenkundigen Notlage den Tatsachen den Vorzug vor dem Wünschbaren zu geben, dominiert plötzlich wieder das Unbehagen, mit einem so zwielichtigen Partner auf dem Basar erwischt zu werden.

Auch die Affäre Böhmermann ist ein schöner Anwendungsfall, der zeigt, was passiert, wenn sich Empörung und moralisches Überlegenheitsgefühl in der bloßen Geste erschöpfen. Statt die nur notdürftig ins Gewand der Satire gehüllte Fäkalbeschimpfung Erdogans unmissverständlich als Geschmacklosigkeit zu verurteilen und die salomonische Anwendung eines antiquierten Paragrafen einem Gericht zu überlassen, erging sich die deutsche Politik in langatmigen Betrachtungen über Kunstfreiheit unter besonderer Berücksichtigung ausgefallener Sexualpraktiken. Ein bisschen Realpolitik, sehr viel Moralismus, alles geschüttelt und gerührt. Heraus kommt dabei ein ungenießbares Gebräu. Die deutsch-türkischen Beziehungen sind so schlecht wie schon lange nicht mehr. Die eine Seite zieht ihren Lustgewinn daraus, deutschen Politikern den Besuch von Bundeswehrsoldaten zu verwehren, die andere Seite findet ihren Triumph darin, doch noch das Militärkontingent auf türkischem Boden aufgesucht zu haben. Kleinkarierter geht es kaum.

## Kungeln mit Erdogan schützt Europa nicht vor Anschlägen

Aber eine Partnerschaft mit der Türkei hält die Krisen etwas auf Distanz. Vor allem gerät dabei das in Vergessenheit, was das langfristige Ziel einer europäischen Türkei-Politik sein müsste. Der Nahe Osten befindet sich in einem Dreißigjährigen Krieg, der alle Ingredienzien der großen Auseinandersetzung von vor 400 Jahren enthält: den Zerfall der regionalen Ordnung, den Kampf um die Vorherrschaft zwischen Staaten und die religiöse Komponente, die alle pragmatischen Lösungsversuche erschwert oder gar unmöglich macht. Der NATO-Partner Türkei bildet dabei das Bollwerk, das Europa gegenüber dem Krisenbogen abschirmt. Solange die Türkei ein halbwegs funktionierender Staat ist, findet der Krieg nicht direkt an der europäischen Außengrenze, sondern einige hundert Kilometer südöstlich statt. An diesen geopolitischen Fakten vermögen auch der Putsch und die harten Gegenmaßnahmen des Regimes nichts zu ändern.

Natürlich gelangen Gewalt und Hass mittels terroristischer Anschläge auch so nach Europa. Aber es macht doch einen Unterschied, ob die Kämpfe direkt vor der eigenen Haustür oder in etwas weiterer Entfernung stattfinden. Damit dies so bleibt, haben die Europäer ein eminentes Interesse daran, die Türkei zu stützen. Natürlich lässt sich mit gutem Recht einwenden, ohne klares Wertefundament ende jede Realpolitik in Willkür. Doch der Halb-und-halb-Knödel

namens europäische Türkei-Politik – halb Realpolitik, halb Moralismus – erreicht weder das eine noch das andere. Die Türkei wird nicht demokratischer, die Rechte der kurdischen Minderheit werden nicht besser geschützt, und zugleich wird der IS so nicht effizienter bekämpft. Der staatlich organisierte Export von Werten vermag nur dort zu gelingen, wo der Exporteur die entsprechenden Mittel zur Durchsetzung seiner Normen besitzt. Und selbst dann, wenn Truppenkontingente und Entwicklungshilfe den Export absichern wie in Afghanistan, kann dieser scheitern.

Europa sollte daher ein Partner sein, auf den man sich verlassen kann, der nicht beständig seine Politik ändert und der der Türkei konkrete Fortschritte in Aussicht stellt. Ein Beitritt zur EU ist, zumal angesichts der innenpolitischen Verhältnisse, illusorisch. Aber eine privilegierte Partnerschaft, die mehr ist als eine Floskel, wäre ein Anfang. Dazu gehörte auch, das Sicherheitsbedürfnis der Türkei ernst zu nehmen. Ein sich entlang der gesamten türkischen Südgrenze erstreckender Kurdenstaat ruft in Ankara nicht ohne Grund Besorgnis hervor. Diese Ängste lassen sich nicht einfach beiseite wischen, nur weil sich Berlin nach langem Zögern doch noch entschlossen hat, die Peschmerga militärisch zu unterstützen.

Für eine Anerkennung der neuen Realitäten zu werben, auf die stabilisierende Wirkung einer kurdischen Selbstverwaltung hinzuweisen und die Türkei auf eine gemeinsame Politik gegenüber dem IS zu verpflichten, wäre daher allemal sinnvoller, als eine reichlich akademische Auseinandersetzung um die Kunstfreiheit zu beginnen. Wäre die Kritik an der amerikanischen Nahost-Politik mehr als nur oberlehrerhafte Attitüde, hätte die EU ernsthaft versucht, in ihrem Verhältnis zur Türkei zu zeigen, wie eine bessere Politik für den Raum des ehemaligen Osmanischen Reiches aussieht. Diesen Test hat die Europäische Union nicht bestanden. Die meuternden Generäle haben Europa überdies in Erinnerung gerufen, dass es sehr viele Abstufungen zweifelhafter Regime gibt. Und eine Militärjunta wäre noch um einiges weniger wünschbar gewesen als die immerhin durch Wahlen legitimierte AKP-Regierung.

Wer seinem Gegenüber tatsächlich auf Augenhöhe begegnen will, nimmt dessen Perzeption der Sicherheitslage ernst. Berlin akzeptiert ja selbst nach Annexion der Krim und Krieg im Donbass das russische Sicherheitsbedürfnis, weshalb man einen NATO-Beitritt der Ukraine oder Georgiens ausschließt und Sympathie für eine ausgesprochene oder stillschweigende Finnlandisierung der von Russland als Einflusssphäre beanspruchten Gebiete hegt.

So viel Rücksichtnahme hat auch das NATO-Land Türkei verdient. Doch

selbst in einer Zeit, in der in türkischen Städten regelmäßig Bomben explodieren, findet das Land nicht die Solidarität seiner NATO-Partner, die nach den Anschlägen in Paris als Selbstverständlichkeit galten. Vom Gefühl der eigenen moralischen Suprematie zur Selbstgefälligkeit ist es nur ein kurzer Weg.



Eric Gujer ist Chefredakteur der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ).

## Von wegen "gute Europäer"

Auch deutsche Politiker unterminieren das Vertrauen in die EU

Andreas Rinke | Als Sahra Wagenknecht von den "Brüsseler Antidemokraten" sprach, regte sich parteiübergreifende Kritik. Aber die Fraktionschefin der Linkspartei ist keineswegs die einzige, die das Vertrauen in EU-Institutionen untergräbt. Gerade Politiker, die sich gerne als Vorreiter europäischer Integration sehen, leisten einen Beitrag zum Ansehensverlust der EU.

In Deutschland eint die etablierten Parteien seit Jahrzehnten die Überzeugung: Eine immer tiefere EU-Integration liegt im nationalen Interesse und muss deshalb gefördert werden. In der Selbstwahrnehmung gehören deutsche Politiker zu den "guten" Europäern, die sich sowohl gegen überzogenen Nationalismus stemmen als auch die engere Kooperation und das Zusammenwachsen der europäischen Staaten fördern. Als europapolitische "bad guys" gelten vor allem die im EU-Parlament vertretenen Rechtspopulisten - die britischen Nationalisten, die die Brexit-Entscheidung herbeigeführt haben; nationalkonservative Osteuropäer in Polen und Ungarn, die die rechtsstaatlichen Normen auf die Probe stellen - oder linkspopulistische Politiker in Griechenland, Italien, Spanien oder Frankreich, die Grundregeln der EU und der Euro-Zone nicht einhalten wollen.

Doch dieses Bild hat Kratzer bekommen, auch wenn man das in Berlin nicht wahrnehmen will. Das zeigen die Konflikte um das EU-Handelsabkommen mit Kanada (CETA), das Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat und den Stabilitätspakt. Ohne in den beschriebenen Fällen in der Sache Stellung zu nehmen: Deutschlands Politiker haben trotz anderweitiger Beteuerungen fleißig zum schlechten Ansehen der Europäischen Union und vor allem der EU-Institutionen beigetragen. Die Angriffslinien gleichen dabei denen der Europa-Gegner: Mal wird die angeblich nicht ausreichende Legitimität des Europäischen Parlaments kritisiert, mal die der EU-Kommission, mal die generelle Zuständigkeit der europäischen Ebene, wenn man mit einer Entscheidung nicht einverstanden ist.

Dass Politiker unpopuläre Entscheidungen gerne auf Brüssel abwälzen, ist seit Jahrzehnten festes Element der Europapolitik und hat in allen EU-Staaten Tradition. Es gehört zum normalen Rollenspiel, dass sich zwischen Nationalregierungen und der EU-Ebene immer wieder echte Interessenkonflikte ergeben, die auch ausgetragen werden müssen. Genauso werden im föderal organisierten Deutschland Streitpunkte zwischen Bund und Ländern ausgetragen, die sich wechselseitig die Verantwortung für Probleme und deren schleppende Lösung zuschieben.

Die entscheidenden Unterschiede sind aber: Das innerdeutsche Rollenspiel ist fest etabliert, die Auseinandersetzungen finden zwischen voll funktionsfähigen Landesregierungen und einer voll funktionsfähigen Bundesregierung statt. Hinzu kommt, dass es deutsche Medien gibt, die die Interessen beider Seiten erklären. In der EU fehlt dies im doppelten Sinne.

Es gibt keine echte europaweite Öffentlichkeit, die Sachwalter europäischer Sichtweisen ist. Die nationale mediale Wertung in Streitfällen dominiert, wie die deutsche Debatte über transatlantische Handelsabkommen zeigt. Außerdem ist die EU kein "ausgereiftes" politisches Gebilde; sowohl die Rolle der EU-Kommission als auch die des EU-Parlaments sind im Fluss. Die Kommission ist noch lange keine "politische Regierung" der EU. Dies führt dazu, dass sie wahlweise dafür kritisiert wird, dass sie sich wie eine Regierung verhalte - oder eben gerade nicht. Ausschlaggebend dafür ist vor allem, ob sie nationale Wünsche umsetzt.

#### Fördernde Kraft und Hindernis

Dabei sind es vor allem die nationalen Regierungen, die verhindert haben, dass die EU-Institutionen die ihnen tatsächlich oder gefühlt übertragenen Aufgaben überhaupt erfüllen konnten. Sowohl die Euro-Zone als auch der Schengen-Raum sind

Schönwetterkonstrukte, zusammengeschustert von Politikern, die zwar mit viel Pathos von "Europa" redeten, aber aus nationalen Befindlichkeiten verhinderten, dass die für das dauerhafte Funktionieren notwendi-

ge und ausreichende Kompetenzübertragung auf die EU-Ebene stattfand. Auch Deutschland ist eben nicht nur fördernde Kraft bei der EU-Integration gewe-

Schengen und Euro sind Schönwetterkonstrukte

sen – ebensowenig wie der engste Partner Frankreich. Zur Erinnerung: Diese Bundesregierung blockierte lange Zeit eine Quotenverteilung der Flüchtlinge auf die EU-Staaten und schwenkte erst in dem Moment um, als die Bundesrepublik 2015 selbst massiv betroffen war. Wie so oft wurde die deutsche Forderung nach "Solidarität" dann aber mit besonders großem moralischen Eifer vorgetragen.

Seit vielen Jahren streichen deutsche Regierungen zudem die Dividende wegfallender Grenzen und einer gesamteuropäischen Sicherheit im Schengen-Raum ein, ohne einen ausreichenden Beitrag dafür zu leisten, dass im Gegenzug die EU-Außengrenzen geschützt werden. Gemeinsame europäische Streitkräfte scheitern auch am deutschen Sonderweg einer Parlamentsarmee, das Entstehen einer gesamteuropäischen Rüstungsindustrie an der typisch deutschen Befindlichkeit gegenüber allem "Militärischen".

Die Entfremdung zwischen Brüssel und der Bevölkerung in den Mitgliedsländern wächst aber, wenn die Beteiligten nicht immer wieder erklären, dass die Hauptverantwortung für das Nichtfunktionieren Europas in den nationalen Hauptstädten liegt – auch für die hohe Arbeitslosigkeit,

die hohen Schulden und die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit.

#### Schwächung des EU-Parlaments

Doch auch aus Berlin wurde parteiübergreifend auf die EU-Kommission eingeprügelt und die Legitimität der Brüsseler Behörde sowie des Europaparlaments angezweifelt. Trauriger Höhepunkt war dabei der Satz der Vorsitzenden der Linkspartei-Fraktion im Bundestag am 7. Juni: "Ich hätte von der Bundesregierung schon gerne gehört, wie sie zu dieser erneuten Unverschämtheit unserer

"Gute Europäer" denken viel nationaler, als ihnen bewusst ist Brüsseler Antidemokraten steht", sagte Sahra Wagenknecht über die damalige Position von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, dass das EU-

Handelsabkommen mit Kanada kein so genanntes gemischtes Abkommen sei. Wegen der Zuständigkeit der Union für die Handelspolitik hielt er deshalb die Ratifizierung von CETA auf EU-Ebene für ausreichend.

Die folgende scharfe Kritik von SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann an Wagenknecht änderte nichts daran, dass sich Sozialdemokraten an den scharfen Angriffen beteiligten. Im CETA-Streit ging Wirtschaftsminister und Vizekanzler Sigmar Gabriel auf Frontalkurs zur EU-Kommission. Der SPD-Chef bezeichnete Junckers Vorschlag als "unglaublich töricht". Der Vorsitzende der Europäischen Grünen, Reinhard Bütikofer, nannte Junckers Vorgehen eine "frivole Anmaßung" und suggerierte, dass die Kommission parlamentarische Mitbestimmungsrechte aushebeln wolle. Beide Politiker pochen auf eine Zustimmung auch der nationalen Parlamente.

Zwar ist dies ein typischer, sogar notwendiger Rechtsstreit zwischen nationaler und europäischer Ebene, der derzeit vor dem Europäischen Gerichtshof in Sachen Ratifizierungsverfahren für das EU-Handelsabkommen mit Singapur ausgetragen wird. Aber Juncker hatte formal zunächst einmal nur das getan, was er als EU-Kommissionschef tun musste. Ihm lag ein Rechtsgutachten des juristischen Dienstes seiner Behörde vor, nach dem CETA kein gemischtes Verfahren sei. Doch ausgerechnet deutsche Politiker, die sonst gerne auf die Einhaltung von Rechtsnormen in der EU bestehen, forderten in diesem Fall von Juncker eine "politische" Lösung – weil sie ihren Wählern längst unilateral eine nationalstaatliche Ratifizierung versprochen hatten. Dabei teilt die Mehrheit der EU-Staaten deutsche Vorbehalte gegen Handelsabkommen mit Kanada und den USA (TTIP) überhaupt nicht.

Zudem unterminieren nun ausgerechnet deutsche Politiker das Image des Europäischen Parlaments, das genau wie der Bundestag direkt gewählt ist und nach offizieller deutscher Lesart eigentlich gestärkt werden sollte. Sie unterstützen die vom Bundesverfassungsgericht 2011 im umstrittenen Urteil über die Fünf-Prozent-Hürde bei der Europawahl vertretene Auffassung, dass es sich beim EU-Parlament nicht um ein vollwertiges Parlament handele - obwohl alle großen Parteien das Urteil damals wegen dieser Begründung kritisiert hatten. Dass Kommissionspräsident Juncker am Ende dem starken deutsch-französischen Druck nachgab und plötzlich doch für eine Zustimmung auch der nationalen Parlamente plädierte, beschädigte ein altes Kernziel deutscher Europapolitik – die Stärkung der EU-Institutionen – dann gleich noch ein zweites Mal.

Der CETA-Streit ist dabei nicht das einzige Beispiel für dieses Vorgehen und der deutsch-französische Bruch des Stabilitätspakts 2004 nicht das erste. Bezeichnend ist ebenfalls das deutsche Agieren bei der Zulassung von Glyphosat in der EU: Obwohl es in der Bundesregierung bereits eine Einigung auf eine weitere Zulassung gegeben hatte, verhakte sich die Große Koalition in letzter Minute, weil die SPD-Fraktion Sturm lief. Die Folge: Deutschland enthielt sich im zuständigen EU-Gremium, eine Entscheidung konnte damit nicht mehr fallen. Die Europäische Kommission musste es auf ihre Kappe nehmen, zumindest eine vorläufige Weiterzulassung von Glyphosat für 18 Monate und eine gleichzeitige neue Prüfung der Gefährlichkeit anzuordnen. Der schwarze Peter war erfolgreich nach Brüssel verschoben worden.

#### "Deutschland ist Deutschland"

Die regelmäßige Demontage der EU-Institutionen ist aber keineswegs auf Politiker des rot-rot-grünen politischen Lagers beschränkt. Die bayerische CSU hat eine lange Tradition, neben Berlin auch Brüssel die Schuld für alle möglichen Fehlentwicklungen in Europa zuzuschieben. Und Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte sich schon 2010 dafür eingesetzt, bei Euro-Hilfsprogrammen neben der EU-Kommission und der Europäischen Zentralbank ebenfalls den Internationalen Währungsfonds zu beteiligen - was ein klarer Misstrauensbeweis gegen die damalige Kommission war, die in Berlin als zu offen für politischen Einfluss angesehen wurde. Nicht ohne Grund: Denn hinter der anhaltenden Nachsicht der EU-Kommission mit dem ständigen Defizitsünder Frankreich steht die taktisch motivierte Haltung der Bundesregierung, die sich einen deutsch-französischen Zwist nicht leisten kann – trotz aller innenpolitischen Bekenntnisse, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt ernst genommen werden müsse.

EU-Kommissionspräsident Juncker hat diesen Eindruck jüngst mit seiner flapsigen Bemerkung "Frankreich ist Frankreich" beim Streit über

die Behandlung von Defizitsündern noch verstärkt und dafür Kritik geerntet. Aber er hätte auch sagen können: "Deutschland ist Deutschland". Denn die

Hinter der Nachsicht der Kommission steht deutsches Interesse

Bundesrepublik pocht trotz einer anderen Selbstwahrnehmung deutscher Politiker ebenfalls immer wieder auf eine Sonderbehandlung und das unausgesprochene Recht, als größter EUStaat eigene Wege ohne Rücksprache mit den EU-Partnern zu gehen.

Dabei ist weniger die umstrittene Konsolidierungspolitik in der Schuldenkrise gemeint, bei der Deutschland trotz aller auf Berlin fokussierter Kritik in Wahrheit den Standpunkt von fast ganz Nord- und Osteuropa vertrat. Und auch nicht die Flüchtlingspolitik 2015, bei der die Haltung der Bundesregierung zwar innerhalb der EU nicht mehrheitsfähig war, die aber zumindest von der Suche nach einer gemeinsamen europäischen Antwort geprägt war.

Die plötzliche Wende in der Atompolitik ist allerdings ein solcher Fall. Zwar ist die Energiepolitik nicht vergemeinschaftet, sondern weiter in nationaler Zuständigkeit. Aber die innenpolitischen Querelen und die jahrelangen Verzögerungen beim Netzausbau in Deutschland sorgten dafür, dass die Überschussproduktion aus der gleichzeitig sehr schnell ausgebauten Windkraft einfach in die Stromnetze osteuropäischer Nachbarn gedrückt wurde.

Zuletzt beteiligte sich auch Finanzminister Wolfgang Schäuble an den Attacken gegen die EU-Kommission. Anders als Altkanzler Gerhard Schröder hatte Schäuble zwar bei allen Plädoyers für eine Begrenzung des EU-Haushalts nie den Ein-

## Schäubles Brüssel-Bashing ging vielen Politikern zu weit

druck geschürt, dass deutsches Geld in der EU "verbraten" werde. Aber nach dem Brexit-Referendum machte Schäuble am 3. Juli in der Welt am Sonntag

ausdrücklich die Kommission für die Unzufriedenheit vieler Bürger mit Europa verantwortlich – und damit indirekt auch für das britische Austrittsvotum. Er warf der Kommission Untätigkeit in zentralen Politikbereichen vor. "Und wenn die Kommission nicht mittut, dann nehmen wir die Sache selbst in die Hand, lösen die Probleme eben zwischen den Regierungen", so Schäuble.

Dabei ist der von ihm geforderte intergouvernementale Ansatz längst gängige Praxis in der EU – aber nicht etwa, weil die Kommission nicht spurt, sondern weil sich einzelne Mitgliedstaaten wie Großbritannien bei gemeinsamen Absprachen verweigerten und deshalb wie beim Fiskalpakt Wege außerhalb der EU-Verträge gewählt werden mussten. Auch in der Flüchtlingskrise und beim angestrebten EU-Grenzschutz verhinderte

und verhindert – bei aller Kritik an zu schematischen Vorschlägen der Kommission – vor allem der Widerstand vieler Mitgliedstaaten schnellere Fortschritte. Zudem ist Schäubles Projekt einer Finanztransaktionssteuer ein Beispiel dafür, dass eine intergouvernementale Zusammenarbeit im kleineren Kreis keineswegs immer bessere Ergebnisse liefert.

Das rhetorische Umschwenken Schäubles auf ein Brüssel-Bashing ging deshalb selbst einigen Unionspolitikern zu weit. Am deutlichsten wurde der EVP-Fraktionsvorsitzende im Europopäischen Parlament, Manfred Weber (CSU). "Generell ist es so, dass manche nationale Regierungen ein unehrliches Spiel spielen", kritisierte er in der Süddeutschen Zeitung vom 8. Juli. Er rügte nicht nur Sigmar Gabriel und Außenminister Frank-Walter Steinmeier, dem er eine bewusst zwiespältige Haltung bei der Verlängerung der EU-Sanktionen gegen Russland vorwarf. Auch Schäuble habe der Kommission nach dem Brexit-Votum den schwarzen Peter zugeschoben. "Wir erleben, dass sich der Populismus bis in höchste Regierungskreise einnistet", kritisierte der CSU-Politiker. Gemeint waren diesmal nicht London, Paris, Warschau, Athen oder Budapest – gemeint war Berlin.



Dr. Andreas Rinke ist politischer Chefkorrespondent der Nachrichtenagentur Reuters in Berlin.

## Meilenstein, kein Endpunkt

Das Weißbuch als strategische Weichenstellung für deutsche Sicherheitspolitik

Carsten Breuer und Christoph Schwarz | Münchner Konsens 2014 – Führung aus der Mitte 2015 – Weißbuch 2016: Die deutsche Sicherheitspolitik hat in nur drei Jahren ihre Bereitschaft zu verantwortlichem Gestalten erklärt, ihr Führungsverständnis formuliert und beides als Ausgangspunkt für ein neues Weißbuch genutzt. Doch die Entwicklung ist noch nicht abgeschlossen.

Die bisherige Berichterstattung zum neuen sicherheitspolitischen Weißbuch der Bundesregierung bietet ein facettenreiches Bild. In einigen Beiträgen werden die Inhalte des sicherheitspolitischen Grundlagendokuments breit skizziert; andere rücken einzelne Aspekte ins Zentrum.

Besonders attraktiv sind in diesen Fällen naturgemäß solche Punkte, bei denen tatsächliche oder vermeintliche inhaltliche Differenzen zwischen den Ressorts zutage treten: Künftige Rolle des Bundessicherheitsrats, Einsatz der Bundeswehr im Innern, Bedeutung von Ad-hoc-Koalitionen und schließlich die Frage, ob die EU-Verteidigungsminister künftig in einer eigenen Ratsformation tagen sollten – das waren die Stichworte, anhand derer so mancher Kommentator von handfesten Differenzen zu berichten wusste.

Natürlich war nicht immer alles eitel Sonnenschein, gab es abweichende Auffassungen zwischen den beteiligten Häusern. Dass die politisch bestens vernetzte Hauptstadtpresse blitzschnell über die unterschiedlichen Positionen verschiedener Ministerien im Bilde war, vermag nicht zu überraschen. Und es verwundert auch nicht, dass sich der vermeintliche "Koalitionszoff" medial besser vermarkten ließ als Meldungen über die vertrauensvolle und kollegiale Zusammenarbeit zwischen den Ressorts. Aber ist das wirklich alles? Ist ein Dissens in Detailfragen das Wichtigste, was über das neue Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr zu berichten ist?

#### Das große Ganze im Blick

Wir meinen, das ist es nicht. Oder genauer: Das sollte es nicht sein. Wird der Blick nur auf wenige Teile gerichtet, kann sich kein Blick für das große Ganze einstellen. Denn darum geht es im Kern: Soll das neue Weißbuch einen wirklichen Beitrag als "Leitfaden für die sicherheitspolitischen Entscheidungen und Handlungen unseres Landes" entfalten, dann muss es in seiner Gesamtheit erfasst werden, dann müs-

sen die kausalen Wechselbeziehungen zwischen den einzelnen Kapiteln berücksichtigt und die zahl- und weitreichenden Vorschläge für die Weiterentwicklung deutscher Sicherheitspolitik umgesetzt werden: Das Weißbuch ist mehr als die Summe seiner Teile.

Richtet sich der Blick in der nun anstehenden Implementierungsphase nur auf einzelne Aspekte, dann wird

Weißbuch als Selbstbedienungsladen für Partikularinteressen? das oberste sicherheitspolitische Grundlagendokument Deutschlands schnell wieder in den Regalen verstauben. Denkbar wäre dann allenfalls

noch, dass es als Selbstbedienungsladen für Partikularinteressen herhalten muss, gemäß der Logik: "Aber es steht doch im Weißbuch."

#### Führen aus der Mitte

Was aber ist kennzeichnend für das neue Weißbuch? In welchen Punkten unterscheidet es sich von seinen Vorgängern? Welche Aspekte wurden weiterentwickelt? Und welche Bedeutung kommt dem Weißbuch in der aktuellen Debatte um eine neue deutsche Außen- und Sicherheitspolitik zu?

Beginnen wir mit der letzten Frage. Das Weißbuch kann nicht ohne den so genannten "Münchner Konsens" und das Prinzip des "Führens aus der Mitte" verstanden werden: 2014 haben Bundespräsident, Außenminister und Verteidigungsministerin bei der 50. Münchner Sicherheitskonferenz übereinstimmend die deutsche Bereitschaft zur Übernahme internationaler Verantwortung erklärt.

Dieser Münchner Konsens mit seinem gewandelten Selbst- und Rollenverständnis ist in der Tat eine "entscheidende Markscheide" (Gunther

Hellmann). Ein Jahr später verkündete Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen an selber Stelle, dass Deutschland bereit sei, gemeinsam mit Partnern zu führen und dabei das Beste an Ressourcen und Fähigkeiten in Bündnisse und Partnerschaften einzubringen. 2016 nun das Weißbuch, das Handlungsanspruch und Gestaltungswillen deutscher Sicherheitspolitik strategisch begründet und den daraus erwachsenden Weiterentwicklungsbedarf für die deutsche Sicherheitspolitik und die Bundeswehr als eines ihrer Instrumente ausbuchstabiert.

Das Weißbuch ist damit weder Anfangs- noch Endpunkt, es ist eine Wegmarke, vielleicht ein Meilenstein auf dem Weg, Deutschlands gewachsene internationale Verantwortung samt daraus erwachsender Pflichten strategisch zu reflektieren und sein Instrumentarium weiterzuentwickeln.

Damit dies gelingt, kommt der nun anstehenden Implementierungsphase zentrale Bedeutung zu. Auch mit Blick auf das Weißbuch ist "conception only half the battle", wie Hal Brands in seiner vergleichenden Untersuchung zur amerikanischen Strategieentwicklung nach 1945 prägnant formuliert hat.

Denn das Weißbuch ist, da hat Volker Perthes recht, kein Planungsdokument. Sondern ein Dokument, das den deutschen Gestaltungsanspruch artikuliert, ihn begründet und dazu nutzt, aus handlungsleitenden Interessen und Prioritäten Gestaltungsbedarf abzuleiten. Diesen mit Leben zu füllen, das ist in der Tat nun Planungssache. Ob sich die beabsichtigte Wirkung des Weißbuchs einstellen wird, hängt damit wie bei vielen weiteren Strategien auch maßgeblich da-

von ab, wie nachdrücklich die Prioritäten verfolgt und die Maßnahmen in den verschiedenen nationalen und internationalen Gestaltungsfeldern umgesetzt werden.

#### Konsens als Chance

Kehren wir nochmals zu den Punkten zurück, in denen Auffassungsunterschiede zwischen den beteiligten Ministerien herrschten. Wir ändern dabei allerdings die Perspektive: Das Weißbuch umfasst, je nach Detailgrad der Betrachtung, zwischen 100 und 200 einzelne Themen. Wenn dabei vier Aspekte der Klärung in der Bundesregierung bedürfen, dann zeigt dies keine tiefen Risse, sondern verdeutlicht eher, wie solide das Fundament ist.

Genau dies war eines der bestimmenden Merkmale des gesamten Weißbuchprozesses: Die Übereinstimmung in den zentralen Fragen der deutschen Sicherheitspolitik war wohl kaum jemals größer. Es ist dieser Konsens in den großen Linien und nicht der Dissens in Detailfragen, der für die Zusammenarbeit zwischen den Ressorts in den vergangenen anderthalb Jahren kennzeichnend war. Gerade dieser Fundamentalkonsens ist eine große Chance für die Post-Weißbuch-Zeit, stellt er doch eine denkbar günstige Ausgangsposition dar, um nachhaltig und vernetzt zu gestalten national und international, im Verteidigungsministerium und in der Bundeswehr, aber eben auch in allen anderen Ministerien und Behörden.

Fortsetzung und Verstetigung der sicherheitspolitischen Debatte haben in diesem Zusammenhang erhebliche Bedeutung. Die Einbindung sicherheitspolitischer Experten und interessierter Öffentlichkeit ist dabei nicht etwa Teil einer "Erziehungskampagne" (Gunther Hellmann), sondern entspringt der Erkenntnis um die Begrenztheit eigener Einsicht.

So umfangreich die Kommunikation rund um das neue Weißbuch auch war – mehr als 6500 Teilnehmer in unterschiedlichen Formaten –,

so vermessen wäre es davon auszugehen, auf diese Weise die Mehrheitsmeinung in unserem Lande in die eine oder andere Richtung bewegen zu können.

Neue Ideen sind heute wichtiger als jemals zuvor

Es musste vielmehr darum gehen, die Eintrittsschwelle in den sicherheitspolitischen Diskurs zu senken, um durch die Diskussion Perspektiven zu ändern, neue Impulse und Anregungen zuzulassen. In einer Zeit, in der sich die internationale Ordnung tiefgreifend verändert und Deutschland gleichzeitig bereit ist, sich zur Aufrechterhaltung des internationalen Gefüges verantwortlich zu engagieren, sind unverbrauchte Ideen notwendiger denn je.

#### Orientierung in unruhigen Zeiten

Das Weißbuch erscheint in einer Zeit, in der sich die Superlative für die Beschreibung der Verwerfungen im internationalen System täglich überbieten, die Charakterisierungen für das Geschehen unserer Zeit immer schriller werden. So stand ein Beitrag im *Spiegel* jüngst unter der Überschrift "Apocalypse Now", nur um im Anschluss zu fragen, ob 2016 das schlimmste Jahr des 21. Jahrhunderts und die Welt gleichsam verrückt geworden sei.

Die Diskussion um Sinn und Unsinn, über Nutzen und Erfolgsaussichten strategischen Handelns wird in Wissenschaft und Politik nicht erst seit diesem bisher so ereignisreichen Jahr geführt, sondern seit geraumer Zeit. Bereits 2010 stellte Stephen D. Krasner in dieser Zeitschrift fest, dass "die Zersplitterung und die Ungewissheiten des internationalen Umfelds es derzeit unmöglich [machen], eine erfolgreiche Grand Strategy zu erarbeiten".

Dynamik und Komplexität der internationalen Sicherheitspolitik sind

## Mehr Strategie ist die Antwort auf wachsende Unsicherheit

in den vergangenen Jahren zweifellos noch weiter gestiegen. Auch wenn das Weißbuch kein Ausdruck einer klassischen Grand Strategy ist – hätte

man Gründe finden wollen, von der Erstellung eines neuen sicherheitspolitischen Grundlagendokuments Abstand zu nehmen, man hätte nicht lange suchen müssen.

Vor das "Paradox wachsender Kalkulationsnotwendigkeit bei abnehmender Kalkulationsmöglichkeit" (Joachim Raschke/Ralf Tils) gestellt, hat sich die Bundesregierung bewusst dafür entschieden, am "Anspruch strategischer Politik" festzuhalten. Mehr und nicht weniger Strategie ist damit die Antwort auf die wachsende Unsicherheit, Unübersichtlichkeit und Ungewissheit in unserem Umfeld.

#### Prioritäten setzen, flexibel bleiben

Ohne Strategie werden Gestaltungsmöglichkeiten preisgegeben, nicht Handlungsspielräume gewonnen. Gleichzeitig muss der strategische Ansatz die Charakteristika der aktuellen und künftigen Sicherheitslage – Komplexität, Dynamik, Volatilität – reflektieren. So lassen sich zwei der zentralen Prämissen bei der Erarbeitung des neuen Weißbuchs zusammenfassen.

Eine der zentralen Funktionen von Strategien ist es, Komplexität zu reduzieren, um begründete Entscheidungen zu ermöglichen, eine Wahl zu treffen. Durch Unsicherheit, gepaart mit mangelnder Vorhersehbarkeit wächst allerdings gleichzeitig der Bedarf für Flexibilität. Es ist der innovative Markenkern des neuen Weißbuchs, dass der erforderliche Grad an Flexibilität nicht durch Akklamation verkündet, sondern strategisch hergeleitet wird.

Den Anfang macht dabei ganz bewusst nicht wie so häufig die Analyse des sicherheitspolitischen Umfelds, sondern die Selbstverortung Deutschlands als Akteur der internationalen Sicherheitspolitik. Das Selbstverständnis als verantwortlicher Staat, der präventiv mit allen zur Verfügung stehenden Instrumenten international gestalten will, um seine Interessen zu schützen und dabei um das Maß seiner Möglichkeiten ebenso weiß wie um seine Verwundbarkeiten – das ist das strategische Narrativ, aus dem alles Weitere folgt.

Getreu dem Motto "Erst wenn wir sagen können, wer wir sind, können wir Aussagen darüber treffen, welche Entwicklungen sicherheitsrelevant sind und unser Engagement erfordern", folgt die Analyse der sicherheitspolitischen Herausforderungen, nachdem das Selbstverständnis mit einem klaren Bekenntnis zu Werten und Interessen formuliert wurde. Auch dieses Vorgehen trägt zur Komplexitätsreduktion bei und ermöglicht die Formulierung strategischer Prioritäten als Handlungsschwerpunkte in den kommenden Jahren - egal, wie und wohin sich das Umfeld entwickelt.

Diese Gleichrangigkeit der strategischen Prioritäten kann man kri-

tisch sehen. Denn auf den ersten Blick weicht man auf diese Weise der erforderlichen Entscheidung für eine Rangfolge aus. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich allerdings, dass es sich im Fall der im Weißbuch aufgeführten strategischen Prioritäten um weitreichende, aber an Zahl wie Inhalt immer noch begrenzte Bereiche handelt. Es bleibt jedoch immer noch eine Auswahl untereinander gleichrangiger Aspekte.

Jede andere Entscheidung - für weniger Prioritäten oder eine Abstufung zwischen ihnen - wäre angesichts des globalen Horizonts deutscher Sicherheitspolitik und der Unübersichtlichkeit des Sicherheitsumfelds kein pragmatischer Umgang mit den herrschenden Gegebenheiten. Und strategisches Denken und Handeln ist mit den Worten von Colin S. Gray immer noch vor allem "a practical business".

Das Flexibilitätsgebot schlägt sich folgerichtig auch in der gesamtstaatlichen Anlage des ganzen ersten Teiles, vor allem aber in den nationalen und internationalen Gestaltungsfeldern nieder. Auch das ist neu an diesem Weißbuch und entspricht nebenbei einem modernen Strategieverständnis: Der Gestaltungsanspruch wird konsequent in der gesamten Themenbreite und mit gesamtstaatlichem Blick entwickelt.

Im Sinne einer sicherheitspolitischen "Kupplung" bieten die Gestaltungsbereiche allen Ressorts die Möglichkeit, mit eigenen Strategien deutsche Sicherheitspolitik auszubuchstabieren. Damit ist der erste Teil weit mehr als nur der Umschlag eines Bedienungshandbuchs für das Instrument Bundeswehr. Das Alte darf a hier nicht als Prisma für das Neue verwendet werden: Beim Weißbuch 2016 handelt es sich um ein Bekenntnis zum gesamtstaatlichen Ansatz, wie es kaum klarer hätte ausfallen können. Der Beschluss im Kabinett nicht die bloße Kenntnisnahme - unterstreicht dies deutlich.

Wer in diesem Zusammenhang nur die "übliche wolkige diplomatische Politik-Prosa" (Christian Thiels) sieht, der schaut mit einem anderen Blick auf Sinn und Zweck poli-

tisch-strategischer Grundlagendokumente. Weder die Details akuten Krisenmanagements noch organisatorische Kästchenkunde sind ihre Domäne.

Wer "wolkige Politik-Prosa" sieht, hat falsche Erwartungen

Die großen Linien zu zeichnen und Ideen zu entwickeln, wie die eigenen Interessen verwirklicht werden können - darum geht es. Plausible Strategien tragen auf diese Weise dazu bei, Entscheidungen zu treffen und umzusetzen, sie nehmen diese nicht vorweg. Meilensteine eben, keine Endpunkte.



Brigadegeneral Carsten Breuer war bis August 2016 Projektbeauftragter für das Weißbuch 2016 in der Abteilung Politik im Bundesministerium der Verteidigung.



Christoph Schwarz war bis August 2016 Referent in der Projektgruppe Weißbuch 2016 im Bundesministerium der Verteidigung.

### Hin zu offenen Formaten

Wie viel Mitbestimmung verträgt die deutsche Außenpolitik?

Annkatrin Kaiser und Verena Ringler | Nach einem Jahr und sechs Open Situation Rooms in ganz Deutschland wird erkennbar, wie viel Potenzial im Austausch zwischen Außenpolitik und Zivilgesellschaft steckt. Worauf kommt es bei der Bürgerbeteiligung an? Und welche Grenzen haben partizipative Formate trotz allem, gerade in der Außenpolitik?

Im Foyer stehen Bio-Schnittchen und Rhabarberschorle bereit, immer wieder wird die Eingangstür aufgestoßen und Neuankommende klinken sich in Gespräche über aktuelle Projekt-Pitches und neue Start-up-Ideen ein. Es könnte ein ganz normaler Mittag im Impact Hub München sein, wenn nicht alle auf einen besonderen Besucher warten würden. Walter Lindner, deutscher Botschafter in Südafrika, kommt kurz darauf herein und freut sich, wieder einmal in seiner Heimatstadt zu sein. Seiner Rolle als Inputgeber im heutigen Open Situation Room steht er etwas skeptisch gegenüber: "Nicht zu viele bunte Kärtchen und Gruppen-Schnickschnack bitte. Lieber Mut zur freien Rede." Kurz darauf sind die rund 35 Teilnehmer und Walter Lindner bereits mitten drin in der freien Rede, allerdings unterstützt von zahlreichen bunten Karten und aufgeteilt in kleine Gruppen.

Diese Mischung ist typisch für den Open Situation Room, denn es soll möglichst schnell, viel und kreativ gedacht werden. Ziel ist es, den Erfahrungsschatz einer heterogenen Gruppe von Teilnehmern in Fragen der internationalen Politik abzurufen. Dieses Mal geht es um Ursachen globaler Migration. Die Frage von Botschafter Lindner an die Teilnehmer lautet: Welche Ideen und neuen Lösungsansätze hätten sie zu bieten, um Potenziale in Afrika zu stärken und Ursachen von Migration vor Ort zu bekämpfen?

Außenpolitik galt lange Zeit als staatliches und diplomatisches Hoheitsgebiet; Mitbestimmung durch Bürger war eher unerwünscht. Seit dem Review-Prozess unter Außenminister Frank-Walter Steinmeier aber versucht das Auswärtige Amt, diesen Eindruck zu korrigieren und sich für Stimmen aus der Bevölkerung zu öffnen. Eines der Formate, das während des Review-Prozesses ausprobiert wurde, ist der Open Situation Room. Der Name soll an die ursprünglichen Situation Rooms John F. Kennedys erinnern – mit dem entscheidenden

Unterschied, dass der "Open" Situation Room nicht hinter verschlossenen Türen im Weißen Haus, sondern an öffentlich zugänglichen Orten mit Diplomaten des Auswärtigen Amtes stattfindet. Nach ersten Pilot-Workshops der Entwickler Nicola Forster und Verena Ringler wurde der Open Situation Room vom Mercator Program Center for International Affairs gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt weiterentwickelt und in die Praxis überführt. Ziel dieses unkonventionellen Krisenstabs ist es, ein ergänzendes Diskussionsund Beratungsgremium für aktuelle außenpolitische Probleme zu sein.

#### Die Mischung macht's

Damit liegen die Macher der Open Situation Rooms im Trend. Ob "Gut leben in Deutschland", Re:Publica oder so genannte GovLabs: Viele Akteure probieren derzeit neue Formate der Bürgerbeteiligung, der hierarchiefreien Diskurse und der innovativen Veranstaltungsformate aus; dabei nutzen sie Erkenntnisse und Methoden des Design Thinkings, einem kreativen Prozess zur Lösung komplexer Probleme, der in den USA (Stanford) entwickelt wurde. Doch wie viel Substanz ermöglichen solche interaktiven Ansätze?

Das Format lebt davon, aktuelle Herausforderungen der Außenpolitik mit Menschen zu diskutieren, die mit diesen Fragen direkt nichts zu tun haben, aber genau deswegen viel dazu sagen können: Jeder der 35 Anwesenden im Münchner Open Situation Room hat sich mit seinem individuellen Hintergrund für die Teilnahme beworben und wurde ausgewählt, weil er Komplexität im eigenen privaten oder beruflichen Umfeld zu bewälti-

gen weiß und seine spezifische Denkweise auch auf fachfremde Problemstellungen übertragen will. So treffen sich hier promovierte Physiker mit Start-up-Beraterinnen und bringen ihre Ideen mit denen von Kinderpsychologinnen und Gastwirten zusammen. Kann das funktionieren?

Ja, sagt Design Thinking. Denn komplexe Probleme wie in der Außenpolitik benötigen unterschiedliche Blickwinkel und neue, unkonventionelle Herangehensweisen. Diese Mischung führt zu Ansätzen, auf die ein Einzelner wohl nicht kommen würde. Und so arbeiten der Physiker und die Start-up-Beraterin in ihrer Grup-

pe gemeinsam an einer MigrAPP, mit der sie über Gefahren auf der Flucht informieren, mehrsprachige Chat-Optionen für den Austausch untereinander

Bürgerbeteiligung und freie Debatten liegen voll im Trend

anbieten und die Migranten mit Behörden und Institutionen in Kontakt bringen wollen. Die Gruppe der Kinderpsychologin überlegt, wie Jugendlichen vor Ort Perspektiven aufgezeigt werden können und ihre Mitsprache gestärkt werden kann: Eine offene Bühne, in der Kunst und Theater als Ausdrucksmittel genutzt werden, ist ihr Ansatz. Botschafter Lindner bekommt diese Ansätze in mehreren Phasen der Ausarbeitung präsentiert. Er kommentiert und gibt Tipps zur weiteren Bearbeitung. Am Ende wird er freimütig zugeben, dass er von der Vielzahl und Kreativität der Ideen ebenso überrascht sei wie von den Präsentations- und Überzeugungsfähigkeiten der Teilnehmer.

Ähnlich wie Lindner ergeht es auch anderen Inputgebern des Auswärtigen Amtes, die an den bisherigen Open Situation Rooms teil-

genommen haben. In Brüssel fragte beispielsweise Martin Erdmann, deutscher Botschafter in der Türkei. wie unter den aktuellen Bedingungen die europäisch-türkischen Beziehungen wieder vertrauensvoller gestaltet werden können. Mit der Gesandten Marian Schuegraf erörterten die Teilnehmer eines Open Situation Rooms im Rahmen des Global Media Forums, wie die Zivilgesellschaft im Iran gestärkt werden könnte. Auch bei der deutschen Botschafterkonferenz Ende August in Berlin oder bei der Münchner Sicherheitskonferenz wurde in Open Situation Rooms gearbeitet.

#### Ergänzende Ideenschmiede

Doch wie genau sieht die Arbeit in einem Open Situation Room aus? Zuerst erhalten die Teilnehmer von einem Botschafter oder hochrangigen Diplomaten einen kurzen Input, der

Nach drei Stunden ist ein Kurzbericht mit Vorschlägen fertig

mit einer konkreten Fragestellung endet. Danach generieren sie in Kleingruppen möglichst viele Ideen und filtern aus diesen die innovativsten und prak-

tikabelsten Lösungsansätze heraus. Sind diese durch den Inputgeber bewertet, geht es um die konkrete Ausgestaltung. Wer ist beteiligt, wie ist es finanzierbar und welche politischen, sozialen oder wirtschaftlichen Hindernisse müssen überwunden werden? Auch diese Details werden direkt im Workshop auf ihre Machbarkeit geprüft. So entstehen in kürzester Zeit ausgearbeitete Lösungsansätze.

Was bleibt nach gut drei Stunden Diskussion, Gruppenarbeit und Konzeptentwicklung? In erster Linie erhoffen sich die Veranstalter, dass Teilnehmer und Inputgeber glei-

chermaßen von der Diskussion profitieren. Die komplexen außenpolitischen Herausforderungen von heute erfordern außergewöhnliche Gesprächspartner und -konstellationen, um auf neue Ideen zu kommen. Thomas Bagger, Leiter des Planungsstabs im Auswärtigen Amt, bestätigt diese Hoffnung: "Ich bin mit einer ganz klaren Aufgabe in den Open Situation Room gegangen: Ich brauche für die anstehenden Verhandlungen für eine Waffenruhe und eine Stabilisierung der Lage in Syrien Ideen und möchte neben den etablierten Meinungen der Teilnehmer der Münchner Sicherheitskonferenz auch unkonventionelle Lösungsansätze hören." Außenminister Steinmeier bekräftigt in einer Rede vor Mitgliedern des Bundestags, Vertretern aus Zivilgesellschaft und Stiftungen im Dezember 2015: "Wer von Ihnen noch nie an einem so genannten Open Situation Room teilgenommen hat, dem sei dies besonders ans Herz gelegt."

Als weiteres Ergebnis gibt es einen Kurzbericht, in dem die Gruppen ihre erarbeiteten Ansätze zusammenfassen. Diesen übergeben sie dem Auswärtigen Amt, das den Kurzbericht themenabhängig an die zuständigen Referate weiterleitet. Natürlich sind die Berichte auch online abrufbar.

Doch was ist aus dem staatlichen Hoheitsgebiet geworden, das Außenpolitik so lange war? Haben Steinmeier und seine Diplomaten eine Kehrtwende vollzogen und wollen ihre außenpolitischen Entscheidungen jetzt nur noch unter Einbeziehung der Bevölkerung treffen? Sicherlich nicht. Wichtige diplomatische und sicherheitsrelevante Entscheidungen müssen weiterhin mit der erforderlichen Diskretion behan-

delt werden. Partizipative Formate wie der Open Situation Room können deshalb lediglich ergänzende Ideenschmieden, aber nicht Ersatz für traditionelle Entscheidungsgremien und -verfahren sein.

Eine andere Herangehensweise, um die Substanz neuer Formate wie dem Open Situation Room zu ergründen, liegt im Vergleich mit herkömmlichen außenpolitischen Veranstaltungen. So gibt es bei der Münchner Sicherheitskonferenz oder beim Global Media Forum vor allem frontal ausgerichtete Formate, zum Beispiel 90-minütige Podiumsdiskussionen, meistens geführt von drei bis fünf männlichen Rednern und einer Moderatorin, an deren Ende gerade noch Zeit für zwei oder drei Fragen aus dem Publikum ist. Bei diesen Konferenzen sticht der Open Situation Room entsprechend deutlich heraus: Hier gibt es kein Podium und auch kein Powerpoint; hier stellt man das Sender-Empfänger-Prinzip auf den Kopf. Die Teilnehmer können, ja müssen sich aktiv einbringen und ihre eigenen Ideen in Kleingruppen entwickeln. Dieses aktive Mitgestalten liegt der heutigen Teilnehmerschaft und insbesondere der jüngeren Generation viel mehr als steife Formate mit frontaler Rede.

Wenn also deutsche Außenpolitik neue Zielgruppen in die Diskurse zum internationalen Engagement unseres Landes einbinden will, und wenn wir heterogene Stimmen zu Wort kommen lassen wollen, dann führt kein Weg an neuen Dialog- und Diskussionsformaten vorbei. Weniger gefragt sind klassische Panels, es geht hin zu offenen Formaten und neuen Formen. Sicherlich gehört für viele Veranstalter, gerade unter klassischen Rahmenbedingungen, Mut dazu; denn je weni-

ger frontal Diskussionen verlaufen, desto weniger können sie im Voraus definiert und choreografiert werden und desto stärker müssen Moderatoren den Prozess begleiten.

Im Open Situation Room muss die Rolle des Moderators deshalb neu gedacht werden; er muss sich mehr als

"Facilitator", also als Prozessbegleiter, verstehen. In der konkreten Ausgestaltung von Formaten wie dem Open Situation Room müssen Nachhaltig-

Das Versprechen von Mitgestaltung muss eingehalten werden

keit und Wirkung produzierter Ideen und Ergebnisse besonders ernst genommen werden, um das Versprechen von Mitgestaltung einhalten zu können. Die OSR-Berichte sind nur ein erster Schritt, um die im Workshop entwickelten Ideen festzuhalten. Die nächsten Schritte – und die Herausforderung der kommenden Monate – sind das Nachverfolgen und transparente Kommunizieren der möglichen Wirkung, die die Ideen aus dem offenen Krisenstab tatsächlich in außenpolitischen Kreisen erzielen.



Annkatrin Kaiser arbeitet als Projektmanagerin im Mercator Program Center for International Affairs (MPC) und leitet die Open Situation Rooms.



Verena Ringler leitet den Bereich Internationale Verständigung der Stiftung Mercator.

### Nachbarn in Not

Wie wir dem Maghreb helfen können - und müssen

Roderich Kiesewetter und Julian Ostendorf | Terror, Menschenschmuggel, Verbreitung von Kleinwaffen: Die Liste der Probleme, die Europa gemeinsam mit Nordafrika lösen muss, ist lang – höchste Zeit also für materielle und logistische Unterstützung. Für ein glaubwürdiges Angebot der Partnerschaft müssen diese Kräfte in einer Regionalstrategie gebündelt werden.

Nordafrika ist eine Schlüsselregion für Europas Sicherheit. Die südlichen Mittelmeer-Anrainer teilen mit Europa nicht nur eine lange gemeinsame Geschichte, sondern auch den Wunsch nach politischer Stabilität und wirtschaftlicher Prosperität. Wenn wir grenzüberschreitenden Problemen wie Terrorismus, Menschenschleusern und Kleinwaffenhandel wirksam begegnen wollen, brauchen wir eine tiefere Integration der Region.

Eine Steuerung der Migrationsströme über das Mittelmeer als natürliche Grenze zu Nordafrika kann Europa nicht wirksam bewerkstelligen. Aber es kann dazu beitragen, den Anreiz zu senken, die gefährliche Überfahrt zu wagen, und andererseits dabei helfen, Arbeitsperspektiven für Migranten aus der Subsahara-Region zu schaffen. Dazu benötigt Nordafrika glaubwürdige Kooperationsangebote; Angebote, die wir im Rahmen eines umfassenden Ansatzes für die Region entwickeln müssen. Eine in sich stimmige außen- und sicherheitspolitische Strategie von EU und NATO unter dem Dach der UN muss verlässliche und auf Vertrauen basierende Beziehungen zu den nordafrikanischen Staaten aufbauen. Das Richtprinzip sollte das der "Ownership" (Eigentümerschaft) sein: Es wird in der entwicklungspolitischen Diskussion verwendet, um die Identifikation der Menschen mit einem sie betreffenden Vorhaben zu umschreiben.

#### Testfall Libyen

Im Zentrum unserer Bemühungen muss zunächst einmal eine Strategie für die Stabilisierung fragiler Staaten stehen. Wie müsste eine solche Strategie aussehen? Schauen wir nach Libyen, das als fragiler Staat und zugleich ressourcenreiches Land von entscheidender Bedeutung für unsere Sicherheitspolitik ist. Die humanitäre Intervention der NATO in Libyen im Jahr 2011 hat zur raschen Ablösung des Regimes geführt, jedoch keine politische Stabilität geschaffen. Wenn es

uns hier gelänge, wieder eine funktionierende Staatlichkeit zu etablieren, dann würde das die Entwicklungsperspektiven der gesamten Maghreb-Region und des Mittelmeer-Raums fördern. Denn die Ausbreitung des Terrorismus aus Libyen bedroht – zusammen mit der instabilen Situation beim Nachbarn Ägypten – den regionalen Transformationsprozess.

Konkret geht es darum, eine funktionierende öffentliche Ordnung wiederherzustellen, ohne die Interessen der zahlreichen Stämme als quasistaatliche Akteure zu vernachlässigen. Aufgabe muss es sein, Bedingungen für eine Entwaffnung und Demobilisierung zu schaffen, die dauerhafte Sicherheit und Vertrauen in die Einheitsregierung schaffen.

Die libysche Regierung muss unter enger Mitwirkung des UN-Sonderbotschafters Martin Kobler Arrangements mit den Stämmen und Milizen erzielen und eine öffentliche Infrastruktur wiedererrichten, bei der die zentralstaatlichen Kompetenzen klar vereinbart sind. Unter Federführung der United Nations Support Mission in Libya (UNSMIL) müssen Deutschland und die EU mithelfen, die libysche Einheitsregierung so weit zu ertüchtigen, dass sie in der Lage ist, Terror zu bekämpfen, weitere Fluchtbewegungen in die EU zu verhindern und mittel- und langfristig zu wirtschaftlicher Erholung und sozialer Stabilität zu gelangen.

Zentral für die Stabilität und Einheit Libyens ist die Einbindung externer, in den Konflikt involvierter Staaten. Ägypten, die Vereinigten Arabischen Emirate, die Türkei und Katar haben das Chaos der vergangenen Jahre genutzt, um die ihnen jeweils genehme Konfliktpartei zu un-

terstützen. Jedoch konnte sich keiner der bewaffneten Flügel um General Haftar oder die Islamische Front durchsetzen. Die beschlossene Bildung der Einheitsregierung ist eine Chance, auch diese Regionalmächte in einen langfristigen diplomatischen Prozess einzubinden und sie

von der Förderung friedlicher Konfliktbeilegung zu überzeugen. Die EU sollte sich dazu eng mit der Arabischen Liga abstimmen. Denn letztlich müssten

Ägypten, VAE, Türkei, Katar: Alle haben in Libyen mitgemischt

es auch die arabischen Staaten selbst sein, die für eine Entsendung von Beobachtern zur Einhaltung des Waffenstillstands und des vereinbarten Friedensprozesses sorgen.

#### Wo Deutschland helfen kann

Wenn wir in Libyen ein Gewaltmonopol des Zentralstaats schaffen wollen, müssen wir uns im Klaren sein, dass ein solcher Prozess nur schrittweise ablaufen kann. Entscheidend wird eine Anerkennung der Einheitsregierung durch beide Parlamente in Tobruk und Tripolis sein. Die in unterschiedliche Interessen und Loyalitäten gespaltene libysche Armee muss in festen Zusammenschlüssen unter gemeinsamem Kommando organisiert werden. Nur ein neu strukturierter Sicherheitssektor wird es der Einheitsregierung ermöglichen, die vollständige Kontrolle über die staatliche Verwaltung zurückzuerlangen und dafür zu sorgen, dass Libyen wieder eine wirtschaftliche Zukunftsperspektive hat.

Auch Deutschland kann und soll sich bei einer Reihe von Aufgaben engagieren, zum Beispiel bei der Ertüchtigung der Polizei, der Armee und der Küstenwache. Dabei ginge es zunächst darum, das Aufgabenspektrum der EU-Mission Sophia zu erweitern. Diese Mission soll auf internationalen Gewässern das Schleuserwesen unterbinden und die humanitäre Verpflichtung der Seenotrettung erfüllen. Für eine wirksame Eindämmung illegaler Migration müssen je-

## Wir müssen die Anti-Schleuser-Mission ausweiten

doch die Aktivitäten geografisch ausgedehnt werden, wenn möglich auf das Festland Libyens, sobald eine Einladung der Einheitsregierung erfolgt.

Daneben gilt es, die Mission auf die Ausbildung der Marine und Küstenwache sowie eine Durchsetzung des UN-Waffenembargos zu erweitern. Zusätzliche Aufgaben wie das Einsammeln illegaler Kleinwaffen wären dann, wie seinerzeit auf dem Balkan, möglich.

#### Loyalität, die sich lohnt

Ein starkes Signal der internationalen Gemeinschaft, Libyens Einheit und sein staatliches Gewaltmonopol zu unterstützen, verändert das Kosten-Nutzen-Kalkül lokaler Akteure. UNSMIL ist dabei gefordert, Übereinkünfte der Zentralregierung mit Milizen und Stämmen zu erzielen, für Demobilisierung zu sorgen und Loyalität zur Einheitsregierung zu schaffen.

Bestehende Armeeeinheiten und Sicherheitsbehörden müssen sich auf gemeinsame Aufgaben verständigen und Operationen unter zentralem Kommando durchführen. Das kann und wird der Gefahr einer Verselbstständigung bestehender Sicherheitsbehörden entgegenwirken.

Auch bei ihrer wichtigen Aufgabe, durchreisende Migranten besser zu erfassen und menschenwürdig unterzubringen, muss die libysche Re-

gierung unterstützt werden. Deutschland und die EU sollten hierfür weitere humanitäre Hilfe in Aussicht stellen. Der Aufbau von Auffanglagern könnte bei einer Erweiterung der EU-Mission Sophia unterstützt werden. Langfristig muss eine Kooperation mit Libyen in Flüchtlingsfragen möglich sein. Unbedingt notwendig ist dafür, dass die Einheitsregierung ausreichend Kontrolle über zuständige Behörden erlangt, um die Verteilung von Hilfsleistungen koordinieren zu können.

Weitere Aufgaben, zu deren Bewältigung Deutschland beitragen kann, sind die Förderung der Grenzsicherheit durch die EU Border Assistance Mission (EUBAM) sowie bilaterale Unterstützungsinitiativen zur Polizeiausbildung im Rahmen einer kohärenten Strategie von UNSMIL. Auch eine deutsche Beteiligung an der von Italien geführten Libyan International Assistance Mission (LIAM) wäre denkbar, sobald stabile Arrangements der Stämme, Milizen und der Armee mit der Einheitsregierung bestehen.

Sollte sich allerdings ein Scheitern des Friedensprozesses abzeichnen, dann müsste auch Deutschland sich an einer EU-Politik beteiligen, die glaubhaft Sanktionen androht, um die Bereitschaft der Konfliktparteien zu erhöhen, sich am Friedensprozess zu beteiligen. Schließlich sollte Deutschland seinen Beitrag leisten, wenn mithilfe des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen verlässliche lokale Partner identifiziert worden sind, mit denen sich eine funktionierende Infrastruktur in Sachen Strom und Wasser, Gesundheit und Gebäudeinstandsetzung aufbauen ließe.

## Bild nur in Printausgabe verfügbar

Auch wenn es darum geht, Projekte für die Eingliederung junger Bevölkerungsschichten in reguläre Erwerbstätigkeiten und die Stärkung kommunaler Verwaltungen ins Leben zu rufen, ist das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen dank seiner Expertise und lokalen Vernetzung meist federführend dabei. Libyen ist demografisch eine ausgesprochen junge Gesellschaft, und die Integration der vielen jungen Menschen ins Arbeitsleben ist ein entscheidender Faktor für die Zukunftsfähigkeit des Landes. Auf Grundlage der beträchtlichen Ölreserven des Landes müsste und sollte es möglich sein, der Jugend eine wirtschaftliche Perspektive zu bieten.

Ein Bottom-up-Ansatz verspricht dabei wesentlich mehr Aussicht auf wirtschaftliche Prosperität. Im Erfolgsfall dürfte das zu Übertragungseffekten auf übergeordnete Verwaltungsebenen führen und die Akzeptanz der staatlichen Ordnung in der Bevölkerung fördern. Deutschland hat mit seinem Beitrag von zehn Millionen Euro zur so genannten Stabilisierungsfazilität des UNDP eine Grundlage geschaffen, um auf lokaler Ebene Projekte voranzutreiben und diesen Entwicklungsansatz zu verstetigen.

#### Gemeinsam in Gefahr

Auch über Libyen hinaus ist eine regionale Stabilisierung im gemeinsamen Interesse der Maghreb-Länder und der gesamten arabischen Staatenwelt. Sie würde nicht nur Fluchtanreize aus Nordafrika mindern, sondern auch Arbeitsperspektiven für Migranten südlicher Regionen schaffen. Hinzu kommen besonders im Falle der Maghreb-Staaten die Terrorgefahr durch den IS und Boko Haram einerseits sowie die Erosion von Staatlichkeit in der Sahel-Zone andererseits.

Solche Bedrohungen machen einen gemeinsamen Ansatz umso

dringlicher. Im Vergleich zum Nahen Osten finden wir in der Maghreb-Region außerdem Bedingungen vor, die eine Kooperation begünstigen – etwa die ethnische Homogenität oder das Fehlen innerstaatlicher Autonomiebewegungen.

Es herrscht ein gemeinsames Interesse, die eigene Staatlichkeit zu sichern, Wohlstand auszubauen und

Die Maghreb-Staaten haben ähnliche Probleme und Interessen

Gefahren des Terrorismus einzudämmen. Tunesien ist aus Gründen der inneren Sicherheit stark an einer grenzüberschreitenden Zusammen-

arbeit interessiert. Die Befähigung durch die Lieferung von technischem Know-how könnte die Grundlage dafür schaffen, den Austausch mit den Nachbarstaaten auszuweiten.

Diesem regionalen Ansatz steht die unzureichende wirtschaftliche Verflechtung gegenüber, sodass eine externe Förderung von sozialer Stabilität erschwert wird und bislang nur länderspezifisch erfolgt. Ein intensiverer wirtschaftlicher Austausch unter den Maghreb-Staaten würde die regionale Stabilität insgesamt befördern. Das europäische Engagement sollte Initiativen auf das gemeinsame Ziel der regionalen Verständigung und des wirtschaftlichen Dialogs ausrichten.

#### Regionale Eigenständigkeit fördern

In der Förderung regionaler Eigenständigkeit sehen auch das neue Weißbuch der Bundesregierung und die Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU Kernaufgaben außenpolitischen Handelns. Dementsprechend sollte es das Ziel einer Regionalstrategie für den Maghreb sein, die Kernländer (Marokko, Mau-

retanien, Algerien, Tunesien, Libyen), die in der Arabischen Maghreb-Union zusammengeschlossen sind, zu einer Sicherheitskooperation zu ermutigen, die auf Informationsaustausch, Verifikation und Angleichung von regionalen Rüstungsfragen und Rüstungsexportregeln sowie Regulierung des nationalen Kleinwaffenhandels aufbaut.

Ein erster Schritt sollte die Einrichtung einer gemeinsamen Plattform zur Erfassung von Kleinwaffenproduktion und Exporten sein; auf dieser Grundlage können Absprachen zu gemeinsamen Initiativen wie Kennzeichnung von Kleinwaffen und Kontrolle der Proliferation getroffen werden. Europäische Staaten könnten hierfür Beratungsangebote und technische Hilfe bereitstellen. Zudem sollte die NATO die Beschlüsse des Warschauer Gipfels umsetzen, indem sie in enger Abstimmung mit der EU Sicherheitspartnerschaften ausbaut und Know-how beim Aufbau von Kapazitäten anbietet, um die Maghreb-Staaten zu einer besseren maritimen Überwachung zu befähigen.

Wenn es eines Impulses bedürfte, um eine solche Initiative zu starten, dann könnte das eine Verständigung unter europäischen Partnern sein. Denkbar wäre ein gezieltes Angebot an die Maghreb-Staaten, das gemeinsame Feld sicherheits- und entwicklungspolitischen Handelns durchzuscannen – als Anstoß für eine EU-Regionalstrategie, die den Austausch und die wirtschaftliche Verflechtung vorantreibt.

Durch gezielte materielle und finanzielle Unterstützung ließe sich einiges auf die Beine stellen: von einer besseren Ertüchtigung der Partner für eine polizeiliche Grenzkooperation bis hin zu wichtigen Infrastrukturprojekten wie Häfen und Schienennetzen oder die Angleichung von Investitions- und Berufsbildungsstandards. Zu flankieren wäre all das durch privilegierte Zugänge zum EU-Markt und durch bilaterale Engagements, etwa durch Städte- und Hochschulpartnerschaften.

Marokko als Initiator des Abkommens von Shikrat, das den vertraglichen Rahmen für eine Einheitsregierung in Libyen bilden solle, kann als Antreiber für eine vertiefte Integration dienen. Marokko hat sich stark für einen regionalen Ansatz unter Vermittlung der UN eingesetzt, in dem sich die arabische Staatenwelt zu einem Friedensprozess in Libyen bekennt. Das kann die grenzüberschreitende Kooperation erleichtern und folgt dem Prinzip einer regionalen Stabilisierung nach dem Ownership-Ansatz. Die EU ist auch hier gefordert, Mittel und Know-how bereitzustellen.

Deutschland sollte sich in der EU dafür stark machen, den Ländern des Maghreb ein attraktives Angebot zu machen. Nur durch einen starken Anreiz, der über die bisher bestehenden selektiv ausgerichteten Instrumente der Europäischen Nachbarschaftspolitik hinausgeht, kann eine Regionalstrategie Erfolg haben. Die langfristige und auf einzelne Sektoren zugeschnittene Unterstützung in den jeweiligen Ländern kann dann im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik auf der Basis dieses Regionalansatzes erfolgen.

Ein Dialog der Maghreb-Staaten auf interparlamentarischer Ebene könnte das Vertrauen in den zwischenstaatlichen Beziehungen fördern. Insbesondere in Libyen sollten diese Maßnahmen von Beginn an intensiv unterstützt werden, um Anreize zur Stärkung der libyschen Einheitsregierung zu schaffen. Ein ständiger Dialog deutscher Parlamentarier mit den Maghreb-Staaten sollte dieses Anliegen vorantreiben.

Wir müssen unsere strategischen Ziele in Nordafrika klar definieren

und die passenden Maßnahmen finden, um sie zu erreichen. Ein stabiles Nordafrika dient unserem Interesse sowohl an der Eindämmung der

Die Parlamentarier der Region müssen miteinander sprechen

Flüchtlingsmigration als auch an der Bekämpfung von Fluchtursachen. Und ganz nebenbei können wir durch effizientes – gleichzeitig wertebasiertes wie interessengeleitetes – Handeln an den EU-Außengrenzen im Verbund mit unseren Partnern unsere Handlungsfähigkeit zeigen und das Vertrauen unserer eigenen Bevölkerung in das außenpolitische Wirken Deutschlands stärken.



Roderich Kiesewetter, MdB, ist Obmann für Außenpolitik der CDU/CSU-Fraktion.



Julian Ostendorf ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Roderich Kiesewetter, MdB.

### **Auf Tauchstation**

Deutschlands Scheitern im australischen U-Boot-Poker wirft Grundsatzfragen auf

Joachim Weber | Es ging nicht nur um ein Projekt von sagenhaften 35 Milliarden Euro, sondern auch um die Frage, ob Deutschland langfristig ein berechenbarer strategischer Partner ist. Doch wieder einmal hat Frankreich mit seiner engen Verzahnung zwischen Rüstungsindustrie und Staat den Zuschlag bekommen. Welche Lehren sollte Deutschland daraus ziehen?

Canberra, 26. April 2016: Der australische Premierminister Malcolm Turnbull verkündet das Ergebnis des Auswahlprozesses zum Bau einer neuen Generation von U-Booten. Der Sieger heißt Frankreich; Deutschland und Japan haben das Nachsehen. Am gleichen Nachmittag erscheint der französische Staatspräsident, François Hollande, mit Verteidigungsminister Jean-Yves Le Drian und Innenminister Bernard Cazeneuve im Hauptquartier des Staatskonzerns DCNS unweit des Eiffelturms, präsentiert ein U-Boot-Modell und verkündet einen "historischen Sieg" für Frankreich. DCNS-Chef Hervé Guillou lobt das starke Teamwork der französischen Behörden, seines Unternehmens und dessen Partner.

Abendnachrichten in Deutschland: Das Aus für den deutschen U-Boot-Deal schafft es in manchen Sendungen noch nicht einmal in die Kurznachrichten. Der Auftrag für zwölf Boote hätte einen Wert von umgerechnet 35 Milliarden Euro ge-

habt – ein Projekt von nie dagewesener Dimension. Selbst auf dem an große Summen gewöhnten Rüstungssektor ist in diesem Jahrhundert so etwas kaum noch einmal zu erwarten.

Woran hat es gelegen, dass der Anbieter ThyssenKrupp Marine Systems (TKMS) das Nachsehen hatte? Lediglich ein Teil der Antwort ist die Nuklearfrage. Der Wettbewerbssieger, das "Shortfin Barracuda" von DCNS, ist die auf knapp 5000 Tonnen herunterskalierte Version eines nuklear getriebenen Typs von Jagd-U-Booten der französischen Marine, die sich in Cherbourg bereits im Bau befinden. Dieses im Original ca. 5800 Tonnen verdrängende "Barracuda"-U-Boot ist den Australiern als exklusives Derivat mit einem nichtnuklearen Antrieb angeboten worden, allerdings auch nicht mit einem "konventionellen"; statt eines Propellers soll es mit einem Pumpstrahl-Antriebssystem versehen werden, was von französischer Seite als großer Technologiesprung dargestellt wird, allerdings auch mit hohen Risiken und manchen Nachteilen behaftet ist.

Ein Interesse am Erwerb nuklearer Antriebstechnologie wird von der australischen Regierung zwar dementiert. Doch legt die strategische Lage in Asien und im Pazifik mit einem ausgreifenden China nahe, dass sich Canberra diese Option offenhalten möchte. Für Peter Jennings, ehemals hochrangiger Mitarbeiter im australischen Verteidigungsministerium, Autor des Weißbuchs und heute Leiter des Australian Strategic Policy Institute in Canberra, ist die Entscheidung für Frankreich ein Eintritt in die nukleare Option: Es bedürfe konsequenter Schritte, um eine nukleargetriebene Option bis zum Jahr 2040 zu verwirklichen, so Jennings in The Australian (7. Juni). Dies könnte nur mithilfe derjenigen Verbündeten geschehen, die nuklear "unterwegs" sind, also die USA, Großbritannien oder eben Frankreich, das nun die Eintrittskarte in die Lobby des nukleargetriebenen Clubs liefert.

#### Viel Schützenhilfe des Bundes

Ausschlaggebend scheint die Nuklearfrage letzten Endes aber doch nicht gewesen zu sein. Auch an mangelnder Unterstützung durch die deutschen Ministerien oder das politische Berlin lag es zumindest auf den ersten Blick nicht. Alle Beteiligten bestätigen glaubwürdig, dass das Ausmaß der Unterstützung im Rahmen der aktuell bestehenden Möglichkeiten geradezu ungewöhnlich groß war. Dies gilt insbesondere für die Arbeitsebenen der Ministerien bis hin zu deren jeweiligen Staatssekretären. Der deutsche Botschafter in Canberra hat sich außerordentlich bemüht, es gab diverse Delegationsbesuche, und auch Bundeskanzlerin Angela Merkel hat beim Staatsbesuch 2014 das deutsche Interesse an dieser Kooperation klar zum Ausdruck gebracht. Allerdings: In der heißen 14-monati-

gen Phase des "Competitive Evaluation Process" 2015/16 hat kein einziger deutscher Minister aus einem der relevanten Ressorts einen Fuß auf aust-

Die Entscheidung für Paris ist der Eintritt in die nukleare Option

ralischen Boden gesetzt. Der rührige französische Verteidigungsminister Le Drian war dagegen in dieser Zeit mehrfach in Canberra, um die Kontakte mit seinen australischen Partnern zu pflegen und die Arbeit des schlagkräftigen DCNS-Teams vor Ort zu unterstützen.

Mehr Fragen wirft das Agieren von TKMS auf, dem in jüngster Zeit der Ruf anhaftet, ungeachtet seiner Ertragsstärke ein ungeliebtes Stiefkind des seit Jahren zweideutig agierenden Mutterkonzerns Thysssen-Krupp zu sein, der die "stählerne Ära" hinter sich lassen will. Offenbar wurden bei TKMS die Zeichen nicht immer richtig gedeutet. Während die Franzosen ein großes DCNS-Büro in Canberra eröffneten und die Bieterschlacht von dort führten, glaubte Kiel offenkundig, allein auf Basis eines - schwindenden - technischen Vorsprungs und eines niedrigen Preisangebots das Rennen machen zu können. Australien-Kenner wie Hans J. Ohff, ehemaliger Chef der Australian Submarine Corporation, haben frühzeitig vor einer Unterschätzung von politischen und interkulturellen Argumenten gewarnt und darauf hingewiesen, dass Australien angesichts von Preis und Bedeutung der U-Boot-Beschaffung etwas ganz Besonderes und Einzigartiges erwartet hat. Interkulturell und politisch-strategisch aufzutreten, ist und wird wohl auch keine Domäne deutscher Ingenieure mehr, aber die Ingenieurskunst bedürfte wohl der Einbettung in einen etwas anders strukturierten Rahmen.

Nicht hilfreich war die Kieler Erklärung, man könne die Boote in Australien zum selben Preis wie in Kiel bauen. Dass die Werftindustrie in Adelaide, die nach der (überzogenen) Aussage eines früheren Vertei-

Es fehlte an verstärkter Koordinierung und am Verständnis digungsministers "nicht einmal ein Kanu bauen" kann, zu gleichen Preisen und Standards wie die seit Jahrzehnten wie geschmiert laufende Werft an der Kieler Förde produ-

zieren könne, mochte man in Canberra nicht glauben. Und ein Boot von der Stange wollte man nicht haben.

Warum ist es dem deutschen Anbieter nicht gelungen, herauszufinden, was die Australier wollten und ihnen das anzubieten? Und warum wurden zur relevanten "Community" in Canberra keine persönlichen Kontakte aufgebaut - vonseiten des Unternehmens sowie durch ein gut vernetztes industriepolitisches Verbindungsbüro vor Ort? Dies hätte zum Beispiel eine stärkere Bündelung im Kanzleramt und/oder in den Händen eines interministeriellen Koordinators bedeutet. Entsprechende Vorschläge verhallten ungehört im Klein-Klein des ministeriellen Alltags, auch weil das Verständnis für diese strategische, übergeordnete Aufgabe fehlte.1

Irritierend bleibt, wie Canberra den Wettbewerb beendete: Das "Debriefing" in Kiel am 13. Mai empfanden Teilnehmer als sehr überraschend. TKMS wurde mitgeteilt, ausschlaggebend sei gewesen, dass das deutsche Boot zu laut gewesen sei was schon deswegen absurd ist, weil es das Boot noch gar nicht gibt. Schädlicher noch für die deutsch-australischen Beziehungen war aber die Tatsache, dass vertrauliche Inhalte nach kurzer Zeit in der Zeitung zu lesen waren.2 Für TKMS ist die Behauptung technischen Unvermögens massiv geschäftsschädigend. Wer könnte daran ein Interesse haben?

#### Ein strategischer Partner

Hier kommt die dritte und wohl entscheidende Überlegung ins Spiel. Australien will ein Boot für strategische Zwecke, ob nuklear oder nichtnuklear, und dafür braucht es einen strategischen und langfristig berechenbaren Partner. Die deutsche Politik sollte sich die Frage stellen, ob sie ein solcher Partner noch sein kann - und will. Bei einer ehrlichen Antwort wird man einräumen müssen, dass man die Maßstäbe einer strategischen Partnerschaft nicht erfüllen kann, jedenfalls nicht im Pazifik. Nichtstrategisch heißt dabei nicht unberechenbar oder gar unbedeutend.

Noch immer ist Deutschland im Prinzip ein berechenbarer Verbündeter seiner globalen Partner – allerdings nicht mehr unbedingt in dem Sinne, dass man dem Land eine jahrzehntelange Politikkohärenz in stra-

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Siehe dazu Heiko Borchert: Le Mannschaft, in: Griephan 21/2016, S. 5–6, der im Kern fordert, als "Team Deutschland" ressortübergreifender und sichtbarer zu agieren, als bislang geschehen

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Cameron Stewart: The sound of silence – why Germany lost its subs bid, The Australian, 30.5.2016.

## Bild nur in Printausgabe verfügbar

tegischen Grundsatzfragen zutraut. Ein Programm wie das der australischen U-Boot-Beschaffung bedeutet eine zuverlässige Partnerbindung von rund 50 Jahren; so lange dürfte der Prozess vom Designbeginn bis zur Außerdienststellung der U-Boote dauern. Traut man dies eher Deutschland zu, mit dem schlingernden Zivilkonzern Thyssen-Krupp, oder eher Frankreich mit seinem politisch-militärisch-wirtschaftlichen Rüstungskomplex und seinen strategischen Interessen im Pazifik?3 Während Deutschlands weltwirtschaftliche Bedeutung nach wie vor groß ist, bleibt die Bundesrepublik zumindest in den Verhaltensmustern eine regionale Mittelmacht und überzeugt nach außen wie innen nicht immer durch Logik und Kohärenz der politischen Steuerung.

Das deutsche Rational von der Zivilmacht ist kein unsympathisches, aber es stößt bei Fragen der nationalen Sicherheit, und damit auch der Militär- und Rüstungspolitik, auf Grenzen. Die Rüstungsindustrien eingehen oder abwandern lassen, ohne eine Klärung von Ziel und Ende dieser Prozesse, verschließt die Tür für Aufträge wie den australischen. Da hilft auch keine globale moralische Luftüberlegenheit, auf die man in Deutschland so stolz ist.

An der Seine und der Themse wird in Fragen nationaler Sicherheit nüchterner kalkuliert, am Potomac, in Peking und Moskau sowieso. Dort steht außer Frage, dass Selbstverantwortung bedeutet, alles Gebotene für die eigene Sicherheit zu tun; und dazu gehören die Aufstellung und der sach- und mittelgerechte Unterhalt von Streitkräften und nach Möglichkeit, sofern die Rahmenbedingungen vorhanden sind, auch eine unabhängige, nicht fremdkalkulierte Versorgung mit eigenem Rüstungsmateri-

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Wolf Lepenies: Maritime Macht-Träume der französischen Linken, Die Welt, 19.12.2014.

al. Die aber verlangt bei den heutigen geringen Stückzahlen und den hohen Stückpreisen zwingend nach Export.

Während in Frankreich Politik und Bevölkerung in ihrer überwältigenden Mehrheit stolz auf die Erfolge und Exportaufträge der eigenen Rüstungsindustrien sind, ist man in Deutschland stolz darauf, wenn die deutschen Rüstungsexpor-

Auf Rüstungsmessen werben Anbieter mit "German free"

te schrumpfen. Tun sie es nicht, ist die rituelle Empörung groß. Diese Haltung verhindert zwar keinen einzigen Konflikt in der Welt oder auch nur ei-

nen Panzer – denn irgendjemand liefert schließlich immer –, aber sie gilt als Beleg für die selbstgerechte These von der besonderen Moralität deutscher Politik und Gesellschaft.

Wenn seit 2014 Anbieter auf internationalen Rüstungsmessen mit dem Slogan "German free" werben, sollte schleunigst ein Nachdenken einsetzen. Es bedeutet, dass ein Rüstungsprodukt keinen deutschen Zuliefereranteil mehr hat und infolgedessen Planung, Produktion und Auslieferung nicht durch Interventionen der deutschen Rüstungsexportprüfung durcheinandergebracht werden können.

Über den Verlust nationaler Schlüsselindustrien, Bündnis- und Selbstbehauptungsfähigkeiten entscheidet letzten Endes der Wähler. Die Kosten trägt am Ende die Gesellschaft, seien es zunächst der Export von Arbeitsplätzen und der Niedergang eines Industriezweigs, dann aber auch der Verlust von nationaler

Sicherheit, Handlungs- und Bündnisfähigkeit. Es wäre Aufgabe verantwortungsvoller und staatstragender Parteien, diese Zusammenhänge den Bürgern mutiger und stärker zu kommunizieren.

#### Mehr Führung bitte!

Wie kann es nun weitergehen? Für die Frage nach der Unterstützung des Marineschiffbaus, ja der deutschen Rüstungsindustrie überhaupt, verweist das Australien-Desaster auf konkrete Handlungsfelder. Die Arbeitsebenen der beteiligten Ministerien sind willens und grundsätzlich fähig, aber die Führungen der Häuser müssen sich stärker engagieren; eine Koordinierung durch das Kanzleramt oder in einem erweiterten Bundessicherheitsrat ist dringend geboten und eigentlich jederzeit umsetzbar. Wenn die anstehende norwegische Beschaffung nicht auch noch an Frankreich verloren gehen soll,4 sind höherer Einsatz und mehr Flexibilität von den deutschen Funktionseliten gefordert. Sie müssten einer etwas weltfremden, sicherheitspolitisch ziemlich unerfahrenen Öffentlichkeit Orientierung bieten und genau das tun, wozu sie da sind: führen, in ihren Häusern und im öffentlichen Diskurs.

Deutschland ist mit seiner ordnungspolitisch sauberen Trennung von Rüstungsindustrie und Staat strukturell per se im Hintertreffen. Der Staat tritt nicht direkt als Rüstungsverkäufer auf, und die deutschen Privatunternehmen können nicht, wie der französische Staat,

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Die Liste der verlorengegangenen Kunden im U-Boot-Bereich ist lang: Brasilien, Chile, Malaysia und Indien haben sich für das französische Produkt entschieden, obwohl es technisch schwächer ist und nicht einmal von der eigenen Marine betrieben wird.

attraktive Koppelgeschäfte anbieten, bei denen sogar rote Zahlen akzeptiert werden, weil sie zum Erhalt bestimmter strategischer Fähigkeiten beitragen. Man müsste sich also mehr und nicht weniger einfallen lassen als die emsige Konkurrenz.

Es müsste vor allem die grundsätzliche Frage geklärt werden, wie Deutschland rüstungswirtschaftlich und rüstungspolitisch aufgestellt sein soll. Fast reflexartig ertönt in politischen Kreisen oft der Ruf nach "mehr Europa", aber dies ist nicht immer durchdacht. Eine Verteilung der Fertigung auf mehrere europäische Partner, wie einst beim Tornado-Jagdbomber und bei anderen Projekten, vergrößert ja nicht automatisch den Markt. Überdies sind jahrelange Anlauf- und Reibungsverluste die unweigerliche Folge, bis sich verschiedene nationale und unternehmerische Kulturen "verschüttelt" haben. Ein Mehrwert entstünde erst nach Jahren und vor allem dann, wenn der Markt größer würde, man also gegen die Konkurrenz aus den USA und Russland Marktanteile gewinnen würde. Dies ist aber nicht zu erkennen, insbesondere wenn die deutsche Rüstungsexportpolitik so restriktiv bleibt.

Eine intelligente Diskussion müsste Schlüsselfragen klären – zum Beispiel, ob Deutschland seine Rüstungsindustrien in Mischkonzernen angesiedelt haben will. Das Australien-Desaster hat gezeigt, wo die Grenzen dieses Ansatzes liegen. Man könnte die klärungsbedürftige Frage auch dahingehend zuspitzen, ob angesichts der schwierigen Gesamtlage für Rüstungsindustrien in Europa pri-

vatwirtschaftliche Rüstungsbetriebe weiter sinnvoll sind oder das "Modell Frankreich" die bessere Alternative ist. Dies ist nicht nur eine ordnungspolitische Frage, sondern eine

allgemein politische, ja strategische. Dabei gibt es sicher gute Gründe, effiziente und privatwirtschaftliche Rüstungsindustrien zu unterhalten und keine

Sind Staatsbetriebe wie in Frankreich die bessere Alternative?

großen, staatlichen Monopolisten. In Deutschland jedenfalls weisen staatliche Eingriffe und die Steuerung von Großprojekten nicht eben eine positive Bilanz auf. Entscheidend ist, dass die Diskussion darüber endlich sachlich geführt wird.

Vor diesem Hintergrund markiert das neue Weißbuch der Bundesregierung einen Fortschritt: Erstmals enthält ein strategisches Grundlagendokument zur Sicherheit Deutschlands klare Aussagen zur Rüstungsindustrie und Exportunterstützung. Auch wenn diese hinter sehr viel Europa-Euphorie versteckt werden, aber es "bekennt sich die Bundesregierung zum Erhalt nationaler Schlüsseltechnologien"5 - und dann auch zur Exportunterstützung. Diese Aussagen können Gestaltungsspielräume eröffnen, wenn damit endlich eine Debatte beginnt.



Dr. Joachim Weber ist seit 15 Jahren im Bundesdienst und war u.a. im Rüstungsexportbereich tätig. Mit seinem Hamburg Maritime Bureau berät er insbesondere in maritimen Angelegenheiten.

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr, Berlin 2016, S. 74f., 93.

### Stürmische Zeiten

In Australien steht ein schwacher Premier vor schwierigen Aufgaben

Heribert Dieter | Wirtschaftliche Innovationen, verbesserte Infrastruktur, ein außenpolitischer Balanceakt zwischen China und den USA sowie belastete Beziehungen zu Deutschland und Japan sind zentrale Aufgaben für die neue Regierung in Canberra. Doch Premier Turnbull hat nur wenig Handlungsspielraum, weil er Rücksicht auf seine Partei nehmen muss.

Lange hat es gedauert, bis das Ergebnis der australischen Wahlen vom 2. Juli feststand. Die Koalition aus Liberal Party und National Party hat die Wahlen denkbar knapp gewonnen und wird über 76 von 150 Sitzen im Repräsentantenhaus verfügen. Damit ist Premierminister Malcolm Turnbull nicht auf die Unterstützung durch parteiunabhängige Kandidaten angewiesen, sondern kann aus eigener Kraft regieren. Für die konservativ-liberale Koalition ist das Ergebnis dennoch kein Grund zur Freude, denn im Senat, dem Oberhaus, verfügt sie nicht über eine Mehrheit. Zugleich steht die neue Regierung vor einigen gravierenden Problemen, vor allem in der Außen- und Wirtschaftspolitik.

Am 15. September 2015 hatte der Liberale Turnbull seinen unbeliebten Vorgänger Tony Abbott abgelöst, was von vielen Bürgerinnen und Bürgern mit Erleichterung aufgenommen wurde. In den ersten neun Monaten seiner Amtszeit setzte Turnbull jedoch nur wenige Akzente. Es ist nach wie vor unklar, welche politischen Prioritäten er verfolgt. Insbesondere in der Wirtschaftspolitik hat seine Regierung kein Konzept für die Modernisierung der australischen Ökonomie nach dem Ende des Rohstoffbooms. So schmolzen Turnbulls zunächst außerordentlich hohe Zustimmungsraten schnell dahin: von 69 Prozent im November 2015 auf 48 Prozent kurz vor den Wahlen, womit der Amtsinhaber immer noch deutlich populärer war als sein Herausforderer Bill Shorten (18 Prozent), aber sein Vorsprung war von 33 auf 14 Prozent geschrumpft.

Der Abstieg Turnbulls ist erstaunlich, aber durch die schwache Position australischer Regierungschefs zu erklären. Diese werden von parteinternen Gruppierungen (Caucuses) ausgewählt. Ein Premier ist stets auf das Wohlwollen seiner Parteifreunde angewiesen; diese Abhängigkeiten erschweren die Entwicklung eines eigenständigen politischen Profils.

Australische Premiers dürfen sich nicht sehr weit von den politischen

Präferenzen ihrer Parteifreunde entfernen, weil sie sonst ihre Abwahl durch den Caucus riskieren. Bei Turnbull ist dies nicht anders und führt zu Widersprüchen: Einerseits steht er für ein weltoffenes, liberales Australien, das gegenüber Minderheiten Toleranz beweist und sich von seinen angelsächsischen Wurzeln entfernt. Andererseits ist Turnbull gezwungen, die Unterstützung der Konservativen in der Liberal Party zu sichern, und dies fällt ihm schwerer, als von vielen Beobachtern erwartet.

Turnbull konnte Abbott im September 2015 nur deshalb stürzen, weil er seinen Parteifreunden versprach, die konservative Linie seines Vorgängers fortzusetzen. Insbesondere bei gleichgeschlechtlichen Ehen und Klimaschutzpolitik vertritt die Mehrheit der Abgeordneten der Liberal Party sehr konservative Positionen, für die Turnbull nun eintreten muss. Man könnte es einen faustischen Pakt nennen.

#### Regierungschef auf Abruf

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass auch die jüngste Wahl nicht zu einer Neuorientierung der Politik Turnbulls führen wird. Nach wie vor benötigt er die Unterstützung der konservativ geprägten Abgeordneten der Liberal Party und kann eigene Präferenzen nicht umsetzen. Die Wähler haben den Mangel an Führungsstärke bereits mit dem knappen Wahlausgang quittiert.¹ Eine neue Kampfansage – diesmal gegen Turnbull – wird vermutlich nicht lange auf sich warten lassen. Turnbull ist seit den Wah-

len angeschlagen und ein Premierminister auf Abruf.

Allerdings sorgen auch die veränderten Gesellschaftsstrukturen für Probleme bei den etablierten Parteien. Bis zur Ablösung des langjährigen Premiers John Howard im Jahr 2007 waren die australischen Regierungen in der Regel stabil, und Wechsel der Regierungsverantwortung eher selten. Die neue Instabilität reflektiert vor allem das Ende des alten Rechtslinks-Schemas. Viele Zuwanderer, vor allem aus asiatischen Ländern, können mit dem von Großbritannien übernommenen dualen System von konservativer Partei und Arbeiterpartei wenig anfangen.

Zahlreiche Wähler haben sich bei der Juli-Wahl von den etablierten Parteien nicht angesprochen ge-

fühlt und die in Australien geltende Wahlpflicht umgangen: Ein Drittel der 18- bis 24-Jährigen ließ sich nicht in die Wählerverzeichnisse eintragen.

Parteiabhängigkeiten verhindern ein eigenes politisches Profil

Eine Umfrage des in Sydney ansässigen Lowy Institute zeigt, dass zwei Drittel der Befragten die Dysfunktion des politischen Systems als ebenso große Bedrohung betrachten wie den Terrorismus.<sup>2</sup>

Diese Unzufriedenheit spiegelt sich im neuen Parlament wider. Im Unterhaus, wo ein modifiziertes Mehrheitswahlrecht gilt, haben kleine Parteien und unabhängige Kandidaten fünf Sitze errungen. Im Senat werden neben der Koalition aus Liberal und National Party, der Labor Party und den Grünen auch Splittergruppen vertreten

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Chris Henning: Malcolm Turnbull's downfall was that he wasn't allowed to lead, The Sydney Morning Herald, 5.7.2016.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> The Lowy Institute Poll 2016, http://www.lowyinstitute.org/lowyinstitutepollinteractive/.

sein: die migrationskritische Bewegung One Nation, drei Senatoren unter Führung des Südaustraliers Nick Xenophon sowie eine Senatorin des Jaqui Lambie Network. Die Politikentwürfe sind zum Teil unkonventionell: Xenophon fordert beispielsweise mehr Einwanderung bei größerem Schutz für die australische Industrie.

Für Turnbull beginnt die neue Legislaturperiode mit einem schwierigen Balanceakt. Denn die außenpolitischen Beziehungen sollen sowohl zu

## Ein außenpolitischer Balanceakt zwischen China und den USA

den USA, dem wichtigsten militärischen Partner, als auch zu China, dem größten Handelspartner, gedeihlich gestaltet werden. Doch im Juni 2015 verär-

gerte die Abbott-Regierung den amerikanischen Bündnispartner, weil Canberra der von China geführten Asiatischen Infrastrukturentwicklungsbank (AIIB) als Gründungsmitglied beitrat. Washington hatte versucht, zahlreiche Verbündete von einer Mitwirkung abzuhalten; im pazifischen Raum folgten nur Japan und Kanada der US-Linie.

Allerdings währte die daraus resultierende Harmonie zwischen Canberra und Peking nicht lange - nur bis Juli 2016, als das UN-Schiedsgericht in Den Haag über die chinesischen Gebietsansprüche im Südchinesischen Meer urteilte. Angesichts des eindeutigen Schiedsspruchs - Chinas Ansprüche wurden in Bausch und Bogen abgewiesen - werden die USA und deren Bündnispartner kaum umhinkommen, fortgesetzte Verletzungen des Völkerrechts zu sanktionieren. Dabei haben die USA bereits Manöver der Bündnispartner Australien und Japan angeregt. Auch Frankreich und Großbritannien haben Interesse an der Teilnahme an Militärübungen signalisiert, um eine Schwächung des Völkerrechts zu verhindern. Für Turnbull kommt die Krise denkbar ungelegen. Canberra hat kein Interesse an wachsenden Spannungen mit China, möchte aber genauso wenig die USA brüskieren.

Zusätzlich erschwert wird die aktuelle außenpolitische Lage durch massive Verstimmungen infolge eines U-Boot-Geschäfts (siehe dazu den Beitrag von Joachim Weber, S. 98 ff.). Die australische Marine benötigt Ersatz für ihre alternden U-Boote; zunächst hatte der frühere Premier Abbott den Auftrag an die japanische Industrie vergeben wollen, sah sich dann aber gezwungen, den Auftrag auszuschreiben. Daran beteiligten sich der japanische Mitsubishi-Konzern, ThyssenKrupp Marine Systems und der französische Staatskonzern DCNS, der schließlich im April 2016 den Zuschlag erhielt.

Es stellen sich nun zwei Fragen: Hat die australische Regierung den Zuschlag gemäß nachvollziehbarer Kriterien erteilt? Und ist es überhaupt sinnvoll, auf der Fertigung der Boote in Australien zu bestehen und damit hohe Kosten zu verursachen? In Deutschland war die Verärgerung über die Auftragsvergabe an die französische Konkurrenz groß, aber nicht, weil man ein schlechter Verlierer war. Offenbar misstraute Canberra der deutschen Offerte, gerade weil sie mit 20 Milliarden australischen Dollar sehr deutlich - um 60 Prozent - unter dem Angebot der Franzosen lag. Noch bemerkenswerter ist, dass die australische Regierung sich für das deutlich teurere Gebot entschied, obwohl die Bundesregierung bereit war, das Angebot von Thyssen-

## Bild nur in Printausgabe verfügbar

Krupp zu garantieren. Diese Missachtung belastet seitdem die deutsch-australischen Beziehungen.

Aber es gibt noch weitere Gründe, an der Weisheit dieser Entscheidung zu zweifeln. Die Auflage, die U-Boote in Australien zu bauen, sorgt für hohe Kosten. Die Alternative wäre der Kauf existierender Baumuster gewesen. So hat Singapur bei ThyssenKrupp mittelgroße U-Boote bestellt, die in den flachen Gewässern Südostasiens operieren können. Diese hätten, in Deutschland gebaut, nicht 50, sondern nur fünf Milliarden australische Dollar gekostet. Mit anderen Worten: Hätte Australien U-Boote von der Stange gekauft, wären die Kosten um 90 Prozent niedriger.

Für das Beschaffungsprogramm wendet die australische Regierung also enorme Mittel auf, ohne dass ein industriepolitischer Nutzen erkennbar wäre. Denn die Herstellung der Boote in Adelaide wird nicht dazu führen, dass sich dort eine Schiffbauindustrie entwickelt. Für einige wenige Arbeitsplätze werden Unsummen ausgegeben, die an anderer Stelle fehlen.

#### Schwachstelle Infrastruktur

Vor allem die immer schlechtere Infrastruktur müsste modernisiert werden, was längst bekannt ist: In einer Studie der australischen Infrastrukturagentur (Infrastructure Australia) wurde im April 2015 festgestellt, dass die durch Staus verursachten Kosten bis zum Jahr 2031 auf 53 Milliarden Dollar pro Jahr steigen würden. 2014 landete Australien in einer Studie des World Economic Forum in Sachen Infrastruktur auf dem letzten von 20 Plätzen.

Jedem Besucher Sydneys oder Melbournes wird rasch klar, dass es eine Kluft zwischen dem Zustand der Infrastruktur und dem Preisniveau der Immobilien in diesen Städten gibt: Die Bewohner millionenteurer Wohnungen und Häuser nutzen völlig überlastete Straßen, die öffentlichen Verkehrsmittel sind meist veraltet und überfüllt.

Doch wie sollen Ausgaben für neue U-Bahnen finanziert werden? Angesichts gefallener Rohstoffpreise sind die Haushalte ohnehin belastet und nicht in der Lage, große Infrastrukturausgaben zu finanzieren.

# Turnbull muss mit wirtschaftspolitischen Ideen aufwarten

Derzeit prüft die Regierung, wie Immobilienbesitzer, die von Infrastrukturmaßnahmen profitieren, an den Kosten beteiligt werden können. Die

Idee ist, gestiegene Immobilienpreise durch eine so genannte "betterment tax" abzuschöpfen: Steigt durch den Bau einer U-Bahn der Wert einer Immobilie, sollen die Eigner einen Teil des Wertzuwachses abgeben.

Um welche Summen es geht, zeigt ein Blick in die Immobilienseiten Sydneyer Zeitungen. Dort machte Ende Juni 2016 die Geschichte einer 82-jährigen Dame aus Castle Hill die Runde, die sich weigert, ihr seit 55 Jahren bewohntes Einfamilienhaus an Bauunternehmer zu verkaufen. Das Gebot für die 2500 Quadratmeter Land beträgt stattliche 26 Millionen Dollar (gut 17 Millionen Euro); es ist deshalb so hoch, weil das Grundstück an der einzigen neuen U-Bahn-Linie - Sydney Metro - liegt, die gegenwärtig gebaut wird. Dabei ist Castle Hill kein strandnaher Vorort, sondern liegt 40 Kilometer landeinwärts von Bondi Beach entfernt.

Nicht nur bei der Infrastruktur kämpft die Regierung mit Schwierigkeiten. Nach dem Ende des Rohstoffbooms, der einigen Australiern zeitweilig enormen Wohlstand brachte, sucht das Land nach neuen wirtschaftspolitischen Ideen. Turnbull setzt auf technologische Innovationen, aber über Nacht lassen sich keine starken Technologieunternehmen schaffen. Erschwert wird die Lage durch den Niedergang der verarbeitenden Industrie: 2017 werden die drei großen Autobauer General Motors-Holden, Ford und Toyota die Produktion in Australien einstellen. Einschließlich der Zulieferindustrie dürften bis zu 200 000 Arbeitsplätze wegfallen. Der Niedergang der australischen Industrie setzt sich so mit großen Schritten fort.

Aus welcher Quelle soll sich der Wohlstand künftig speisen? Turnbull wird innerparteiliche Widersacher - in den Medien wird auch sein Vorgänger Tony Abbott genannt nur dann in Schach halten können, wenn er recht bald wirtschaftliche Erfolge vorweisen kann. Und außenpolitisch hat Turnbull gleich bei drei Ländern - China, Japan, Deutschland - mit Problemen zu kämpfen. Der verkorkste U-Boot-Deal wird die Beziehungen zu Berlin und Tokio nicht beflügeln. Folgenschwerer sind jedoch die Spannungen mit China: Peking dürfte den Spruch des UN-Schiedsgerichts kaum akzeptieren, die USA mitsamt ihren Bündnispartnern der Missachtung des Völkerrechts nicht tatenlos zusehen. Australiens Premier stehen stürmische Zeiten bevor.



Prof. Dr. Heribert Dieter ist Senior Fellow der Stiftung Wissenschaft und Politik und Gastprofessor für internationale politische Ökonomie an der Zeppelin Universität, Friedrichshafen.

# Das peruanische Wunder

Fortschritt im Schneckentempo und ohne ideologisches Tremolo

Marko Martin | In weiten Teilen Lateinamerikas findet eine geräuschlose Transformation statt, die aber nicht mit einer Niederlage linker Utopien oder dem Sieg des neoliberalen Konservatismus zu erklären ist. Vielmehr haben die Menschen politische Experimente satt und verlangen nach Stabilität. Wie in Peru, wo sie das Erreichte auf jeden Fall bewahren wollen.

Grau ist es im peruanischen Lima. Ohnehin die kühle Jahreszeit auf der Südhalbkugel, sorgt die ewige Pazifik-Gischt im Verbund mit tief hängenden Wolken und Nebelschwaden für ein Gemisch, das empfindlich aufs Gemüt drücken könnte. Doch vom grieseligen Wetter aufs politische Klima zu schließen, wäre voreilig - trotz der Präsidentschaftswahl vom Juni, die mit dem 77-jährigen Wirtschaftsprofessor Pedro Pablo Kuczynski ein so genannter "Mann des Establishments" gewonnen hat, und zwar denkbar knapp mit rund 40 000 Stimmen Vorsprung.

Akzeptabel jedoch auch für jene Menschen, die vor allem im abgelegenen Andenhochland für Keiko Fujimori gestimmt hatten. Die unterlegene Kandidatin ist volksnah und dynamisch, kompakt und farbig in den Slogans. Was durchaus wörtlich zu verstehen ist: Kaum eine Lehmhütte oder Wellblechtür, die in den ärmeren Gebieten des südamerikanischen Schwellenlands nicht mit einem knall-

bunten "Keiko Presidente" bemalt wäre – bezahlt aus der Schatulle der Kandidatin und "ihrer" Partei, der straff organisierten und drogenkartellaffinen "Fuerza Popular" (Volkskraft). Viele dieser "Keiko"-Aufschriften datieren bereits aus dem Jahr 2011, als die Charismatikerin ebenfalls bis in die Stichwahl gelangt war.

Weshalb aber hat es auch diesmal nicht zum Wahlsieg gereicht? Entscheidender noch: Weshalb umgibt die erneut unterlegene Kandidatin keineswegs der Nimbus, die "wahre Stimme" des Volkes zu sein, weshalb gehen ihre Anhänger nicht auf die Barrikaden, wie es in anderen Ländern des Kontinents doch bei knapp ausgegangenen Wahlen Usus zu sein scheint? Man denke nur an Mexiko, wo sich der unterlegene Volkstribun Andrés Manuel López Obrador, genannt AMLO, 2006 als Opfer einer weitgefächerten Intrige darstellte und sogar eine Gegenregierung aufstellte. Ist es also Resignation, die Perus Bevölkerung im Griff hält?

Nein, im Gegenteil. Wenn sogar jene, die Keiko Fujimori gewählt haben, nun recht gut mit einem Präsidenten Kuczynski leben können, liegt das eben genau daran: dass man wieder einigermaßen gut leben kann in

## Die Menschen wollen keine politischen Experimente mehr

Peru, wo die Wirtschaft stetig wächst und die absolute Armut, wenn auch langsam, sinkt. Nicht zu vergessen Bildung, Infrastruktur und Sicherheit.

Zugespitzt formuliert: Wo sich einst auf Anden-Schotterpisten und in abgelegenen Dörfern die Freischärler des maoistischen "Sendero Luminoso" (Leuchtender Pfad) und unterbezahlte, brutalisierte Armeeangehörige mörderische Schlachten lieferten, deren Opfer vor allem unbeteiligte, analphabetische Zivilisten waren, fahren nun mit Gütern und Waren bepackte Kleintransporter auf zweispurigen Asphaltstraßen zwischen Orten mit neuerbauten Schulen - und beachten dabei sehr wohl das Überholverbot in den hochriskanten Haarnadelkurven. Weshalb also ausgerechnet für die Tochter des inhaftierten Ex-Diktators Fujimori, die bereits zu dessen Präsidentschaftszeiten verfassungswidrig als "First Lady" herumhantiert hatte, jene mühsam errungene Zivilität riskieren und womöglich Konflikte wieder aufleben lassen, die man doch seit dem Jahr 2000 erfolgreich domestiziert hatte?

### Auf der Suche nach Stabilität

Was viele Europäer beim Starren auf das linkspopulistische Spektakel im zugrunde gerichteten Venezuela und im besorgten Blick auf das politisch paralysiert scheinende Brasilien kaum wahrnehmen: In vielen Ländern Lateinamerikas sind die Bevölkerung

ebenso wie die Regierungsbürokratie längst müde großsprecherischer Experimente und vermeintlicher "Cambios" (Wechsel) und setzen auf Stabilität und Kontinuität. Selbst in Brasilia werden diese nun wiederentdeckt, wenn der Außenminister der Interimsregierung ein Ende des diplomatischen Flirts mit Venezuela, Kuba und Nicaragua verkündet und dazu ein Wiederanknüpfen der wirtschaftlichen Bande mit den USA, der EU und Japan.

Auch in Buenos Aires hat der liberalkonservative Präsident Mauricio Macri mit dem Führungsstil seiner populistischen Amtsvorgängerin Kirchner gebrochen und die schrillen Vorwürfe an die "US-dominierte Weltwirtschaft" eingestellt. Boliviens Präsident Evo Morales hat sich seit einiger Zeit von "anti-imperialistischer" Rhetorik entfernt und ist zu Recht stolz auf politische Stabilität und wirtschaftliche Prosperität, wie sie das Andenland noch nie erlebt hat. Und in El Salvador, das Europäer einst nur als mörderisches Bürgerkriegsland in Mittelamerika wahrnahmen, regiert nun schon der zweite Präsident in Folge aus den Reihen der ehemaligen Guerilla-Organisation FMLN mit einem gemäßigt sozialdemokratischen Programm; die Alltagskriminalität ist jedoch beängstigend gewachsen.

Eine rosige Erfolgsgeschichte ist die beinahe geräuschlose Transformation weiter Teile Lateinamerikas deshalb keineswegs. Auch derart pauschal, wie in den hiesigen Medien oft geschehen, von einer Niederlage linker Utopien und einem Siegeszug des neoliberalen Konservatismus entweder zu schwärmen oder zu klagen, geht weit an der Wirklichkeit vorbei.

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

Die Lehre, die uns gegenwärtig aus einem vermeintlich dauer-anarchischen Kontinent erreicht, ist nämlich viel komplexer und zukunftspraktikabler. So beginnt man in Argentinien nicht mit der Abschaffung "sozialer Errungenschaften", sondern mit einer gerechteren Umschichtung, damit diese den wirklich Bedürftigen zugute kommen und nicht nur den paternalistisch gefütterten Parteigängern der jeweiligen Regierung.

Der haushohe Parlamentssieg der venezolanischen Maduro-Gegner basierte auf dem gleichen Programm; man könnte es auch als späten Lernprozess der Eliten bezeichnen. Denn wie viel Irrsinn, Blut und Tränen, wie viel linksextreme Mörderideologie und oligarchischer Ausbeutungsterror wäre Lateinamerika erspart geblieben, hätte sich das Establishment schon früher kapitalistisch wettbewerbsfroh und aufstiegsfördernd verhalten, anstatt sich Zigarren paffend in spätfeudalen Pfründen zu suhlen

und indigene Analphabeten für sich schuften zu lassen.

In Brasilien hatte dies bereits der liberalkonservative Präsidentenvorgänger der progressiven Ikone Lula da Silva erkannt und wirtschaftspolitisch umzusetzen begonnen; jetzt agiert die Interimsregierung auf eben diese Weise, nachdem die linke Präsidentin Dilma Rousseff ein veritables Desaster hinterlassen hat. Gleichzeitig haben Dank ihrer Sozialpolitik Brasiliens Schwarze und Unterprivilegierte ein Selbstbewusstsein entwickelt, das eine weiß dominierte Elite nicht mehr wie früher wird ignorieren können. Ähnliches gilt für die Indigenen Boliviens, die während der Morales-Jahre derart gesellschaftspräsent geworden sind, dass sie nun sogar den Mut entwickelten, per Referendum "ihrem Evo" eine anvisierte Verfassungsänderung zu verweigern: Danke für alles, Señor Presidente, aber endlos wiedergewählt wirst du trotzdem nicht.

Weshalb geht es auch in Peru ähnlich modest zu? Weil die Wahlsieger um Präsident Kuczynski wissen, dass der wirtschaftliche Aufschwung sehr wohl vom neoliberalen "Fuji-Schock" der neunziger Jahre herrührt, ehe der Vater der jetzt unterlegenen Kandidatin zum Diktator mutiert war. Und weil sich in der breiten Öffentlichkeit die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass die so genannten Guten so gut nun auch wieder nicht sind und die bekannten Bösewichte zumindest teilweise manch Bewahrenswertes geschaffen haben.

### Vom Saulus zum Paulus

Immerhin war die Zerschlagung des "Sendero Luminoso" der rabiaten Strategie Alberto Fujimoris zu ver-

Auch die Bösewichte haben zuweilen Gutes geschaffen danken. Auch die rasante Verbesserung der Infrastruktur gerade in den ärmeren Regionen war während seiner Amtszeit erfolgt. Als sich Fujimori

dann aber eine Verfassung nach eigenem Gusto schneidern ließ, Menschenrechtsverletzungen sich häuften und sein Geheimdienstchef Montesinos per heimlicher Videoaufnahme bei kriminellen Aktivitäten gefilmt wurde, dauerte es nicht lange und der Spuk war beendet. Nach Fujimoris Flucht nach Japan im Winter 2000 mussten die alten, weißen Eliten die Macht abgeben, denn mit Alejandro Toledo wurde zum ersten Mal ein Indígena zum Präsidenten gewählt.

Auch wenn es dem Stanford- und Harvard-Absolventen Toledo nicht gelang, die Kluft zwischen Arm und Reich signifikant zu verringern, so verschlechterte sich doch zumindest nichts. Diese Art Nicht-Misserfolgsgeschichte fand dann 2006 eine Fortsetzung in der Präsidentschaft Alan Garcías, der das Land schon einmal in den achtziger Jahren regiert hatte. Als damals blutjunger Politiker hatte er alsbald alle Erwartungen bitter enttäuscht. Der Terror des "Leuchtenden Pfades" erreichte sogar die schicken Hauptstadtviertel von Miraflores und Barranco, während die unkontrollierbare Armee in den Anden zahllose Massaker verübte. Garcías desaströse Verstaatlichungspolitik hatte ein Übriges getan, um Peru an einen vorläufigen Tiefpunkt zu bringen.

Und nun sollte dieser ehemalige Bankrotteur, der von sich behauptete, "radikal gelernt" zu haben, erneut die Geschicke des Landes lenken? Das Unwahrscheinliche trat ein: Alan García wurde gewählt, hatte tatsächlich gelernt und setzte geräuschlos den wirtschaftsliberalen Kurs seiner Vorgänger fort, flankiert von sozialen Verbesserungen im Schneckentempo, die zumindest in die richtige Richtung gingen.

Bei der Präsidentschaftswahl 2011 schien es erneut nur die Alternative zwischen Pest und Cholera zu geben: Diktatorentochter Keiko Fujimori gegen den linksnationalistischen Putschmilitär Ollanta Humala, der sich frühere Wahlkampfauftritte mit Ölgeld aus Hugo Chávez' Venezuela hatte finanzieren lassen und nun ankündigte, dass in Zukunft allein "reinblütige", d.h. indigene Peruaner das Sagen haben sollten und "weder Weiße noch Gelbe noch Schwarze". Mit zusammengebissenen Zähnen sprach sich Mario Vargas Llosa, Literaturnobelpreisträger und ehemaliger liberaler Präsidentschaftskandidat, für Ollanta Humala aus - als vermeintlich kleineres Übel. Das sich dann ebenfalls als Überraschung entpuppte: Lautlos wurden die Chávez-Connection gekappt, die rassistische Rhetorik eingemottet, der Prosperität versprechende Wirtschaftskurs fortgesetzt, das Sozialsystem ausgebaut und die bereits unter Präsident Toledo begonnene Aufarbeitung des Schicksals von Zehntausenden Zivilopfern der achtziger Jahre fortgesetzt.

Doch diese Vom-Saulus-zum-Paulus-Geschichten weisen auch hässliche Spuren auf, denn Alan García und Ollanta Humala samt Familien waren nach Ablauf ihrer Amtszeit mit ernst zu nehmenden Korruptionsvorwürfen konfrontiert. Dass der neue Staatspräsident Kuczynski lange Jahre als erfolgreicher Unternehmer in den USA gelebt hat und zudem der Sohn eines renommierten, 1933 aus Nazi-Deutschland geflohenen Mediziners ist, sollte nicht zur Idealisierung verleiten. Auch während der kommenden fünf Jahre seiner Präsidentschaft wird Peru wohl kaum zu einem Musterland à la Uruguay oder Chile (dessen bislang untadelige Präsidentin Michelle Bachelet neuerdings in Erklärungsnot geraten ist, da ihr Sohn quasi über Nacht zu einem millionenschweren Unternehmer geworden ist).

Wo aber bleibt dann das widerspruchsfrei Bunte im grauen Lima? Es lässt sich betrachten im neu erbauten "Museum für Toleranz und Inklusion" – und es ist ein Schreckensbild. Das Haus, das die Geschichte des "Leuchtenden Pfades" aus Sicht seiner Opfer erzählt, präsentiert als Exponate auch die "Volkskunst" der totalitären Maoisten. Auf Gemälden und Wandteppichen leuchtet da die Sonne als brandroter Feuerball, und sie zeigt das Gesicht des Großen Vorsitzenden Abimael Guzmán, der 1992

verhaftet wurde. Nirgendwo Schatten und Konflikte, dafür eine stramm ins bessere Morgen marschierende Menschenmenge, die Transparente und rote Fahnen schwingt. Ein massenmörderischer Optimismus, der auch jetzt noch Gruseln macht.

Freilich erzählt die Dauerausstellung auch davon, wie die vom "Pfad" zwangsrekrutierten, gehirngewaschenen oder in den meisten Fällen als "unzuverlässige Elemente" ermordeten Indígenas zuvor von den tonangebenden bürgerlich-städtischen Eliten sozial kleingehalten worden waren.

Und jetzt? Laufen die Nachkommen der Unterdrückten mit begin-

nendem Selbstbewusstsein durch dieses einzigartige Museum an der gischtgrauen Pazifik-Küste. Entdecken die Biografien ihrer Vorfahren und

Sehr bunt: das neue Museum für Toleranz und Inklusion in Lima

kichern vorerst noch etwas verlegen, wenn sie einen am Eingang gereichten Flyer aufschlagen, der "Inklusion" nicht nur ethnisch-sozial definiert. Es ist ein Infoblättchen, das über die Existenz peruanischer Lesben und Schwuler aufklärt, ebenfalls ein Novum im katholischen Lima. Das Layout ist luftig und bunt, und der Kontrast zur formierten Ästhetik der Maoisten geradezu atemberaubend. Trotz allem also: Was für ein epochaler Wandel in Peru – und das ganz ohne ideologisches Tremolo.



Marko Martin lebt, sofern nicht auf Reisen, als freier Schriftsteller in Berlin. Soeben erschien sein neuer Erzählband "Umsteigen in Babylon".

# Die Akte Assad

Auf der Suche nach Beweisen für die Verbrechen des syrischen Regimes

Ben Taub | Massenmord, Hinrichtungen, Folter: Die Liste der Vorwürfe gegen Baschar al-Assad ist lang. Sollte der syrische Präsident sich dafür je vor Gericht verantworten müssen, ist der Nachweis einer Anordnung und Billigung der Taten "von oben" gefordert. Doch wie sichert man Belastungsmaterial, solange die Täter an den Schalthebeln der Macht sitzen? Eine Reportage.

Die Strecke war der Bote schon mehr als einhundert Mal abgefahren – immer im gleichen verbeulten Laster, nie mit verdächtiger Ladung. 65 Kilometer waren es zur Grenze, zu passieren waren elf schwer gesicherte Kontrollpunkte der Rebellen. Mit der Zeit wurde er den Milizionären zum alten Bekannten. Immer höflich, brachte er ihnen oft etwas zu essen oder trinken mit und dankte ihnen für den Schutz, den sie Zivilisten wie ihm gewährten.

An einem heißen Sommernachmittag war es endlich so weit. Der Bote belud einen Laster mit 100 000 erbeuteten syrischen Regierungsdokumenten, die er zuvor aus Verstecken in Erdgruben, Höhlen oder verlassenen Häusern geholt hatte. Bei Sonnenuntergang fuhr er los. Drei Späher, die kurz vor ihm die Strecke abgefahren waren, hatten ihm per Funk das Signal gegeben: keine neuen Kontrollpunkte. Die Grenze erreichte er unbehelligt. Die akribische Vorbereitung hatte sich ausgezahlt. Seine Ladung übergab er in einer westlichen Botschaft. Man möge sie, bat er, an den amerikanischen Menschenrechtsanwalt Chris Engels schicken. Mission erfüllt.

Chris Engels leitet die Abteilung für Regierungsverbrechen der Commission for International Justice and Accountability (CIJA), einer 2012 gegründeten Nichtregierungsorganisation. Er ist sicher, dass die Unterlagen die Verantwortung hochrangiger syrischer Regimevertreter für Verbrechen gegen die Menschheit belegen können. Mehr als 600 000 Dokumente – viele davon aus dem syrischen Geheimdienst – haben Mitarbeiter und Unterstützer der Organisation seit 2012 aus dem Land geschmuggelt. Sie werden in einer westeuropäischen Stadt gelagert, gescannt, registriert und ausgewertet.

Engels, 41 Jahre, kahlköpfig und athletisch gebaut, koordiniert die Auswertung der Dokumente. Jüngst hat die CIJA eine 400-seitige Studie über die systematische Folterung und Ermordung Zehntausender Syrer durch die Sicherheitskräfte des Regimes veröffentlicht. Verbrechen, das belegt die Studie,

rtikel ist eine gekürzte Fassung. Ererschien zuerst in The New Yorker vom 18. April 2016.

die direkt auf eine vom Präsidenten gebilligte schriftliche Anordnung zurückgehen. Überlebende der Gefängnisse in Syrien hatten schon lange über systematische, exzessive Gewalt berichtet. Nur gab es keine Belege für eine Anordnung von oben. Doch Damaskus werde regelmäßig über die Ergebnisse der angeordneten Maßnahmen informiert. Die von der CIJA gesammelten Dokumente sind umfangreicher als alles, was erfahrene internationale Strafermittler bislang kannten.

CIJA ist die erste unabhängige NGO, die eine internationale Untersuchung von Kriegsverbrechen des syrischen Regimes durchführt. Die Organisation erhält zwar staatliche Mittel, besitzt aber kein offizielles Mandat zur Strafverfolgung. Dass es sie gibt, ist eher der Frustration ihres Gründers Bill

gung. Dass es sie gibt, ist eher der Frustration ihres Gründers Bill Wiley zuzuschreiben, der als Ermittler von Menschenrechtsverbrechen in Ruanda und im Kongo gearbeitet hatte und allzu oft feststellen musste, dass wichtige Staaten eine Strafverfolgung aus reinem Eigeninteresse verhinderten. Da der erste Schritt für eine internationale Strafverfolgung im Auffinden und Sammeln von Beweis-

Viele syrische Kriegsverbrecher befinden sich jetzt in Europa

material besteht, entschloss sich Wiley, mit dieser Arbeit zu beginnen, obwohl weit und breit kein politischer Wille für eine juristische Aufarbeitung zu sehen war. Inzwischen kann die CIJA laut Wiley "eine ziemlich große Anzahl von Kriegsverbrechern identifizieren", die für den syrischen Geheimdienst tätig gewesen seien und sich nun in Europa befänden.

### Der Beginn

Nach dem Beginn der Aufstände in Tunesien und Ägypten 2011 blieb es in Syrien zunächst ruhig – wofür Syriens Präsident Baschar al-Assad in einem Interview mit dem *Wall Street Journal* zunächst eine einfache Erklärung fand: In seinem Land gäbe es keine Kluft zwischen der Regierungspolitik und den Interessen des Volkes. Allerdings war diese "Ruhe" eher der Professionalität des syrischen Sicherheitsapparats geschuldet, der den Assad-Clan schon seit 1971 an der Macht hält. Mit der Zeit aber forderten auch immer mehr Syrer politische Reformen für ihr Land, in dem seit 48 Jahren der Ausnahmezustand herrschte. Wie schon so oft in der Vergangenheit reagierte das Regime mit Gewalt. Aber weder Tränengas noch Gewehrkugeln konnten das Entstehen einer landesweiten Anti-Assad-Bewegung verhindern. Die Demonstrationen wurden immer größer, immer häufiger.

Im März 2011 entließ Assad sein Kabinett – aber anders als viele hofften, war dies nicht der Beginn eines Reformprozesses. In einer Rede vor dem syrischen Parlament am 30. März 2011 bezeichnete Assad die Demonstrationen als Teil einer von ausländischen Mächten gesteuerten Verschwörung: "Diesen Aufstand zu begraben, ist eine nationale, moralische und religiöse Pflicht und jeder, der ihn niederschlagen könnte, es aber nicht tut, ist Teil der Verschwörung. Hier gibt es weder Kompromiss noch Mittelweg."

In den Tagen nach der Rede wuchs die Protestbewegung im Land weiter. Assad hatte bereits den Zentralen Krisenmanagement-Ausschuss gegründet, ein geheimes Sicherheitskomitee zur effizienteren Koordinierung des Kampfes gegen die Opposition. Vorsitzender wurde Mohammad Said Bekheitan, der

ranghöchste Offizielle der regierenden Baath-Partei nach Präsident Assad. Die anderen Ausschussmitglieder waren allesamt engste Vertraute des Assad-Clans, die zugleich auch führende Positionen im Militär, den Ministerien und im Geheimdienstapparat bekleideten. Der Ausschuss traf sich jede Nacht. Um einen möglichst genauen Überblick über die Oppositionsbewegung zu gewinnen, forderte er Berichte von den Sicherheitsbehörden in den Unruheprovinzen an. Schnell stellte sich heraus, dass man weiteres Personal bei der Auswertung der Berichtbögen benötigen würde.

Zu den Bewerbern gehörte der 24-jährige Abdelmajid Barakat, der gerade sein Studium der Internationalen Beziehungen abgeschlossen hatte und nun im syrischen Bildungsministerium arbeitete. Zu Beginn der Proteste hatte er sich einer der ersten Revolutionsgruppen angeschlossen. In ihrer Hast, zusätzliche Kräfte für die Entwicklung einer Strategie zur Beendigung der Aufstände zu finden, hatte man einen Oppositionellen eingestellt.

Von nun an hatte Barakat Zugriff auf vertrauliche Sicherheitsberichte aus dem ganzen Land. Fast jeden Tag landeten mehr als 150 Seiten geheimer Memos auf seinem Schreibtisch. Darin wurden anfangs auch kleinere Unmutsbekun-

# Barakat begann, Berichte an Oppositionelle zu geben

dungen gegen das Assad-Regime wie Graffitis, Facebook-Einträge oder Straßenproteste detailliert geschildert. Später kamen Berichte über bewaffnete Gruppen hinzu. Barakat fasste die Berichte zusammen und gab sie an seinen Vorgesetzten Salaheddin el-Naimi weiter, der sie den Ausschussmitgliedern vorlegte. Den Besprechungsraum durfte Barakat nie betreten. Aber er sah, wer an diesen Treffen teil-

nahm. Auf offiziellem Briefpapier der Baath-Partei protokollierte Naimi diese Sitzungen in allen Einzelheiten. Zu den Teilnehmern der Besprechungen gehörten auch der syrische Vizepräsident und Maher Assad, der jüngere Bruder des Präsidenten, den die EU auf ihrer Sanktionsliste als "Hauptverantwortlichen für die Gewaltmaßnahmen gegen Demonstranten" bezeichnet.

Am Ende jedes dieser Treffen beschloss der Krisenausschuss Maßnahmen zur Bekämpfung des Aufstands. Danach unterzeichnete der Ausschussvorsitzende Bekheitan das Sitzungsprotokoll und schickte es per Kurier an den Präsidenten. Assad überprüfte die Beschlüsse, unterzeichnete sie und schickte sie zur Ausführung an den Krisenausschuss zurück. Manche der Maßnahmen wurden von ihm überarbeitet, manche gestrichen, andere durch neue ersetzt. Keine noch so unwichtige Entscheidung, die die "Sicherheit" des Landes betraf, so Barakat, wurde ohne Zustimmung Assads getroffen. Offiziell beteuerte das Regime, dass es friedliche Demonstrationen zulasse. In den Berichten zeigte sich ein anderes Bild: Geheimdienstagenten schossen wahllos auf Demonstranten. Schon bald begann Barakat, Berichte heimlich zu fotografieren und an syrische Oppositionelle zu geben. Er wollte so viele Informationen wie möglich entwenden und dann das Land verlassen. Mit jeder durchgesickerten Nachricht lief Barakat größere Gefahr, als Maulwurf enttarnt zu werden.

### Die Ermittler

Im Oktober 2011 wurde Wiley über einen Bekannten von der britischen Regierung kontaktiert. Man suche Experten wie ihn, die syrische Aktivisten darin

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

ausbilden könnten, Menschenrechtsverletzungen verlässlich zu dokumentieren. Wiley schlug vor, nicht weiter darauf zu setzen, solche Verbrechen "nur" an die Öffentlichkeit zu bringen. Vielmehr sollte man Unterstützer vor Ort finden, die Beweise sammeln und für eine stichfeste Identifizierung der Schuldigen sorgen, um dann eine Strafverfolgung zu ermöglichen. Die britische Regierung war einverstanden.

Im November 2011 reiste Wiley – groß, rotblond, eher ein Naturbursche als ein Büromensch und einer, der die Belastungen seiner Arbeit mit einer Vorliebe für kubanische Zigarren und Krafttraining kompensiert – nach Istanbul, um Syrer zu finden, die er in der Suche nach Beweismitteln ausbilden könnte. Seine "Schüler" lernten, in den bombardierten Städten Granatkrater zu fotografieren und auszumessen, Einschlagswinkel zu errechnen, Geschossfragmente zu sammeln, Waffentypen zu ermitteln und Abschusspunkte festzustellen. Am wichtigsten aber war es, Dokumente des Regimes zu finden, denn in internationalen Strafverfahren sind dies die schlagkräftigsten Beweise. Zusammen mit Stephen Rapp, dem damaligen US-Sonderbotschafter für Kriegsverbrechen, entstand die Idee, eine zentrale Lagerstelle für aus Syrien herausgeschmuggelte Dokumente zu errichten. Wohl gab es eine Untersuchungskommission der UN zu Menschenrechtsverletzungen in Syrien. Deren Mandat erstreckte sich aber nicht auf Strafverfolgung; man legte keinen Wert auf die Sicherung von Dokumenten, die eine Verantwortung des Regimes bewiesen, sondern konzentrierte sich auf Zeugeninterviews. Nur konnten diese nicht vor Gericht verwendet werden, denn den Zeugen war Anonymität zugesagt worden. Internationale Strafprozesse aber sind öffentlich.

Finanzielle Unterstützung zu finden, erwies sich als schwierig, obgleich westliche Regierungen jedes Jahr Hunderte Millionen US-Dollar für Menschenrechtsprojekte ausgeben. Mit Hilfe von Stephen Rapp gelang es der CIJA schließlich, drei Millionen Euro von der Europäischen Union zu erhalten. Danach sicherten auch Deutschland, die Schweiz, Norwegen, Dänemark und Kanada längerfristige finanzielle Unterstützung zu.

### Das Entwenden von Beweismaterial

2012 geriet Assad immer mehr in die Defensive. Die Anzahl von Soldaten, Offizieren und Angehörigen des Regierungsapparats, die sich absetzten und häufig der Freien Syrischen Armee (FSA) anschlossen, stieg drastisch. Gleichzeitig tauchten die ersten Dschihadisten-Gruppen auf, die sich oft besser schlugen als die Kämpfer der FSA. Die Aufständischen eroberten immer mehr Grenzübergänge zur Türkei und zwangen die Regierungstruppen zum Rückzug aus großen Teilen Nordsyriens.

Im Krisenausschuss wurde die Luft für Barakat indes immer dünner. Schon mehrfach war er zum Durchsickern von Geheimdokumenten befragt worden. Er entschied sich zu fliehen, zuvor aber noch einige wichtige belastende Dokumente zu entwenden, darunter Protokolle der Ausschusssitzungen und die Korrespondenzen zwischen dem Ausschuss und den Büros des Präsidenten, des

Zunächst zeigten die Rebellen kein Interesse an Dokumenten Premierministers und des Innenministers. An einem freien Tag für alle Mitarbeiter durchsuchte Barakat die Büros, packte so viele Dokumente wie möglich zusammen, fuhr etwa 250 Kilometer von Damaskus zur syrisch-türkischen Grenze und überquerte sie unbehelligt mit mehr als 1000 an seinen Körper geklebten Seiten. Als auch seine Mutter einen Monat später sicher aus Syrien ausgereist war,

wandte er sich an den Fernsehsender Al-Dschasira mit der Bitte, die Dokumente an den Internationalen Strafgerichtshof zu übergeben. In Syrien verlagerte der Krisenausschuss seine Sitzungen in die hochgesicherten Anlagen des Nationalen Sicherheitsbüros. Im Juli 2012 wurde Assef Shawkat, ein Schwager Assads, Vorsitzender des Sicherheitsbüros und seit Kurzem stellvertretender Verteidigungsminister, durch eine Bombenexplosion getötet; kurz darauf setzten sich auch Assads Premierminister und der Sprecher des Außenministeriums ab.

Der CIJA begann, mit Kräften der FSA zusammenzuarbeiten. Anfänglich zeigten die Rebellen kein Interesse an Dokumenten. Wurde ein Regierungsgebäude gestürmt, erzählt Wiley, durchsuchte man es nach Waffen, machte Fotos – und fackelte das Gebäude häufig ab. Potenzielles Beweismaterial wurde oft zerstört. Wiley machte sich daran, den Rebellen ein anderes Vorgehen beizubringen. Wenn Beweise vor Gericht Gültigkeit haben sollten, dann müssten sie Dokumente an sich nehmen, in Kartons packen, mit Frischhaltefolie versiegeln, sie verstecken, bis sie außer Landes gebracht werden könnten und Notizen über den Fundort anfertigen. Unter keinen Umständen dürften sie sie durchwühlen, da die Verteidigung sonst immer behaupten könnte, die Akten seien manipuliert worden. Natürlich versuchten Regierungstruppen, belastendes Material zu zerstören, wenn eine Übernahme durch Rebellen drohte. Oftmals wurde auch nach einem Rückzug noch rücksichtslos bombardiert. Hunderttausende Seiten von Dokumenten wurden so zerstört, bevor sie gesichert werden konnten.

Der Transport der Dokumente über internationale Grenzen ist der mit Abstand gefährlichste Teil jeder CIJA-Operation. Papier ist schwer und damit verfänglich für den Träger; Fotografien wiederum zwar einfacher zu transportieren, aber vor Gericht schwieriger zu authentifizieren. Kleinere Ladungen lassen sich in Koffern transportieren, größere bedürfen aufwändiger Logistik. 600 000 Seiten Papier wurden bisher aus Syrien herausgeholt, das sind mehrere Tonnen. Die CIJA gibt enorme Summen allein für den Transport, für Fahrzeuge oder die Aufklärung von Kontrollpunkten aus. Manche Dokumente bleiben monatelang versteckt. Zuweilen gehen sie auch einfach verloren. In einem Fall verbrannte eine ältere Frau die Papiere während eines kalten Winters in Ermangelung anderen Heizmaterials. Sie hatte nicht gewusst, um was es sich da handelte. Bis zu einer halben Million Seiten befänden sich noch in präzise vermerkten Verstecken, sagt Wiley.

Während die Syrer Regierungsdokumente sammelten, warb Wiley militärische und politische Analysten, Ermittler, Übersetzer und Anwälte in Europa an. Im Jahr 2015 war das Budget der CIJA auf acht Millionen Dollar jährlich angewachsen. Mittlerweile beschäftigt die Organisation 150 Mitarbeiter. Viele Dokumente, die bislang gesichert werden konnten, stammen aus Einrichtun-

gen des Geheimdiensts außerhalb von Damaskus und beziehen sich auf die Entscheidungen des Krisenausschusses. Um die Befehlskette zu vervollständigen, benötigte die CIJA die Protokolle der Ausschusssitzungen: Barakats Dokumente, die er aus dem Krisenausschuss herausgeschmuggelt hatte. Die Originaldokumente sind, so Barakat, mit einem geprägten Siegel am oberen Seitenrand versehen

Eine halbe Million Seiten sind noch in syrischen Verstecken

und mit grüner Farbe unterzeichnet. Die CIJA durfte dieses Material einsehen, um eine Verbindung zwischen den Entscheidungen des Krisenausschusses und dem verbrecherischen Verhalten der Sicherheitskräfte außerhalb von Damaskus herstellen zu können. Barakat wird die Originale, die in einem Versteck gelagert sind, zur Verfügung stellen, sollten die Ermittlungen der CIJA zu einem Prozess führen. Zusätzlich interviewten die syrischen Ermittler der CIJA rund 250 Opfer des syrischen Regimes in verschiedenen Provinzen des Landes, um Schuldige an Kriegsverbrechen zu identifizieren und um zu beweisen, dass die Verbrechen systematisch verübt wurden und mit den Anweisungen in den Dokumenten übereinstimmen.

### Die Aktivisten

Mazen al-Hamada ist ein magerer Mann von 38 Jahren, geboren in der ostsyrischen Stadt Deir ez-Zor als jüngstes von 17 Kindern einer Mittelstandsfamilie. Er ist keiner der Zeugen der CIJA; deren Identität soll geheim bleiben, bis sie eines Tages vor Gericht aussagen können. Aber seine Geschichte
ist exemplarisch. Wie seine Geschwister – Apotheker, Lehrer, Anwälte – hatte
auch Hamada einen guten Job als Angestellter einer Ölfirma. Und wie so viele in seiner Familie kritisierte auch er die Politik eines Regimes, das die Kluft
zwischen Arm und Reich immer weiter wachsen ließ und nur den eigenen Eliten diente. Für Deir ez-Zor war dies alles andere als außergewöhnlich. 2011
berichtete der Chef des Nationalen Sicherheitsbüros an den Vorsitzenden des

Krisenausschusses, dass es einen Mangel an Patriotismus in Deir ez-Zor gebe, der "dem korrupten Justizsystem, den langen Verzögerungen bei Gerichtsprozessen, Nepotismus und dem weitverbreiteten Schmiergeldsystem" geschuldet sei.

An Loyalität für Assad ließen die Sicherheitsbehörden in der Provinz dennoch nichts zu wünschen übrig. Als Reaktion auf die ersten Anzeichen von Unruhe in der Region befahl der Chef der Sicherheitsbehörden in Deir ez-Zor, Brigadegeneral Jameh Jameh, im Februar 2011 seinen Untergebenen, "Kameras vorzubereiten [...], um Aufrührer und Teilnehmer identifizieren und in Zukunft zur Rechenschaft ziehen zu können". Dabei führte man auch die trivialsten Aufträge treu aus. Am 4. Februar unterzeichnete der Chef des Nationalen Sicherheitsbüros in Damaskus den Befehl, die Person "zu ermitteln, zu suchen und zu verhaften", die auf ein Abflussrohr an einem abgelegenen Autobahnabschnitt nahe Deir ez-Zor die Worte "Nieder mit Baschar" geschrieben hatte. Die Ermittlungen blieben erfolglos.

Mitte März 2011 noch beschrieben die Sicherheitskräfte in Deir ez-Zor die Ursachen der Unruhen recht wahrheitsgemäß: In einem Telegramm an seine

Selbst wegen Graffitis an Abflussrohren wurde ermittelt Untergebenen in der Provinz erklärte Brigadegeneral Jameh, die Proteste in Syrien seien beeinflusst "von einigen arabischen Ländern, in denen Jugendliche für Wandel, Demokratie, Freiheit, höhere Lebensstandards und gegen Korruption rebellieren". Ende des Monats und nur Stunden nach Assads Rede vor dem Parlament am 30. März hatte man schon die Verschwörungsrhetorik aus Damaskus übernom-

men. Jetzt sprach man von Verrat, Aufwiegelung, ausländischer Unterwanderung und einem "zionistisch-amerikanischen Unterfangen".

Hamada und seine Freunde aber hofften auf das Entstehen einer breiten Bewegung, die dafür sorgen würde, dass sich etwas ändert. Jeden Freitagnachmittag traf man sich in der lokalen Moschee, um nach dem Gebet Proteste zu organisieren – was rein logistischen Überlegungen geschuldet war. Hätte man sich in Kirchen getroffen, so Hamada, hätte man eben nach der Messe demonstriert.

Den Protokollen des Sicherheitskomitees zufolge sollten die Gebete in der Moschee mit einigen Hundert loyalen Anhängern der Baath-Partei unterwandert werden. Das misslang gründlich. Nur eine Woche später informierte Deir ez-Zors Gouverneur das Komitee, dass "die meisten Männer, die von den Sicherheitskräften verhaftet wurden, Parteikameraden waren". Sie hatten die Seiten gewechselt und sich den Demonstranten angeschlossen. Hamada filmte die Proteste sowie die zunächst noch zurückhaltenden Reaktionen der Sicherheitskräfte und veröffentlichte sie auf YouTube. Noch lautete der Befehl Jamehs, dass "es allen Agenten ausdrücklich untersagt ist, das Feuer auf Demonstranten zu eröffnen".

Im Mai verschlechterte sich die Sicherheitslage in der Provinz drastisch. Vermummte, mit Schlägern, Pistolen und Brandbomben bewaffnete Männer setzten zwei Polizeistationen, vier Polizeiautos und sechs Polizeimotorräder in Brand. Der Chef der Sicherheitskräfte in Deir ez-Zor warnte vor einer Welle von Attentaten auf Staatsbedienstete. Hamada, der schon zwei Mal für kurze Zeit verhaftet worden war, organisierte weiter Proteste, verbrachte mit einigen anderen Aktivisten aber fortan die Nächte nicht mehr zu Hause.

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

Ende Mai noch warnte Jameh in einer Sitzung des Sicherheitskomitees, dass man durch die Festnahme von Regimegegnern die Wut in deren Familien anheizen würde. In mehreren Memos wandte er sich strikt gegen die Folter von Gefangenen: Die Häftlinge würden durch Stromschläge, das Ausdrücken von Zigaretten auf der Haut, durch "ekelerregende Schläge auf alle Körperteile" gequält oder sodomisiert, indem man sie zwänge, sich auf Flaschenhälse zu setzen. Er würde sich weigern, in seinem Gefängnis Folteropfer aufzunehmen – "es sei denn, es gibt einen schriftlichen Bericht über den Gesundheitszustand des Gefangenen [...], der den Namen der Person beinhaltet, die ihn gefoltert hat". Im Verlaufe des Sommers 2011 schwanden seine Skrupel. Beweismaterial der CIJA zeigt, dass Gefangene, die in Jamehs Gefängnissen einsaßen, ebenfalls mit Fäusten, Kabeln und Stöcken geprügelt wurden, bis sie bewusstlos waren; dass man ihnen Knochen brach und Zähne ausschlug; dass man sie mit Wasser übergoss und mit Elektroschocks quälte. Manche starben unter der Folter. Jameh nahm persönlich an vielen dieser "gewaltsamen Befragungen" teil.

### Die Aufträge

Anfang August 2011 beschloss der Krisenausschuss im Regionalquartier der Baath-Partei in Damaskus, dem "laxen Umgang" mit der Krise und der Ausweitung der Unruhen auf mehrere Provinzen Einhalt zu gebieten. Zunächst sollten alle lokalen Sicherheitskräfte tägliche Razzien gegen die Organisatoren von Demonstrationen und "diejenigen, die das Bild Syriens in der ausländischen Presse beschmutzen", durchführen. Sobald jeder Bereich von den gesuchten Personen "gereinigt" worden sei, würden die Sicherheitskräfte in einem zweiten Schritt mit Unterstützern der Baath-Partei, regimetreuen Milizen und lokalen Würdenträgern zusammenarbeiten, um ein Wiedererstarken

der Oppositionskräfte zu verhindern. Drittens würde man "einen gemeinsamen Untersuchungsausschuss auf Provinzebene errichten", der aus Angehörigen aller Zweige des Sicherheitsapparats bestehen und Verhaftete befragen würde. Schließlich würden die Ergebnisse der Ermittlungen "an alle Sicherheitsorganisationen geschickt werden, sodass sie für die Identifizierung neuer Ziele, die verfolgt werden müssen, genutzt werden können".

Diese Maßnahmen wurden der Dreh- und Angelpunkt der Ermittlungen der CIJA gegen das Assad-Regime. Anhand der Dokumente, die Barakat in Damaskus entwendet hatte, und der 600 000 Seiten, die die Kommission selbst in ganz Syrien gesichert hatte, konnten CIJA-Analysten die Umsetzung dieser Anordnungen entlang mehrerer Befehlsketten des Krisenausschusses rekonst-

## Manche Sicherheitskräfte kamen den Befehlen gern zuvor

ruieren. Hischam al-Ichtiyar, der Vorsitzende des Nationalen Sicherheitsbüros, verschickte die Instruktionen an alle Regionalsekretäre der Baath-Partei (sie waren zugleich auch die Vorsitzenden der Sicherheitskomitees in ihren Provinzen) mit dem Befehl, "das durchzuführen, was von Ihnen erwartet wird, sodass diese Krise schneller beendet wird". Die Vorsitzenden der vier Sicherheitsbehörden –

Militärgeheimdienst, Luftwaffengeheimdienst, politische Sicherheit und Allgemeines Geheimdienstdirektorat – schickten die Anordnungen an alle regionalen Sicherheitschefs, die sie an die lokalen Sicherheitskräfte weiterleiteten. Mitglieder des Krisenausschusses reisten in besonders unruhige Provinzen, um den Aufbau der gemeinsamen Untersuchungsausschüsse zu koordinieren. Für die CIJA war es einfach, die betreffenden Personen zu identifizieren. Ihre Namen waren auf allen Dokumenten vermerkt.

Für eine Strafverfolgung ist es wichtig zu dokumentieren, dass Befehle erteilt wurden, dass aber nach oben auch "Vollzugsberichte" gemeldet wurden. Es bedarf der Bestätigung, dass Verdächtige verhaftet und befragt wurden und die Führung in Damaskus über die Misshandlung von Gefangenen in den Provinzen informiert war. "Fortlaufendes Unvermögen, seine Untergebenen von völkerrechtswidrigen Maßnahmen abzuhalten, wird strafrechtlich verfolgt", sagt Wiley, denn das Prinzip der Vorgesetztenverantwortlichkeit sei im Völkerrecht ganz klar geregelt. Der Krisenausschuss forderte Listen aller vollzogenen Verhaftungen. Einige Mitglieder der regionalen Sicherheitskomitees kamen den Anordnungen sogar zuvor. In Raqqa fand sich die Kopie eines Befehls des Krisenausschusses mit der Anmerkung: "Das haben wir schon vor langer Zeit gemacht".

Völkerrechtlich sind Regierungen verpflichtet, Berichten von Menschenrechtsverletzungen nachzugehen. In den CIJA-Dokumenten befinden sich drei Faxe des Staatsanwalts in Deir ez-Zor an den Gouverneur, den syrischen Justizminister und den Vorsitzenden des regionalen gemeinsamen Untersuchungsausschusses, datiert vom September 2011. Darin bat der Staatsanwalt, nicht weiter syrisches Recht zu verletzen: "Die Eltern und Verwandten der Verhafteten erkundigen sich täglich nach dem Schicksal ihrer Söhne, Väter und Brüder. Sie sollten sich anhören, was sie zu sagen haben. Die Kühlräume in den Krankenhäusern hier sind gefüllt mit nicht identifizierten Leichen, die schon im Zustand der Verwesung sind."

### Die Verhaftung

Mazen al-Hamada wurde verhaftet, als er auf Bitten eines Arztes versuchte, zusammen mit seinen Neffen Babynahrung in einen aufständischen Vorort von Damaskus zu bringen. Der Auftrag war eine Falle. Agenten des Regimes schnappten Hamada und seine Neffen, zogen ihnen die Hemden über den Kopf und stießen sie in einen SUV. Am Ziel angelangt, hatten sie sich bis auf die Unterhose auszuziehen, man verprügelte sie und steckte sie mit 40 anderen Gefangenen in einem Raum von zwölf Quadratmetern. Sie befanden sich, erfuhren sie später, in einem Gefängnis des Luftwaffengeheimdiensts auf dem Gelände des Al-Mezzeh-Militärflughafens, einer der berüchtigsten Haftanstalten Syriens. Zwei Wochen später wurden sie zusammen mit etwa 170 Menschen in einen Hangar gebracht, kaum größer als zwölf mal sechs Meter. Die Gefangenen durften sich nicht waschen, nicht ihre Unterwäsche wechseln, sie litten unter offenen Wunden und Krätze. Wahnsinnig vor Durst tranken sie Wasser aus Toiletten. Manche erlagen ihren Krankheiten, manche verhungerten, andere verloren den Verstand.

Eines Tages wurde auch Hamada zum Verhör gebracht. Der Chefermittler, der sich Suhail nennen ließ, befragte ihn nach Regimegegnern. Hamada schwieg. Anfangs drückte man glühende Zigaretten auf seinen Beinen aus. Dann übergoss man ihn mit Wasser und versetzte ihm Elektroschocks. Hama-

da nannte die Namen einiger Aktivisten in Deir ez-Zor, die schon umgekommen waren. Das war Suhail nicht genug. Er wollte wissen, wie viele Soldaten Hamada getötet hätte, welche Waffen er besäße, wie viel Schuss Munition. Hamada hatte niemanden getötet, und er besaß weder Waffen noch Munition. Man hängte ihn an Handschellen gekettet auf, die Füße 40 Zentimeter über dem

170 Menschen wurden in einen winzigen Hangar gepresst

Boden baumelnd, man brach ihm vier Rippen. Bis Hamada gestand, was Suhail hören wollte. In Hunderten von Zeugeninterviews ermittelte die CIJA ähnliche Befragungspraktiken bei allen syrischen Sicherheitsbehörden. Menschen wurden aufgrund willkürlicher Entscheidungen des Krisenausschusses verhaftet. Die Ergebnisse ihrer Befragungen wurden im Anschluss nicht nur zur Identifizierung "neuer Ziele" genutzt, sondern auch an verschiedene Behörden weitergeleitet. Oft wurden Häftlinge monate- oder jahrelang ohne Anklage festgehalten.

Erzwungene Geständnisse nützen nichts, verleihen aber zumindest den Verhaftungen einen Anstrich von Legalität. Nach ihren Geständnissen konnten Regimegegner schwerer Verbrechen beschuldigt und im Fall einer Verurteilung für Jahre in Haft gehalten werden; und diese Geständnisse bestätigten die Mär von Hochverrat und einer großen Verschwörung. Manche Angehörige der Sicherheitskräfte versuchten, ihre Häftlinge zu Geständnissen zu bewegen, um nicht foltern zu müssen. Die meisten, sagt Chris Engels von der CIJA, "waren felsenfest davon überzeugt, Ergebnisse liefern zu müssen und die Konsequenzen für Leute, die ihre Arbeit nicht zur Zufriedenheit erledigten, waren äußerst hart". In einer Anordnung des Sicherheitskomitees zur Verfolgung von Aufrührern wies man die Chefs der lokalen Sicherheitsbehörden

dazu an, "dem Nationalen Sicherheitsbüro regelmäßig die Namen von Agenten mitzuteilen, die unentschlossen oder unenthusiastisch sind". Manche von ihnen landeten in der gleichen Zelle wie Hamada.

### Krankenhaus 601

Anfang 2013, nach mehrfachen Folterungen und fast einem Jahr in Haft, sollte Hamada in das Krankenhaus 601 – ein Militärhospital am Fuß des Berges Mezzeh – verlegt werden. Anstelle seines Namens bekam er jetzt eine Nummer: 1858. Von den wenigen Mitgefangenen, die in das Krankenhaus 601 verlegt worden und wieder zurückgekommen waren, wusste Hamada: 601 war keine Klinik, sondern ein Schlachthaus. Nach Ankunft wurde er ans Bett gekettet, von einer Krankenschwester nach seinen Beschwerden gefragt – Hamada hatte offene Wunden an den Beinen und urinierte Blut – und dann geschlagen. Eines Nachts bat Hamada, zur Toilette gehen zu dürfen. In den Kabinen fand er Leichen vor, die grausame Folterspuren aufwiesen. Ein Bericht der Vereinten Nationen stellt fest, dass im Krankenhaus 601 viele Patienten zu Tode gefoltert wurden. Leichen in Toiletten zu lagern, so der Bericht, war Praxis in mehreren Sicherheitseinrichtungen in Damaskus.

Hamada bettelte darum, wieder ins Gefängnis zurückgebracht zu werden. Fünf Tage nach Einlieferung wurde er von den gleichen Wächtern abgeholt, die ihn in das Krankenhaus 601 gebracht hatten. Nach Ankunft hängten sie ihn für vier Stunden an den Handgelenken auf. Im Juni 2013 wurde Hamadas

Seinen Namen hatte Hamada gegen eine Nummer zu tauschen Fall der Justiz übergeben. Man brachte ihn in ein reguläres Gefängnis, wo er einen Antrag auf Nachweis der Anschuldigungen gegen ihn stellte. (Syrische Gefängnisse unterliegen im Unterschied zu den Einrichtungen der Sicherheitsdienste richterlicher Aufsicht.) Er sei, hieß es im Antwortschreiben, "wegen des Verbrechens des Terrorismus" angeklagt und seit dem 5. Juni 2013 in Haft – dem

gleichen Tag, an dem Anklage gegen ihn erhoben worden war. Die 15-monatige Haft im Geheimdienstgefängnis gab es offiziell nicht.

In den Morgenstunden des 21. August griff die syrische Regierung dicht besiedelte Stadtteile von Damaskus mit Raketen an. Die Projektile waren mit Sarin-Gas gefüllt. Mehr als 1400 Menschen wurden getötet. US-Präsident Barack Obama drohte (zunächst) mit Vergeltungsschlägen. Kurz nach dem Chemiewaffeneinsatz wurden Hamada mit vielen anderen Gefangenen in einen leeren Hangar auf dem Militärflughafen Al-Mezzeh gebracht. Heute geht man davon aus, dass mindestens eine der Sarin-Gas-Raketen von dort abgefeuert wurde, dass er also ein mögliches Ziel für US-Luftangriffe war. Die Wächter jedenfalls riefen ihren Gefangenen noch höhnisch zu, dass sie alle getötet würden, wenn die Amerikaner Syrien bombardierten. Als keine Bombardierungen stattfanden, wurden die Gefangenen zurück in das Gefängnis in Damaskus gebracht, wo Hamadas Fall endlich zur Verhandlung kam. Nachdem er seine Folterspuren zeigte, befand ihn der Richter in allen Anklagepunkten für nicht schuldig.

Hamada kehrte zurück in seine Heimatstadt. Zwei Jahre war intensiv um die Stadt gekämpft worden. Viele Gebäude waren zerstört, zwei seiner Neffen wurden noch immer im Geheimdienstgefängnis in Damaskus festgehalten; andere Familienmitglieder waren spurlos verschwunden. Deir ez-Zor war eine Geisterstadt, und aus dem Aufstand für politische Reformen war ein Glaubenskrieg geworden. Noch gab es moderate Rebellen, die aber oft von korrupten Warlords kommandiert wurden und die den dschihadistischen Kämpfern nicht gewachsen waren. In Deir ez-Zor herrschte der Islamische Staat, der, so Hamada, "alle Medien- und Demokratieaktivisten auf möglichst spektakuläre, durch Hollywood-Filme inspirierte Art umbrachte". Hamada floh in die Türkei, mit Hilfe von Schleppern nach Griechenland und weiter in die Niederlande, wo eine seiner Schwestern lebt.

Hamadas Aussagen über die Gräueltaten im Krankenhaus 601 wurden später durch etwa 55 000 Fotos bekräftigt, die von einem syrischen Militärpoli-

zisten mit dem Decknamen Caesar herausgeschmuggelt worden waren. Er hatte die USB-Sticks mit den gespeicherten Fotos in seinen Socken versteckt. Die Toten, die Caesar und einige Mitaktivisten im Krankenhaus 601 abgelichtet hatten, waren, wie Hamada, mit einer Nummer gekennzeichnet, die man ihnen zum Teil mit Textmarker auf die Stirn oder die Brust geschmiert hatte. Alle, und er

Dass Assad zurücktritt, wird immer unwahrscheinlicher

fotografierte oft mehr als 50 am Tag, wiesen schwerste Zeichen von Folter auf. In den Sterbeurkunden hatte ein Arzt als Todesursache "Herzversagen" vermerkt. Nur etwa 730 Opfer konnten bislang identifiziert werden. Auf einigen Bildern erkannte Hamada Zellengenossen wieder.

### **Endspiel**

Wiley und Engels glauben, dass die CIJA ausreichend Material besitzt, um Assad und seine Helfer der Verbrechen gegen die Menschheit überführen zu können – sollte es zu einer Verhandlung kommen. Dass solche Verbrechen begangen würden, bestreitet das Regime in einem offiziellen Antwortbrief der syrischen UN-Delegation auf eine Anfrage der Vereinten Nationen: "Wir haben keine Bürger verhaftet, die an friedlichen Protesten teilgenommen haben. Was Individuen betrifft, die mit Waffengewalt oder durch terroristische Akte den Staat angegriffen haben, das ist natürlich eine ganz andere Sache." In den vergangenen Monaten hat die syrische Armee wieder Territorium von den Rebellen zurückerobert. Dass Assad freiwillig zurücktreten könnte, wird immer unwahrscheinlicher. Wiley und die CIJA-Mitarbeiter vermeiden es, über einen Regimewechsel in Syrien zu sprechen. Aber er sei doch optimistisch, dass "wir unsere Arbeit in naher Zukunft vor Gericht präsentieren können".

Hamada bekommt in den Niederlanden psychotherapeutische und medi-

zinische Hilfe. Er lernt holländisch und organisiert Anti-Assad-Proteste, selbst wenn nur wenige Menschen kommen. Seine Neffen, ein Bruder und viele Freunde sind noch immer in Haft oder verschwunden. Eine Schwester in Syrien hat bei der Militärpolizei um Sterbeurkunden gebeten. Vergeblich.



Ben Taub ist Autor von newyorker.com. Diese Reportage wurde durch ein Stipendium des Pulitzer Center on Crisis Reporting ermöglicht.

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

Brief aus ... Neu-Delhi

### Denken Sie nicht an Elefanten

Revolution? Wandel? Nach zwei Jahren Modi sieht Indien aus wie – Indien

Britta Petersen | Wer dieser Tage die Zeitung in Indien aufschlägt, könnte meinen, er habe sich im Jahrhundert geirrt. Da ist zu lesen, dass Angehörige der früher als "unberührbar" geltenden untersten Kaste, der Dalits, ermordet wurden, weil sie einer bereits toten Kuh das Fell abgezogen haben. An anderer Stelle beklagen Kommentatoren, dass eine vom Parlament beschlossene Änderung des Gesetzes gegen Kinderarbeit in Wahrheit Kinderarbeit erlaube.

Indien ist oft und gern als Elefant beschrieben worden, der sich langsam – sehr langsam sogar –, aber stetig voranbewegt. Als "Hindu-Wachstumsrate" galt ein Wirtschaftswachstum, das zwischen 2 und 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts vor sich hindümpelt. Doch spätestens seit Narendra Modi 2014 mit einer überwältigenden Mehrheit zum Premierminister gewählt wurde, haben Inder ein anderes Bild von sich selbst.

Selten ist ein Politiker mit einem so deutlichen Mandat für den Wandel an die Macht gekommen wie Modi. Mittlerweile aber geht es vielen Beobachtern so wie in dem berühmten Psychoexperiment: Woran denken Sie, wenn man Sie auffordert, nicht an Elefanten zu denken? Genau.

Trotz eines Wirtschaftswachstums von mehr als 7 Prozent kämpft das Land mit sehr alten Problemen. Und wenn man es recht bedenkt, ist das auch gar nicht weiter überraschend. Die Regierung Modi hat einiges auf die Reihe gebracht und anderes nicht. Indien ist eine stabile Demokratie und ein prosperierendes Land. War da jemand, der von Modi eine Revolution erwartet hat?

Ob die "guten Tage", die er in seiner Wahlkampagne versprochen hat, tatsächlich gekommen sind, entscheiden die Wähler 2019. Viel wird davon abhängen, ob die oppositionelle Kongress-Partei bis dahin noch immer so ein desolates Bild abgibt wie heute.

Aber drei Jahre sind in einer Demokratie bekanntlich eine Ewigkeit. Und auch wenn es Modis Wahlkampfstrategen nicht gefallen sollte: die von seiner Bharatiya Janata Party (BJP) geführte Regierung reiht sich relativ nahtlos in das wirtschaftliche Modernisierungsprojekt ein, das 1991 mit dem damaligen Finanzminister Manmohan Singh begann. Indiens Reformprozess bleibt weitgehend auf den Staat fixiert.

Das dürfte auch der Grund sein, warum der international geschätzte Zentralbankgouverneur Raghuram Rajan seinen Hut nehmen musste, obwohl er die Rupie zu einer der stabilsten Währungen der Welt gemacht hat. Ein Ökonom der Chicago School, der die Regierung kritisiert und gegen die faulen Kredite bei indischen Staatsbanken vorgehen will, passt nicht ins Bild. Politischer und ökonomischer Liberalismus hat in Indien keine Heimat und kaum Anhänger.

Es ist daher kein Wunder, dass das Land gerade die Einführung einer landesweiten Umsatzsteuer als "mutigste Reform seit der Unabhängigkeit" (Indian Express) feiert. Sie sollte der Wirtschaft in der Tat einen kräftigen Schub geben, da nun beim Handel innerhalb Indiens keine Steuern mehr anfallen. Andere wichtige Initiativen wie die Öffnung des Verteidigungs- und Luftfahrtsektors für ausländische Direktinvestoren als Teil der "Make in India"-Kampagne, die Elektrifizierung der Dörfer und der Ausbau der Solarenergie bleiben ebenfalls staatsfixiert.

Der blinde Fleck in Indiens Politik sind die private Wirtschaft und verbunden damit das Individuum. Eine Reform der restriktiven Arbeitsgesetzgebung kommt nicht recht voran. Die Vorstellung, dass der Privatsektor die Millionen von Arbeitsplätzen schaffen könnte, die Indien angesichts seines Bevölkerungswachstums braucht, teilt offenbar niemand.

Und so sind die wichtigsten Kritiker Modis Kasten wie die Patidars in Gujarat, die zum Teil gewalttätig dafür demonstrieren, dass sie in den Kreis der Benachteiligten aufgenommen werden, für die einst Quoten für Verwaltungsjobs geschaffen wurden.

Ob die Ausbildungsinitiative "Skill India" dazu beiträgt, eine grundsätzliche Änderung herbeizuführen, ist fraglich. Tatsächlich hat die BJP-Regierung die Bildungsausgaben 2015/16 gekürzt; Indien gibt weiterhin nicht mehr als 3 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für Bildung aus.

Immerhin hat die Regierung das Ziel formuliert, 400 Millionen Menschen bis 2022 auszubilden – auch wenn das ambitioniert erscheint. Die indische Klassengesellschaft glaubt nicht unbedingt daran, dass es notwendig sei, auch diejenigen auszubilden, die manuelle Arbeit leisten.

Modi, der selbst aus bescheidenen Verhältnissen stammt, kennt das Problem. Aber viele seiner Parteifreun-

de beschäftigen sich lieber damit, die unteren Gesellschaftsschichten mit religiösen Themen gegeneinander auszuspielen. Wie eben der Frage, ob das Schlach-

Der blinde Fleck in Indiens Politik bleibt das Individuum

ten von Kühen verboten werden soll. Die Kuh gilt vor allem den oberen Hindu-Kasten als heilig, nicht aber den Dalits, Muslimen und anderen Gruppen, die zusammen mehr als 40 Prozent der Bevölkerung ausmachen.

Dies alles trägt dazu bei, dass wir beim Thema Indien immer wieder an Elefanten denken. Aber in den allermeisten Fällen sind dies ja ganz sympathische Tiere. Und niemand hat je behauptet, dass sie sich nicht bewegen.



Britta Petersen ist Senior Fellow bei der Observer Research Foundation in Neu-Delhi. Zuvor war sie Korrespondentin der FT Deutschland und Büroleiterin der Böll-Stiftung in Pakistan.

# Bild nur in Printausgabe verfügbar

Internationale Presse

## Nach dem Anschlag in Nizza

Regierung und Opposition in Frankreich geben ein klägliches Bild ab

Christine Longin | Es war ein Drama, das den französischen Nationalfeiertag für immer veränderte: Ein 31-jähriger Tunesier steuerte am Abend des 14. Juli auf der weltberühmten Promenade des Anglais in Nizza einen weißen Lastwagen mit voller Wucht in die Menschenmenge, die gerade das traditionelle Feuerwerk verfolgt hatte. Nach dem Anschlag auf die Satirezeitung Charlie Hebdo und den Konzertsaal Bataclan im vergangenen Jahr in Paris wurde Frankreich erneut vom Terror des so genannten Islamischen Staates getroffen. Das Land war geschockt und fassungslos. "Warum?", fragte die Zeitung Libération" (15. Juli) auf ihrer Titelseite, die die von Kugeln durchsiebte Windschutzscheibe des Fahrzeugs zeigte. "Wie durchhalten?", titelte wenige Tage später das Nachrichtenmagazin Le Point (21. Juli).

Doch die Fassungslosigkeit wandelte sich schnell in Kritik an der sozialistischen Regierung, die es trotz des seit Monaten geltenden Ausnahmezustands nicht geschafft hatte, die Bevölkerung vor Islamisten zu schützen. Der konservative *Figaro* veröffentlichte schon zwei Tage nach der

Bluttat eine Umfrage des Ifop-Instituts, die ein tiefes Misstrauen in die Anti-Terror-Politik der Regierung ergab. "Terrorismus: Die Franzosen fordern mehr Härte", titelte das Blatt (16. Juli). "Was die Sicherheit angeht, halten die Franzosen die Linke für so naiv, dass sie ihr nicht mehr vertrauen", schrieb Paul-Henri du Limbert im Leitartikel, 67 Prozent der Franzosen haben der Umfrage zufolge kein Vertrauen mehr in die Terrorbekämpfung der Regierung. Und das, obwohl seit 2013 drei Gesetze verabschiedet wurden, die der neuen Bedrohung begegnen sollen. "Der Anschlag von Nizza hat die Ansicht verstärkt, dass Frankreich - im Krieg gegen einen zu allem entschlossenen Feind - sich Maßnahmen an die Hand geben sollte, die die Regierung noch nicht ins Auge gefasst hat", sagte Ifop-Chef Jérôme Fourquet.

Eine Einschätzung, die die Medien teilten. "Sind sie den Herausforderungen gewachsen?", fragte das linksliberale Nachrichtenmagazin *L'Express* in seiner an vielen Kiosken schnell vergriffenen Ausgabe vom 19. Juli. Die Antwort lautete eindeutig Nein. Sie galt allerdings

nicht nur für die Regierung, sondern auch für die konservative Opposition. "Zwischen einer Linken, die immer einen Anschlag hinterherhinkt, und einer Rechten, die eine Wahl voraus sein will, ist die politische Klasse den Herausforderungen des Terrorismus sichtlich nicht gewachsen", hieß es in der siebenseitigen Titelgeschichte. In einem Videokommentar machte Redaktionsleiter Christophe Barbier klar, warum die Reaktionen auf den Anschlag vor allem bei der Opposition so heftig ausfielen: "Die Debatte um das Attentat wurde vom Präsidentschaftswahlkampf erfasst."

### Ende der nationalen Einheit

Im Frühjahr 2017 wird in Frankreich ein neuer Präsident gewählt. Die Vorentscheidung, wer für welche Partei ins Rennen geht, fällt noch vor dem Jahresende. Aus dem Lager der konservativen Republikaner versuchten deshalb die Bewerber um die Präsidentschaftskandidatur, sich lautstark als Hardliner in Sicherheitsfragen zu profilieren. Der ehemalige Staatspräsident Nicolas Sarkozy trat in den Abendnachrichten des Fernsehsenders TF1 (17. Juli) als scharfer Kritiker der Regierung auf. "Nicht alles, was in den vergangenen 18 Monaten hätte getan werden können, ist auch getan worden." Markige Worte, die ihm in der Plattform "Le Plus" des linken Nachrichtenmagazins L'Obs" eine Fotomontage mit der blonden Haartracht des republikanischen US-Präsidentschaftsbewerbers Donald Trump einbrachten.

Sarkozy musste sich damit gegen Alain Juppé, seinen parteiinternen Rivalen um die Präsidentschaftskandidatur, behaupten, der schon am Tag nach dem Anschlag mit ungewöhnlich scharfer Kritik vorgeprescht war. "Wenn alle Maßnahmen ergriffen worden wären, wäre das Drama von Nizza nicht passiert", so Juppé im Radiosender RTL (15. Juli). Damit war klar, dass die nationale Einheit, an die Präsident François Hollande nach jedem Anschlag appellierte, diesmal nicht zustande kommen würde.

Nach den Attentaten auf die Satirezeitung *Charlie Hebdo* und den koscheren Supermarkt Hyper Cacher im Januar 2015 hatten die sozialistische Regierung und Opposition noch geschlossen dem Terrorismus die Stirn geboten. Auch

nach der Anschlagsserie des 13. November in Paris hielt der Burgfrieden zwischen Regierung und Opposition mehrere Tage. Doch nach Nizza war von

Konservative Politiker wollen sich als Hardliner profilieren

dieser "unité nationale" nichts mehr zu spüren: "Die heilige Union, die Frankreich den Opfern von Nizza schuldet, hat nur wenige Minuten gedauert", kommentierte die linksgerichtete *Libération* (15. Juli).

Schnell war von "surenchère" die Rede, einer Überbietung mit immer härteren Maßnahmen, um den Terrorismus zu bekämpfen. Sarkozy präsentierte im Fernsehinterview mit dem Sender TF1 (17. Juli) gleich mehrere Ideen: "Wir fordern Deradikalisierungszentren", sagte der Parteichef der Konservativen, der seine Ambitionen auf eine weitere Präsidentschaftskandidatur kaum noch versteckt. Tausende Franzosen, die in den Islamismus abzugleiten drohten, müssten dort interniert werden. Außerdem müssten die Ausländer, die einen Sicherheitsvermerk tragen, des Landes verwiesen werden. "Warum ist das alles noch nicht passiert? Das ist die Frage, die die Franzosen sich stellen."

Der republikanische Abgeordnete Georges Fenech ging sogar noch weiter und forderte ein "französisches Guantánamo". Eine Idee, die die Regierung umgehend zurück-

"Pannen und eine Lüge", so titelte die linke *Libération*  wies. "Meine Regierung wird nicht die sein, die ein Guantánamo à la française schafft", sagte der sozialistische Premierminister Manuel Valls in einem

ganzseitigen Interview mit der Zeitung Le Monde (30. Juli). Die Franzosen müssten Lösungen von Demagogen ablehnen, die glauben machen wollen, dass ein schnelles Ende des Terrorismus möglich sei. Es gibt eine unüberwindbare Grenze: den Rechtsstaat.

### Ein Innenminister unter Beschuss

Staatspräsident François Hollande hatte nach dem Anschlag weitgehend seinem Regierungschef das Feld in den Medien überlassen. Eine Gelegenheit, die Valls als ehemaliger Innenminister gerne und ausgiebig ergriff. Seitdem verging kaum ein Tag, an dem er sich nicht in einem Zeitungs- oder Fernsehinterview äußerte. Seine Medienpräsenz nutzte der Premierminister auch, um seinen Innenminister Bernard Cazeneuve zu verteidigen, der nach dem Anschlag ins Kreuzfeuer der Kritik geraten war.

Die Verbalattacken seien "unwürdig", bemerkte Valls im Fernsehsender BFMTV (25. Juli). Cazeneuve sei ein "wunderbarer Minister". Der stets besonnen wirkende oberste Gesetzeshüter des Landes galt nach den Anschlägen im vergangenen Jahr eigentlich als unantastbar. Das Atten-

tat von Nizza so kurz nach der Fußball-EM warf allerdings die Frage auf, ob Cazeneuve die Bedrohung unterschätzt habe. Forderungen nach seinem Rücktritt kamen nicht nur vom rechtspopulistischen Front National.

Auch die linke Libération ging den Sozialisten hart an. "Pannen und eine Lüge" titelte sie am 21. Juli. Der Lügner sei Cazeneuve gewesen, der fälschlicherweise behauptet habe, dass die nationale Polizei am Anschlagsabend den Zugang zur Promenade des Anglais gesichert habe. "Das unter der Decke zu halten, was in Nizza passierte, ist nicht beruhigend. Es lässt die Fantasie, die Gerüchte und die Komplott-Theorien ins Kraut schießen", kritisierte Redaktionsleiter Johan Hufnagel im Leitartikel.

Für viel Aufsehen sorgte wenige Tage später das Interview der für die Videoüberwachung am 14. Juli zuständigen Polizistin Sandra Bertin mit dem Journal du Dimanche (24. Juli). Die Beamtin warf Cazeneuves Ministerium vor, ihre Informationen manipuliert zu haben. Das Ressort habe so die ihm unterstehende Nationalpolizei, die zusammen mit der städtischen Polizei im Einsatz war, in ein besseres Licht rücken wollen. Innenminister Cazeneuve konterte noch am Abend des 24. Juli mit einem Fernsehinterview im Sender France 2, in dem er von einer "Kampagne der Hässlichkeiten" gegen ihn sprach.

Die Medien kritisierten die Auseinandersetzung um den Polizeieinsatz in Nizza einhellig. "Dieser Streit muss beendet werden", forderte Frédéric Vézard im *Parisien* (25. Juli). "Während man sich wegen der Zahl der Polizisten an der Prome-

nade des Anglais gegenseitig fertigmacht, vergisst man die einzig wichtige Frage: Was tun, damit sich das nicht wiederholt?"

### Pakt mit dem Islam

Premierminister Valls nutzte seine Medienpräsenz auch, um eine Debatte über die Rolle des Islam in Frankreich anzustoßen. In einem Beitrag für das Journal du Dimanche (31. Juli) schlug er einen Pakt mit der zweitgrößten Religion des Landes vor, der rund fünf Millionen Gläubige angehören. "Dem Islam in Frankreich muss dringend geholfen werden, diejenigen loszuwerden, die ihn von innen her aushöhlen." Dazu gehöre eine grundlegende Reform der Imam-Ausbildung. Außerdem müsse die Finanzierung der Moscheen überdacht werden, die zum Teil aus dem Ausland kommt.

Die Diskussion über den "Islam de France" und die Art und Weise, wie eine Radikalisierung seiner Mitglieder verhindert werden kann, dauert schon seit dem Anschlag auf *Charlie Hebdo* an. Sie bekam durch einen weiteren Terrorangriff neue Nahrung, der sich nicht einmal zwei Wochen nach Nizza ereignete: In Saint-Etienne-du-Rouvray in der Normandie schnitten zwei 19-Jährige, die sich zum Islamischen Staat bekannten, einem Priester in der Morgenmesse die Kehle durch.

Für die Medien war das der Anlass, darüber nachzudenken, wie viel Raum sie der Berichterstattung über die Täter geben wollen. *Le Monde*, der Fernseh-Nachrichtensender

BFMTV, der Radiosender Europel und die Auslandsprogramme RFI und France24 kündigten am 27. Juli an, künftig auf Fotos der Attentäter zu verzichten. "Nach dem Anschlag von Nizza werden wir keine Fotos von Attentätern mehr veröffentlichen, um eine Verherrlichung nach

dem Tod zu vermeiden," schrieb *Le Monde*-Chefredakteur Jérôme Fenoglio in einem Leitartikel (27. Juli). Ein Schritt, den andere Medien klar ab-

In welcher Weise soll über die Täter berichtet werden?

lehnten. "Die Absicht ist gut, das Ergebnis schlecht", reagierte der Chefredakteur von *Libération*, Laurent Joffrin (28. Juli). "Es ist besser für die Bürger zu wissen, mit wem sie es zu tun haben", ergänzte er.

Die Satirezeitung Charlie Hebdo griff die Diskussion auf ihre Weise auf. Sie zeigte auf dem Titelblatt (3. August) die Karikatur eines ISAttentäters mit blutigem Messer in der Hand, dessen Gesicht aus einem nackten Hinterteil besteht. Auf die Frage, ob die Gesichter der Terroristen gezeigt werden sollen, kam die Antwort aus der Sprechblase: "Wenn ich das gewusst hätte, hätte ich eine Krawatte umgebunden."



Christine Longin ist seit sechs Jahren Korrespondentin in Paris und berichtet u.a. für die Rheinische-Post-Zeitungsgruppe aus Frankreich.

## Putin als Wille und Vorstellung

Vier neue Bücher nähern sich dem widersprüchlichen Herrn im Kreml

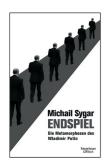
Stefan Meister | Die Welle der Russland-Bücher reißt nicht ab, die Faszination der Figur Wladimir Putin ist ungebrochen. Im Vordergrund steht die Frage, was der russische Präsident eigentlich will, in der Ukraine, in Syrien und anderswo: ein neues Imperium schaffen, die Rolle als Regionalmacht festigen oder doch einfach nur an der Macht bleiben?

Wer ist Wladimir Putin? Was treibt ihn an, welche Erfahrungen, welche Feinde, welche Freunde haben ihn persönlich und politisch geprägt und welches Umfeld "schützt" ihn? Diesen Fragen widmet sich Michail Sygar, langjähriger Korrespondent der Tageszeitung Kommersant und inzwischen Chefredakteur des einzigen noch unabhängigen russischen TV-Senders Doschd, in seinem Buch "Endspiel. Die Metamorphosen des Wladimir Putin".

Zu den Feinden zählt Sygar den ehemaligen georgischen Präsidenten Michail Saakaschwili, den verstorbenen Medienoligarchen Boris Beresowski sowie den "unterschätzten Rivalen" und Oppositionspolitiker Alexej Nawalny. Zentral für das Funktionieren und die Ausrichtung der Politik Putins – für den "kollektiven Putin", wie Sygar das nennt – sind jedoch die Freunde: das direkte Umfeld des Präsidenten, in dem die langjährigen Weggefährten aus Petersburger Zeiten eine wichtige Rolle spielen.

Dazu zählen Sergej Iwanow, der Leiter der Präsidialverwaltung; Alexander Woloschin, der Erste Stellvertreter der Verwaltung des Präsidenten und wichtiger Manager; Wladislaw Surkow, der "Puppenspieler", Chefideologe und Mann für spezielle Aufgaben; und Dmitri Medwedew, treuer Platzhalter, Interimspräsident und derzeit Premierminister. Anhand ihrer Laufbahnen und Rollen im System Putin beschreibt Sygar dessen Funktionsweise: Es ist das kollektive Handeln von Putins Umfeld, das die russische Politik seit dem Jahr 2000 bestimmt.

Die Popularität des Präsidenten zu erhalten mit dem Ziel, an der Macht zu bleiben, ist Aufgabe einer Vielzahl von Personen. Dabei hält Sygar nichts von der These eines planmäßigen Vorgehens Putins. Der Präsident ist für ihn ein Taktiker, der situativ reagiert, nie aber eine Handlungsstrategie besaß. Nur im Nachhinein habe Putin dann selbstverständlich schon immer recht gehabt, alles vorausgesehen, alles vorausgesagt.



Michail Sygar: Endspiel. Die Metamorphosen des Wladimir Putin. Köln: Kiepenheuer und Witsch 2015, 400 S., 16,99 €

Für das System kann Putin keine Fehler begehen, sein Vorgehen ist stets nur Reaktion auf innere und äußere Feinde, die Russland bekämpfen. Dieser eingebildete Krieg gegen den Westen, die NATO, die NGOs, die Farbenrevolutionen darf nie aufhören, denn sonst könnte die Frage aufkommen, wozu dieser kollektive Putin eigentlich gebraucht wird. Der Präsident als Projektionsfläche hat einen Wandlungsprozess vollzogen, der sich nicht nur in Russland selbst abspiele, sondern auch in unseren Köpfen. Das, so Sygar, mache Putin so faszinierend. Es werde auch weiterhin Putin-Projektionsflächen geben, auf die jeder das projizieren könne, was er aufgrund seiner eigenen Prägungen, Stereotypen oder Beeinflussungen durch die staatliche russische Propaganda verstehen möchte.

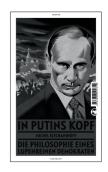
Detailliert beschreibt Sygar die Ereignisse der jüngeren Vergangenheit wie das Vorgehen russischer Truppen auf der Krim und in der Ostukraine. Die durchaus vorhandene Selbstkritik des Westens übergeht der Autor nonchalant und beklagt stattdessen wortreich dessen Widersprüchlichkeit und Inkonsequenz gegenüber dem System Putin. Diese machten es erst stark. Nicht ganz auflösen kann Sygar den Widerspruch zwischen dem "kollektiven Putin" und der Bedeutung Einzelner für das System. Dass Quellenangaben fehlen, ist bedauerlich und erschwert die Überprüfbarkeit seiner Argumente. Das aber ist nur ein kleines Manko dieses äußerst lesenswerten Buches.

### Eine neue Idee für Russland

Dem Denken des russischen Präsidenten und seines Umfelds widmet sich der in Frankreich geborene Philosoph Michel Eltchaninoff in seinem Buch "In Putins Kopf". Seine These: Nachdem der Kommunismus mit dem Untergang der Sowjetunion als Ideologie und Konzept gescheitert war, habe es sich Putin zur Aufgabe gemacht, auf der Basis der russischen Geistesgeschichte eine neue Idee für Russland und die Welt zu entwickeln. Dabei berufe er sich in seinen Reden auf so unterschiedliche Philosophen wie Immanuel Kant, Iwan Iljin, Konstanin Leontjew, Alexander Solschenizyn und Lew Gumiljow. Putins neue Staatsphilosophie sei vom Panslawismus, dem Denken der Neo-Eurasier, völkischem Gedankengut, vor allem aber von einem reaktionären Konservativismus geprägt. Die Entwicklung einer neuen Ideologie solle Russland zusammenhalten und als Legitimationsquelle der Machteliten dienen. Damit verbunden ist eine Ablehnung der westlichen Zivilisation, der es aus Sicht des Präsidenten an "moralischen Grundlagen und jeder traditionellen Identität" mangele.

Zu einem Schlüsselelement dieser philosophischen Versatzstücke gehöre die fundamentale Ablehnung von Homosexualität, von der Putin laut Eltchaninoff regelrecht besessen zu sein scheint. Dieses Thema schweiße verschiedene Elemente des neuen Wertekanons wie christliche Werte, Treue zur nationalen Geschichte, Patriotismus und Misstrauen gegenüber dem Westen zusammen.

Dabei fehle der Putinschen philosophischen Wende jegliche tiefgreifende Reflexion. Die zitierten Autoren, die zum großen Teil Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts lebten, würden "nicht wirklich in ihrem Wesen und ihren Grenzen hinterfragt", sondern instrumentali-



Michel Eltchaninoff: In Putins Kopf. Die Philosophie eines lupenreinen Demokraten. Stuttgart: Klett-Cotta 2016, 192 S., 14,95 €



Boris Reitschuster: Putins verdeckter Krieg. Wie Moskau den Westen destabilisiert. Berlin: Econ Verlag 2016, 336 Seiten, 19.99 €

siert, "um die Überlegenheit der 'russischen Zivilisation' gegenüber einem als dekadent angesehenen Westen zu suggerieren".

Kurzum: Die vom Präsidenten zitierten Philosophen würden im Sinne machtpolitischer Interessen des Regimes benutzt, ohne in ihren historischen Kontext eingeordnet zu werden. Somit würden ihre Aussagen in einen Zusammenhang gestellt, mit dem sie nichts zu tun hätten, der aber Spielraum für jegliche machtpolitische Rechtfertigung und Interpretation biete. Dabei komme der Andersartigkeit Russlands – und dessem besonderen "historischen Weg" – eine zentrale Rolle zu.

Unter Berufung auf diese "Andersartigkeit" wolle man die russische Gesellschaft davon überzeugen, dass die imperialen Ambitionen der Führungsclique berechtigt seien. Dass Putin mit der Annexion der Krim ein Coup gelungen sei, der eine große Mehrheit der Russen bis heute begeistere ("von den Knien auferstanden"), solle jedoch nicht als Beweis dafür dienen, dass das Konzept einer "russischen Welt" verfange. Die Begeisterung für die Schaffung eines "Neurusslands" im Osten und Süden der Ukraine habe sich in den betroffenen Regionen in Grenzen gehalten, sodass die russische Führung dieses Projekt aufgeben musste.

Für den Rest der Welt inszeniert sich der russische Präsident als Vorkämpfer eines antimodernen und erzkonservativen Denkens. Eltchaninoff sieht diese Politik in einer sowjetischen Tradition, die die Idee des Kommunismus in die Welt tragen wollte. Putin setze diese fort, indem er die nationalistischen und vorwissenschaftlichen Teile der russischen

Philosophie im Rahmen einer konservativen Mobilisierung verbreiten will. Auch wenn die europäischen konservativen Populisten im Front National, der Lega Nord, bei Fidesz oder der AfD Adressaten dieses Sendungsbewusstseins sind, bleibt zu bezweifeln, ob Putins pseudophilosophischer Wertediskurs tatsächlich zu tragfähigen Konzepten führen kann. Bei allen Versuchen, eine "konservative Internationale" aufzubauen, mangelt es an Antworten auf globale Dynamiken; und am Ende ist sich jeder Populist selbst am nächsten.

### Kleine, kriminelle Clique

Boris Reitschuster, ehemaliger Büroleiter des Focus in Moskau, legt mit "Putins verdeckter Krieg. Wie Moskau den Westen destabilisiert" eine Art Bilanz seiner bisherigen Arbeit vor. Reitschuster, der sich über Jahre als (zuweilen schriller) Kritiker des Systems Putin profiliert hat, ist mit dem Thema hybrider Krieg im Mainstream der aktuellen Russland-Debatte angekommen. Laut Reitschuster beherrscht eine kleine, kriminelle Clique um Putin das Land wobei der Autor klar zwischen dieser Machtelite und Russland unterscheidet, für das er große Sympathien hegt.

Im postsowjetischen Russland sei es, so Reitschuster, zu einer Symbiose zwischen der KGB-Nachfolgeorganisation FSB und mafiösen Strukturen gekommen. Die Politik und das Vorgehen des russischen Präsidenten und seiner Umgebung seien von der gemeinsamen Herkunft aus dem sowjetischen Geheimdienst KGB geprägt. Dazu zählten Desinformation, Zersetzung, Propaganda, aber auch Versuche, den Feind mit verdeckten und hybriden Methoden auszuschalten.

Während im Westen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts fast alle analytischen, geheimdienstlichen und militärischen Kapazitäten zu den Nachfolgestaaten der Sowjetunion abgebaut worden seien, habe es in Russland vor allem bei den Geheimdiensten personelle und institutionelle Kontinuität gegeben.

Fehlentwicklungen in Deutschland und Europa, so argumentiert Reitschuster allerdings zu Recht mit Blick auf wachsenden Populismus, EU-Ablehnung und Glaubwürdigkeitsverlust von Medien und Parteien, seien nicht die Schuld Putins, sondern hausgemacht. Die russische Führung nutze jedoch diese Schwächen und versuche, die Entwicklungen noch zu verstärken – unter anderem, indem sie die Populisten unterstütze und aufwerte.

Für Reitschuster ist Putins einzige Ideologie der Machterhalt. Hier zeigt sich ein Widerspruch: Putin, so der Autor, sei völlig werte- und ideologiefrei. Gleichzeitig besitze der Präsident aber ein enormes historisches Sendungsbewusstsein. Inwieweit Putins Werte- und Geschichtsdiskurs nur ein Instrument oder aber Ausdruck echter Überzeugung ist, kann Reitschuster nicht abschließend klären. Auch die Rolle Alexander Dugins - den Reitschuster als Chefphilosophen des Systems Putin bezeichnet - ist in der Wissenschaft umstritten. Wirklich belegen kann er diese Einordnung nicht.

Reitschusters Buch ist da stark, wo es die Funktionsweise und Widersprüche des Systems Putin offenlegt. Aber er schwächt seine eigenen Argumente, wenn er auf Interpretationen zurückgreift, die er mit Fakten nicht hinreichend belegen kann. Ärgerlich

ist, dass er regelmäßig "befreundete Dienste" als Quelle angibt und darauf zum Teil schwer nachweisbare Argumente aufbaut. So gibt es keine Beweise, dass Moskau tatsächlich für den Giftanschlag auf den ehemaligen ukrainischen Premierminister Viktor Juschtschenko verantwortlich ist.

Ob die Krim-Annexion wirklich ein Beleg ist, dass Putin mit "seinem Expansionskurs ... fest in der Tradition seiner Vorgänger, der Zaren und Generalsekretäre" steht, ist fraglich. Dass Putin die postsowjetischen Staaten als seine Einflusssphäre sieht, die es zu erhalten gilt, ist richtig. Zweifelhaft ist aber, ob er seinen Einfluss "weit über die Grenzen [der Sowjetunion] und die des Warschauer Paktes" bis hin zur innerdeutschen Grenze wiederherstellen will und ob die Eurasische Wirtschaftsunion für Putin nicht nur ein Gegenstück zur EU ist, sondern diese "im Idealfall ... ablösen" soll.

Mit solchen Aussagen begibt sich Reitschuster auf das Terrain nicht belegbarer Interpretationen oder gar Verschwörungstheorien. Dennoch ist sein Buch lesenswert für alle, die sich mit russischer Desinformationstrategie und ihren Instrumenten beschäftigen wollen und sich für Details der Verbindung zwischen kriminellen Strukturen, Staat und Geheimdiensten in Russland interessieren.

### Literarische Annäherung

Ein besonders bemerkenswertes Buch ist der Dialog zwischen der Germanistin, Übersetzerin und Historikerin Irina Scherbakowa und Karl Schlögel, einem der bekanntesten deutschen Osteuropa-Historiker, der in der edition Körber-Stiftung erschienen ist. Es ist ein sehr



Irina Scherbakowa und Karl Schlögel: Der Russland-Reflex. Einsichten in eine Bezie-hungskrise. Hamburg: edition Körber-Stiftung 2015, 144 Seiten, 17.00 €

persönliches, geradezu literarisches Gespräch dieser beiden großen Intellektuellen über ihre Herkunft und die Liebe zum jeweils anderen Land geworden. Die Familie von Scherbakowa ist tief durch den Zweiten Weltkrieg geprägt: Ihr Vater war Kriegsinvalide; der Krieg und seine Schrecken waren in der Familie ständig präsent. Schlögel hingegen kommt aus einem schwäbischen Dorf und wuchs fernab der großen historischen Ereignisse auf. Osteuropa war praktisch nicht existent, allenfalls in Gestalt von Flüchtlingen aus dem Sudetenland, Schlesien und Ostpreußen.

Aus einer jüdischen Familie stammend, lernte Scherbakowa durch Reisen nach Ostberlin Deutschland kennen. Ihr Vater war Literaturwissenschaftler, der sich mit Kriegsliteratur beschäftigte und auch deutsche Schriftsteller zu diesem Thema las. Sie selbst wurde Übersetzerin und näherte sich den beiden deutschen Staaten über die Literatur an. Schlögel reiste zum ersten Mal als Abiturient über Lemberg und Kiew nach Moskau. Als Anhänger der Studentenbewegung und linker Aktivist war er von der Sowjetunion fasziniert. Die Beschäftigung mit Russland war für ihn eine Form des Generationenkonflikts, eine Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit und der Schuld der Väter.

Beide zeichnet eine große Sensibilität im Umgang mit der deutschen und russischen Geschichte aus. Scherbakowa sieht es mit Bedauern, dass im Putinschen Russland wieder Begriffe aus den Zeiten des Großen Terrors oder des Kalten Krieges verwendet werden, wie "fünfte Kolonne" oder "ausländische Agenten". Dieses Spiel mit Begrifflichkeiten belebe Feind-

bilder aus der Vergangenheit wieder und diene der Begründung einer neuen Staatsideologie. Scherbakowa, die sich in der Menschenrechtsorganisation Memorial mit der Aufarbeitung der sowjetischen Vergangenheit beschäftigt, sieht darin Anzeichen eines alarmierenden Rückschritts. Das heutige Russland sei von unreflektiertem Patriotismus geprägt, die Geschichte des stalinschen Terrors werde erneut verdrängt.

Schlögel gesteht ein, dass er einen Konflikt mit Russland in dieser Form nicht erwartet hätte: Durch das russische Vorgehen in der Ukraine sei der Krieg wieder nach Europa zurückgekehrt, wenn auch anders, als manche dachten. Voreilige Einordnungen - ob "Rückfall in die Geopolitik" oder "neuer Kalter Krieg" - erklären nach Schlögels Ansicht gar nichts. Er glaubt, dass man das heutige Russland nur verstehen könne, wenn es gelinge, "die inneren Triebkräfte, die Dynamik, die hinter dieser aggressiven Politik steht, und die neuen Formen, in denen das geschieht, zu analysieren".

In diesem Buch führen zwei große Europäer einen Dialog auf der Basis eines gemeinsamen Wertefundaments. In der realen Politik sind wir davon weit entfernt – und trotzdem bringt uns auch dieses Buch der Widersprüchlichkeit des Systems Putin ein Stück näher.



Dr. Stefan Meister ist Programmleiter für Russland, Osteuropa und Zentralasien am Robert Bosch-Zentrum für Mittel- und Osteuropa der DGAP.

### Das Ende des Journalismus

... und wie es vielleicht noch zu verhindern wäre: Vier Vorschläge

Lenz Jacobsen | Wenn Ideale in Gefahr sind, lässt sich das oft am besten daran erkennen, dass sie lautstark verteidigt werden. Gleich mehrere neue Bücher beschwören die Rolle der Medien für eine aufgeklärte Gesellschaft, und sie alle belegen damit vor allem die Nervosität, mit der längst nicht mehr nur die Branche selbst auf die Schwäche des Journalismus schaut.

Was wird aus der Demokratie, wenn eines ihrer wichtigsten Aufklärungsorgane immer schlechter funktioniert? Und wie lässt sich dieses Organ heilen, entgiften oder zumindest am Leben halten? Das sind die übergeordneten Fragen, die vier aktuelle Bücher zum Thema Medien auch für eine breitere Öffentlichkeit interessant machen.

Über die "Zeit nach der Zeitung" schreibt der Soziologe Stefan Schulz. Er wurde vor einigen Jahren vom damaligen Feuilleton-Herausgeber Frank Schirrmacher zur Frankfurter Allgemeinen Zeitung geholt. In "Redaktionsschluss" unternimmt er gewissermaßen den Versuch, die Kritik des verstorbenen Schirrmacher an den gesellschaftlichen Folgeschäden der Macht der Internetkonzerne für den Bereich des Journalismus durchzudeklinieren.

Schulz beschreibt, wie sich die Strukturen der Medien gerade verändern. Er schaut dabei vor allem auf die Produktionsbedingungen; darauf, was aus dem Journalismus wird, wenn er lediglich Inhaltslieferant für Facebook und all die anderen Plattformen ist, die längst die Öffentlichkeit strukturieren.

### Die Algorithmen entscheiden

Es sind die Algorithmen dieser Plattformen, die in wachsendem Maße darüber entscheiden, was gelesen wird und was nicht – und damit auch darüber, was eine Gesellschaft von sich weiß und worüber sie spricht. Medien müssten sich der Logik des Netzes und der dahinterstehenden Konzerne beugen, sagt Schulz: "Das Interesse der Leser gilt also noch den Texten der New York Times, aber ihre Treue gilt heute Facebook." Redaktionelle Entscheidungen würden zwar noch getroffen, setzten sich aber ohnehin nicht mehr durch.

Wenn er berichtet, dass viele Leser mittlerweile Artikel kommentieren und weiterverbreiten, ohne sie gelesen zu haben, verweist er auf einen entscheidenden Punkt: Der öffentlichen Debatte geht die Grundlage verloren, wenn sie sich erstens um Inhalte jenseits der Schlagzeile nicht mehr schert, und wenn sie zweitens kein Gedächtnis mehr hat, weil es in den Internetstreams nur das Jetzt gibt.

### Blindflug durch den Medienwandel

Schulz sehr kluges und dichtes Buch ist allerdings streckenweise nur schwer lesbar, nicht nur für andere Medienmenschen. Das liegt am etwas hochnäsigen und apodiktischen Ton. Für Schulz sind alle anderen Journalisten zu dumm oder zu faul, um irgendetwas von dem zu begreifen, was er beschreibt.

Medienhäuser werden "erschüttert, ohne dass sie verstehen, wie ihnen geschieht", sie "steuern im Blindflug durch den Medienwandel", denn "Redaktionen und Verleger denken nicht mehr mit". Auf Onlineredaktionen blickt Schulz mit einer Mischung aus Verachtung und Mitleid herab, denn dort werde "jeder einzelne Klick als Gewinn verbucht" und "redaktionelle Entscheidungen gehorchen technischen Vorgaben", ja, die ganze Redaktion werde "von einer Maschine gesteuert".

"Die Instinkte haben den Intellekt übertrumpft, das erste Interesse des Lesers zählt", schimpft Schulz – und verherrlicht auf der anderen Seite die alte Zeitung: Printredaktionen "kümmern sich auch um die vierzigste Seite mit Sorgfalt", sie boten bisher "kollektive kommunikative Reflexion, die wie soziale Magie wirkte".

Zwischen den Zeilen (und zuweilen auch ganz offen) wünscht sich Schulz eine Welt zurück, in der kluge Menschen dem stillen Publikum klug gedrechselte Gedanken vorsetzen. Für ihn ist es fast eine Selbstaufgabe, den profanen und neuerdings messbaren Interessen des Publikums entgegenzukommen. Bloß nicht dahin gehen, wo die Leser sind! Sie werden schon irgendwie von allein kommen. Schulz will übrigens selbst eine neue Zeitung gründen, die darüber berichten soll, "was abseits des politischen Berlins in Deutschland wichtig ist". Geld von Verlagen will er dafür nicht nehmen.

Stark ist das Buch an den Stellen, an denen es von der Funktionsweise der neuen Herrscher der Öffentlichkeit, Facebook und Google, berichtet. Schulz hat vieles zusammengetragen, was tatsächlich in der deutschen Debatte noch zu wenig diskutiert wird. Stark ist das Buch auch, wenn es den ganz weiten Blick wagt.

So spricht Schulz mit dem Soziologen Dirk Baecker über die "Netzwerkgesellschaft", über die Fähigkeit von Facebook und Co, nicht nur Informationen zu verteilen, sondern emotionale Verbindungen zwischen den Menschen herzustellen.

Es sei kein Zufall, dass Bilder und Videos die Streams dominierten, so Baecker. Im Gegenteil: Man könne darin eine Strategie erkennen, "dass die elektronischen Medien einen vollständigeren sensoriellen Zugriff auf den Menschen praktizieren, der das auch mit sich geschehen lässt, weil er merkt, dass er vollständiger an die Welt angebunden ist als der moderne Mensch (sein Vorgänger, Anm. d. A.), der glaubte, alles über bewusste Reaktionen des Verstandes laufen zu lassen".

Spätestens an dieser Stelle erscheint der klassische Journalismus, den Schulz verteidigt, nur noch als Auslaufmodell, als sterbendes Über-



Stefan Schulz: Redaktionsschluss. Die Zeit nach der Zeitung. München: Hanser 2016, 304 Seiten, 21,90 €

bleibsel einer kurzen Phase der Verstandesherrschaft.

### Klicks statt Komplexität

"Rettet die Medien", ruft Julia Cagé, und sie verbreitet mit ihrem Buch kämpferischen Optimismus: "Wie wir die vierte Gewalt gegen den Kapitalismus verteidigen." Ihre Analyse ähnelt der der anderen Autoren: eine Branche in ökonomischen Nöten und Legitimationsproblemen. Ihre Antwort ist: Sollen die Bürger die Zeitungen doch selbst übernehmen. Nicht als Autoren, sondern als Eigentümer.

Als "nicht gewinnorientierte Mediengesellschaften", eine Form zwischen Stiftung und Aktiengesellschaft, sollen sie überleben und der Gemeinschaft weiter dienen können. Das Kapital dieser Gesellschaften soll eingefroren werden; die Anteilseigner sollen bei inhaltlichen Entscheidungen kaum mitsprechen. Cagé will so verhindern, dass Medien zu Instrumenten derer werden, "die das Geld haben, um Einfluss auf unsere politischen Entscheidungen zu nehmen."

Man merkt schon an diesem Satz, dass die französische Wirtschaftswissenschaftlerin ganz andere Probleme umtreiben als die deutschen Autoren. In Frankreich geht es den Zeitungen noch viel schlechter als in Deutschland, viele sind personell extrem ausgedünnt oder gehören inzwischen Rüstungs- und Luxusgüterkonzernen.

Cagé schreibt zwar auch über die transformierende Macht des Internets. Aber sie kümmert sich weniger darum, wie genau die Streams den Journalismus gefährden – sie will erst einmal dazu beitragen, dass überhaupt noch Journalismus gemacht werden kann, der dann eben auch in den Streams landet.

Interessanterweise gibt es in Deutschland zurzeit gleich mehrere neue Projekte, die zwar nicht exakt Cagés Modell entsprechen, aber doch in die gleiche Richtung gehen. "Correctiv" ist ein gemeinnütziges Portal, das "Recherchen für die Gesellschaft" verspricht und durch die Stiftung der Familie Brost (Eigentümer der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung) finanziert wird. "Krautreporter" hat sich über Crowdfunding das Geld von seinen Lesern besorgt, um online Journalismus machen zu können, der weniger auf Klickzahlen angewiesen ist.

Solche Projekte werden den Journalismus nicht retten. Und sie lösen auch das Problem nicht, dass sich die Öffentlichkeit gerade zu Ungunsten komplexer Inhalte umstrukturiert. Aber sie zeigen immerhin, dass der Journalismus noch nicht tot ist.

### Im Ohrensessel geschrieben

Mit dem Buch "Medien: Macht & Verantwortung" meldet sich ein Vertreter der "alten Schule" des Journalismus zu Wort. Ulrich Wickert, ehemaliger Tagesthemen-Sprecher, ist ja längst eine Art Elder Statesman des politischen Fernsehjournalismus in Deutschland, und sein Buch liest sich dann auch, als habe er es im Ohrensessel geschrieben. In betulichem Ton reiht Wickert Zitate von Kant und Schiller aneinander und schreibt Sätze wie: "Unternehmer spielen eine herausragende Rolle in jeder Gesellschaft."

Wer diese Stellen überblättert, findet eine Mischung aus Anekdotensammlung und Predigt an den Nachwuchs. Man spürt Wickerts Bedürfnis, seine Erfahrung und Haltung weiterzugeben und damit auch jenen

Julia Cagé Rettet die Medien Wie wir die vierte Gewalt gegen den Kapitalismus verteidigen

Julia Cagé:
Rettet die Medien.
Wie wir die vierte
Gewalt gegen
den Kapitalismus
verteidigen.
München: C.H.
Beck 2016, 134 S.,
12,95 €

Medien:
Macht &
Verantwortung

Ulrich Wickert: Medien: Macht & Verantwortung. Hamburg: Hoffmann und Campe 2016, 160 Seiten, 16,00 €

Journalismus zu verteidigen, für den er steht. Wickerts Buch ist von den hier besprochenen am ehesten für ein breites Publikum geschrieben. Es ist ein Lehrer-Buch; es will Menschen erreichen, die Wickert zuhören und dabei auch noch etwas lernen wollen.

Und so erzählt Wickert: von abenteuerlichen Fahrten durch Ägypten oder darüber, wie er einmal einen Beitrag über den Straßenverkehr in Paris gedreht hat, weil das ja die Leute interessiert. Er erinnert auch daran, wie der damalige Ministerpräsident Roland Koch den ZDF-Chefredakteur Nikolaus Brender aus politischen Gründen absägte, einer der größten Medienskandale der vergangenen Jahre.

Durch Studien gedeckt, weist Wickert darauf hin, dass mittlerweile nicht mehr Inhalte die politische Berichterstattung dominieren, sondern Personen, Taktiken, Konflikte. Er kritisiert, dass oft unwichtige Themen zu heiß gekocht würden und dass zu viel und an den falschen Stellen skandalisiert werde. Wickert wünscht sich deshalb mehr positiven Journalismus, mehr Alltagsbeschreibung und weniger Empörung.

Und er beruhigt den durch allerlei Untergangsszenarien beunruhigten Leser ein wenig, indem er eine
Studie zitiert, nach der mehr als zwei
Drittel der Bevölkerung die Berichte der öffentlich-rechtlichen Medien
und der Tagespresse für zuverlässig
halten. Auch das gehört ja zur neuen Öffentlichkeit: dass sich für jede
Sichtweise, für Alarmismus und Beruhigung, ein Beleg finden lässt.

Ganz anders und vor allem: wesentlich dramatischer sieht das Uwe Krüger. "Warum wir den Medien nicht mehr trauen" heißt seine Anklageschrift gegen das, was er "Mainstream-Macher" nennt.

Den Journalisten und ihren Verbindungen gilt Krügers Interesse schon länger. So thematisierte er 2013 in einer Studie die Verbindungen deutscher Politikjournalisten zu transatlantischen Think Tanks. Die ZDF-Fernsehsendung "Die Anstalt" nahm das zum Anlass für eine Anklage gegen alle Journalisten, die an Treffen des Vereins Atlantikbrücke, des German Marshall Fund oder der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik teilnehmen oder dort gar Mitglied sind. Diese Journalisten (darunter der ZEIT-Herausgeber Josef Joffe, der Außenpolitik-Chef der Süddeutschen Zeitung Stefan Kornelius und der FAZ-Journalist Klaus-Dieter Frankenberger) seien damit nicht mehr unparteiisch, sondern Agenten der Machtelite.

### Hinterzimmer der Macht

Aus der Perspektive der ZDF-Kabarettisten, wenn auch mit größerer analytischer Ausgewogenheit, ist auch Krügers Buch geschrieben. Man muss seine Kritik nicht in allen Punkten teilen, schließlich gehört es zur journalistischen Arbeit dazu, sich mithilfe von Quellen und Akteuren über das jeweilige Berichtsgebiet zu informieren. Um zu verstehen, was in den Hinterzimmern geschieht, muss man die Hinterzimmer auch betreten.

Trotzdem hat Krügers überstrenge Haltung ihren Wert. Er kritisiert eine journalistische Verfehlung nach der anderen, vermeintliche Voreingenommenheiten und Unausgewogenheiten in der Ukraine-Berichterstattung oder in der Griechenland-Krise ("faule Griechen", "hilfsberei-

te Deutsche"). Gut und berechtigt ist diese Kritik, wenn sie konkrete Berichte angreift und einzelne Medien beim Namen nennt. Raunend und schädlich ist sie da, wo sie nur allgemein von "den Medien" spricht und dabei der Branche eine Kollektivschuld zuweist.

Vor allem fällt auf, wie selten harte und öffentliche Medienkritik von Journalisten selbst zu lesen ist. Weite Teile dieser Branche verlieren ihre Beißreflexe und Angriffslust, wenn es um die Zustände und Qualitätsmängel in den eigenen Reihen geht. Fairerweise führt Krüger auch die erschwerten (ökonomischen und zeitlichen) Arbeitsbedingungen von Journalisten an.

Darüber hinaus ordnet der Leipziger Medienwissenschaftler den Vertrauensverlust zwischen Bürgern und Medien in größere Zusammenhänge ein. Er erinnert daran, dass die Zeit engagierter, öffentlicher Diskussionen und einer wirklich streitlustigen und vielfältigen Presselandschaft nach 1968 begann. Erst nach den Aufbau- und Krisenjahren habe sich die Bundesrepublik zugetraut, auf "Integration durch Konfliktaustragung" zu setzen.

Wenn nun das Meinungsspektrum wieder auf das zusammenschnurre, was der Autor als "Mainstream" bezeichnet, dann sei das auch ein Symptom krisenhafter Zeiten. Krüger, der unverkennbar ein klassischer Linker ist, nennt hier den "Kasinokapitalismus" und die Destabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens. Die Flüchtlingskrise kommt noch nicht vor, dürfte aber dazuzuzählen sein. Angesichts dessen scharrten sich Krüger zufolge

die meinungsmachenden Journalisten um den Staat, um ihn durch Zusammenhalt zu schützen, statt durch abweichende Meinungen und gefährliche Informationen weiter ins Wanken zu bringen: "Integration durch Konsens".

Für den Autor zeigt sich auch darin eine falsche "pädagogisch-paternalistische Haltung", die es zu überwinden gelte. Der Ausweg: dem Publikum mehr zutrauen, auf die "Selbstregulierungskräfte der offenen, demokratischen Gesellschaft" setzen.

Die Schwäche an Krügers Buch ist, dass er die andere Seite, die des Publikums, die doch diese starke demokratische Gesellschaft bilden soll, entweder ignoriert oder idealisiert. Verantwortung tragen Journalisten, Verlage, Politiker und das Weltgeschehen, die Bürger sind vor allem Opfer und ihr Ärger berechtigt.

Wer als Journalist einmal versucht hat, auf einer Pegida-Demo den Demonstranten mit Fakten zu kommen, beispielsweise zur Kriminalitätsrate von Flüchtlingen, der weiß, dass es sich viele der Medienkritiker im Volk sehr bequem gemacht haben in ihrer Wut auf "die da oben", zu denen sie jetzt auch die Journalisten zählen. Die Pegidisten antworten auf die Fakten nämlich gerne nur mit: "Das sehe ich anders." Besonders aufgeklärt ist das nicht.



Lenz Jacobsen ist Politikredakteur bei ZEIT Online.



Uwe Krüger: Mainstream. Warum wir den Medien nicht mehr trauen. München: C.H. Beck 2016, 170 S., 14,95 €



**INTERNATIONALE POLITIK** ist die Zeitschrift der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP).

Die DGAP versteht sich als nationales Netzwerk für deutsche Außenpolitik an den Schnittstellen zwischen Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Wissenschaft und Medien. Sie begleitet als unabhängiger, überparteilicher, gemeinnütziger und privater Verein mit mehr als 2600 Mitgliedern aktiv die politische Meinungsbildung zu allen relevanten außenpolitischen Themen. Ihre international besetzten Vortragsveranstaltungen, Konferenzen und Studiengruppen sind ein wichtiges Berliner Debattenforum. Im Forschungsinstitut der DGAP arbeitet ein Team von Wissenschaftlern an praxisbezogenen Analysen; mit ihrer außenpolitischen Spezialbibliothek, ihren Internetseiten www.dgap.org, www.internationalepolitik.de und www.berlinpolicyjournal. com bietet die DGAP umfassende und aktuelle Informationen zu allen Fragen der Außenpolitik.

Die Zeitschrift INTERNATIONALE POLITIK, 1945 von Wilhelm Cornides unter dem Namen "Europa-Archiv" gegründet, erscheint alle zwei Monate. Die IP verfolgt das Ziel, außenpolitische Debatten auf hohem internationalen Niveau zu führen, aktuelle Entwicklungen durch sorgfältige Analysen einzuordnen und so zur Kursbestimmung der deutschen Außenpolitik beizutragen. Die in der Zeitschrift geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

### Vorstand der DGAP

Dr. Arend Oetker, *Präsident*; Dr. Harald Kindermann, *Generalsekretär*; Dr. Tessen von Heydebreck, *Schatzmeister*; Jutta Freifrau von Falkenhausen, *Syndika*; Dr. Michael J. Inacker, Hagen Graf Lambsdorff, Dr. Sylke Tempel, *Chefredakteurin* INTERNATIONALE POLITIK; Dr. Elke Dittrich, *Leiterin der Bibliothek und Dokumentationsstelle und Verwaltung* 

### Präsidium

Niels Annen, Dr. Stefanie Babst, Prof. Dr. Roland Berger, Elmar Brok, Sevim Dagdelen, Dr. Thomas Enders, Prof. Dr. Lars P. Feld, Dr. Stephan Goetz, Prof. Dr. Armin Grunwald, Dr. Werner Hoyer, Wolfgang Ischinger, Dr. Christian Jacobs, Bertram Kawlath, Eckart von Klaeden, Prof. Dr. Joachim Krause, Prof. Dr. Charles A. Kupchan, Prof. Dr. Klaus Mangold, Hildegard Müller, Prof. Dr. Günther Nonnenmacher, Christopher Freiherr von Oppenheim, Dr. Bernhard Reutersberg, Prof. Dr. Thomas Risse, Herbert J. Scheidt, Dr. Frithjof Schmidt, Stephan Steinlein, Karsten D. Voigt, Dr. Ludolf G. von Wartenberg, Dr. Heinrich Weiss, Prof. Dr. Michael Zürn

### **Impressum**

### Herausgeber

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik: Dr. h.c. Hans-Dietrich Genscher † Dr. Harald Kindermann Prof. Dr. Joachim Krause Dr. Arend Oetker

### Chefredakteurin

Dr. Sylke Tempel (V.i.S.d.P.)

### Redaktion

Dr. Henning Hoff, Uta Kuhlmann-Awad, Dr. Joachim Staron Redaktionelle Mitarbeit: Michelle Mülhausen, Jonas Scharrenbroch Projektmanagerin: Charlotte Merkl

### Lavout

Thorsten Kirchhoff

### Beirat

Prof. Timothy Garton Ash, Oxford University Dr. Guido Goldman, Harvard University Dr. Richard Herzinger, Welt-Gruppe Dr. Michael J. Inacker, WMP-EuroCom AG Dr. Josef Joffe, DIE ZEIT, Stanford University Prof. Dr. Dr. h.c. Karl Kaiser, Harvard University Stefan Kornelius, Süddeutsche Zeitung Prof. Dr. Paul Nolte, Freie Universität Berlin Prof. Dr. Günther Nonnenmacher, Frankfurter Allgemeine Zeitung Prof. Dr. Volker Perthes, Stiftung Wissenschaft und Politik Prof. Dr. Helmut Reisen, Berlin Dr. Gary Smith, American Academy Markus Spillmann, Neue Zürcher Zeitung Prof. Angela Stent, Georgetown University Daniel Vernet, Le Monde Dr. Bernhard von Mutius, Potsdam

### www.internationalepolitik.de

ISSN 1430-175X

### Redaktionsanschrift

Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin Tel.: +49 (0)30 25 42 31-46 Fax: +49 (0)30 25 42 31-67 ip@dgap.org

### Marketing und Anzeigen

DGAP Consulting GmbH Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin Stefan Dauwe dauwe@dgap-consulting.com Tel.: +49 (0)30 26302065

### Verlag/Abonnenten-Service

BVA Bielefelder Verlag / Standort Köln Friesenplatz 16 | 50672 Köln Tel.: +49 (0)221 2587 248 Fax: +49 (0)221 2587 249 ip@internationalepolitik.de

### Druckerei

Media-Print Informationstechnologie GmbH Eggertstraße 30 | 33100 Paderborn

#### Pressevertrieb

DPV Deutscher Pressevertrieb GmbH Nordendstraße 2 | 64546 Mörfelden-Walldorf

### Erscheinungsweise

sechsmal jährlich (davon drei Mal mit IP-Länderporträt als Beilage)

### Bezugspreise

Einzelpreis Zeitschrift IP	14,90€
Einzelpreis IP-Länderporträt	9,90 €
Jahresabonnement Inland	118,00€
Jahresabonnement Ausland	128,00€
Luftpost	155,00€
Studentenabonnement	73,00€
Studentenabonnement Ausland	83,00 €
(Nachweis erforderlich)	
Probeabonnement (2 Ausg.)	19,50€

Alle Abonnentenpreise inkl. Versandkosten und MwSt. Weitere Preise auf Anfrage. Kündigungen bis vier Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums. Für Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik gelten besondere Bezugspreise.

### IP im Internet

Weitere aktuelle Beiträge und Hintergrundanalysen finden Sie unter www.internationalepolitik.de Beachten Sie auch unser englisches Journal www.berlinpolicyjournal.com

## Der erste Arbeitstag

Im Foreign und Commonwealth Office, King Charles Street, London

Boris Johnson (Secretary of State for Foreign and Commonwealth Affairs): Oh, hello, hello! Also Sie sind David ...

Sir Simon McDonald (Permanent Under-Secretary): Äh, nein. Simon ...

Johnson: Richtig, richtig, Simon, natürlich. Wir waren doch einmal zusammen auf diesem Trip nach, äh, das Cricket-Match gegen, hm, nein, warten Sie...

McDonald: Ich glaube nicht, Secretary of State.

Johnson: Wie auch immer. Also geht es hier ...?

*McDonald*: Ich fürchte, diesen Flügel hat bereits Liam Fox belegt. Das neue Ministerium für internationalen Handel, Sie wissen schon.

Johnson: Ja, richtig. Handel, sehr wichtig. Dann also wohl hier ...?

McDonald: Dort sitzt bereits David Davis mit seinem kleinen Team, "Ministerium für Brexit"...

Johnson: Ach ja ... "Brexit bedeutet Brexit!", wie die Premierministerin gesagt hat. Womit ja alles klar ist. Ich war eigentlich gar nicht dafür, unter uns gesagt, auch wenn das während der Kampagne, hm, vielleicht etwas anders klang. "Leave" sollte knapp verlieren ...

*McDonald*: Ja, Secretary of State. Also, wir haben im Keller ein wenig für Sie umgeräumt. Bitte hier entlang.

*Johnson:* Ah ja. Ein bisschen dunkel, aber es wird schon gehen. Wie Winston, nicht wahr, damals im Bunker, was? Huch, was war denn das?

McDonald: Palmerston, die Hauskatze. Sie geht hier manchmal auf Mäusejagd. Johnson: Aha. Also, was liegt an? Dienstreisen? Telefonate? Staatsbankette? McDonald: Nun ja, Downing Street hat uns gebeten, noch einen Augenblick innezuhalten, bis, ähem, gewisse Fragen geklärt sind, gerade in Sachen Brexit. Und meine Mitarbeiter sind noch dabei, Ihre Telegraph-Kolumnen zu durchforsten, um diejenigen Länder zu identifizieren, die Sie in der Vergangenheit nicht beleidigt haben. Bislang sind wir uns nur bei Liechtenstein einigermaßen sicher. Johnson: Sehr gut, sehr gut. Allerdings, der Putschversuch in der Türkei; mein Urgroßvater war Osmane. Sollten wir da nicht...

*McDonald*: Eigentlich ja. Aber Ihr Erdogan-Schmäh-Limerick in Unterstützung dieses deutschen Komödianten ist in Ankara noch in Erinnerung.

Johnson: Das hatte ich vergessen. Also, dann ist im Moment eigentlich gar nichts ... hm ...

*McDonald:* So ist es, Secretary of State. Wir denken allerdings, wir sollten in der Zwischenzeit ein wenig an Ihrem Image arbeiten.

Johnson: Mein Image ist alles, was ich habe! Aber gut. Der neue Boris! Ich stehe bereit. Ich war heute früh sogar beim Frisör...

*McDonald:* Freunden Sie sich doch ein bisschen mit Palmerston an. Ich schicke später einen Fotografen herunter zu Ihnen beiden. Für Twitter.

Dr. Henning Hoff ist Redakteur von Internationale Politik und Berlin Policy Journal.